



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Die Berichterstattung über die italienische
Migrationspolitik zu Beginn des demokratischen
Erwachens in Nordafrika in
„La Repubblica“ und „Il Giornale“.
Eine diskursanalytische Fallstudie.

Verfasserin

Klara Anna Hammerschmied

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 236 349

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Romanistik Italienisch

Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Tanzmeister

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich all jenen Menschen danken, die mich während meines gesamten Studiums sowie bei der Entstehung dieser Diplomarbeit unterstützt haben:

Ein herzliches Dankeschön möchte ich an meinen Diplomarbeitbetreuer ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Tanzmeister richten, der mich während des Diplomarbeit-Schreibens stets dazu ermutigte, meine eigenen Ideen umzusetzen und mir zugleich mit konstruktiver Kritik zur Seite stand. Ich danke ihm auch dafür, dass er jederzeit dazu bereit war, geduldig meine vielen Fragen zu beantworten und dabei immer motivierende Worte fand.

Außerdem danke ich meiner besten Freundin Nanni dafür, dass sie seit Jahren immer für mich da ist und an mich glaubt. Auch meiner lieben Freundin Marti, mit der ich besonders intensiv die Höhen und Tiefen des Diplomarbeit-Schreibens erlebt habe, danke ich von ganzem Herzen für ihre Unterstützung und ihre Freundschaft.

Ein weiterer Dank gilt Emidio, der mir vor allem in der letzten Zeit meines Studiums eine große Stütze war.

Widmen möchte ich diese Arbeit meinen lieben Eltern. Ihnen danke ich von ganzem Herzen dafür, dass sie mir durch ihre großzügige Unterstützung das Studium ermöglicht haben und mir stets in allen meinen Entscheidungen zur Seite stehen.

DANKE!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
1. Einleitung	3
<u>I. Teil</u>	
2. Chronologie der Ereignisse im Februar 2011	7
2.1. Das demokratische Erwachen in Nordafrika	7
2.2. Die Ereignisse in der Medienberichterstattung im Februar 2011	10
3. Die Zeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“	19
3.1. „La Repubblica“	20
3.1.1. Geschichte	20
3.1.2. Blattlinie	24
3.2. „Il Giornale“	26
3.2.1. Geschichte	26
3.2.2. Blattlinie	28
4. Die Kritische Diskursanalyse	31
4.1. Theoretischer Hintergrund	31
4.1.1. „Diskurs“	32
4.1.2. Theoretische Grundlagen der Diskursforschung	33
4.2. Analyseinstrument „Kritische Diskursanalyse“	37
4.2.1. Historischer Abriss	37
4.2.2. Vertreter der CDA	39
4.2.3. Grundannahmen der CDA	42
4.3. Die Kritische Diskursanalyse nach Sigfried Jäger	43
4.3.1. „Macht“	44
4.3.2. Die Diskursstruktur	45
4.3.3. Die Kritische Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse	48

4.3.4. Der Wissenschaftler als „reflektierendes Erkenntnissubjekt“	49
4.4. Methodische Anwendung	51
4.4.1. Die Analyse von journalistischen Texten	51
4.4.2. Analyseschritte	52

II. Teil

5. Empirische Analyse	55
5.1. Auswahl des Datenmaterials	55
5.1.1. Ausgewählte Artikel „La Repubblica“	57
5.1.2. Ausgewählte Artikel „Il Giornale“	59
5.2. Allgemeine Themen und Aussagen	61
5.2.1. Die Darstellung der Akteure in „La Repubblica“	61
5.2.2. Die Darstellung der Akteure in „Il Giornale“	65
5.3. Analyse der Titel	68
5.3.1. Die Titel in „La Repubblica“	68
5.3.2. Die Titel in „Il Giornale“	70
5.3.3. Gegenüberstellung der Titel in „La Repubblica“ und „Il Giornale“	73
5.4. Analyse der Diskursstränge	75
5.4.1. Die innenpolitische Diskussion über die Einwanderungsproblematik	77
5.4.1.1. „La Repubblica“	78
5.4.1.2. „Il Giornale“	86
5.4.2. Die Reaktion der EU auf die Migrationsproblematik in Italien	91
5.4.2.1. „La Repubblica“	91
5.4.2.2. „Il Giornale“	94
5.4.3. Bilaterale Beziehungen zwischen Italien und den nordafrikanischen Staaten	97
5.4.3.1. „La Repubblica“	98
5.4.3.2. „Il Giornale“	99

5.5. Spezifische Argumentationsstrategien	101
5.5.1. „La Repubblica“	101
5.5.2. „Il Giornale“	103
6. Konklusion	105
7. Riassunto	111
7.1. Introduzione	111
7.2. Sintesi degli avvenimenti nel mese di febbraio 2011.....	113
7.3. „La Repubblica“ e „Il Giornale“: un ritratto	114
7.4. Il metodo: „Analisi critica del discorso“	116
7.5. Analisi	117
7.5.1. Gli attori	118
7.5.2. I titoli	119
7.5.3. I „filì del discorso“	119
7.5.4. Strategie discorsive.....	121
7.6. Conclusione	122
8. Literaturverzeichnis	125
9. Anhang	129
9.1. Analysematerial	129
9.2. Zusammenfassung.....	169
9.3. Abstract.....	171
9.4. Lebenslauf	173

Vorwort

Als Verfasserin dieser Arbeit möchte ich vorab darauf hinweisen, dass aus Gründen der leichten Lesbarkeit nicht immer eine geschlechtsspezifische Unterscheidung vorgenommen wird. Entsprechende Formulierungen gelten daher für beide Geschlechter und sollen kein Werturteil abgeben.

Es bleibt außerdem zu erwähnen, dass englische Zitate in dieser Arbeit nicht übersetzt wurden, da Englisch als wissenschaftlich anerkannte Sprache gilt.

1. Einleitung

Der arabische Frühling in Nordafrika und im Nahen Osten hat seit seinem Beginn im Januar 2011 sowohl aus politischer, wirtschaftlicher und demographischer Hinsicht auch in Europa hohe Wellen geschlagen: die Revolution und ihre blutigen Auseinandersetzungen, die sich ausgehend von Tunesien über Ägypten, Libyen und schließlich über fast den gesamten nördlichen Kontinent wie ein Lauffeuer verbreiteten, hat zu starken Flüchtlingsströmen aus Nordafrika in Richtung Europa geführt, von denen vor allem die Mittelmeerländer stark betroffen sind. Besonders Italien stellt auf Grund seiner Lage für viele Flüchtlinge die Pforte nach Europa dar.

Die italienische Migrationspolitik in Bezug auf die Revolte in Nordafrika ist ein sehr weitgreifendes und komplexes Thema, welches aus verschiedensten Perspektiven betrachtet werden kann. Dies hat zur Folge, dass es auch innerhalb der Medienberichterstattung über dieses Ereignis zu Divergenzen kommt: schließlich ist es unmöglich, die gesamte Realität darzustellen und somit notwendig, Perspektiven einzunehmen beziehungsweise nur verschiedene Aspekte zu beleuchten. Vor allem in der medialen Darstellung fließen sehr viele Faktoren auf die Darstellung solcher Ereignisse ein, wie Winfried Schulz (1989) in seinen Untersuchungen zur Beziehung zwischen Medien und Realität festgestellt hat:

„In den Medien dargebotene Wirklichkeit repräsentiert in erster Linie Stereotype und Vorurteile der Journalisten, ihre professionellen Regeln und politischen Einstellungen, die Zwänge der Nachrichtenproduktion und die Erfordernisse medialer Darstellung. Sie lässt [sic!] nur bedingt Rückschlüsse zu auf die physikalischen Eigenschaften der Welt, die Strukturen der Gesellschaft, den Ablauf von Ereignissen, die Verteilung der öffentlichen Meinung.“ (Schulz, 1989¹: 139, zit. n. Burkart, 2002: 271)

Ziel dieser Forschungsarbeit soll es sein, zu analysieren, wie in italienischen Tageszeitungen über die Auswirkungen der Flüchtlingsströme aus Nordafrika auf

¹ Schulz, Winfried: Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung. In: Kaase/Schulz (Hrsg.) 1989, S. 135-149

die italienische Migrationspolitik berichtet wird. Es geht darum, eben diese „Zwänge der Nachrichtenproduktion“ in der Darstellung der hier untersuchten Flüchtlingsproblematik zu erkennen. Dafür wurden zwei in ihrer politischen Ausrichtung sehr unterschiedliche Tageszeitungen ausgewählt: die linksliberale „La Repubblica“ und die rechts-konservative „Il Giornale“.

Die darin befolgten Argumentationsstrategien sowie einzelne Diskursstränge sollen anhand des Analyseinstruments der Kritischen Diskursanalyse analysiert und schließlich im Kontext der gesamten Berichterstattung der Tageszeitungen betrachtet werden.

Die Relevanz dieser Untersuchung ist vor allem durch die Tatsache, dass die mediale Darstellung einen großen Einflussfaktor auf die öffentliche Meinung darstellt, gerechtfertigt (vgl. Paoletti, 2011: 63): wie die italienischen Wissenschaftler Alessandro Dal Lago (1999)² und Salvatore Palidda (1996)³ herausfanden, gibt es eine klare Tendenz zur Überdramatisierung von Nachrichten in Bezug auf die Flüchtlingsproblematik und italienische Medien spielen eine entscheidende Rolle in der Entstehung von „culture of panic and emergency“ gegenüber der Migrations-Problematik. Auch eine Studie, die im Auftrag des italienischen Innenministeriums 2007 durchgeführt wurde, fand heraus, dass etwa 85 Prozent der Italiener eine Auffassung über Migranten besitzen, die auf Nachrichten-Reports basieren, was die Notwendigkeit der kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik unterstreicht (vgl. Makro & Consulting, 2007⁴, zit. n. Paoletti, 2001: 64).

Auf Grund dieser anfänglichen Überlegungen ergibt sich folgende Forschungsfrage:

² Dal Lago, A: Non-persone. L'esclusione dei migranti in una società globale. Milan: Feltrinelli, 1999

³ Palidda, S: „La criminalisation des migrants“, Actes de la recherche en sciences sociales, No.129, 1999, pp. 39-49

⁴ Makno& Consulting: Una Ricerca Sociale sull'immigrazione, Approfondimenti della reportistica: Rapporto finale sugli immigrati, in: URL: http://www.ristretti.it/commenti/2007/luglio/ricerca_sociale_immigrazione.pdf [Accessed 18 August 2008]

Wie wird in den Tageszeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ über die seit den Beginn des arabischen Frühlings entstandenen Flüchtlingsströme Richtung Italien berichtet?

Diese sehr global gehaltene Forschungsfrage kann schließlich weiter spezifiziert werden:

- **Welche expliziten Argumentationsmuster sind in der Berichterstattung der Tageszeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ zu erkennen, die den Diskurs in eine bestimmte Richtung drängen und Denkmuster antizipieren könnten?**
- **Inwieweit richtet sich der journalistische Diskurs der Zeitungen nach deren politischer Orientierung und wie manifestiert sich diese?**
- **Können anhand ausgewählter Überschriften Argumentationsmuster erkannt werden?**
- **Inwieweit können auf Grund der Darstellung der Berichterstattung Tendenzen festgestellt werden, die eine Prognose des weiteren Verlaufes der Berichterstattung zulassen?**

Die Problematik des Forschungsinteresses liegt dabei vor allem darin, dass ein äußerst aktuelles und brisantes Thema behandelt wird, welches viele verschiedene außenpolitische Aspekte betrifft. Auch innenpolitisch ist es ein sehr umfangreiches und kritisches Thema, das auf wissenschaftlicher Ebene auf viele verschiedene Aspekte hin untersucht werden könnte: sei es auf soziologischer und soziokultureller Ebene, auf Grund von integrationspolitischen Aspekten, von verschiedenen politischen Sichtweisen und Ideellen, sowie von rein wirtschaftlichen Aspekten. Gerade durch diese Komplexität kommt es zu Verstrickungen von Diskurssträngen, die es hier zu analysieren gilt, um sie schließlich im Kontext der gesamten Berichterstattung von „La Repubblica“ und „Il Giornale“ zu sehen.

Zur Beantwortung der angeführten Forschungsfragen soll diese Arbeit in zwei große Teile gegliedert werden:

Der erste Teil der Arbeit stellt einen Überblick über die seit Dezember 2010/Januar 2011 begonnenen Ausschreitungen in Nordafrika sowie eine chronologische Darstellung der Berichterstattung der politischen Ereignisse im behandelten Zeitraum dar. Anschließend werden die beiden untersuchten italienischen Tageszeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ vorgestellt und deren Blattlinien und historische Hintergründe beleuchtet, um so die theoretische Fundierung sowie die empirische Untersuchung im Kontext der Zeitungen betrachten zu können. Danach wird das Analyseinstrument der Kritischen Diskursanalyse, die sich hier besonders an der Methode von Siegfried Jäger orientiert, mit dessen Prinzipien und Zielsetzungen erläutert.

Im zweiten Teil wird schließlich anhand der Methode der Kritischen Diskursanalyse die Berichterstattung über die Einwanderungspolitik Italiens im Kontext der Revolution in Nordafrika betrachtet um schließlich durch diese diskursanalytische Untersuchung die Forschungsfragen beantworten zu können.

Da die vollständige Analyse der Berichterstattung der Tageszeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ allerdings den Rahmen einer Diplomarbeit sprengen würde, soll hierbei exemplarisch der Monat Februar 2011 untersucht werden, weil die Flüchtlingsproblematik in diesem Zeitraum erstmals medial thematisiert wurde.

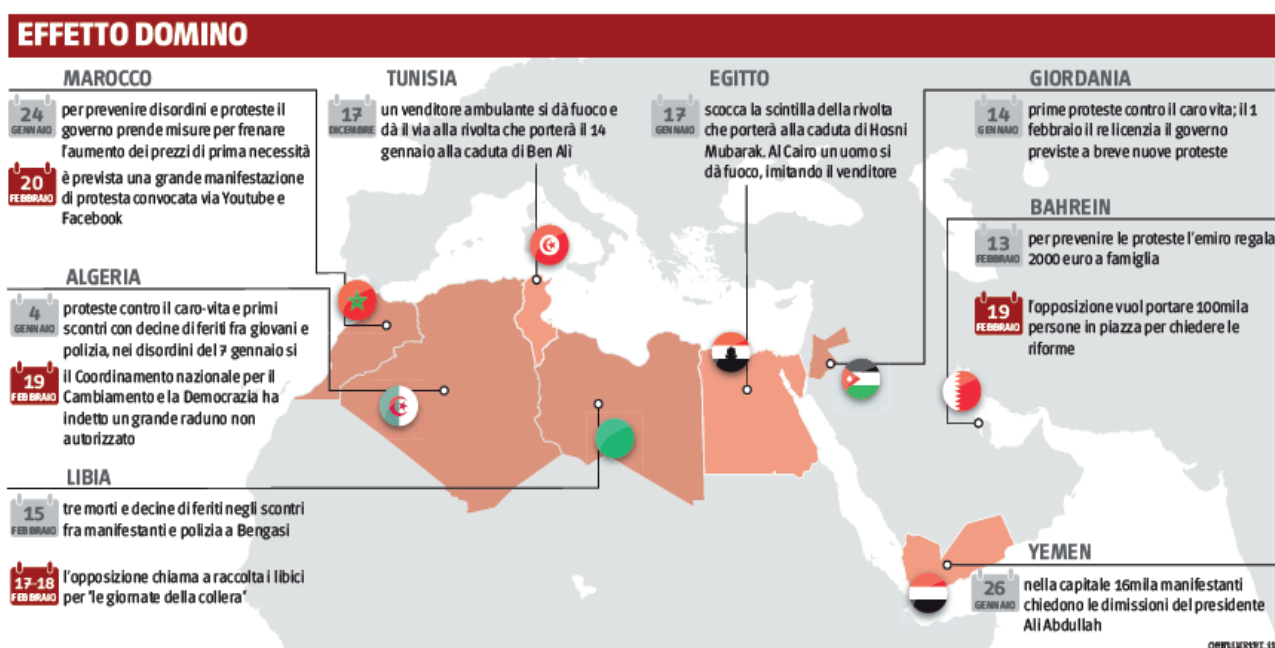
I. Teil

2. Chronologie der Ereignisse im Februar 2011

Bevor ein Überblick über die Ereignisse im behandelten Zeitraum innerhalb der Berichterstattung von „La Repubblica“ sowie „Il Giornale“ dargestellt wird, werden an dieser Stelle die Ursprünge beziehungsweise die Entwicklung der Revolte in Nordafrika erläutert. Hier wird ebenfalls lediglich der untersuchte Zeitraum von Februar 2011 betrachtet.

2.1. Das demokratische Erwachen in Nordafrika

Einleitend soll hier eine Grafik, die am 17. Februar 2011 in „Il Giornale“ veröffentlicht wurde, einen Überblick über die Anfänge der Revolution in den nordafrikanischen Staaten geben. Allerdings ist bereits bei dieser Darstellung zu beachten, dass sie Argumentationsstrategien beinhaltet, die dem politischen Kontext der Zeitung entsprechen.⁵



⁵ Quelle: IG 17-02-11 IX, Seite 12, Ressort „Esteri“.

Anm.: Hier ist vor allem die graphische Darstellung von Bedeutung und die darin angeführten Erläuterungen sind nebensächlich, da auf die Ereignisse im Folgenden näher eingegangen wird.

Der folgende Überblick der Ereignisse bezieht sich größtenteils auf die Darstellung von Domenico Quirico (2011) und Franco Rizzi (2011), die sich in ihren Büchern mit der Entwicklung der arabischen Revolte befassen⁶ :

Ihren Ausgang fand der sogenannte „arabische Frühling“ in *Tunesien*, wo am 17. Dezember 2010 Massenproteste gegen die hohe Arbeitslosigkeit und für mehr politische Freiheit aufgeflammt sind. Ein Straßenverkäufer zündete sich damals vor dem Rathaus von Sidi Bouzid an und leitete damit erste Proteste gegen das Regime unter Präsident Zine El Abidine Ben Ali ein, der seit 1987 im Amt war. Nachdem in Folge dessen Hacker einige Internetseiten der Regierung sabotiert hatten, ließ diese Social Network-Portale sperren, um so die Kommunikation der Demonstranten weiter einzuschränken. Nachdem schließlich auf Grund der anhaltenden Proteste am 14. Januar 2011 die tunesische Regierung durch den Präsidenten aufgelöst wurde, wurden Neuwahlen versprochen und Anfang Februar schließlich Mohamed Ghannouchi zum Präsidenten der Übergangsregierung gewählt, was ihn dazu befähigte, Gesetze basierend auf der europäischen Menschenrechtskonvention zu erlassen. Allerdings trat auch er Ende Februar zurück, da ihm vorgeworfen wurde, dem ehemaligen Machthaber Ben Ali nahe zu stehen.

In *Ägypten* folgte man dem tunesischen Beispiel und am 25. Januar, dem „Tag des Zorns“, kam es zu Massendemonstrationen in Kairo. Die Revolte richtete sich gegen die Regierung unter dem Präsidenten Husni Mubarak, der seit 1981 durchgehend das Amt des Präsidenten besetzte. Bei den Protesten ging das Regime hart gegen Demonstranten vor und sperrte den Zugang zu den Social Network-Portalen Facebook und Twitter. Mitte Februar wurde schließlich das Parlament sowie die Verfassung aufgelöst und für nicht mehr gültig erklärt und Wahlen innerhalb der nächsten sechs Monate angekündigt.

Libyen spielte in den Ausschreitungen in Nordafrika international betrachtet wohl eine der bedeutendsten Rollen: Der libysche Machthaber Muammar Gheddafi, der seit 1969 im Amt war, gab am 18. Februar Regierungsanhängern den Befehl,

⁶ *Anm.*: Die Reihung der Länder erfolgt hier auf Grund ihrer Relevanz innerhalb der Medienberichterstattung im untersuchten Zeitraum sowie nach chronologischen Aspekten.

bei einer Demonstration am „Grünen Platz“ in Tripolis auf die Massen zu schießen. Zusätzlich zum brutalen Vorgehen gegen die Bevölkerung machte er vor allem durch seine Androhungen an Europa, jegliche Zusammenarbeit zu beenden und bilaterale Abkommen, die Flüchtlingsströme regeln, nicht mehr einzuhalten, auf sich aufmerksam. Am 28. Februar kündigte der Europarat schließlich eine Serie von Sanktionen gegen Gheddafi an, die unter anderem die Einstellung des Güterverkehrs sowie eine Flugverbotszone und einen Nato-Einsatz vorsahen.

Den beiden Vorreitern Tunesien und Ägypten folgte auch *Algerien*, wo es im Januar und im Februar 2011 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten kam. Auch in *Marokko* kam es zu Protesten, die allerdings vergleichsweise ruhig verliefen.

In *Jordanien* begannen die Proteste gegen die Regierung von Samir ar-Rifai bereits Anfang Januar, woraufhin der jordanische König Abdallah II. ein Programm für Wirtschafts- und Sozialreformen ankündigte. Am 1. Februar wurde schließlich Maruf al-Bachit, der bereits von 2005 bis 2007 das Amt des Premierministers innehatte, mit der Regierungsbildung beauftragt.

In Damaskus, der Hauptstadt *Syriens*, kam es Anfang Februar zu ersten Protesten gegen das Regime von Bashar al-Assad. Er hatte das Amt des Präsidenten nach dem Tod seines Vaters Hafiz al-Assad, der zuvor 30 Jahre eine repressive Politik mit Protest-Verboten und massiven Einschränkungen betrieben hatte, 2000 übernommen.

Im *Jemen* kam es Mitte Januar zu Protesten auf Grund des bestehenden Treibstoff-Mangels sowie Verpflegungsknappheit. Präsident Ali Abdullah Saleh, der seit 32 Jahren an der Macht ist, ließ die Proteste daraufhin von Regierungsgetreuen niederschlagen.

Auch im *Iran* sowie in *Bahrain* kam es auf den Straßen zu Demonstrationen, die allerdings durch das Regime von Mahmoud Ahmadinejad beziehungsweise dem

Heer von Premierminister Skeikh Khalifa Bin Salman al-Khalifa in Bahrain, der den Kleinstaat aus dem Golf seit 1971 regiert, erstickt wurden.

2.2. Die Ereignisse in der Medienberichterstattung im Februar 2011

In der chronologischen Darstellung der Ereignisse innerhalb der Berichterstattung werden die in Kapitel 5 angeführten Artikel der beiden untersuchten Tageszeitungen berücksichtigt.

Hierbei muss erwähnt werden, dass es sich lediglich um Artikel handelt, die in der Printausgabe erschienen sind und sich die Ereignisse somit jeweils am Vortag zugetragen haben. Außerdem muss festgehalten werden, dass in dieser Forschungsarbeit die zu dem behandelten Zeitpunkt tätigen Politiker mit ihrer damaligen Funktion bezeichnet werden.

10. Februar:

- erste Berichte über eine „grande pressione“ in Bezug auf die befürchteten Migrationsströme;
- Landung von etwa 200 Migranten in den letzten 24 Stunden auf Lampedusa;

11. Februar:

- Ankunft von etwa 300 Immigranten auf Lampedusa;
- Forderung von Außenminister Franco Frattini nach nach einem „Marshall-Plan Europas“ für den Mittelmeerraum;
- erste Befürchtungen vor Flüchtlingsströmen aus Ägypten;
- Verweigerung durch Innenminister Roberto Maroni, die Öffnung des Aufnahmезentrums für Immigranten auf Lampedusa in Erwägung zu ziehen;

12. Februar:

- Forderung von Maroni und Frattini nach einem Gipfeltreffen der Innenminister der EU zur Diskussion über die Notlage;
- die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers auf Lampedusa wird von Maroni in Erwägung gezogen;

13. Februar:

- Ankündigung einer Sitzung der Botschafter aller 27 Mitgliedsstaaten für den 23. Februar;
- erste namentliche Erwähnung Cecilia Malströms, der EU- Kommissarin für Innenpolitik: sie verkündet durch ihren Sprecher Michele Cercone, besorgt die Notlage Italiens zu beobachten und sich in den nächsten 24 Stunden ein Bild von der Situation zu machen;
- Ankunft von etwa 4.000 Immigranten innerhalb der letzten vier Tage auf Lampedusa; das Aufnahmезentrum bleibt weiterhin geschlossen;
- Ernennung des Präfekts von Palermo, Giuseppe Caruso, zum außerordentlichen Kommissar für die Koordination der Notsituation;
- die Luftbrücke in Richtung der „Centri di permanenza temporale“ (Cpt) Italiens für die Übersiedlung der Immigranten bleibt aufrecht;
- Organisation einer Zeltstadt in der Provinz von Siracusa vom „Croce Rossa Italia“ zur Aufnahme von tunesischen Migranten;
- Ausrufung des „stato di emergenza umanitaria“ durch den außerordentlich einberufenen Ministerrat;
- Ankündigung des Vorsitzes der EU, sich der dringenden Anfrage Italiens in der anstehenden Versammlung der 27 Botschafter der EU anzunehmen;
- Forderung nach einer „gemeinschaftlichen Politik Europas“ von Seiten der Fraktion der Europäischen Volkspartei (ital.: Partito Popolare Europeo- Ppe) um Joseph Daul und Mario Mauro;
- Attacke der Opposition gegen die Regierung: Emanuele Fiano des Partito Democratico (Pd) kritisiert die Regierung, unvorbereitet auf die Flüchtlingsströme gewesen zu sein; die Sprecherin der Unhcr⁷, Laura Boldrini, schließt sich der Kritik an;

⁷Anm.: „United Nations High Commissioner for Refugees“

- Verfestigung der Stimmen gegen das Verhalten Catherine Ashtons, der EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Union, sie soll sich nicht zu der Lage in Italien geäußert haben;

14. Februar:

- Maroni spricht erstmals von einem „esodo biblico“;
- erstmalige Überlegung, italienische Einsatzkräfte an die tunesischen Küsten zu senden um dort mit der lokalen Polizei zu kooperieren: es kommt zu einer Absage von Seiten der tunesischen Autoritäten;
- die Öffnung von Zeltstädten auf sizilianischem Gebiet mit Unterstützung von Zivilschutz wird von Guiseppe Caruso in Erwägung gezogen; auch Schulen und Sportanlagen sollen auf Grund der überfüllten Flüchtlingslager im ganzen Land auf deren Kapazitäten überprüft werden;
- Aktivierung der Agentur „Frontex“⁸ durch Cecilia Malmström;
- Ankunft von 22 Booten mit mehr als 1500 Flüchtlingen aus Nordafrika auf Lampedusa;

15. Februar:

- Treffen Franco Frattinis mit dem tunesischen Minister Mohammed Ghannouchi in Tunis: Gespräche über eine Kooperation bei der Überwachung der tunesischen Küsten;
- Telefonat Ministerpräsident Silvio Berlusconis mit dem Präsidenten des europäischen Rates Herman Van Rompuy, um Druck für eine schnelle Lösungsfindung in der Flüchtlings- Problematik auszuüben;
- Maroni: Vergleich der Lage mit der Situation nach dem Fall der „Berliner Mauer“;
- Konkretisierung der Anforderungen Maronis an die EU in einer Plenarsitzung im Europaparlament: Forderung nach 100 Millionen Euro Unterstützungsgeldern, einer Neuerung der Kompetenzen der Agentur „Frontex“ sowie eines einheitlichen europäischen Asylsystems bis 2012;

⁸ „European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union“. Die Funktion der Agentur „Frontex“ wird im empirischen Teil genauer erläutert.

- Abschwächung der Kritik an Malmström von Seiten Maronis: die Kritik hätte sich lediglich an die Institution der EU gerichtet;
- Besorgnis auch von Seiten Raffaele Lombardos, Präsident der Region Sizilien über die Lage in der Region: Forderung an die Regierung, im Parlament dringend über die Situation zu berichten;
- Besichtigung ehemaliger Militärbasen der USA in Mineo zur Prüfung derer Aufnahmekapazitäten durch Maroni und Berlusconi;

16. Februar:

- keine Ankunft von Booten auf Lampedusa seit 48 Stunden auf Grund der schlechten Wetterverhältnisse;
- Verkündung der bevorstehenden Eröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo durch Berlusconi und Maroni: sie „taufen“ das Aufnahmezentrum „vilaggio della solidarietà“ und kündigen an, innerhalb der nächsten 48 Stunden die Durchführbarkeit der Operation zu prüfen um dessen planmäßige Eröffnung zu garantieren;
- Absage einer Pressekonferenz Berlusconis, in der er über ein Telefonat mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Barroso, berichten hätte sollen;
- Verkündung Cecilia Malmströms, Funktionäre der „Agentur Frontex“ in das Küstengebiet Siziliens zu schicken: „Frontex“ soll den Einsatz von 3050 Experten, ein paar Schiffen und ein paar Flugzeugen gewährleisten;
- erste Ankunft von ägyptischen Flüchtlingen in Italien; erste Berichte auch über Libyen;

17. Februar:

- den dritten Tag in Folge keine Ankunft von Booten aus Tunesien auf Lampedusa;
- Kritik Maronis, Italien hätte bis dato bereits acht Anfragen an die europäischen Autoritäten gestellt;
- Forderung von Raffaele Lombardo an die Regierung nach mehr Einbezug der Region Sizilien;
- Ankündigung eines Gipfeltreffens der Europäischen Union am 24.-25. März durch Maroni;

- Äußerung der Besorgnis über die Notlage auch vom Bürgermeister von Lampedusa, Bernardino De Rubeis;

18. Februar:

- Ankunft eines Schiffes mit 28 Flüchtlingen auf Lampedusa;
- Versprechen Maronis an den Bürgermeister von Lampedusa, innerhalb von zehn Tagen alle auf der Insel gestrandeten Flüchtlinge zu übersiedeln und das Aufnahmезentrum in Mineo bis Mittwoch den 23. Februar bewohnbar zu machen;
- Forderung De Rubeis' nach einer Besichtigung von alten Militärbasen zur Aufnahme von Neuankömmlingen um zu vermeiden, dass diese weiterhin auf den Straßen von Lampedusa verkehren;
- Relativierung der Flüchtlings- Problematik durch Kurosh Danesh, dem nationalen Koordinator der Cgil Immigrati (Confederazione Generale Italiana del Lavoro per Immigrati): es handle sich lediglich um 5.300 Flüchtlinge, was in einem Land in der Größenordnung Italiens nicht als Notfall bezeichnet werden dürfe;

19. Februar:

- Entscheidung zur Wiedereröffnung des Flüchtlingszentrums in Mineo: Berlusconi stellt eine Million Euro für erste Maßnahmen bereit; Strukturen, die für internationale Gipfel wie für den G8 in Aquila verwendet werden, sollen zur Verfügung gestellt werden; 200 Einsatzkräfte des Militärs und 10 Personen vom Innenministerium sollen sich um administrative Angelegenheiten kümmern;

20. Februar:

- Verkündung des sofortigen Einsatzes der Agentur „Frontex“ sowie die Unterstützung italienischer Behörden durch Cecilia Malmström;

21. Februar:

- Drohung des libyschen Machthabers Muammar Gheddafi an Europa, jegliche Art der Kooperation in Bezug auf die Immigration zu beenden, wenn die EU weiterhin die Rebellen unterstütze; Außenminister Franco

Frattini spricht sich dazu besorgt aus und berichtet von seinem Dialog mit der Staatssekretärin Hilary Clinton, die sich ebenfalls besorgt um die Migrationsströme aus Nordafrika zeigt;

- erstmalige Erwähnung der durch die Agentur „Frontex“ durchgeführte „Mission Hermes“: Ankunft der ersten Experten der Organisation auf Lampedusa: die Mission sieht unter anderem die Bereitstellung zusätzlicher Flugzeuge und Schiffe vor, um eine bessere Überwachung des Raumes zwischen Europa und Italien zu garantieren; es wird angekündigt, die zweite Phase der Operation mit Versand von etwa 20 Experten in den kommenden Tagen zu starten;

22. Februar:

- die Sorge um eine Beendigung der Kooperation mit Libyen steigt: Befürchtung, es könnten mindestens 40.000 Flüchtlinge aus Libyen nach Italien kommen;
- Telefonat zwischen Berlusconi und Muammar Gheddafi;

23. Februar:

- Versammlung der Regierung in Palazzo Chigi: Teilnahme von Berlusconi, Gianni Letta, Maroni, Frattini, La Russa, Romani, Matteoli, Alfano, Tremonti und Sacconi; thematisiert werden bilaterale Verträge zwischen Italien und Libyen und italienische Staatsangehörige, die immer noch in Libyen festsitzen sowie bevorstehende Migrationsströme; Gründung eines dauerhaften Komitees zur Krise in Libyen, an dem alle anwesenden Minister teilhaben;
- Befürchtung, dass bis zu 300.000 libysche Immigranten nach Italien kommen könnten;
- Ankündigung der Prüfung aller Strukturen auf deren Aufnahmekapazitäten durch das Innenministerium; Verteidigungsminister La Russa schließt den Einsatz des Militärs für die Absicherung und Überwachung von Flüchtlingszentren nicht aus;
- die Regierung zeigt sich „irritiert“ gegenüber der Weigerung der EU, Flüchtlinge aus Italien aufzunehmen, werde aber dennoch Anfragen zur finanziellen Unterstützung an Brüssel stellen;

- „Vorschlag“ Umberto Bossis, Chef der Lega Nord, Flüchtlinge nach Deutschland und Frankreich zu schicken;
- Versammlung der Diplomaten der europäischen Länder; Ergebnis: Mitgliedsstaaten haben keine Kapazitäten, um Flüchtlinge aus Lampedusa aufzunehmen;
- Frankreich, Deutschland, Holland, Malta und Spanien stellen vier Flugzeuge und ein paar Helikopter zur Verfügung, um den Küstenraum rund um Sizilien zu überwachen; andere Länder stellen etwa dreißig Spezialisten für die Mission „Frontex“ zur Verfügung, die sich der Verteilung der auf Lampedusa angekommenen Flüchtlinge widmen sollen;
- Erklärung der europäischen Partner, bei einer Verschlechterung der Lage Italien mit weiteren Mitteln und Personal zur Seite zu stehen;
- Verweis von Deutschland und Österreich, in der Vergangenheit mit den Flüchtlingsströmen im Zuge des Balkankrieges alleine gelassen worden zu sein;
- die nordischen Länder halten daran fest, Italien wäre im vergangenen Jahr unter den Ländern mit der geringsten Anzahl an Asylanfragen gewesen und würde auf Grund seiner hohen Einwohnerzahl und Größe die Kapazitäten haben, Tausende Asylanfragende aufzunehmen;

24. Februar:

- Sitzung der Innenminister der EU-Länder in Brüssel;
- Forderung Maronis gemeinsam mit den sechs Ländern des Mittelmeerraumes Frankreich, Spanien, Griechenland, Zypern und Malta an die EU nach einem speziellen Fonds für die Immigrationsproblematik und einer neuen Gesetzgebung des Asylrechts (welche die Solidarität aller 27 Mitgliedsstaaten verlange);
- Ankunft von 6300 tunesischen Flüchtlingen auf Lampedusa: nur etwa 100 beantragen Asyl;
- Telefonat Berlusconis mit Barack Obama, um international auf die Problematik der Immigrationsströme aufmerksam zu machen;

26. Februar:

- Warnung durch Staatspräsident Giorgio Napolitano an die Regierung, keine Panik zu verbreiten;
- Bericht über ein Interview Frattinis mit der Wirtschaftszeitung „Financial Times“: er hätte sich in der deutschen Ausgabe des Magazins offen gegenüber einer neuen Regierung Libyens unter Machthaber Ghedaffi oder einer seiner Söhne gezeigt; Frattini bestreitet die Vorwürfe;

3. Die Zeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“⁹

Die politische Situation der siebziger Jahre, die von Spannungen und Veränderungen geprägt war sowie die Krise der traditionellen Kommunikationskanäle und jene der Parteien gaben der Presse die Möglichkeit, die eigene Rolle als Schöpfer von politischen Ereignissen und als Vermittler und somit auch als Akteur der politischen Landschaft auszuweiten. Auch die Entstehung von „Il Giornale Nuovo“ 1974, die vom Journalisten Indro Montanelli gegründet und später zu „Il Giornale“ umbenannt wurde sowie die Gründung von „La Repubblica“ 1976 vom damaligen Chefredakteur der Wochenzeitschrift „L'Espresso“, Eugenio Scalfari, kann in genau diesem Kontext gesehen werden. Obwohl die beiden Tageszeitungen in komplett unterschiedlichem politischen Ambiente situiert sind und auch in ihrer Aufmachung in unterschiedliche Richtungen gehen, zeichneten sie sich von Beginn an durch eine zunehmende Teilnahme am politischen Geschehen aus und haben bis dahin gängige Charakteristika der Informationstageszeitungen verändert (vgl. Murialdi, 2006: 252; Farinelli, 2004: 337f.).

Durch diese unterschiedlichen ideologischen Ansichten kam es häufig zur direkten Auseinandersetzung der beiden Journalisten, wie in diesem Brief von Indro Montanelli an Eugenio Scalfari vom 22. Oktober 1979 deutlich wird: Montanelli antwortet darin Scalfari auf einen Brief, in dem dieser sich bedankt hatte, dass Montanelli „La Repubblica“ in einer Antwort auf einen Leserbrief zitiert hatte:

“Caro Eugenio,
il tuo biglietto mi ha fatto molto piacere. Vorrei però, a scanso di ulteriori equivoci, che ci intendessimo bene sul senso della nostra amicizia.
Noi, tu ed io, facciamo gli unici due giornali che ormai in Italia significano qualcosa, anche se i significati sono diversi e spesso contrapposti. È quindi perfettamente logico e inevitabile che ogni tanto polemizziamo. Io, però, con te ho sempre polemizzato solo sul piano ideologico.
Tu, quando noi nascemmo, mi gettasti addosso sacchi di merda anche sul piano personale. Non ti domando perché l'hai fatto: conosco il tuo

⁹ Anm.: Die Darstellung der beiden untersuchten Zeitungen soll bereits an dieser Stelle erfolgen, um dem Leser zu ermöglichen, den darauf folgenden Theorie-Teil bereits unter dem Gesichtspunkt der untersuchten Zeitungen zu betrachten.

temperamento. Però non farlo più, perché su questo piano tu non hai lezioni da darmi e io non ho da prenderne da nessuno. Quindi, per riassumere: polemica aperta sul piano ideologico, che sarà benefica a entrambi, e istruttiva per i lettori; rispetto sul piano personale. Ma reciproco. Ti va bene?

Un abbraccio dal tuo Indro Montanelli” (Staglieno, 2001: 439)

Um die Grundlage dieser Auseinandersetzung darzustellen, soll im folgenden Kapitel ein Überblick der Geschichte sowie der Blattlinie der beiden Zeitungen gegeben werden.

3.1. „La Repubblica“

3.1.1. Geschichte

Die Tendenz der Zeitungen, aktiver an der Politik teilzuhaben, wurde unter anderem mit der Gründung von „La Repubblica“ am 14. Januar 1976 verstärkt: Der große Erfolg der Wochenzeitschrift „L'Espresso“ erlaubte es Eugenio Scalfari, eine Zeitung zu gründen, die sich in ihrer Aufmachung grundlegend von anderen Blättern unterschied: sie richtete sich an diejenigen, die der Politik folgten, an langen Hintergrundberichten interessiert waren und auf eine ausführlichen Berichterstattung in Chronik und Sport zu Gunsten umfangreicher Kommentare und einem großen Kulturteil verzichten konnten (vgl. Murialdi, 2006: 254).

„La Repubblica“ sollte eine überregionale Tageszeitung werden und der allgemein stark ausgeprägten Regionalisierung im damaligen italienischen Zeitungswesen und der geringen Lesedichte mit offensichtlichem Nord-Süd-Gefälle trotzen. Als Voraussetzung dafür wurde der Erscheinungsort Rom gewählt.

Am 14. Januar 1976 erschien schließlich die erste Nummer der Zeitung mit einer Startauflage von 300.000 Stück. Bereits von Beginn an wurde die politische Richtung als „links“ eingestuft (vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41406448.html> [01.12.2011]).

Ganz nach ihrem französischem Vorbild „Le Monde“ präsentierte sie sich den Lesern als eine unabhängige, ehrliche und niemals zurückhaltende Zeitung. Sie unterschied sich von Beginn an auch in weiteren Aspekten von anderen italienischen Tageszeitungen:

„La prima cosa che voglio ricordare è che ‘Repubblica’ fu principalmente un progetto editoriale e industriale. In quei mesi di preparazione non parlammo quasi mai di linea politica per due ragioni: anzitutto perché era un discorso scontato tra noi, fin dai tempi del ‘Mondo’ e dell’‘Espresso’; ma poi perché il nostro proposito era appunto quello di rinnovare la stampa italiana attraverso un nuovo linguaggio, una nuova grafica, una nuova struttura dei contenuti e anche, ovviamente, un’etica e un approccio culturale innovativo.”

cit. Scalfari

(<http://www.repubblica.it/online/album/scalfari/scalfari/scalfari.html>
[28.09.2011])

Zur Gründung des Blattes haben drei Personen beigetragen: der Journalist Eugenio Scalfari, der Großverleger Giorgio Mondadori, der unter anderem Chef bei der Wochenzeitschrift „Panorama“ war und Carlo Caracciolo, ein Schwager des Fiat-Chefs Gianni Agnelli und Präsident des „Espresso-Verlages“. Mondadori und Caracciolo sorgten dabei für die Finanzierung und Scalfari war für die redaktionellen Belange verantwortlich: Eigentümer waren somit zwei Verlagshäuser die je 50 Prozent des Kapitals hatten.

Eugenio Scalfari sagte zur Gründung von „La Repubblica“:

„Cominciammo a lavorare al progetto di ‘Repubblica’, Carlo Caracciolo ed io, nell’inverno-primavera del ‘75 ma l’idea di creare un quotidiano nuovo ce l’avevo in testa già vent’anni prima, cioè da quando fu fondato ‘L’Espresso’. Probabilmente questa circostanza la conoscono poche persone ma ‘L’Espresso’ all’inizio doveva essere un quotidiano, così l’avevamo pensato Arrigo Benedetti ed io, in quell’ottica avevamo preparato sia il progetto editoriale che quello economico e finanziario e così lo proponemmo ad Adriano Olivetti e al presidente dell’Eni, Enrico Mattei.” (ebda)

Diese Neuartigkeit in Form der Eigentumsstruktur führte zu Beginn allerdings zu einer langjährigen Stagnation und trug zu sinkenden Auflagezahlen bei. Der Verkaufserfolg entsprach somit zu Beginn nicht den hochgesteckten

Erwartungen: 1976 erreichte die Zeitung eine Gesamtauflage von 100.000 Stück, um die anfänglichen Ausgaben zu decken wäre allerdings der Verkauf von etwa 150.000 Stück notwendig gewesen.

Von Beginn an arbeiteten bei „La Repubblica“ 68 Redakteure und einige freiwillige, junge Journalisten. Auch Frauen waren zahlreicher vertreten als in anderen Medien, was für diese Zeit eher eine Seltenheit war. Zentraler Chefredakteur war Gianni Rocca. Das Blatt wurde in die Ressorts der „Politica interna“, „La pagina dei commenti“, „Le lettere al pubblico“, „Inchieste“ und „La politica internazionale“ eingeteilt. Später kamen noch einige Seiten über „Spettacoli“ und „Sport“ dazu, allerdings nicht jeden Tag, da „La Repubblica“ am Montag nicht erschien und fünf Seiten der Wirtschaft und Gewerkschaften gewidmet waren.

Während der Zeit der großen politischen Umwälzungen Ende der siebziger Jahre zeigte sich Scalfari immer engagierter und involvierter in der Politik und trat immer mehr auch aktiv im politischen Geschehen auf. Die Sozialisten nannten „La Repubblica“ „eine Achse zwischen der ‚neuen Rechten‘ der Unternehmer und der Kommunistischen Partei“. Die Tragödie rund um Aldo Moro und der Eintritt der Kommunisten in die Regierungsmehrheit brachten „La Repubblica“ schließlich immer mehr Leser. Im Mai 1978 lag der durchschnittliche Verkauf bei 134.000 Stück und stieg im Januar 1979 auf 145.000 Stück (vgl. Murialdi, 2006: 256).

Anfang der achtziger Jahre stieg auch die Anzahl der Redakteure auf 120. Das lag vor allem daran, dass Scalfari mit Beginn des Jahrzehntes versucht hatte, die Leserschaft der größten italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ zu gewinnen und ihr so einige bekannte Redakteure abzuwerben, was ihm schließlich auch gelang. Somit wechselte „La Repubblica“ ihre Richtung: Sie wollte nicht mehr bloß an zweiter Stelle nach „Il Corriere della Sera“ stehen, änderte ihre Struktur und widmete nun auch den Ressorts Chronik, Sport, Todesanzeigen und Wettervorhersagen mehr Platz. Außerdem wurde die Seitenanzahl von 20 auf 24 erweitert und es kamen Wochenbeilagen wie „Weekend“, „Venerdì“ und „Affari e Finanza“ dazu. 1986 lag „La Repubblica“ schließlich vor allen anderen italienischen Tageszeitungen.

Bei den Wahlen am 21. April 1996 wurde Romano Prodi von der Linken Demokratischen Partei (Partito Democratico della Sinistra- Pds), der ehemals Kommunistischen Partei, zum Ministerpräsidenten gewählt und Giorgio Napolitano, der in der Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano- Pci) neben Berlinguer und Togliatti zu Beginn seiner politischen Karriere tätig war, wurde Innenminister. Somit fiel ein bisher geltendes Tabu in Italien, einen ehemals militanten Kommunisten in die Regierung zu wählen. Da Scalfari sich in seinen Entscheidungen immer sehr stark von politischen Umstrukturierungen leiten ließ kam es dazu, dass er 1996 auf Grund dieser politischen Entscheidung schließlich zurücktrat. Dennoch ist er auch heute noch Kolumnist für das Blatt und zeichnet sich dabei vor allem durch lange Artikel mit viel Meinung und Hintergrundinformation aus.

Am 6. Mai 1996 wurde Ezio Mauro, der bis dahin als Direktor bei „La Stampa“ tätig war, als dessen Nachfolger verkündet. Bis heute hat er dieses Amt inne (vgl. Farinelli, 2004: 342f.).

1997 war „La Repubblica“ eine der ersten italienischen Tageszeitungen, die mit einer Website online gingen. Auf ihr konnte durch ein monatliches Abonnement dem Leser Zugang zur Datenbank des Archives und das online-Lesen ermöglicht werden. Außerdem konnten Leser so via Email in direkten Kontakt mit der Zeitung treten (vgl. Farinelli, 2004: 505f.).

Heute ist „La Repubblica“ die zweitgrößte italienische Tageszeitung mit einer Auflage von 462.262¹⁰ Stück und gehört der Verlagsgruppe „Espresso“ an, die im Besitz des Unternehmers Carlo de Benedetti ist.

¹⁰ Anm.: Zahlen aus 2010, vgl. <http://www.primaonline.it/2010/09/27/83984/diffusione-dei-quotidiani-giugno-2010/> [05.11.2011]

3.1.2. Blattlinie

Seit den siebziger Jahren veränderte die Präsenz und die Konkurrenz des Fernsehens die Zeitungslandschaft: Das Bild der Live-Übertragung und die Interviews zwangen die Direktoren, ihren Stil zu überdenken. Das zuvor geltende Motto „das Fernsehen zur schnellen Informationsvermittlung, die Zeitung zur Vertiefung“ galt seit dem Aufkommen der „newsmagazine“ nicht mehr (vgl. Farinell, 2004: 500f.). Eine Reaktion auf diese Entwicklungen am Medienmarkt war die „settimanalizzazione“ der Tageszeitungen, deren Idee es war, den Stil der Wochenzeitungen zu übernehmen, sowohl in der Struktur des Berichtes als auch in der Aufmachung. Scalfari begründete dieses Phänomen mit „La Repubblica“ und war somit Träger einer Innovation in der journalistischen Organisation und ein erster Schritt in Richtung „Infotainment“, der unterhaltenden Informationsvermittlung (vgl. Standhartinger, 2005: 12ff.). Über die Neuartigkeit seiner Zeitung war sich Scalfari von Beginn an bewusst:

„Questo giornale è un po' diverso dagli altri: è un giornale d'informazione il quale, anziché ostentare un'illusoria neutralità politica, dichiara esplicitamente di avere fatto una scelta di campo. È fatto da uomini che appartengono al vasto arco della sinistra italiana.“ (zit. n. Murialdi, 2006: 255)

Der bis dahin gepflegte „Korrespondenzstil“, also die schlichte Aneinanderreihung von Nachrichten, wurde abgelöst durch die Einteilung in Ressorts. Außerdem neigte Scalfari dazu, Events zu dramatisieren und Titel über die gesamte Seite zu ziehen. Teilweise wurden einem bestimmten Ereignis mehrere Artikel gewidmet. Er breitete den Platz für die Politik aus, um darin noch schärfere Kritik an Politikern oder Personen aus der Wirtschaft zu üben. Erstmals wurden in der Zeitung Fakten neben Kommentare, Interviews, und Zeitfenster gereiht. Auch die Grafik änderte sich, es wurde teilweise in Farbe gedruckt und das Tabloid-Format, das bisher am italienischen Markt nicht bekannt war, erschien passend zu diesen Vorstellungen (vgl. Murialdi, 2006: 254).

Die Formel des „giornalismo gridato“ mit Titeln in 9 Reihen auf jeder Seite wurde stets eingehalten und die Autoren wurden zu Zeugen und Protagonisten und erzählten häufig Geschehnisse in der ersten Person. Psychologen, Politologen,

Soziologen sowie Theologen und Wissenschaftler kamen zu Wort. Schließlich kamen durch den Einsatz neuer Technologien auch Infografiken hinzu. Informationen wurden außerdem mit Fotoelementen, Grafiken und Symbolen visualisiert, um so eine leichtere Lesbarkeit zu gewährleisten. Eine weitere Tendenz war der verstärkte Einsatz von Reportagen und Umfragen als Rückkehr zu einem vertiefenden Journalismus. Allerdings war vor allem das Interview eine Antwort auf Liveübertragungen im Fernsehen (vgl. Farinelli, 2004: 500f.).

Einzigartig war an der Gestaltung der Zeitung auch, dass auch unter den Starautoren von Beginn an etliche Frauen waren, was zumindest zu ihrer Gründungszeit eine Besonderheit in der Zeitungslandschaft war. Ein großer Teil der Berichterstattung wurde kulturellen Themen wie dem Theater gewidmet.

Die Einführung des Sportteiles Mitte der Achtziger Jahre war eine Reaktion Scalfaris auf den Wunsch seines Publikums, was somit vor allem ökonomische Ziele hatte und mit der Angst vom Verlust von Leserzahlen einherging. Noch viel mehr als bloß eine Veränderung des Stiles bedeutete das eine „Re-definition“ der Inhalte in der Art sie zu transportieren, wie Eugenio Scalfari während der Präsentation des Projektes selbst sagte:

„Ha fatto il suo tempo il teatrino dell'informazione strillata, emotiva, gridata. I giornali sono diventati un bicchierone di panna montata sotto cui manca, a seconda del dolce, torrone o pan di Spagna. Siamo stati noi a inventarlo quello stile, poi tutti ci son venuti dietro. Nella scelta editoriale c'è anche autocritica. Ma soprattutto fastidio nel vederci così male imitati. Oltretutto quel giornalismo s'è da tempo esaurito. Adesso che l'opera di laicizzazione della stampa è stata portata a termine i lettori hanno bisogno di qualcosa di più serio. Di un'informazione meno gridata. Anzi più castigata e contenuta.”

(Scalfari, Eugenio: „Repubblica festa a colori“, „La Repubblica“, 21 settembre 1995, zit. n. Farinelli, 2004:448)

„La Repubblica“ zeichnet sich vor allem durch ihren kommentierenden und kritisierenden und alles anderem als sachlich-nüchternen Stil aus, wie man ihn sonst von einem Großteil der europäischen Zeitungslandschaft kennt. Somit wurden die Kolumnen und auch die Leserbriefe schnell zu einem der wichtigsten Merkmale der Zeitung.

Sie durchlief also von Beginn an einen Prozess der Identifikation und ihre Leser identifizierten sich mit „La Repubblica“, die als moderne und aktuelle Tageszeitung galt (vgl. Farinelli, 2004: 449ff.). Scalfari hatte der Politik die Bezeichnung „politica vissuta dal di dentro“ gegeben und sein besonderer Führungsstil führte bald dazu, dass die Zeitung nach seinem Herausgeber „Repubblica des Scalfari“ genannt wurde. Sie wurde so zum Symbol politischer Macht um politische, soziale und kulturelle Dynamiken zu steuern und zu kontrollieren (vgl. Farinelli, 2004: 337f.).

Mauro fasste die Entwicklung der Zeitung folgendermaßen zusammen:

„Le pagine sono aumentate, i supplementi sono cresciuti, il colore è diventato uno strumento del comunicare, le cronache locali si sono moltiplicate, le edizioni internazionali si pubblicano ogni giorno in Canada, Argentina, Stati Uniti, Australia, le "Idee" affiancano le cronache e i commenti per aiutarci a capire, le 'Storie' documentano e spiegano, i Retroscena ci spingono a guardare oltre la verità ufficiale, i 'dialoghi' intrecciano la scienza e l'etica, la religione e la politica.“
(<http://www.repubblica.it/online/album/mauro/mauro/mauro.html>
[28.09.11])

3.2. „Il Giornale“

3.2.1. Geschichte

„Il Giornale“ wurde 1974 von Indro Montanelli in Mailand gegründet und hatte bis 1983 den Namen „Il Giornale Nuovo“, da zum Zeitpunkt seiner Gründung in Varese bereits eine gleichnamige Lokalzeitung existierte. Ihre erste Ausgabe erschien am 25. Juni 1974 und ihre politische Richtung wurde bereits von Beginn an als ausdrücklich rechts-konservativ bezeichnet. Mit einer moderaten politischen Linie und einer traditionellen Formel richtete sich „Il Giornale“ an die Bürger, die eine zunehmende Bedeutung der Kommunistischen Partei durch den „compromesso storico“ mit der Democrazia cristiana (Dc) befürchteten (vgl. Murialdi, 2006: 252).

Montanelli sah seine Berufung darin, die Zeitung vor allem als „Anti-Corriere“ darzustellen. Er war zuvor langjähriger Journalist bei der Zeitung „Corriere della Sera“, wo es allerdings 1973 zu Differenzen kam, nachdem er gegen die Zeitung schwere Vorwürfe erhob und sie beschuldigte, sein Publikum zu hintergehen (vgl. Farinelli, 2004: 342).

Montanelli sagte zur Gründung von „Il Giornale Nuovo“:

„Vogliamo creare, o ricreare, un certo costume giornalistico di serietà e di rigore. Nessun cedimento al sensazionalismo e nemmeno a quella insensata e cupa frenesia di dissoluzione in cui si sfoga un certo qualunquismo, non importa se di destra o di sinistra.“

(Cervi, Mauro [et.al.]: I vent'anni del Giornale di Montanelli. Rizzolo, Milano: 1994, p.13, zit. n. Farinelli, 2004:343)

Da Montanelli bei der Gründung der Zeitung einige Kollegen vom „Corriere“ folgten, konnte er eine Gemeinschaft an Redakteuren gründen, die sowohl Eigentümer der Zeitung als auch verantwortlich für die Führung des Unternehmens war. Präsident der Zeitung war der Schriftsteller Gianni Granzotto, der bereits das Amt des Präsidenten der „Rai“ und der „Federazione degli editori“ innehatte.

Die anfänglich kleine Redaktion von 59 Journalisten hatte von Beginn an die Idee, die Zeitung trotz höherer Kosten auch am Montag erscheinen zu lassen. Die Gesamtauflage der ersten Tage belief sich auf etwa 280.000 Stück, jedoch sank die verkaufte Stückzahl relativ schnell. Nachdem die Zeitung von Beginn an schließlich aus Kostengründen nur an sechs Tagen erschien, wurde einer der berühmtesten Sportjournalisten, Gianni Brera, schließlich damit beauftragt, die Ausgabe am Montag zu koordinieren. Diese wurde somit hauptsächlich dem Sport gewidmet ist. Obwohl außerdem auch Regionalteile für Ligurien und Emilia-Romagna erschienen, erreichte die Zeitung immer noch eine durchschnittliche Auflage von bloß 175.000- 180.000 Stück (vgl. Murialdi, 2006: 254).

1977 war „Il Giornale“ trotz der Hilfe des Verlegers Achille Borolio, der zirka 12 Prozent der Quote der Zeitung gekauft hatte, in ernsten Schwierigkeiten. Auf Grund dieser finanziellen Schwierigkeiten akzeptierte Montanelli schließlich

Finanzhilfen vom damals noch nicht in der Politik tätigen Silvio Berlusconi, der in den folgenden vier Jahren nach der Gründung von „Il Giornale Nuovo“ 30 Prozent der Zeitung erwarb, was in den neunziger Jahren zu einem Anteil von etwa 82 Prozent steigen sollte (vgl. Staglieno, 2001: 347).

So überließ Montanelli Berlusconi auch die administrative Verwaltung. Dieser bestand allerdings stets darauf, auch die journalistische Leitung innezuhaben. Mit der Finanzierung durch Berlusconi konnte „Il Giornale“ inhaltlich aufrüsten und berühmte Redakteure und Erzähler anwerben.

Mit seinem Eintritt in die Politik gab Berlusconi 1994 schließlich die Zeitung an seinen Bruder Paolo Berlusconi ab und Herausgeber wurde nach dem Rücktritt Montanellis Vittorio Feltri. Feltri blieb vier Jahre bei der Zeitung und verzeichnete eine Auflagensteigerung von 130.000 auf 250.000 Exemplaren. 1997 trat er schließlich zurück und seinen Posten nahm Mario Cervi ein, der bereits an der Seite von Montanelli Erfahrung am Zeitungsmarkt sammeln konnte. Der aktuelle Direktor der Zeitung ist seit 2010 Alessandro Sallusti. Die verkauften Exemplare waren seit 1996 immer höher als 200.000. 2005 wurden durchschnittlich sogar 300.000 Exemplare täglich verkauft (vgl. <http://www.giornalilocali.it/quotidiani-politici/il-giornale.htm>, [05.11.11]).

3.2.2. Blattlinie

Die Aufmachung und die Einstellung der Zeitung von „Il Giornale“ waren stets klassisch und die Neuigkeiten wurden entgegen der traditionellen Form des „Corriere“ in einem wesentlich kleineren Raum betitelt. Viel Raum gab es hingegen für Leserbriefe (vgl. Murialdi, 2006: 253f.).

Montanelli rief dazu auf, die Democrazia Cristiana (Dc) zu wählen. Er begründete den Slogan „turandosi il naso“, der mittlerweile schon in die Alltagssprache übergegangen ist. Man sollte sich also „bei der Nase nehmen“ und das „geringste Übel“, also die Dc, wählen (vgl. Farinelli, 2004: 337f.). In diesem Brief „an die Leser“ der ersten Ausgabe stellt die Zeitung ihre Ziele und somit ihre Linie deutlich dar:

„Al lettore“:

„[Chi sarà il nostro lettore, Anm. d. Verf.] noi non lo sappiamo perché non siamo un giornale di parte, e tanto meno di partito, e nemmeno di classi o di ceti. In compenso, sappiamo benissimo chi non lo sarà. Non lo sarà chi dal giornale vuole soltanto la ‘sensazione’ [...] Non lo sarà chi crede che un gol di Riva sia più importante di una crisi di governo. E infine non lo sarà chi concepisce il giornale come una fonte inesauribile di scandali fine a se stessi. Di scandali purtroppo la vita del nostro Paese è gremita, e noi non mancheremo di denunciarli [...] Ma non lo faremo per metterci al rimorchio di quella insensata e cupa frenesia di dissoluzione in cui si sfoga un certo qualunque, non importa se di destra o di sinistra [...] Vogliamo creare, o ricreare, un certo costume giornalistico di serietà e di rigore. E soprattutto aspiriamo al grande onore di venire riconosciuti come il volto e la voce di quell'Italia laboriosa e produttiva che non è soltanto Milano e la Lombardia, ma che in Milano e nella Lombardia ha la sua roccaforte e la sua guida.“

(Montanelli, Indro: “Bontà loro”, “Il Giornale”, 15 aprile 1977, zit. n. Staglieno, 2001: 334)

Beginn der neunziger Jahre kam es allerdings zu Streitigkeiten zwischen Montanelli und Berlusconi und so verließ Montanelli seine Zeitung und gründete „La Voce“, die allerdings nur für ein Jahr am Markt bestehen konnte.

Der neue Direktor von „Il Giornale“, Vittorio Feltri, war für grundlegende Änderungen der Zeitung verantwortlich: Er änderte die Grafik, den Stil und die Schreibweise. Seine Artikel hatten stets viel Hintergrund und er provozierte mit Plädoyer-artigen Artikeln. In seiner Linie, die politisch stets als Mitte-rechts einzuordnen war, zeigte er sich kritisch gegenüber der neuen Linken. Er gab „Il Giornale“ somit die Bezeichnung des „giornale-partito“ und „giornale-militante“ wieder zurück, die Montanelli in der letzten Zeit seiner Direktion verloren ging. Durch Feltris harte Linie stieg der Verkauf 1995 von 205.055 auf 240.055 Exemplare und 1996 sogar auf 242.500 (vgl. Farinelli, 2004: 347ff.). Der Journalist und Schriftsteller Giorgio Bocca äußerte sich zu Feltris Stil, indem er ihn als Person bezeichnete, die mit den Mitteln der Diffamation Politik machen würde. Er beteuert darin, es würde ihn nicht stören, dass Feltri „ein Rechter“ sei, da es ihm gefällt, rechte Zeitungen zu lesen, vorausgesetzt es handle sich dabei nicht um Zeitungen, die Diffamation betreiben (vgl. Farinelli, 2004: 348f.).

Feltri sagte zu diesen Anschuldigungen:

„Poter essere considerato lo Scalfari di destra non mi dispiacerebbe. Ho una grande ammirazione per il direttore di ‘Repubblica’. E mi piace anche il suo modo di fare un giornale-partito. Anch’io vorrei fare un giornale-partito.”

(Ranzoni, Alvaro: „Cara destra, vuoi uno Scalfari?“, „Panorama“, 8 febbraio 1996, zit. n. Farinelli, 2004: 348.)

4. Die Kritische Diskursanalyse

„Sprache ist etwas Lebendiges, aber gleichzeitig auch ein Museum voller Fossilien des Lebens und der Kulturen.“ (Gramsci, 1984: 75)

Die Grundlage der Diskursanalyse ist es, Diskurse als „soziale Praxis“ zu sehen und Beziehungen zwischen der Sprache und der Gesellschaft zu erkennen. Sie erhebt so den Anspruch, einen Einblick auf viele soziale Fragestellungen zu gewinnen.

Die Diskursanalyse kann allerdings nicht als einheitliches Analysesystem verstanden werden, in dem nach einem bestimmten „Rezept“ vorgegangen werden kann, was unter anderem an den teilweise sehr unterschiedlichen und komplexen theoretischen Annahmen liegt, auf die sich ihre Vertreter stützen.

Durch ihre praktische Anwendbarkeit und ihren Bezug auf das alltägliche Sozialleben kann sie als multidisziplinäre Forschungsmethode mit anderen Sozialwissenschaften verbunden werden (vgl. Van Dijk 2001: 96). Dabei findet sie vor allem in folgenden Forschungsdisziplinen Anwendung: in der Anthropologie, der Soziolinguistik, der Psycholinguistik, der Kognitionswissenschaft, der Sprachphilosophie (Sprechakttheorie) sowie der Sprachsoziologie (Konversationsanalyse), der Rhetorik (Stilistik) und der Textlinguistik (vgl. Überblick nach Van Dijk 1985, zit. n. Bußmann, 1990: 189f. ; Wodak/Fairclough, 1997: 259f.).

4.1. Theoretischer Hintergrund

Um näher auf die komplexe Struktur dieser Analysemethode eingehen zu können, sollen eingangs ein paar grundlegende Theorien sowie die Bedeutung des Begriffes „Diskurs“ erläutert werden. Auf Grund der Komplexität der theoretischen Grundlagewerke der Diskursforschung muss betont werden, dass hierbei lediglich auf einige ihrer wichtigsten Vertreter verwiesen wird und daher nicht die vollständige Erfassung der theoretischen Ansätze zur Diskursforschung garantiert werden kann, da dies über das Forschungsinteresse dieser Arbeit hinausgehen würde.

4.1.1. „Diskurs“

Der Ursprung des Wortes „Diskurs“ liegt im Lateinischen: „discursus, discurrere“ heißt auf Deutsch „[ziellos, *Anm. d. Verf.*] hin und her laufen.“ (Bußmann, 2008: 140) Dieser bis ins 20. Jahrhundert lediglich in der Wissenschaftssprache verwendete Begriff ist heute bereits in die Alltagssprache verankert und wird im Deutschen als „dialogische Rede“ verstanden, womit nicht so stark wie im Französischen von der lateinischen Bedeutung Abstand genommen wird, da dort „discours“ lediglich als „die Rede“ verstanden wird.

Im Bereich der Wissenschaften kamen dem Begriff „Diskurs“ in der Vergangenheit bereits viele unterschiedliche Bedeutungen zu, die sowohl negativ als auch positiv konnotiert waren (vgl. Pointner, 2008: 8).

Im philosophischen Kontext wird mit „Diskurs“ die „Erörterung mit dem Ziel der Wahrheitsfindung“ verstanden. Nach Jürgen Habermas (1970), der vor allem den Begriff der „Diskursethik“ prägte, geht es hierbei um die „Verständigung über den Geltungsanspruch von Normen oder die Wahrheit von Behauptungen, die im alltäglichen kommunikativen Handeln nicht problematisiert werden.“ (Bußmann, 1990: 189)

Im sprachwissenschaftlichen Gebrauch wird der Begriff als „ein auf die reale Gesprächssituation bezogener aus der angloamerikanischen Forschung übernommener Oberbegriff für verschiedene Aspekte von Text“ bezeichnet und im linguistischen Kontext „konstituieren und differenzieren die Äußerungen des Diskurses gemeinsam ein globales Thema“ und sind durch thematische und begriffliche Beziehungen sowie durch gemeinsame Werthaltungen miteinander verbunden (vgl. Bußmann 2008: 140ff.). Besonders diese Definition nähert sich bereits sehr stark der Verwendung von „Diskurs“ in der Kritischen Diskursanalyse (vgl. ebda: 140ff.).

Beccaria (2004) beschreibt „discorso“ als „un’unità linguistica di dimensioni superiori alla frase“. Ein Begriff, an den vom Genfer Strukturalisten begründeten Begriff der „langue“ angelehnt ist: „[...] in primo luogo, nella linguistica strutturale esso è considerato sinonimo della parole saussuriana, intesa come la

manifestazione concreta e individualizzata della lingua.“ Hier wird auf das von Saussure begründete System von „langue“ und „parole“ verwiesen, in dem er Sprache als ein abstraktes und überindividuelles System von Zeichen versteht und der konkrete Sprechakt, als die individuelle Realisierung der „langue“ als „parole“ bezeichnet wird (vgl. Keller, 2004: 15f.). Für die weitere Entwicklung der Diskursanalyse ist vor allem die folgende Definition von Bußmann (2008) von Bedeutung, in der auf den Aspekt des „Wissens“ im Sinne Foucaults eingegangen wird: „In den zentralen Konzepten und Argumentationsmustern der verschiedenen Diskurse spiegeln sich die aktuellen Interessen und das das topische Wissen einer Gesellschaft.“ (Bußmann, 2008: 140f.).

4.1.2. Theoretische Grundlagen der Diskursforschung

Betrachtet man die historische Entwicklung der Diskursanalyse, so ist vor allem das Werk des französischen Philosophen und Soziologen Michel Foucault von großer Bedeutung: mit seinen Schriften, allen voran der „Archäologie des Wissens“, hat er einen Meilenstein in der Textlinguistik gelegt, wie Kerchner (2006) auf den Punkt bringt: „Die Schriften von Michel Foucault ermöglichten einen anderen Blickwinkel auf jene Traditionen, Vorstellungen und Fragen der Geschichtswissenschaft, die sich mit der Ideologiekritik und der historischen Sozialwissenschaft verbinden.“ (ebda: 289ff.) Foucault beschreibt demnach „discours“ als eine begrenzte Menge von Aussagen, „die der selben diskursiven Formation angehören.“ (Foucault, 2002: 94ff.) Obwohl Foucault nie ein konkretes Analyseinstrument entwickelt hat, sind in seiner „Archäologie des Wissens“ die Prinzipien der Kritischen Diskursanalyse bereits verankert:

Die „archäologische Analyse“ individualisiert und beschreibt diskursive Formationen, die „konfrontiert und miteinander gegenübergestellt werden müssen“. Sie sollen schließlich von jenen abgehoben werden, die „nicht dieselbe Zeitrechnung“ haben und in „diskursive Praktiken“ eingliedert werden, die sie umgeben (vgl. Foucault, 2002: 224). Hierbei wird die später durch Sigfried Jäger (1993) aufgegriffene wirklichkeitskonstituierende Funktion von Diskursen beschrieben:

„In der Analyse, die hier vorgeschlagen wird, haben die Formationsregeln ihren Platz nicht in der ‚Mentalität‘ oder dem Bewusstsein der Individuen, sondern im Diskurs selbst; sie auferlegen sich folglich gemäß einer Art uniformer Anonymität allen Individuen, die in diesem diskursiven Feld sprechen.“ (Foucault, 2002: 92)

In seiner „Archäologie des Wissens“ werden „Diskurse“ als „Wissenssysteme“ bezeichnet. Darin versucht Foucault, Regelsysteme und Ur- Prinzipien, die das Verschwinden und Erscheinen von Aussagen in einer Kultur begründen, aufzudecken:

„Die Historie, wie sie betrieben wird, kehrt sich nicht von den Ereignissen ab; sie erweitert vielmehr ständig deren Feld; sie deckt immerzu neue Schichten auf, oberflächlichere und tiefere; sie bildet ständig neue Gruppierungen, in denen sie manchmal zahlreich, dicht und austauschbar, manchmal knapp und entscheidend sind: von den fast täglichen Preisschwankungen bis zu den epochalen Inflationen.“
(Foucault, 1993: 38)

Er hat so versucht, diese Prozesse theoretisch zu umreißen und in anderen Arbeiten wie in der „Überwachung von Strafen“ schließlich anzuwenden. Ihm ging es darum, zu erfahren, was hinter den Diskursen steckt und zu erfassen, was tatsächlich geschah (vgl. Jäger, 1993: 211).

Foucault wurde dabei vorgeworfen, das Subjekt ganz im Sinne des Strukturalismus zu verneinen. Allerdings kommt es lediglich zu einer Abwendung vom Subjektivismus und Individualismus, da das Subjekt den herrschenden Machtstrukturen unterworfen ist und dadurch lediglich im sozio- historischen Kontext dargestellt wird (vgl. Jäger, 2007: 22). Diese Auffassung Foucaults wurde später vor allem in Sigfried Jägers (1993) Konzept der „Kritischen Diskursanalyse“ aufgenommen, welches im Folgenden ausführlich beschrieben werden soll.

Die Ursprünge der Diskursforschung, die schließlich die Wurzeln der „Kritischen Diskursanalyse“¹¹ bilden, gehen allerdings bereits bis auf die im Westen

¹¹ Anm.: Die Bezeichnungen „Diskursanalyse“ und „Kritische Diskursanalyse“ werden hier synonym verwendet, da die sogenannte „discourse analysis“ die Grundlage für die daraus

entwickelten marxistischen Theorien Antonio Gramscis, die Frankfurter Schule mit Jürgen Habermas sowie auf Louis Althusser zurück:

Nach Jürgen Habermas, der den Begriff der „Diskursethik“ begründete, muss kritische Wissenschaft ganz im Sinne der Frankfurter Schule selbst-reflektierend sein und Gegebenheiten hinterfragen. Vor allem der historische Kontext muss in Bezug auf seine sprachliche und soziale Interaktionen untersucht werden (vgl. Wodak/Fairclough: 1997, 260f.). Habermas bezieht sich dabei auf das von ihm begründete Modell des „idealen Sprechaktes“, in dem in strittigen Fragen die Geltung von Argumenten durch die Einbettung in eine neutrale, herrschaftsfreie Sprechsituation überprüft wird, um so Konsens zu erzielen. Innerhalb dieser utopischen Vorstellung wäre also „Diskurs“ eine Debatte, in der ethische Regeln gelten und auf herrschaftsfreier metasprachlicher Ebene eine Auseinandersetzung stattfinden sollte (vgl. Jäger, 1993: 152; Wodak, 1996: 29).

Antonio Gramsci begründete in seinem „Hegemoniekonzept“, dass die Macht der kapitalistischen Klasse sowohl von der „politischen Gesellschaft“ als auch von der „zivilen Gesellschaft“ abhängt (vgl. Wodak/Fairclough, 1997: 260f.) und sich diese zu einem nicht unwesentlichen Teil in der diskursiven Praxis von Institutionen und Organisationen manifestiert. Der Schwerpunkt der Hegemonie impliziert somit auch jenen der Ideologie (vgl. Fairclough, 1995: 91).

Gramsci geht in seinen Schriften auch sehr stark auf die Bedeutung von sprachlichen Kontexten in Zusammenhang mit Gesellschaftsstrukturen ein.

Den Sinn des Wortes sieht Gramsci in der „Bündelung von vergangenen, gegenwärtigen Bedeutungen“. (Gramsci, 1984: 29ff.) Dadurch lässt sich schließlich auch die Wichtigkeit begründen, die historischen Grenzen politisch und kulturell wichtiger Begriffe zu kennen, um Missverständnisse sowie deren Ausbeutung zu verhindern:

entwickelte „critical discours analysis“ (CDA) bildet und es somit in der Verwendung der beiden Ausdrücke in der Literatur häufig zu Überschneidungen kommt.

„Der sprachliche Kontext wird durch die Individuen, die jeweils eine unterschiedliche Abstufung der Sprache haben und alle mehr oder weniger in einem sprachlichen Kontakt zueinander stehen, begründet und durch diese historisch- sozialen Unterscheide finden schließlich Verschiedenheiten der Sprache ihren Niederschlag und bringen so Hindernisse und Ursachen für Mißverständnisse [sic!] hervor.“ (ebda: 61)

Gramsci lehnt es ab, fixe Wortbedeutungen als die einzig richtigen zu sehen und fordert zu einem geschichtsbewussten und dialektischen Umgang mit der Sprache auf (vgl. ebda: 31f.). Außerdem sieht er Sprache in Zeit und Raum als unbegrenzt an, „weshalb das Faktum ‚Sprache‘ in Wirklichkeit eine Vielfalt von mehr oder weniger organisch zusammenhängenden und miteinander abgestimmten Fakten ist.“ (ebda: 61f.)

Auch der französische Philosoph Louis Althusser (1971) befasste sich mit gesellschaftlichen Strukturen von Sprachereignissen: In seiner ideologiekritischen Theorie sah er Ideologien nicht als eine Ansammlung von Ideen, sondern als eine aneinandergeknüpfte materielle Praxis, die in soziale Institutionen eingebettet ist. Ein zentraler Aspekt von Ideologien war für ihn auch das Positionieren von Menschen als soziale „Subjekte“, obwohl es durch seine strukturalistische Ausrichtung wenig Platz für das Subjekt an sich gab (vgl. Wodak/Fairclough, 1997: 261).

Der russische Philosoph und Semiotiker Mikhail Bakhtin sah jeden Sprachgebrauch als ideologisch bedingt an und bezeichnete die Sprache als einen Ort des Klassenkampfes. Besonders der Begriff der „Intertextualität“ spielt dabei eine besondere Rolle: demnach bestehen Texte immer in einer Reihe von Texten die sich untereinander beeinflussen. Bakhtin bildete durch seine Werke somit eine weitere Grundlage für die Entstehung der Diskursanalyse (vgl. Wodak/Fairclough, 1997: 262).

Diese Vermischung der verschiedenen Ansätze führt zu Überschneidungen im Gebrauch von Ausdrücken, Konzepten und Kategorien, welche auch auf die systematische und theoretische Formation der Diskursanalyse Einfluss haben (vgl. Wodak/Chilton, 2005: 124).

4.2. Analyseinstrument „Kritische Diskursanalyse“

Die „Diskursanalyse“ wird nach Bußmann (1990: 189) „eine durch linguistische Theorien und Verfahren motivierte Analyse von Texten, die primär an Wohlgeformtheitsbedingungen (z.B. Kohärenz, ‚Kohäsion‘) und deduktive Regeln (z.B. Sprechakttheorie) interessiert ist“ genannt. Um diese hier nur angedeutete Definition der Kritischen Diskursanalyse umfangreicher darstellen zu können ist es notwendig, einen Überblick über deren Entstehung und theoretische Ansätze zu geben.

4.2.1. Historischer Abriss

Vorläufer der Kritischen Diskursanalyse fanden sich in den Strömungen der Social Semiotics, der systemisch-funktionalen Grammatik nach Halliday, in der Leseweiseanalyse sowie der Französischen Diskursanalyse von Pêcheux, die von Norman Fairclough und Ruth Wodak als Ursprung für die Entwicklung der Kritischen Diskursanalyse gesehen werden, wieder (vgl. Wodak/Fairclough: 1997: 260). Diese sogenannten „discourse studies“ begannen in den 1960er Jahren und brachten grundlegende Neuerungen in der Untersuchung der Sprache und Kommunikation: die zu Beginn strukturalistischen und formalistischen Ansichten machten einen großen Schritt in Richtung der Beurteilung des „Kontextes“ und waren von Beginn an auch an einen verbalen Kontext gebunden (vgl. van Dijk and Kintsch¹², 1983, zit. n. van Dijk, 2008: 7).

So werden zwar die von Patrizia Violi und Giovanni Manetti (1979) verwendeten Begriffe „testo“ und „discorso“ in ihrem Buch „Analisi del Discorso“ synonym verwendet, allerdings beziehen sie den Gebrauch von „testo“ mehr auf die geschriebene Sprache und „discorso“ auf mündliche Phänomene (vgl. ebda: 17). Generell geht es ihnen dabei bereits sehr stark um den „sprachlichen Kontext“: Sie beschreiben im Kapitel „L’implicito del discorso“ genau das Phänomen, für das hier die Diskursanalyse zur Anwendung kommen soll, nämlich „das, was

¹² Van Dijk, T.A. and Kintsch, W.: Strategies of discourse comprehension. New York: Academic Press, 1983

nicht gesagt wurde“ und was weder in lexikalischen Codes noch in der semantischen Repräsentationen der einzelnen Ausdrücke zu finden ist soll im Diskurs herausgefiltert werden. Ihnen geht es dabei vor allem darum, Texte in ihrem jeweiligen Kontext zu betrachten sowie linguistische Funktionsweisen zu erkennen. Genau aus diesem Grund gibt es keine Normen oder Regeln nach denen verschiedene Formen des „Impliziten“ festgelegt werden können. Obwohl sie von der zuvor genannten Bedeutung von „Diskurs“ als mündliches Phänomen ausgehen, erwähnen sie, dass diese Form des „Impliziten“ allerdings genauso auch in schriftlichen Texten zu finden ist und widmen sich in ihrer Analyse einigen Beispielen aus der Zeitungssprache (vgl. ebda: 145ff.).

Erst Ende der siebziger Jahre wurden Diskursstrukturen im Zuge einer Studie von einem Forscherteam rund um Roger Fowler aus einer systematischeren Perspektive betrachtet und schließlich unter den Einflüssen von europäischen Wissenschaftlern wie Norman Fairclough, Ruth Wodak und Teun van Dijk die internationale Bewegung der „Critical Discourse Analysis“ (CDA) entwickelt (vgl. van Dijk, 2008:7f.). Darin kam es im Vergleich zu rein textanalytischen und konversationsanalytischen Zugängen zu einer stärkeren Orientierung an der Erforschung des Zusammenhangs zwischen Sprache und Gesellschaft. Vor allem Aspekte der diskursiven Reproduktion von sozialer Macht sowie die kritische Auseinandersetzung mit politischen Diskursen und sozialen Problemen wie Rassismus waren hierbei von Interesse. Durch diesen soziologisch orientierten Zugang etablierte sich die CDA schließlich als tragende Rolle in den Sozialwissenschaften (vgl. Wodak/Chilton, 2005:123).

Generell gibt es in der Diskursanalyse viele verschiedene Standpunkte und theoretische Auslegungen, was unter anderem an dem sehr breiten Spektrum von philosophischen beziehungsweise sprachwissenschaftlichen Ansätzen liegt. Die bedeutungsvollsten Standpunkte werden im Folgenden dargestellt.

4.2.2. Vertreter der CDA

Zwischen Diskursethik und französischem Strukturalismus haben sich international mehrere Zentren einer „Kritischen Diskursanalyse“ entwickelt, deren viel kritisierte Pluralität von Theorien und Ansätzen von Wodak als positive Seite der Kritischen Diskursanalyse beschrieben wird: „The plurality of theories and methodologies can be highlighted as a specific strength of CDA, to which this paradigm ultimately owes its creative dynamics.“ Auf Grund dieser Vielfalt von theoretischen Ansätzen hält sie es demnach für besonders wichtig, sich in einer ständigen Reflexion mit diesen auseinanderzusetzen, um so erkenntnistheoretische Widersprüche zu vermeiden (vgl. Wodak/Chilton, 2005: 124).

Einer der bekanntesten Vertreter der als Vorläufer der CDA entwickelten „discourse analysis“ ist der niederländische Sprachwissenschaftler *Teun van Dijk*. Er bezieht sich in seiner Analyse vor allem auf die Sprach- und Kognitionsforschung und somit auf den Sprachgebrauch im situativen Kontext, in dem der Diskurs eingebettet ist (vgl. van Dijk, 2008: 24; Keller, 2004: 20ff.). Sein Ansatz ist am ehesten der reinen Textlinguistik zuzuordnen, da er sich für Mikro- und Makrostrukturen von Sprache interessiert, die schließlich das Wissen des Individuums reproduzieren und deshalb ideologische Einflüsse auf die Medienkonsumenten haben. Er orientiert sich in diesen Ansätzen sehr stark an der kognitiven Psychologie und arbeitet rezipientenorientiert (vgl. van Dijk, 1988: 95ff.). Inhaltlich befasst er sich generell mit dem Missbrauch von Machtpositionen und mit Beziehungen zwischen Diskurs, Macht, Dominanz und sozialen Ungleichheiten sowie der Position des Diskursanalytikers im Rahmen solcher Beziehungen. Somit sieht er diskursive und soziale Strukturen immer zwischen persönlicher und sozialer Erkenntnis (vgl. Wodak/Fairclough, 1997: 266). Untersuchungsgegenstand sind weiters die Erforschung von Rassismus in der Kommunikation und das Entstehen von Vorurteilen, weshalb sein Konzept der Kritischen Diskursanalyse auch als „soziopolitische Diskursanalyse“ bezeichnet wird (vgl. van Dijk, 1993¹³: 249, zit. n. Jäger, 1993: 424).

¹³ van Dijk, Teun A.: Some Aspects of Text Grammars, The Hague, 1972

Seit Mitte der achtziger Jahre entwickelte auch der Sprachwissenschaftler *Norman Fairclough* in ideologiekritischer Absicht ein Konzept der „Critical Discourse Analysis“ mit dem Ziel, sich auf die Seite derer zu stellen, die unter bestehenden politischen und sozialen Ungerechtigkeiten zu leiden haben. Dieser in enger Zusammenarbeit mit *Ruth Wodak* entwickelte Ansatz ist demnach weniger kognitionsorientiert als sozialtheoretisch und lehnt sich stark an der „discourse analysis“ an, von der sie sich allerdings auf Grund ihres gesellschaftskritischen Aspektes unterscheidet (vgl. Wodak/ Fairclough, 1997: 258f.).

Fairclough geht in seiner Analyse von einer multisemiotischen Perspektive aus und betrachtet vielen Eben: die textuelle Form, die Struktur und Organisation des Textes und höhere Levels der textuellen Organisation. Er spricht von einer dreidimensionalen Grundstruktur der CDA, die aus Text und diskursiver- sowie soziokultureller Praxis besteht. Somit soll die Analyse von Texten nicht künstlich von der Analyse von institutionellen und diskursiven Praxen ausgeschlossen werden, in denen Texte eingeordnet sind (vgl. ebda, 1995: 9). Fairclough sieht Diskurs als eine Verwendung von Sprache und als Form einer sozialen Praxis: „This has various implications. Firstly, it implies that discourse is a mode of action, one form in which people may act upon the world and especially upon each other, as well as a mode of representation.“ (ebda, 1992: 63) Er konzentriert sich hierbei vor allem auf das Feststellen von Machtverhältnissen und sieht Bedarf an einer Theorie, die Machtverhältnisse und Staaten in modernen kapitalistischen Gesellschaften betrachtet und ist stark beeinflusst von Gramscis Hegemoniekonzept (vgl. Wodak/ Chilton, 2005: 266; Fairclough, 1995: 7ff.).

In enger Kooperation zu Fairclough entsteht die von *Ruth Wodak* vertretene „Wiener Diskursanalyse“. Darin versucht Wodak die Tradition der kritischen Theorie mit kulturwissenschaftlichen Perspektiven zu verknüpfen und dabei unter anderem Foucaultsche Elemente aufzunehmen. Sie sieht Diskurs als „the use of language in speech and writing- as a form of „social practice“. (ebda, 1996: 15) Ziel ist es hierbei, ideologisch durchwirkte Strukturen zu erkennen. Die diskurs-historische Methode der Wiener Gruppe rund um *Ruth Wodak* ist von der Tradition des amerikanischen Philosophen *Bernstein* inspiriert und widmet sich Themen, die vor allem praktisch anwendbar sind und oftmals interdisziplinär

ablaufen, wie beispielsweise Untersuchungen zum Thema Sexismus der Antisemitismus. Hier geht es vor allem um den Einbezug von verfügbarem historischem Material, um dieses in die Analyse und Interpretation von gesprochener und geschriebener Sprache einfließen zu lassen (vgl. Wodak/Fairclough, 1997: 266).

Im deutschen Sprachraum hat *Sigfried Jäger* dieses Konzept der kritischen Auseinandersetzung durch die Methode der Kritischen Diskursanalyse weitergeführt:

Im Rahmen der Duisburger Schule hat er einen eigenständigen Ansatz der CDA entwickelt, bei dem er dem Begriff „kritisch“ eine wesentlich globalere Bedeutung zuschreibt als Wodak und Fairclough: „Kritisch“ bedeutet für ihn grundsätzlich die Auseinandersetzung mit „kritischen“ Themen und weiters, sich kritisch mit dem Analysegegenstand in der Absicht, menschliche Verhältnisse zu verbessern, auseinanderzusetzen. Durch die Beschreibung von „Diskursen“ beziehungsweise von „Diskurssträngen“ sollen Sachverhalte gefunden werden, die es gilt „wohlbegründet zu bewerten und zu kritisieren“. (Jäger, 1993: 220f.) Hierbei ist vor allem die Frage interessant, was nach Jäger einen Wissenschaftler dazu befähigt, diese Kritik zu üben, da hierfür schließlich eine normative Grundlage notwendig ist.

Jäger geht es allerdings nicht darum, einen Standpunkt zu finden, der jeweils der richtige ist, sondern darum, dass eben diese Diskussionen über richtig und falsch ausgetragen und kritisiert werden müssen. Ziel ist es somit, auf Grund von Reihen von ähnlichen Äußerungen in verschiedenen Texten und institutionellen Systemen Strukturen zu ermitteln, die in einem gemeinsamen moralischen Regelsystem von „Aussagen“ liegen, das den Diskurs strukturiert (vgl. Jäger, 1993: 19ff.; Keller, 2004: 26f.).

Zusammenfassend lassen sich nun folgende grundlegenden Ansätze der Diskursanalyse herausbilden:

Der sozialwissenschaftlich-linguistische Ansatz von Sigfried Jäger, der soziokulturelle Ansatz von Norman Fairclough, der sozio-kognitive Ansatz von Teun van Dijk sowie der diskurs-historische Ansatz von Ruth Wodak. Eine strikte

inhaltliche Trennung der einzelnen Zugänge ist hierbei kaum möglich, da die theoretische Basis bereits sehr viele Facetten zeigt und auf Grund der engen Zusammenarbeit der einzelnen Vertreter und derer gegenseitiger Beeinflussung in vielerlei Hinsicht zu Überschneidungen kommt. Dennoch können auf Grund dieser vorhandenen Überschneidungen sehr wohl gemeinsame Grundannahmen entwickelt werden, wie im Folgenden dargestellt wird.

4.2.3. Grundannahmen der CDA

Die Pluralität der CDA wird durch die Darstellung der verschiedenen theoretischen Ansätze deutlich, die dazu führen, dass es äußerst schwierig ist, gemeinsame theoretische Standpunkte herauszuarbeiten, wie Meyer (2001) an dieser Stelle darstellt:

„There is no guiding theoretical viewpoint that is used consistently within CDA, nor do the CDA protagonists proceed consistently from the area of theory to the field of discourse and then back to theory.” (ebda:18¹⁴, zit. n. Wodak/Chilton, 2005: 123f.)

Dennoch entwickelten Wodak und Fairclough (1997) auf Grund der theoretischen Basis der CDA folgende Ansätze:

Die CDA hat ihre Wurzeln in der Kombination aus einem kritisch-dialektalen und einem phänomenologisch-hermeneutischen Zugang. In der CDA geht es um soziale Probleme und darum, auf interdisziplinärem Level den linguistischen Charakter von sozialen und kulturellen Strukturen herauszufinden.

„Critical discourse analysis [...] analyses real and often extended instances of social interaction which take a linguistic form, or a partially linguistic form. The critical approach is distinctive in its view of (a) the relationship between language and society and (b) the relationship between analysis and the practices analyzed.” (ebda.: 258)

¹⁴ Meyer, M.: „Between theory, method, and politics: positioning of the approaches to CDA.“, in: Wodak, R.&Meyer, M. (Eds.): *Methods of Critical Discourse Analysis*, London: Sage, 2001, p.14-31

Ziel ist es also, Gesellschaft und Kultur sowie Sprache und Handlung in Beziehung zueinander zu sehen. Gesellschaft und Kultur werden schließlich anhand des Diskurses gebildet, gleichzeitig begründet diese allerdings auch den Diskurs.

Demnach ist „Diskurs“ eine soziale Praxis beziehungsweise eine soziale Handlung, die schließlich die soziale Realität bildet. Durch die Funktion des Diskurses als Verwendung der Sprache ergibt sich, dass der Diskurs die soziale Realität konstruiert (vgl. Wodak/Chilton, 2005: 22f.; Wodak/ Fairclough, 1997: 258). Außerdem wird davon ausgegangen, dass jeder sprachliche Gebrauch auch ideologisch ist. Diskurse können auch nie nur in ihrem historischen Kontext betrachtet werden, da die Beziehung zwischen Gesellschaft und Text nie direkter Natur ist und im Diskurs steckt.

Trotz dieser festgestellten Grundannahmen wird immer wieder die Schwierigkeit, diese zu benennen, betont, was auch einen der größten Kritikpunkte am Analysemodell der CDA darstellt: „On the whole, the theoretical framework of CDA seems eclectic and unsystematic for many observers and critics.“ (Wodak/Chilton, 2005: 124)

4.3. Die Kritische Diskursanalyse nach Sigfried Jäger

Die in dieser Forschungsarbeit durchgeführte Analyse soll sich vor allem am theoretischen Ansatz von Sigfried Jäger (1993) orientieren, der sich durch klare Strukturen sowie einer starken Praxisorientierung auszeichnet. Jäger bezieht sich in seiner Analyse vor allem auf journalistische Texte beziehungsweise auf den Mediendiskurs an sich.

Jäger orientiert sich in seinen Ansätzen maßgeblich an den Schriften Michel Foucaults sowie an jenen des russischen Philosophen A. N. Leontjew, der an die kulturhistorische Schule der Sowjetunion anknüpft. Dieser geht in seiner Tätigkeitstheorie davon aus, dass psychische Tätigkeiten aus praktischen Tätigkeiten in der Wechselwirkung zwischen Menschen entstehen und sich so

verändern (vgl. Jäger, 1993: 100ff.). Leontjew sieht Texte als Produkte menschlicher Arbeit, worin das gesamte Wissen nicht nur sprachlich sondern in all seinen Tätigkeitsprodukten artikuliert wird (vgl. Jäger, 1993: 17). Nach ihm ist das Bewusstsein an das menschliche Sein geknüpft und wird von ihm beeinflusst und geformt.

Durch den Einfluss dieser Theorie erlaubt sich Jäger „von einer individuellen Beteiligung des Menschen im sozialen Diskurs“ auszugehen. (ebda.: 135f.)

Eine weitere Basis für den Ansatz von Sigfried Jäger bilden die Theorien des Sprachwissenschaftlers Jürgen Link, der anlehnend an Foucaultsche Theorien, Machtstrukturen und die Kollektivsymbolik, die zur Verbindung verschiedener Diskursstränge beiträgt, sichtbar machen will (vgl. ebda.,152).

4.3.1. „Macht“

Die Faktoren „Macht“ und „Ideologie“ sind in der gesamten Diskussion um die verschiedenen Ansätze der Kritischen Diskursanalyse ständig präsent: vor allem in den Ansätzen von Fairclough, Wodak und Jäger geht es darum, Machtstrukturen zu erkennen und um die Bedeutung von Ideologien, die sich stark an den Ideen Foucaults orientieren.

Jäger sieht „Macht“ in dieser Diskussion allerdings nicht wie im üblichen Sprachgebrauch als eine von oben nach unten organisierte Kraft, sondern als eine „gesellschaftliche Macht“, die horizontal und heterogen über die gesamte Gesellschaft verteilt ist. Es ist aber zu beachten, dass es sich hierbei nicht um bewusste Machtausübung handelt, sondern um Machtstrukturen, die im gesellschaftlichen Diskurs entstehen (vgl. Link/ Link-Heer, 1990: 90¹⁵, zit. n. Jäger, 1993: 154).

So kann jeder beliebige Text in seiner Struktur erklärt und Dinge, die vom Autor nicht intendiert wurden oder unbewusst geschehen, erkannt werden. Es geht hierbei ganz im Sinne Links darum, Kollektivsymbole zu hinterfragen, wie sie uns oft von autoritären Persönlichkeiten oder auch den Medien, die deren Aussagen aufgreifen beziehungsweise modifizieren, weitergeben werden. Dadurch befinden

¹⁵ Link-Heer, Ursula: Diskurs/ Interdiskurs und Literaturanalyse, LiLi 77, 1990, S. 88-99

wir uns schließlich in einem ständigen „Machtkampf“ und im wechselhaften Spiel auf der Ebene dieser Diskurse, die gleichzeitig Machtstrukturen schaffen und sie auf Grund ihrer historischen Verwurzelung neu formen (vgl. Foucault, 1978¹⁶, zit. n.: ebda., 177ff.). Hier wird auch der selbstbildende Charakter von Diskursen deutlich: Diskurs ist hier nicht wie in klassischen marxistischen Ansätzen auf Ideologie zu reduzieren, sondern stellt eine eigene Wirklichkeit dar, die sich gegenüber der „wirklichen Wirklichkeit“ aus vergangenen und aktuellen Diskursen bildet (vgl. ebda.: 168).

Macht wird demnach diskursiv transportiert und durchgesetzt. Somit üben Diskurse als Träger von dem innerhalb einer untersuchten Gesellschaft befindlichen „Wissen“ Macht aus.

Die Kritische Diskursanalyse warnt schließlich vor einem „euphemistischem und sensationslüsternem Sprachgebrauch“ und hat es zum Ziel, herrschende Diskurse zu hinterfragen und somit auch ein politisches Interesse zu verfolgen (vgl. Jäger, 2007: 20ff.).

4.3.2. Die Diskursstruktur

Jäger schlägt vor, Diskurse als geregelte Strukturen festzulegen: Er definiert „Diskurs“ schließlich als „Fluß [sic!] von Text und Rede bzw. von Wissen durch die Zeit.“ „Diskurse“ haben somit eine Geschichte, sie entstehen nicht aus dem Nichts. Das bedeutet, dass sie sich historisch verändern und jeder Diskurs demnach auch Einfluss auf die Zukunft hat. Diese starke Strukturierung von „Diskurs“ wird im Sinne von „konventionalisiert“ beziehungsweise „sozial“ gesehen. Diese Bestimmung sieht Jäger als essentiellen Bestandteil von Diskurs überhaupt: Diskurse sind überindividuelle Strukturen, an deren Entstehung alle beteiligt sind aber allerdings niemand bewusst das erlangte Ergebnis erzielen wollte (vgl. Jäger, 2007: 24; Jäger, 1993: 153).

Jäger knüpft auch hier stark an den Theorien von Link an, der die verschiedenen Diskurse der Wissenschaften „Spezialdiskurse“ nennt. Innerhalb dieser „Spezialdiskurse“ kristallisieren sich wiederum gewisse Gemeinsamkeiten und

¹⁶ Foucault, Michel: Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere, Gespräch mit Lucette Finas, in: ders. (Hrsg.). 1978, S. 104-117

„Kollektivsymbole“ heraus, die zu einem „kulturellen Allgemeinwissen“ führen, das den „Interdiskurs“, der somit alle außerhalb der Wissenschaften liegenden Diskurse darstellt, bildet (vgl. ebda.: 155ff.).

Dieser „Interdiskurs“ geht nicht wie der „Spezialdiskurs“ systematisch vor und ist somit voll von Widersprüchen und Überschneidungen, die hier als „flukturierendes Gewimmel“ bezeichnet werden (vgl. Jäger, 1993:155).

Dieses Geflecht von Diskursen, das Jäger ein „diskursives Gewimmel“ nennt, hat die Diskursanalyse nun zu entwirren. Ihre Aufgabe ist es, durch das Lösen dieses Geflechtes Überschneidungen und Überlappungen der verschiedenen Diskursstränge festzustellen (vgl. ebda.: 157). Dies geschieht anhand der Analyse der Diskursfragmente. Sie stellen das Material dar, das zu dieser Analyse herangezogen wird und ein bestimmtes Thema behandelt. Hierbei handelt es sich vor allem um „schriftlich fixierte und geplante Texte“ oder Textstellen (vgl. ebda.: 181).

Um den zuvor genannten Anspruch erheben zu können, auch den Gesamtdiskurs darstellen zu können ist es notwendig, jedes Diskursfragment in einem sprachlich-diskursiven Kontext, also in seinem „Diskursstrang“, zu betrachten. Einzelne Texte können dabei selbstverständlich auch thematische Bezüge zu verschiedenen Diskursfragmenten enthalten, wenn darin klar voneinander abgrenzbare Themen angesprochen werden (vgl. ebda.: 184ff.).

Diskursstränge sind schließlich eine Abfolge dieser „thematisch einheitlichen Diskursfragmente“. Hierbei handelt es sich allerdings um eine endliche Menge, da es schlicht unmöglich ist, einen Diskursstrang vollständig zu überprüfen. Das Essentielle dieser „Diskursstränge“ ist deren Verschlingung, also deren Verwobenheit. Diese werden als „diskursive Knoten“ bezeichnet. Sie verbinden die jeweiligen Diskursstränge miteinander und binden diese zusammen (vgl. ebda.:181ff.). Die verschiedenen Diskursstränge lassen sich nach besonderen Kriterien bündeln. Wichtig ist, hier stets zu beachten, dass alle Diskursstränge eine Vergangenheit, eine Zukunft und eine Gegenwart haben, was Foucault „eine Anlehnung des Wissens“ nennt. Diesen sogenannten „Bündelungen von Routinen“, die somit historisch erarbeitet wurden und einen regelbildenden Charakter haben, „folgen die Menschen weitgehend routinenhaft und [somit], bestimmen [diese] deren Handeln.“ (ebda: 209)

Dieser bestimmte thematische Bereich den der Diskursstrang bildet, muss festgelegt werden um schließlich zu entscheiden, welche „diskursive Ebene“ betrachtet werden soll. (ebda: 187) Als solche „diskursive Ebenen“ bezeichnet Jäger zum Beispiel die Medien, die Erziehung, die Wissenschaft, oder den Alltag. In dieser Untersuchung kommt es somit zu einer Analyse auf der diskursiven Ebene der Printmedien, die allerdings in die diskursive Ebene der Politik aufgenommen und von dieser beeinflusst wird (vgl. Jäger, 1993: 183).

Innerhalb dieser Diskursstränge ereignen sich sogenannte „diskursive Ereignisse“, die im hier untersuchten Diskurs der italienischen Migrationspolitik zum Beispiel ein Treffen von Regierungsvertretern sein könnte. Diese diskursiven Ereignisse können allerdings nur Ereignisse sein, die im untersuchten Diskurs tatsächlich enthalten sind. Das bedeutet, wenn in diesem Falle lediglich eine der beiden untersuchten Zeitungen über dieses stattgefundene Treffen berichtet stellt sie für die zweite Zeitung kein diskursives Ereignis dar. Diskursive Ereignisse lenken teilweise den Verlauf von Diskurssträngen, je nachdem wie bedeutend sie für ebendiesen sind (vgl. ebda., 1993: 157).

Die Diskursanalyse ist in der Lage, das Zusammenwirken, die Verflechtungen und Verschlingungen der verschiedenen Diskurse und ihre jeweiligen Abhängigkeiten und inneren Strukturen aufzuzeigen und sie zu bewerten und zu kritisieren. Allerdings stellt sich hierbei die zuvor bereits angeschnittene Frage, die zunächst außerhalb der Diskursanalyse und in einer philosophisch-ethischen Fragestellung liegt: Nämlich die Frage danach, was „richtig“ oder „falsch“ beziehungsweise „objektiv“ ist (vgl. ebda: 224f.). Da es allerdings unmöglich ist, eine Antwort auf diese in einer hoch philosophischen Diskussion verankerten Fragen zu finden und solche Maßstäbe unmöglich festgestellt werden können, geht es darum, festzustellen was „traditionell verankert“ beziehungsweise „normal“ ist. Dies kann unter anderem dadurch geschehen, historisch-logische Folgen und daraufhin Idealtypen festzustellen.

Daraus lässt sich schließen, dass eine solche Analyse nur in einem interkulturellen Ambiente stattfinden kann, in dem gleiche „Moralen“ herrschen (vgl. Jäger, 1993: 227f.). Dies begründet Jäger dadurch, dass „in bestimmten

historischen Räumen lebende Individuen der gleichen Kultur beziehungsweise der gleichen Gesellschaft in gleicher Weise in sie eingebunden [sind].“ (Jäger 1993: 204) Diese Moralen bilden schließlich wiederum eine „dialektische Einheit zwischen Besonderem und Allgemeinem“ (ebda: 227). Eine weitere Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit kritischen Fragen innerhalb eines kulturellen Ambientes ist, sich mit der jeweiligen Moral im Zuge der Analyse auseinanderzusetzen und diese auch kritisch zu betrachten (vgl. ebda: 204ff.).

4.3.3. Die Kritische Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse

Die prognostische Wirkung der Diskursanalyse liegt in ihrer historischen Betrachtungsweise: es geht hier um die strategische Bedeutung des Wissens in einem bestimmten Augenblick, dessen Analyseergebnisse auch in alle folgenden Untersuchungen einfließen werden und somit einen Blick in die Zukunft zulassen. Demnach geht es darum zu erkennen, was nun auf Grund der Geschichte und der Tradition folgen wird, um so „relativ realistische Szenarien für die Zukunft [zu] erarbeiten.“ Die Diskursanalyse ist somit eine Gesellschaftsanalyse, da sie die in der Vergangenheit entstandenen Regeln durch die Beschreibung von Diskurssträngen aufzeigt. Sie analysiert gesellschaftliche Zusammenhänge (vgl. Jäger, 1993: 210ff.).

Es geht in der Diskursanalyse darum, diese Analyse der Wirklichkeitsgestaltung zu dem Zweck durchzuführen, dass Diskurse „Applikationsvorgaben“ für die Gestaltung von Wirklichkeit bereitstellen (vgl. Jäger, 2007: 22f.). Hierbei ist aber zu bemerken, dass es in der Diskurstheorie nicht darum geht, dass Sprache eine Weltsicht begründet, sondern um das vorhandene Wissen, das die jeweilige Gesellschaft durch ihre Subjekte leitet (vgl. ebda: 22ff.).

Jäger geht weiters davon aus, dass eine qualitative Diskursanalyse das Problem der Überprüfbarkeit nicht bloß mittels einer quantitativen Absicherung lösen kann, wie es in der Sozialwissenschaft üblich ist, sondern durch das Verfahren der „vollständigen Erfassung von Diskurssträngen“: „Das Allgemeine liegt im Diskurs; das Besondere sind nur Facetten des Allgemeinen auf derselben Ebene.“ (Jäger, 1993: 205) Der Einwand, die Kritische Diskursanalyse könne auf Grund ihres

hermeneutischen Verfahrens und ihres Engagements nicht als Analyse betrachtet werden, ist demnach nicht gerechtfertigt. Vor allem Jäger distanziert klar vom Begriff der „Hermeneutik“ (vgl. ebda: 210ff.).

In der Kritischen Diskursanalyse ist die Trennung von der qualitativen und der quantitativen Forschung somit aufgehoben, da bereits der Einzelne sozial ist und somit auf die gesamte Gesellschaft geschlossen werden kann.

In Bezug auf die Notwendigkeit der Wissenschaft, zwischen quantitativen und qualitativen Untersuchungen zu unterscheiden, spricht Wodak (1996) von einer komplementären Wirkung der beiden Methoden, die beide notwendig seien, um eine verständliche Untersuchung der Beteiligten zu machen und gemeinsam ein „explikatives Mosaik“ über das untersuchte Objekt darzustellen. Wodak nennt diese Annäherung einen „multi-method approach“. (ebda.: 23)

Allerdings führt erst eine dauerhafte Auseinandersetzung über einen gewissen Zeitraum zu diesen festen Bewusstseinsmomenten. Das so entstandene Wissen über die gesellschaftliche Wirklichkeit wird schließlich auch vom jeweiligen Subjekt übernommen und fortgeführt (vgl. Jäger, 2007: 22f.).

Es geht also darum, Diskursstränge in ihrer Vollständigkeit zu erfassen, was bedeutet, dass so lange Diskursfragmente zur erforschten Thematik untersucht werden bis nichts Neues mehr zu erkennen ist sowie darum, zu erkennen, wie sich Diskursstränge zu einem Gesamtdiskurs verbinden (vgl. Jäger, 1993: 202ff.).

4.3.4. Der Wissenschaftler als „reflektierendes Erkenntnis-subjekt“

Wie Jäger beschreibt, sollen in der Diskursanalyse nicht strenge Analyse-Muster eingehalten werden, sondern er befähigt jeden Wissenschaftler dazu, die Grenzen am jeweiligen Forschungsvorhaben auszuloten und der Analyse Grenzen zu setzen, sei es bei der Erfassung der Diskursstränge, als auch bei der vorher durchzuführenden Auswahl der zu untersuchenden Diskursfragmente. Jedes Subjekt wirkt demnach als ein aktives und reflektierendes Erkenntnis-subjekt. Er begründet dies so, dass jedes Subjekt zwar im Zwang

ungerechter Machtwirkungen diskursiver Verläufe steht, sich allerdings jeder Interessierte mittels diskursanalytischer Mittel diesem Zwang widersetzen und die Machtbeziehung offen legen kann (vgl. Jäger, 1993: 213f. und 172ff.).

In der Diskursanalyse müssen nicht nur durch diverse Analyseschritte festgelegte Fakten dargestellt und beachtet werden, sondern soziale und sprachliche Besonderheiten auch in diesem Zusammenhang gesehen werden (vgl. ebda: 199ff.) Somit ist vor allem der außersprachliche Bereich des Textes von Bedeutung: Um eine Diskursanalyse durchführen zu wollen, muss man eine genauere Verortung der eigenen Untersuchung, also des zu untersuchenden Gegenstandes, vornehmen. Dazu gehört auch die Untersuchung des Publikums. Hierbei ist es selbstverständlich unmöglich, das Verhalten und die Wirkung des Textes auf jeden einzelnen seiner Rezipienten zu untersuchen. Jedoch können auf Grund einer Analyse des situativen Umfeldes des Mediums, indem der untersuchte Text erschienen ist, auf das Rezipientenverhalten beziehungsweise auf Merkmale der Zielgruppe geschlossen werden. Außerdem können Faktoren wie die Grundhaltung des Autors, Blattlinie und Ideologien des Mediums festgestellt werden, was in dieser Arbeit bereits durch die umfassende Darstellung der beiden analysierten Zeitungen in Kapitel 3 vorweggenommen wurde.

Jäger spricht davon, dass es nicht selten der Fall sei, dass der Linguist in der Situierung von komplexen thematischen Bereichen, die auch die Kenntnis über bestimmte Spezialdiskurse erfordern, auf seine Grenzen stößt. Somit müssen teilweise gewisse Schwerpunktsetzungen gemacht werden sowie Eingrenzungen vom Wissenschaftler vorgenommen werden (vgl. ebda: 15).

4.4. Methodische Anwendung

Ein weiterer Ausgangspunkt Jägers ist, dass Zeitungen Diskursstränge in unterschiedlicher Art und Weise realisieren und das immer in der Annahme, dass der „herrschende Diskursstrang“ der „normale“ ist, von dem Abweichungen möglich sind. Es kann also bei einer Analyse der Medien unter Berücksichtigung des „Gesagten“ trotzdem zu heterogenen Ergebnissen kommen, was ein Indiz dafür ist, dass der betreffende Diskursstrang gespalten ist (vgl. Jäger, 1993: 206f.). Eben diese Strukturen sollen nun anhand der folgenden Analyse des journalistischen Diskurses von „La Repubblica“ und „Il Giornale“ aufgedeckt werden um dadurch auch Argumentationsmuster, Fragen der Bewertung, Argumentationsverschiebungen und Diskursmuster in den beiden Tageszeitungen aufzudecken und systematisch darzustellen.

4.4.1. Die Analyse von journalistischen Texten

Besonders im Zusammenhang mit der Analyse von journalistischen Texten liegt die Wichtigkeit der Kritischen Diskursanalyse darin, die Wirkungsfunktionen beziehungsweise die prognostische Wirkung und mögliche Konsequenzen des diskursiv vermittelten Wissens für das individuelle und kollektive Handeln aufzuzeigen (vgl. Jäger, 2007: 32).

Außerdem sind bei der Analyse von journalistischen Texten einige Faktoren zu beachten, die in der journalistischen Textproduktion eine Rolle spielen. Hier kommt es gleich zu mehreren Einflussfaktoren, die auf die Berichterstattung einwirken. Es gibt schließlich in der Nachrichtenproduktion sowohl formal als auch inhaltlich bestimmte Vorgaben und die Berichterstattung ist zudem meist stark an der jeweiligen Blattlinie orientiert sowie auch von der persönlichen Meinung des jeweiligen Autors beeinflusst (vgl. Burkart, 2002: 276). So kann es zu problematischen „Interaktionen“ (Bonnafoous, 1991¹⁷: 14, zit. n. Tanzmeister,

¹⁷ Bonnafoous, Simone: L'immigration prise aux mots. Les immigrés dans la presse au tournant des années 80. Paris: Kimé, 1991

1999¹⁸: 5) zwischen politischen und journalistischen Diskursen kommen, weil „der Journalist selektiert, filtert, ignoriert, verstärkt, schwächt ab und stellt politische Diskurs in bereits stereotypisierte Diskursformationen.“ (Foucault, 1996¹⁹: 44ff., zit. n. Tanzmeister, 1999: 5).

Weiters spielen im journalistischen Bereich auch ökonomische Interessen eine große Rolle, in denen es vor allem darum geht, die Erwartungen der Rezipienten zu erfüllen.

4.4.2. Analyseschritte

Jägers Analysemethode zeichnet sich vor allem durch seine praktische Anwendbarkeit aus. Er stellt zur Analyse ein vollständiges Schema dar, was allerdings nicht als strikte Anleitung sondern lediglich zur Orientierung gesehen werden soll.

Vor allem auf Grund ihrer vielfältigen Anwendbarkeit müssen in der Diskursanalyse spezifische Analyse-Muster entworfen werden, die dennoch nie als statische Strukturen angesehen werden können, da jede vorgenommene Analyse genau auf das untersuchte Material hin abgestimmt werden und in dessen Kontext betrachtet werden muss.

Für die hier durchgeführte Analyse wurden somit lediglich die für das Forschungsinteresse relevanten Analyseschritte „ausgewählt“, die höchstens als Stütze zur Analyse der Argumentationsstrategien und der Darstellung der Diskursstränge dienen sollen.

Auf Grund dieser grundlegenden Überlegungen konnte für die vorliegende Forschungsarbeit folgendes Analyseschema auf der „Mikro-Ebene“ nach Jäger (1993) herausgearbeitet werden (vgl. ebda: 187f.):

- Hauptthema des Textes/ inhaltliches „Ziel“
- Diskursstränge markieren/ unterteilen

¹⁸ Tanzmeister, Robert: Wort, Text, Diskurs. Kritische Diskursanalyse zum politischen Diskurs der Lega Nord, 1999

¹⁹ Foucault, Michel: L'archéologie du savoir. (=Bibliothèque des Sciences humaines). Paris: Gallimard, 1996

- Funktionen von Diskursverknüpfungen feststellen
- Bauelemente feststellen (Zitate usw.)
- Art und Form der Argumente: Strategien der Selbst- und Fremddarstellung
- Quellen des Wissens
- Narrative Strukturen
- Syntaktische Besonderheiten (z.B. Gebrauch der Pronomina)
- Kollektivsymbole (Welche Funktion haben sie im Text?)
- Anspielungen
- Bedeutungsfelder (z.B. Tugenden, Werte, Moral)
- Spielt der Text auf Vorwissen an?
- Wenn ja, wird damit auf bestimmte Einstellungen angespielt?
- Metaphern, Sprichwörter, Redensart, Jargon, Wissenschaftssprache
- Wörter in ursprünglicher Bedeutung entfremdet (Katachresen)
- Argumentationsstrategien: Relativierung, Verallgemeinerung, Verleugnung etc.
- Allgemein: Besonderheiten, Stil (Sprachliche Besonderheiten: Ausrufe, Fragesätze, Hervorhebung etc.)

Das der Makro- Analyse zugeordnete Element des nicht-sprachlichen Kontextes der Artikel wurde, wie bereits erwähnt, in Kapitel 3 durch die ausführliche Darstellung der beiden analysierten Zeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ behandelt. Die von Jäger genannte „Kontextualisierung der Texte anhand ihrer Autoren“ soll hier allerdings nicht beachtet werden, da dieses Element für die Beantwortung der anfänglich genannten Forschungsfragen nicht von Bedeutung ist und außerdem den Rahmen dieser Forschungsarbeit sprengen würde.

Um bei der Analyse der ausgewählten Diskursfragmente einen besseren Überblick zu bekommen, konnte auf Grund der genannten Analyseschritte eine weitere Einteilung gemacht werden. Folgende Besonderheiten sollen in den untersuchten Artikeln nach diesem Farbschema markiert werden, um sie anschließend im Kontext des jeweiligen Diskursstranges zu betrachten und zu analysieren:

- Fakten/ Zahlen/ Daten: hellblau
- Meinungen pessimistisch/vorurteilbehaftet gegenüber Immigranten: orange
- Meinungen pessimistisch in Bezug auf Situation: gelb
- Meinungen positiv gegenüber Immigranten/ optimistisch gegenüber Situation: grün
- Berichte über die EU: pink
- Anschuldigungen/ Verweise auf andere Personen/ Zuschreiben von Verantwortung: dunkelgrün
- Ausblick auf zukünftige Ereignisse/ Prognosen: grau
- Starke Abweichungen vom eigentlichen Diskurs im Kontext des jeweiligen Diskursfragmentes: grün
- Verweis auf eindeutig vergangene Ereignisse: blau
- Vorwissen von den Rezipienten wird vorausgesetzt: violett
- Rhetorische Figuren: blaugrün
- Offensichtliche Stellungnahme der Autoren: unterstrichen

Hierbei muss erwähnt werden, dass auch dieses entwickelte Schema der farblichen Markierung in der thematischen Analyse sowie der Analyse der Argumentationsstrategien lediglich als Richtlinie dienen soll und nur an relevanten Textausschnitten angewandt und übernommen wird.

II. Teil

5. Empirische Analyse

5.1. Auswahl des Datenmaterials

Da sowohl „La Repubblica“ also auch „Il Giornale“ eine Print- und eine Online-Ausgabe haben, deren Artikel sich teilweise unterscheiden, soll sich diese Analyse lediglich auf die in der Printausgabe erschienenen Artikel beschränken.²⁰

Zum Herausfiltern der relevanten Diskursfragmente, die hier zur Analyse herangezogen werden, wurde eine Schlagwort-Liste erstellt, nach der schließlich für diese Analyse relevante Artikel gesucht wurden. Die meisten Artikel wurden hierbei direkt unter dem Schlagwort „immigrazione“ gefunden. Weitere Suchbegriffe waren „immigrato/i“, „migrazione/i“ und „rifugiato/i“. Viele davon liegen allerdings thematisch entweder gar nicht im Bereich der Immigration, da das gesuchte Wort lediglich in einem anderen Kontext vorkommt oder für das gewählte diskursive Ereignis nicht von Bedeutung ist. Somit musste auch bei dem dadurch gefundenen Material eine Auswahl getroffen werden.

Eine weitere Überlegung zur Selektion des vorhandenen Materiales war, ob auf Grund des großen Umfanges der gefundenen und relevanten Artikel eine Einschränkung in den behandelten Ressorts gemacht werden soll. Die anfängliche Überlegung, bloß Artikel aus dem Ressort der Innenpolitik zu untersuchen, wurde beim Durchsehen des gesamten Materiales allerdings verworfen, da so einige besonders relevante Artikel nicht behandelt würden, welche schlichtweg in anderen Ressorts veröffentlicht wurden, was nicht immer inhaltliche, sondern auch platztechnische beziehungsweise redaktionsinterne Gründe haben kann. Bei der auf Grund dieser Überlegungen getroffenen Auswahl der Artikel handelt es sich größtenteils um jene aus den Ressorts der Innenpolitik, der Außenpolitik und der Chronik. Auch Artikel aus dem Regionalteil

²⁰Anm.: Artikel der Printausgabe von „La Repubblica“ können in dessen Archiv unter <http://ricerca.repubblica.it/repubblica> in der Rubrik „La Repubblica dal 1984“ gefunden werden. Ganze Ausgaben von „Il Giornale“ sind mit einer erweiterten, kostenpflichtigen Funktion als Pdf-Datei abrufbar.

wurden teilweise zur Analyse herangezogen, wenn sie für das untersuchte Thema als relevant erschienen. Einige der ausgewählten Artikel werden hierfür zur Feinanalyse für die Darstellung der einzelnen Diskursstränge verwendet, andere wiederum dienen lediglich dazu, einen Überblick über das behandelte Ereignis zu geben.

Es werden mit diesen Diskursfragmenten hauptsächlich Artikel des Genres des Berichtes sowie der Reportage behandelt, da deren Darstellungsformen eine objektive Berichterstattung voraussetzen (vgl. Lüger, 1995: 17f.). Die Einteilung nach Genres kann allerdings nicht immer eindeutig vorgenommen werden, da sehr wohl auch Berichte gefärbt und meinungsbeladen sein können, weshalb hier keine explizite Zuordnung stattfinden wird.

Zur Festlegung des zu behandelnden Zeitraumes war es notwendig, einen Überblick über das gesamte vorhandene Material zu bekommen und zu sehen, welche Zeitspanne zur Beantwortung der Forschungsfragen relevant ist. Da das Thema des Forschungsinteresses schließlich ein sehr aktuelles ist und einen mittlerweile sehr großen Zeitraum umfasst, war es notwendig, zeitlich strikte Grenzen zu setzen, da sonst der Umfang dieser Arbeit gesprengt würde. Somit wurde schließlich die Zeitspanne des gesamten Monats Februar 2011 gewählt: Zwar begann der arabische Frühling schon Ende 2010 mit der Revolution in Tunesien, allerdings verbreitete er sich erst im Laufe der Monate Januar 2011 und Februar 2011 auf die restlichen Länder des Kontinents. Somit ist klar, dass Berichte über die Migrationsproblematik nach Europa beziehungsweise nach Italien erst im Laufe des Monats Januar und Februar 2011 zu finden sind. Betrachtet man die Berichterstattung der Medien in diesem Zeitraum, so ist im Januar 2011 bloß ein einziger Artikel zu der Immigrationsproblematik in Italien zu finden, nämlich am 20. Januar 2011. Hier wird erstmals, allerdings in sehr geringem Ausmaß, im Zusammenhang mit den Geschehnissen in Nordafrika über Immigration berichtet.

Auf Grund dieser Überlegungen konnte das vorhandene Material schließlich auf folgende Artikel reduziert werden:

5.1.1. Ausgewählte Artikel „La Repubblica”

(N=29)

N°	Datum	Titel	Ressort ²¹	Seite	Autor ²²	Gesuchtes Schlagwort
I.	10. Februar 2011	Sbarchi di tunisini al sud Maroni: tra loro terroristi	Politica Estera	17	s.n.	immigrazione
II.	13. Februar 2011	Ma Bruxelles per ora ha le mani legate	Cronaca	2	a.d' a.	immigrazione
III.	13. Februar 2011	Polizia italiana sulle coste tunisine il Viminale rispolvera il piano Albania	Cronaca	3	Alberto d'Argenio	immigrati
IV.	13. Februar 2011	Immigrati, Lampedusa allo stremo quattromila sbarchi in quattro giorni	Cronaca	2	Alberto Custodero	immigrati
V.	13. Februar 2011	La grande fuga dal Maghreb via da fame e persecuzioni a caccia di un futuro	Politica Estera	4	Giampaolo Cadalanu	immigrazione, immigrati
VI.	14. Februar 2011	Maroni: esodo biblico, Ue assente la Tunisia invia le truppe sulle coste	Cronaca	14	Alessandra Ziniti	immigrati
VII.	14. Februar 2011	Ma quei clandestini non sono tutti rifugiati chi non ha diritto a restare deve essere respinto	Cronaca	14	Rodolfo Sala	immigrazione
VIII.	15. Februar 2011	Frattoni vola a Tunisi e riceve lo strappo Pronti a dare un sostegno economico	Cronaca	2	Francesco Nigro	immigrazione
IX.	15. Februar 2011	Lombardo 'Non possiamo accoglierli tutti'	Palermo	1	Emanuele Lauria	immigrazione, immigrati
X.	15. Februar 2011	Immigrati, allarme di Maroni In arrivo 80 mila persone e sugli sbarchi scontro Ue-	Cronaca	2	Alberto Custodero	immigrazione

²¹Anm.: Hier wurden die jeweiligen Bezeichnungen der Zeitungen übernommen.

²²Anm.: Falls kein Autor angegeben ist, wird hier die italienische Bezeichnung „s.n.“(senza nome) verwendet. Die weiteren angeführten Namen und Kürzel werden wie in den Zeitungen angegeben übernommen.

		Italia				
XI.	15. Februar 2011	Miliardi a Gheddafi e Ue esclusa così il piano italiano ha fatto flop	Politica Estera	4	Vladimiro Polchi	immigrati
XII.	16. Februar 2011	Immigrati, Ue in soccorso dell'Italia la Finanza spara sugli scafisti in fuga	Cronaca	14	Alessandr a Ziniti	immigrati, rifugiati
XIII.	16. Februar 2011	La Libia non rispetta i patti così ha provocato la nuova crisi la denuncia dei servizi segreti	Cronaca	15	Carlo Bonini	immigrazione
XIV.	16. Februar 2011	Via libera da Berlusconi e Maroni a Mineo maxi-campo per i rifugiati	Palermo	2	Alessandr a Ziniti	rifugiati
XV.	17. Februar 2011	Lampedusa, barcone disperso: si teme una strage	Cronaca	17	Caterina Pasolini	immigrazione
XVI.	17. Februar 2011	Conventi, tendopoli e stadi il piano per accogliere gli immigrati	Palermo	2	Romina Marceca	immigrazione
XVII.	17. Februar 2011	Immigrati, cosa chiedere alla Ue	Prima Pagina	1	Tito Boeri	Immigrazione, immigrati
XVIII.	18. Februar 2011	Tra i duemila immigrati prigionieri di Lampedusa Fateci andare via da qui	Cronaca	19	Francesco Viviano	immigrazione, immigrati
XIX.	19. Februar 2011	Immigrati, stato di emergenza il governo: "Andranno a Mineo"	Palermo	5	s.n.	immigrati
XX.	19. Februar 2011	Emergenza sbarchi Berlusconi stanziava un milione di euro	Politica Estera	17	s.n.	immigrati
XXI.	20. Februar 2011	Allarme immigrazione, a la via la missione europea	Politica Estera	15	s.n.	immigrazione, immigrati
XXII.	21. Februar 2011	Stop collaborazione sull'immigrazione se l'Unione europea sostiene i ribelli	Politica Estera	3	Francesco Viviano	immigrati, immigrazione

XXIII.	22. Februar 2011	Immigrazione, l'Europa è preoccupata oggi vertice di governo a Palazzo Chigi	Politica Estera	6	Vladimiro Polchi	immigrazione, immigrati
XXIV.	23. Februar 2011	L'allarme-immigrati del governo Dal Maghreb arrivano in 300 mila	Politica Interna	11	Alberto d'Argenio	immigrati
XXV.	23. Februar 2011	I profughi in Germania e Francia ma la Ue chiude la porta a Bossi	Politica Interna	10	Andrea Bonani	rifugiati
XXVI.	24. Februar 2011	Profughi, gli alleati frenano Maroni "non possono stare tutti"	Palermo	2	Emanuele Lauria	immigrazione
XXVII.	24. Februar 2011	Palazzo Chigi e l'onda degli immigrati	Politica Interna	11	Alberto d'Argenio	immigrazione
XXVIII.	25. Februar 2011	Profughi libici, mille arrivi in città	Roma	1	Massimo Lugli	immigrazione
XXIX.	26. Februar 2011	Profughi, Napolitano frena il governo Niente allarmismi sugli sbarchi	Politica Estera	11	Umberto Rosso	immigrati

5.1.2. Ausgewählte Artikel „Il Giornale”

(N=19)

N°	Datum	Titel	Ressort	Seite	Autor	Gesuchtes Schlagwort
I.	11. Februar 2011	Profughi tunisini in Sicilia. E si teme l'ondata egiziana	Esteri	13	Manila Alfano	immigrati
II.	12. Februar 2011	In 48 ore sbarcano in duemila. Maroni e Frattini chiedono riunione urgente all'Ue	Esteri	14	s.n.	immigrati
III.	13. Februar 2011	Sbarchi senza sosta e il governo decretalo stato di emergenza	Esteri	12	Fabrizio de Feo	immigrazione, immigrati
IV.	14. Februar 2011	“È un esodo biblico” Maroni all’attacco: l'Europa ci lascia soli	Esteri	13	Francesca Angeli	immigrazione, immigrati

V.	15. Febaur 2011	Maroni: 200 soldati in Sicilia. E oggi arriva Berlusconi	Interni	8	Francesca Angeli	immigrazione
VI.	15. Februar 2011	L'Europa ci abbandona Contro gli sbarchi difendiamoci da soli	Interni	1, 9	Ida Magli	immigrazione
VII.	16. Februar 2011	E Bruxelles si sveglia: «Aiuti a Italia e Tunisia»	Interni	10	Manila Alfano	immigrazione, immigrati
VIII.	16. Februar 2011	Portiamo i clandestini in Francia	Interni	1, 11	Paolo Granzotto	immigrazione, immigrati
IX.	17. Februar 2011	Radar, muri e pattuglie. Così l'Europa frena la marea dei clandestini	Esteri	12	Manila Alfano	immigrazione
X.	18.Februar 2011	L'ondata di arrivi: Ancora sbarchi a Lampedusa. Ma per la Cgil non è emergenza	Esteri	13	s.n.	immigrati
XI.	21. Februar 2011	La Libia all'Ue: vi inondiamo di clandestini	Esteri	11	Francesco De Remigis	immigrazione, immigrati
XII.	22. Februar 2011	Tre emergenze per l'Europa. Ma ora gli Usa non ci salvano	Esteri	10	Livio Caputo	Immigrazione
XIII.	23. Februar 2011	La carica dei 300 mila pronti a invadere le nostre spiagge	Il fatto	2	Emanuela Fontana	immigrazione, immigrati
XIV.	23. Februar 2011	Ecco gli aiuti Ue contro gli sbarchi: 3 funzionari	Il fatto	3	Francesco De Remigis	immigrati
XV.	24. Februar 2011	Maroni trova alleati contro gli eurogoisti	Il fatto	6	Emanuela Fontana	immigrati
XVI.	24. Februar 2011	Solo uno spreco, non paghiamola più	Il fatto	6	Ida Magli	immigrati
XVII.	25. Februar 2011	L'onda dei profughi dall'Africa ci costerà 500 milioni al mese	Prima Pagina, Esteri	1, 14	Chiara Campo	immigrazione, immigrati
XIII.	26. Februar 2011	Lampedusa si ribella: „Basta tunisini: sporcano e chiedono l'elemosina“	Esteri	15	s.n.	immigrati
XIX.	26. Februar 2011	Quando l'Ue prometteva: «Ci divideremo i profughi»	Esteri	15	Emanuela Fontana	Immigrati

5.2. Allgemeine Themen und Aussagen

Bevor näher auf die Darstellung einzelner Diskursstränge innerhalb der Berichterstattung über die Migrationspolitik im untersuchten Kontext eingegangen wird, müssen zunächst einmal die für das Forschungsinteresse relevanten Akteure innerhalb des diskursiven Ereignisses in der Berichterstattung von „La Repubblica“ sowie „Il Giornale“ identifiziert werden:

Grundsätzlich sind dabei drei große Akteurs- Gruppen festzustellen, die für die Analyse der Darstellung der italienischen Migrationspolitik im diskursiven Ereignis relevant sind: Eine erste Gruppe ist Italien mit seinen innenpolitischen Akteuren. Diese Gruppe ist selbstverständlich die größte und für das Forschungsinteresse auch die relevanteste. Ein zweiter Akteur ist die Europäische Union sowie deren einzelne Mitgliedsländer, die hier allerdings jeweils nur im Rahmen der Institution EU genannt werden und hier sowohl aus der Sicht der einzelnen Mitgliedsstaaten als auch durch deren Repräsentanten vertreten sind. Als dritter Akteur können die arabischen Staaten zusammengefasst werden, die hier in Bezug auf Immigrationsabkommen und bilaterale Verträge von Bedeutung sind.

In der Repräsentation der genannten Akteure sind in der Berichterstattung von „La Repubblica“ und „Il Giornale“ starke Abweichungen zu finden, wie folgendes Kapitel zeigen soll. Eingangs muss hierbei noch einmal festgehalten werden, dass in dieser Forschungsarbeit die zu dem behandelten Zeitpunkt tätigen Politiker mit deren damaliger Funktion bezeichnet werden.

5.2.1. Die Darstellung der Akteure in „La Repubblica“

In der Berichterstattung von „La Repubblica“ erfolgt die Darstellung der italienischen Innenpolitik größtenteils durch deren Regierungsvertreter, selten wird von „Italien“ selbst gesprochen, jedoch wird die Regierung oftmals kollektiv als „Palazzo Chigi“ oder „il governo a Palazzo Chigi“, dem Regierungssitz des Ministerpräsidenten in Rom, bezeichnet.

Über Ministerpräsident Silvio Berlusconi wird in „La Repubblica“ nur wenig berichtet: ihm kommt hier nur eine sehr passive Rolle zu, lediglich im diskursiven Ereignis der Eröffnung des Flüchtlingslagers „Residence [sic!] degli Aranci“ in Mineo wird Berlusconi in „La Repubblica“ eine aktive Rolle zugeschrieben: er habe die Eröffnung des Flüchtlingslagers beschlossen und stelle dafür ein Budget von einer Million Euro zur Verfügung. Auffallend ist, dass in drei Artikeln auch auf die zu dem Zeitpunkte laufenden Gerichtsverfahren gegen Silvio Berlusconi im sogenannten „Fall Ruby“²³ zu finden sind: „Un vertice d’urgenza a Palazzo Chigi per mettere a punto le misure per fronteggiare la crisi libica. Con Silvio Berlusconi - rientrato solo ieri a Roma e per tutto il pomeriggio impegnato a Palazzo Grazioli sulla giustizia - in serata si riunisce mezzo governo.“ (LR 24-02-11 XIV) Diese Darstellung Berlusconis ist vor allem in Bezug auf die Berichterstattung von „Il Giornale“ von großer Bedeutung, wie sich im folgenden Kapitel zeigen wird.

Vor allem Innenminister Roberto Maroni wird als der Hauptakteur in innenpolitischen Fragen behandelt und in fast jedem der untersuchten Artikel namentlich erwähnt. Er ist auch am Häufigsten mit wörtlichen Zitaten vertreten. Maroni wird in „La Repubblica“ auch als „ministro degli interni“ oder „il titolare del Viminale“ bezeichnet. Der Name des Sitzes des Innenministeriums in Rom „il Viminale“ steht hier auch für Maroni, so wie die Bezeichnung „il Ministero dell’Interno“. Kritik an ihm wird kaum geübt und ihm wird durch andere regionale Politiker wie etwa Roberto Cota, Präsident der Region Piemont, Unterstützung ausgesprochen: „Meno male che al Viminale c’è lui, è un ottimo motivo per stare abbastanza tranquilli. [...] Si fa quello che dice Maroni, impegnatissimo a trovare la strada di nuovi accordi con i paesi del Maghreb per bloccare sul nascere gli sbarchi.“ (LR 14-02-11 VII) Über Außenminister Franco Frattini wird in der Berichterstattung von „La Repubblica“ nur in zwei Artikeln berichtet und er wird in Bezug auf ein Interview mit einem tunesischen Fernsehsender zitiert, in dem er betreffend der von Innenminister Maroni getätigten Kritik an der Lage in Tunesien um Schadensbegrenzung bemüht ist.

²³ Anm.: Silvio Berlusconi wurde im Januar 2011 des Amtsmissbrauches und der Förderung von Prostitution Minderjähriger beschuldigt, da er ein minderjähriges Escortgirl vor einer Haftstrafe bewahrt haben soll. In diesem Zusammenhang kam es zu der sogenannten „Bunga-Bunga-Affäre“, auf die an dieser Stelle allerdings nicht näher eingegangen werden soll.

Die Opposition kommt in der Immigrationsdebatte in „La Repubblica“ häufig im Zusammenhang mit nationalen sowie internationalen Flüchtlingsorganisationen zu Wort, in dem schließlich von beiden Seiten Kritik an der Regierung geübt wird. So kritisiert Emanuele Fiano, Abgeordneter der Partito Democratico (Pd), die Regierung, sie habe sich „unvorbereitet“ auf die Situation gezeigt so wie Laura Boldrini, Sprecherin der „Unhcr“ die sich „überrascht“ zeigt, dass das Flüchtlingslager auf Lampedusa noch immer geschlossen sei (vgl. LR 13-02-11 IV). Auch Raffaele Lombardo spielt eine wichtige Rolle in der Kritik an die Regierung: Der Präsident der Region Sizilien fordert mehr Einbeziehung der Regionen in Bezug auf nationale Angelegenheiten rund um die Diskussion zur Flüchtlingsproblematik. Auch regionale Politiker sowie Vertreter verschiedener Flüchtlingsorganisationen spielen hierbei eine große Rolle und stellen kritische Stimmen gegen die Regierung dar.

Die Konstruktion des Zusammengehörigkeitsgefühls durch die Bezeichnung „nostro“, die vor allem in der Berichterstattung von „Il Giornale“ häufig Anwendung findet, ist in „La Repubblica“ kaum zu finden und über Italien wird hier meist in der dritten Person berichtet. Auch Institutionen wie die italienische Polizei werden nüchtern als „la polizia italiana“ bezeichnet. Lediglich in der Debatte rund um die Rolle der Europäischen Union wird schließlich Zusammenhalt gezeigt: man stellt sich scheinbar kollektiv gegen die EU: zum Beispiel wird hier von „il nostro servizio di controspionaggio“ gesprochen. (LR 16-02-11 XIII) Der Zusammenhalt der Regierung zeigt sich auch in der kollektiven Enttäuschung gegenüber dem Verhalten der Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik²⁴ Catherine Ashton, weil diese zur Flüchtlingsproblematik nicht Stellung bezogen hätte (vgl. LR 13-02-11 III). Die Kritik Italiens richtet sich hierbei nicht bloß gegen Catherine Ashton, sondern auch gegen Cecilia Malmström, die EU-Kommissarin für Innenpolitik. Sie stellt die Hauptakteurin in der Kommunikation zwischen Italien und der EU in der Immigrationsdebatte dar, wie sich in der genaueren Analyse der Diskursstränge in „La Repubblica“ zeigen wird.

²⁴ Anm.: Catherine Ashton hat zudem auch das Amt der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission inne.

In folgendem Beispiel lassen sich verschiedene Bezeichnungen der Europäischen Union im Diskurs der Zeitung erkennen, die hier kursiv markiert sind und oftmals alleine für die EU stehen:

“Lo assicura la commissaria Ue agli Affari interni *Cecilia Malmstrom*²⁵ tramite il portavoce Michele Cercone. Le procedure per la sua attivazione partiranno mercoledì prossimo con una riunione degli ambasciatori *dei 27*. Poi toccherà ai ministri degli Interni il 23 febbraio. Sarà l'occasione per il ministro Roberto Maroni di fare pressione *sui partner europei*. Un punto sul quale *Bruxelles* è ottimista, visto che l'emergenza Magreb spaventa anche Malta, Spagna, Francia e Grecia. Un numero di stati in grado di fare massa critica e ottenere l'immediata attivazione di Frontex.”
(LR 13-02-11 II)

Eine weitere Bezeichnung für die EU ist „le autorità europee“, die hier allerdings zur Gegenüberstellung von „il nostro governo“ so genannt wird.

Repräsentativ für die Europäische Union wird in „La Repubblica“ weiters Ungarn genannt, das im untersuchten Zeitraum den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat:

“Abbiamo chiesto all'Ungheria, presidente di turno dell'Unione, di convocare un vertice straordinario per stabilire i termini e le modalità di questa ripartizione degli oneri legati all' accoglienza dei rifugiati e all' accettazione delle domande di asilo.” (LR 17-02-11 XVII)

Auch in Bezug auf die Drohung Libyens gegenüber der EU, jede Kooperation bezüglich der Immigrationsproblematik zu beenden, wenn sie die Rebellen weiterhin unterstützen würde, kommt die Rolle des Ratsvorsitzenden Ungarn zu tragen, da durch den Sprecher der ungarischen Botschaft in Tripolis diese Drohung an die Medien weitergegeben wurde (vgl. LR 21-02-11 XXII).

Die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden in „La Repubblica“ lediglich als Beispiele im Umgang mit Flüchtlingsproblematik angeführt und treten nie als einzelne Akteure, sondern immer innerhalb der Institution der EU auf.

²⁵Anm.: Der Name Cecilia Malmströms wird in den Artikeln teilweise ohne Umlaut, also „Malmstrom“ geschrieben. Die jeweilige Schreibweise wird in den direkten Zitaten beibehalten.

5.2.2. Die Darstellung der Akteure in „Il Giornale“

In der Berichterstattung von „Il Giornale“ ist eine noch drastischere Distanzierung Italiens zu der Europäischen Union und seinen Akteuren zu erkennen, die sich sowohl in den scharfen Beschuldigungen gegen die EU als auch in einer betont vereinten Darstellung der Regierung manifestiert. Die politischen Akteure Italiens haben hier eine größere Bedeutung: Hauptakteur in der Verhandlungen mit der Europäischen Union ist Innenminister Roberto Maroni, allerdings haben auch Außenminister Franco Frattini und Wirtschaftsminister Giulio Tremonti in „Il Giornale“ eine aktivere Rolle als in der Berichterstattung von „La Repubblica“: So stellte Maroni hier die Anfragen für Unterstützungsgelder der EU gemeinsam mit Frattini an die EU, in „La Repubblica“ wurde er als alleiniger Akteur genannt. Maroni wird häufig direkt zitiert, so wie in der starken Kritik an der EU: „Il Maghreb espolode, l'Europa sta a guardare e ancora una volta siamo soli a fronteggiare una drammatica emergenza umanitaria.“ (IG 14-02-11 IV) Die Bezeichnung des Außenministers Frattini beschränkt sich teilweise auf seine Amtsbezeichnung sowie auch auf „la Farnesina“, den Sitz des italienischen Außenministeriums im „Palazzo della Farnesina“ in Rom.

Wirtschaftsminister Tremonti wird in „Il Giornale“ im Gegensatz zu „La Repubblica“ in zwei Artikeln genannt und auch direkt zitiert, was vor allem auf die größere Relevanz wirtschaftlicher Aspekte im journalistischen Diskurs von „Il Giornale“ zurückzuführen ist. Auch Verteidigungsminister Ignazio La Russa wird hier explizit als Gründer des permanenten Notfall- Komitees bezeichnet (vgl. IG 23-02-11 XIII).

Maroni wird unter anderem als „il nostro ministro“ bezeichnet. Diese Verwendung des Personalpronomens „nostro“ wird auch in der Nennung anderer politischer Akteure häufig verwendet, vor allem bei Ministerpräsident Silvio Berlusconi.

Dem Ministerpräsidenten wird in „Il Giornale“ deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt als in „La Repubblica“, wie sich beim Ereignis der Eröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo zeigt: „Il ministro dell'interno Roberto Maroni e il premier Silvio Berlusconi, voleranno oggi in Sicilia, nel catanese, per visionare le strutture che dovranno accogliere i rifugiati nordafricani ammassati da giorni a Lampedusa“. (IG- 15-02-11 V) Berlusconi wird hier auch im Zusammenhang mit

der Rolle der EU eine aktive Rolle zugeschrieben, in „La Repubblica“ wird er diesbezüglich lediglich erwähnt. „È il premier, Silvio Berlusconi a rendere noto che l'impegno della Ue nei confronti del governo italiano gli è stato confermato dal presidente della Commissione europea, Josè Manuel Barroso.“ Berlusconi wird als „il presidente del consiglio“, „il nostro premier“ oder lediglich als „il premier“ bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird nicht an meinungsgefärbten Kommentaren der Autoren von „Il Giornale“ gespart und es wird klar Lob an Berlusconi ausgesprochen, wie man deutlich an diesem Beispiel des Artikels IG 22-02-11 XII sehen kann. Die verwendeten Bezeichnungen für den Ministerpräsidenten sind hier kursiv markiert und die offensichtlichen Bewertungen der Situation durch den Autor unterstrichen:

“Bene ha fatto ieri il nostro premier a prendere posizione attraverso una nota ufficiale di Palazzo Chigi. Il premier “è allarmato per l’aggravarsi degli scontri e condanna le inaccettabili violenze sulla popolazione civile.” Ma non c’è solo il lato umanitario, il presidente del Consiglio ha anche sostenuto che “impedire che la crisi degeneri in una guerra civile dalle conseguenze difficilmente prevedibili e favorire una soluzione pacifica che tuteli l’integrità del Paese.”

Auch nationale Institutionen wie die Polizei werden nicht bloß als „la polizia“, sondern als „forze italiane [...], carabinieri e polizia, per cooperare con le forze locali e bloccare le partenze“ bezeichnet. (IG 14-02-11 IV)

Der Opposition wird in „Il Giornale“ hingegen weniger Bedeutung zugesprochen, sie wird hier bloß in einem Artikel als „die Linken“ bezeichnet, allerdings wird keiner ihrer Vertreter namentlich genannt. Auch die Institution der „Unhcr“ wird hier lediglich erwähnt, allerdings nicht wie in „La Repubblica“ direkt durch einen Vertreter zitiert.

Im diskursiven Ereignis der Verhandlungen mit der Europäischen Union wird Italien eine passive Rolle zugeschrieben, die fast pathetisch wirkt: „Intanto l’Europa pare essersi risvegliata dal torpore risponde alla richiesta di aiuto dell’Italia.“ (IG 16-02-11 VII) „Ma la situazione non è sostenibile dalla sola Italia, e già da oggi Maroni presiederà una riunione a sei.“ (IG 25-02-11 XIII) Die Regierung wird hingegen in innenpolitischen Entscheidungen als aktiver

präsentiert als in „La Repubblica“: Das Gemeinschaftsgefühl wird häufig durch das Personalpronomen „noi“ ausgedrückt um dadurch die Position im „Konflikt“ mit der Europäischen Union abzugrenzen, ähnlich der Berichterstattung von „La Repubblica: „Non ci resta quindi che sbrigarcela da soli.“ (IG 16-02-11 VIII) Sogar die Existenz der Europäischen Union wird in Frage gestellt: „Questo significa che l'unificazione europea aveva questo scopo: col la distruzione degli Stati rendere più facile l'immigrazione di massa e l'annientamento dell'europeità.“ (IG 15-02-11 VI)

EU-Außenkommissarin Catherine Ashton wird auch in „Il Giornale“ heftig kritisiert, was sich vor allem durch die Verwendung von ironischen Bezeichnungen manifestiert: Sie wird lediglich als „la Ashton“ oder auch als „la gentile signora Ashton“ bezeichnet. Die ironische Bezeichnung „la baronessina“ wird schließlich durch die Bezeichnung „ineffabile baronessa“ und „il vaporoso ‚ministro degli esteri‘ dell’Ue“ (IG 24-02-11 XVI) an die Spitze getrieben und auch Herman van Rompuy wird mit seinem Amt „ministro degli Esteri“ mit dem Nachsatz in Klammer „(e della Sicurezza!)“ bezeichnet (IG16-02-11 VIII), der seine ironische Bedeutung durch das Ausrufezeichen bekommt. Im Gegensatz zu „La Repubblica“ nimmt Cecilia Malmström in „Il Giornale“ keine große Rolle ein und wird zwar im Kontext mit der „Auseinandersetzung“ mit Innenminister Maroni erwähnt, allerdings bleiben hier bewertende Bezeichnungen aus.

Die Mitgliedsländer der EU werden hier als „gli stati dell’Unione Europea“ oder „i Paesi membri“ bezeichnet. So wird in „Il Giornale“ ein neutral gehaltener Artikel ganz der Asylpolitik anderer europäischer Mitgliedsstaaten und somit auch dem Umgang anderer Mittelmeerländer mit der Problematik gewidmet. Lediglich Frankreich ist ein ganzer Artikel gewidmet, in dem Kritik an seiner harten Asylpolitik geübt wird.

5.3. Analyse der Titel

An dieser Stelle sollen die Überschriften ausgewählter Artikel von „La Repubblica“ und „Il Giornale“ betrachtet werden um darin Argumentationsmuster und etwaige Voreinnahmen zu erkennen. Hierfür werden exemplarisch unterschiedliche Titel je nach diskursiven Ereignissen ausgewählt um anschließend eine quantitative Darstellung der Nennung der politischen Akteure in den Überschriften vornehmen zu können.

5.3.1. Die Titel in „La Repubblica“

LR 10-02-11 I: „Sbarchi di tunisini al sud Maroni: tra loro terroristi“

LR 14-02-11 VII: „Ma quei clandestini non sono tutti rifugiati chi non ha diritto a restare deve essere respinto“

Diese ersten beiden Titel der untersuchten Artikel von „La Repubblica“ sind sehr drastisch und bedienen sich den klassischen Mitteln der Formulierung von Schlagzeilen wie der Auslassung und der „Ersparung“, also impliziten Andeutungen und Elementen, die weggelassen werden (vgl. Lüger, 1995: 28f.). Der hier erstgenannte Titel drückt aus, dass Maroni davon ausgehe, es seien Terroristen unter den tunesischen Flüchtlingen und es ist trotz der fehlenden Anführungszeichen klar, dass es sich hierbei um ein direktes Zitat des Innenministers handeln muss.

Im zweitgenannten Titel, der nicht unter Anführungszeichen gesetzt ist, ist nicht sofort zu erkennen, um wessen Aussage es sich handelt. Erst beim Lesen des Artikels wird klar, dass es sich hierbei um ein direktes Zitat des Präsidenten der Region Piemont, Roberto Cota, handeln muss.

LR 13-02-11.II: „Ma Bruxelles per ora ha le mani legate“

LR 14-02-11 VI: „Maroni: esodo biblico, Ue assente la Tunisia invia le truppe sulle coste“

Der hier metaphorisch gebrauchte Begriff „avere le mani legate“ impliziert die Handlungsunfähigkeit Brüssels, die hier beschreibt, dass die EU ohne Zustimmung der einzelnen Mitgliedsstaaten keine Befugnis hätte, die Mission „Frontex“ sofort zu aktivieren.

Hier ist erstmals von der Agentur „Frontex“ die Rede, die das ausübende Organ der Europäischen Union in der Diskussion rund um die Migrationsströme aus Nordafrika ist. Dabei handelt es sich um eine europäische Agentur, die für den Schutz der europäischen Außengrenzen sorgt, um die illegale Einwanderung nach Europa zu verhindern. Ihre Aufgabe ist es, den EU-Mitgliedsstaaten im Kampf gegen die illegale Einwanderung durch die Organisation nationaler Einsatzkräfte bei der Küstenüberwachung und das Aufstellen einer schnellen Eingreiftruppe von Grenzbeamten zu unterstützen.²⁶

Der zweitgenannte Titel hat einen für „La Repubblica“ typischen Aufbau: der Titel enthält Information über gleich drei verschiedene Diskursstränge: Maroni, dessen Aussage, er erwarte sich ein „esodo biblico“, welches hier erstmals zitiert wird, sowie die Europäische Union, die mit dem starken Adjektiv „assente“ bezeichnet wird, das sich auf den Vorwurf ihrer Untätigkeit in Bezug auf die Problematik bezieht. Weiters wird auf Tunesien verwiesen, das Sicherheitskräfte zur Unterstützung auf die Küsten schickt. Durch diese Anschuldigung an Europa wird hier bereits im Titel Partei ergriffen.

LR 16-02-11 XIII: „La Libia non rispetta i patti così ha provocato la nuova crisi la denuncia dei servizi segreti“

Hier wird durch das Verb „provocare“ Libyen vorgeworfen, eine neue Krise herbeigeführt zu haben. Auch dieser Titel beinhaltet drei Informationen, allerdings alle im gleichen diskursiven Ereignis.

²⁶ vgl.: URL: <http://www.frontex.europa.eu/> [05.11.2011]

LR 23-02-11 XXV: „I profughi in Germania e Francia ma la Ue chiude la porta a Bossi“

Auch in diesem Titel ist zu erkennen, dass die Überschriften von „La Repubblica“ bereits sehr viel Information beinhalten und einzelne Zusammenhänge somit nicht in eine bestimmte Richtung gedrängt werden können. Es wird hier klar, dass der Aufruf, Flüchtlinge nach Deutschland und Frankreich zu schicken, von Umberto Bossi stammt und von der EU nicht zugelassen wird. Es kommt zu keiner Voreinnahme durch die Auswahl des Titels.

5.3.2. Die Titel in „Il Giornale“

Bei der Analyse der Titel von „Il Giornale“ sollen lediglich die Titel der Artikel selbst betrachtet werden und nicht die Bezeichnung der Themenblöcke, die hier oftmals oberhalb der Titel stehen, wie zum Beispiel „L’Allarme Profughi in Sicilia“ oder „La Rivoluzione d’Egitto“. Außerdem sollen bei dieser Analyse Dachzeilen, die in „Il Giornale“ häufig Gebrauch finden, nicht explizit betrachtet werden.

IG 11-02-11 I: „Profughi tunisini in Sicilia. E si teme l’ondata egiziana“

IG 12-02-11 II: „Fuga verso l’Italia: in 48 ore sbarcano in duemila. Maroni e Frattini chiedono riunione urgente all’Ue“

In den Überschriften der ersten beiden analysierten Artikel von „Il Giornale“ werden Zusammenhänge durch die Aneinanderreihung der beiden Sätze klar: da innerhalb der letzten 48 Stunden etwa zweitausend Flüchtlinge in Italien angekommen sind, fordern Maroni und Frattini eine dringende Versammlung der Europäischen Union. Dennoch können diese Titel als neutral bezeichnet werden und stellen lediglich einen Überblick über die Thematik des Artikels dar, was vor allem auf die Verwendung des „si-impersonale“ im erstgenannten Artikel zurückzuführen ist.

IG 14-02-11 IV: „È un esodo biblico“ Maroni all’attacco: l’Europa ci lascia soli”

Hier wird Maroni im Gegensatz zu der Überschrift in „La Repubblica“ bei der Nennung der Gefahr eines „esodo biblico“ direkt zitiert und seine Aussage wird im Titel bereits interpretiert: es handle sich dabei um eine „Attacke“ gegen Europa. Gleichzeitig kann man hier auch eine Anschuldigung an Europa herauslesen, Europa lasse „uns“ alleine.

„Il Giornale“ ist in seiner Titulierung vor allem in Bezug auf die Europäische Union sehr drastisch, wie sich in folgenden Titeln gut darstellen lässt:

IG 15-02-11 VI: „L’Europa ci abbandona. Contro gli sbarchi difendiamoci da soli“

IG 16-02-11 VII: „E Bruxelles si sveglia: „Aiuti a Italia e Tunisia“

IG 25-02-11 XIV: „Ecco gli aiuti Ue contro gli sbarchi: 3 funzionari

Es wird eine passive Haltung eingenommen und Europa beschuldigt, Italien im Stich zu lassen. Implizit wird „Brüssel“, das hier für die Europäischen Union steht, vorgeworfen, bis jetzt geschlafen zu haben. Der drittgenannte Artikel richtet sich durch das Aufforderungswort „Ecco“ und die konkrete Angabe der Zahl „3“ implizit mit einem Vorwurf an die EU. Dieser scheinbar unvoreingenommene Titel erhält seine Aussagekraft durch die Satzstruktur der Doppelpunkte und dieser Zahl, die hier offensichtlich absichtlich gleich im Titel platziert wurde und den Vorwurf impliziert, dass nur drei Funktionäre gesandt worden sind, die im Rahmen der Mission „Frontex“ nach Lampedusa geschickt worden sind. Eine Tatsache, die in der Berichterstattung von „La Repubblica“ nicht einmal in einem der Artikel selbst angesprochen wird.

IG 24-02-11 XV: „Emergenza sbarchi. Maroni trova alleati contro gli euroegoisti“

IG 16-02-11 VIII: „Portiamo i clandestini in Francia“

Der im ersten Titel verwendete Neologismus „euroegoisti“ ist eine harte Anschuldigung an die Europäische Union. Er ist aus den Worten „Europei“ und „egoisti“ zusammengefügt, wodurch die Anschuldigung an die EU deutlich wird, die durch die drastische Ausdrucksweise von „alleati contro“ verstärkt wird.

Beim zweiten Titel handelt es sich um einen Artikel, der auf der ersten Seite erschienen ist, was bereits darauf schließen lässt, dass es sich um einen meinungsgefärbten Artikel handelt (vgl. Lüger, 1995:18). Dieser wird schließlich im Blattinneren weitergeführt. Interessant ist hierbei, dass sich die beiden angeführten Titel unterscheiden: auf der ersten Seite wird der Artikel mit „Alla Ue piacciono i clandestini? Accompagniamoli in Francia.“ betitelt. Diese provokante Überschrift richtet sich offensichtlich gegen Frankreich und die Europäische Union. Die rhetorische Frage und der letzte Satz „helfen wir ihnen [*den Immigranten, Anm. d. Verf.*] doch, die Hälfte zu erreichen“ provoziert durch den auffordernden Charakter, ihnen doch zu helfen. Außerdem wird offensichtlich bewusst der negativ konnotierte Begriff des „illegalen Flüchtlings“ gewählt. Hierbei muss allerdings auch auf Grund der Aussagestärke die Dachzeile betrachtet werden „L'Europa è ‚patria comune‘ solo finché fa comodo. Poi arrivano migliaia di immigrati che vorrebbero andare Oltralpe. Ma lì fanno gli gnorri. Aiutiamoli a raggiungere la meta.“ Vor allem der erste Satz dieser Dachzeile ist sehr sarkastisch und es wird den Mitgliedsstaaten in der EU vorgeworfen, sich auszusuchen, wann sie als Gemeinschaft agiert und wann nicht.

IG 17-02-11 IX: „Radar, muri e pattuglie. Così l'Europa frena la marea dei clandestini“

IG 21-02-11 XI: „La Libia all'Ue: vi inondiamo di clandestini“

IG 23-02-11 XIII: „La carica dei 300mila pronti a invadere le nostre spiagge“

„Il Giornale“ setzt in seiner Titulierung sehr stark negativ konnotierte Wörter ein, vor allem in denen als „neutral ausgerichtet“ bezeichneten Titel, die nicht eindeutig gegen einen Akteur gerichtet sind, wie am Beispiel der hier angeführten Titel gut zu erkennen ist. Im erstgenannten Titel wird diese drastische Ausdrucksweise in der Bezeichnung „marea“ deutlich. Im zweiten Titel ist die Drohung Libyens, das bilaterale Übereinkommen mit Italien nicht weiter einzuhalten, wenn Europa die Rebellen weiterhin unterstütze, sehr plakativ dargestellt: durch die Gliederung des Satzes, durch die scheinbar direkte Rede in der zweiten Person Plural sowie die lexikalische Wahl durch „inondare“, einem sehr starken Verb, wirkt die Aussage hier sehr bedrohend. Auch der

letztgenannte Titel bedient sich des bedrohlich wirkenden Verbes „invadere“, was durch die Aussage, die Flüchtlinge seien „pronti“, also „bereit zu stürmen“, verstärkt wird.

5.3.3. Gegenüberstellung der Titel in „La Repubblica“ und „Il Giornale“

In „La Repubblica“ sind die Titel komplexer und auch zurückhaltender als in „Il Giornale“ formuliert. Dennoch kommt auch hier eine Kritik an der Europäischen Union in den Titeln zum Vorschein, die allerdings durch metaphorische Ausdrücke wie „Bruxelles ha le mani legate“ oder der nüchternen Aussage „scontro UE- Italia“ milder dargestellt wird. Die Beschuldigung an die EU, nicht aktiv zu sein, wird in Form des Titels „l'Ue assente“ dargestellt, allerdings kommt es auch zur positiven beziehungsweise neutralen Darstellung bereits in den Titeln: „Ue in soccorso dell'Italia“ und „Immigrazione, l'Europa è preoccupata.“

Es ist zu erkennen, dass die EU in den Titeln von „Il Giornale“ wesentlich öfter genannt wird und sich darin häufig direkt gegen die Europäische Union richten: Von den insgesamt 19 Artikeln von „Il Giornale“ wird in 12 bereits im Titel die Europäische Union genannt, in „La Repubblica“ in den insgesamt 29 Artikeln lediglich 9 Mal. In 7 der 19 untersuchten Artikel von „Il Giornale“ geht die Kritik der Zeitung bereits in den Titeln an die Europäische Union, in einem Titel wird die Kritik Maronis an der EU scheinbar neutral durch ein direktes Zitat dargestellt.

Die folgende Tabelle soll die Nennung der Akteure in den Titeln der beiden Tageszeitungen quantitativ darstellen. Bei den hier verwendeten Bezeichnungen handelt es sich allerdings lediglich um Überbegriffe, so wird beispielsweise auch die Nennung von „Bruxelles“, das hier für die EU steht, zu der Rubrik „Europäische Union“ gezählt, wie bereits im Kapitel über die Akteure in der Berichterstattung der beiden Zeitungen erwähnt wurde.

	<u>„La Repubblica“</u> (N=29)	<u>„Il Giornale“</u> (N=19)
die Europäische Union	9	12
Roberto Maroni	6	4
Franco Frattini	1	1
Silvio Berlusconi	2	1
Raffaele Lombardo	1	0
Napoletano	1	0
Bezeichnungen für Migranten/ neutral²⁷	13 ²⁸	3
Bezeichnungen für Migranten/ negativ²⁹	1	4
Nennung der Regierung	7	3

Auffallend ist bei diesen Ergebnissen vor allem die Verwendung der negativen Bezeichnung für Immigranten, also die Bezeichnung der illegalen Einwanderer in den Titeln von „Il Giornale“. Überraschenderweise wird Ministerpräsident Berlusconi in Überschriften von „Il Giornale“ lediglich einmal genannt, obwohl er in dessen Berichterstattung eine wesentlich aktivere Rolle als in „La Repubblica“ hat. Roberto Maroni wird verhältnismäßig häufiger in den Überschriften von „Il Giornale“ genannt, was allerdings hier kein sehr aussagekräftiges Ergebnis ist. In dieser Tabelle besonders von Bedeutung sind die Ergebnisse zur Nennung der EU, wie bereits einleitend erwähnt wurde.

Interessant ist auch die Verwendung des Personalpronomens „noi“ und des „si-impersonale“: in „Il Giornale“ wird das „si-impersonale“ in zwei Titeln verwendet,

²⁷ Anm.: Als „neutral“ werden hier die Bezeichnungen „profugo“, „rifugiato“ und „immigrato“ gesehen.

²⁸ Anm.: Hier muss beachtet werden, dass „La Repubblica“ häufig Schlagworte wie „profughi“ oder „immigrati“ zu Beginn der Titel setzt, die wie ein Überbegriff des Themas wirken, was die hohe Zahl begründet.

²⁹ Anm.: Als negativ konnotiert wird hier die Bezeichnung „clandestino/i“, dt. „illegale/r Einwanderer“, betrachtet.

die Verwendung der 1. Person Plural wird durch „ci“ beziehungsweise „noi“ gleich sechs Mal angewandt, einmal davon in Form der direkten Rede Libyens an die EU und einmal in Form der direkten Rede der EU durch „Ci divideremo i profughi“. In „La Repubblica“ wird in einem Artikel Raffaele Lombardo, Präsident der Region Sizilien, direkt zitiert, der sich dort in der 1. Person Plural ausdrückt. Diese wird auch in einem weiteren Titel verwendet, in dem es sich offenbar um ein direktes Zitat von der Bevölkerung von Lampedusa handelt. Ein neutrales „si-impersonale“ wird einmal genannt.

Generell lassen sich in den Titeln der beiden Zeitungen große Unterschiede feststellen: Während „La Repubblica“ sich an neutralen Artikeln, die viel Information beinhalten orientiert und dennoch teilweise sehr deutlich argumentiert, ist „Il Giornale“ in seiner Ausrichtung sehr klar, titelt voreingenommen und will provozieren.

5.4. Analyse der Diskursstränge

In der Berichterstattung der beiden untersuchten Tageszeitungen sind grundlegende Unterschiede festzustellen, wie bereits im allgemeinen Teil durch die Darstellung der Blattlinien beider Zeitungen zu erkennen ist. Somit kommt es in der Darstellung der Themen innerhalb des gewählten Diskurses sowohl in der Wahl der Benennung der Ereignisse, der Wahl der Akteure und deren Aussagen sowie der Darstellung der verschiedenen Ereignisse zu unterschiedlichen Argumentationsmustern.

Dies basiert auf der Annahme, dass jede mediale Berichterstattung zunächst vor der Frage steht, welche Perspektive sie in Bezug auf ein Ereignis einnimmt und wie sich diese darin manifestiert. In der Betrachtungsweise des Datenmaterials müssen demnach Entscheidungen über die Darstellung beziehungsweise die Perspektive, aus der die verschiedenen Diskursstränge betrachtet werden sollen, gefällt werden. Diese Variation der Reihenfolge und der Gewichtung der

Bearbeitung dieser Dimensionen wird nach Flick (2002) „Perspektiven-Triangulation“³⁰ genannt (vgl. ebda: 46ff.³¹, zit. n. Keller, 2004: 93).

Bei der Auswahl der zur Feinanalyse herangezogenen Texte wurde hier auf Grund des Prinzips der „minimalen Kontrastierung“ beziehungsweise der „maximalen Kontrastierung“ vorgegangen. Die „minimale Kontrastierung“ zielt darauf ab, nacheinander möglichst ähnliche, nur geringfügig unterschiedliche Aussagen, Texte sowie Situationen zu analysieren und das jeweils gemeinsame Grundmuster zu vervollständigen. Die „maximale Kontrastierung“ hingegen dient der Erschließung der Breite des vorhandenen Datenmaterials indem systematisch möglichst sehr stark voneinander abweichende Fälle, in diesem Fall Artikel, untersucht werden (vgl. Keller, 2004: 110).

Durch diese Methode hat sich gezeigt, dass in diesem Fall die Möglichkeit zur Darstellung der Diskursstränge bestünde, jeweils relevante Artikel zur Analyse heranzuziehen und deren Argumentationsstrategien systematisch an der Darstellung des gesamten Artikels zu analysieren.

Jedoch hat die Durchsicht des gesamten Datenmaterials schließlich ergeben, dass dadurch gewonnene Erkenntnisse vor allem sehr allgemeine Argumentationsmuster, die jeweils offensichtlich durch die Blattlinie der Zeitungen sowie auch durch bestimmte Einflüsse des Kontextes, in dem der Artikel entstanden ist, zu begründen sind. Dadurch gehen allgemeine Argumentationsmuster hervor. Diese dadurch gewonnenen Erkenntnisse sollen schließlich im darauf folgenden Unterpunkt 5.5. „Spezifische Argumentationsstrategien“ zusammengefasst und an dieser Stelle die jeweiligen Diskursstränge anhand einer Auswahl von Textbeispielen dargestellt werden.

Die nach den vorangegangenen Überlegungen relevanten Diskursstränge wurden hierbei folgendermaßen gegliedert:

³⁰ Anm.: Auf den Begriff der „Perspektiven-Triangulation“ soll hier nicht näher eingegangen werden, da dessen umfangreiche Darstellung für das vorliegende Forschungsinteresses nicht relevant ist.

³¹ Flick, U.: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek, 2002

1. Die innenpolitische Diskussion über die Einwanderungsproblematik
 - 1.1. Die Rolle der politischen Akteure
 - 1.2. Die Situation in den betroffenen Regionen³² Sizilien und Lampedusa
 - 1.3. Wirtschaftliche Aspekte
2. Die Reaktion der EU auf die Migrationsproblematik in Italien
3. Bilaterale Beziehungen zwischen Italien und den nordafrikanischen Staaten

Die genannten Diskursstränge sind hier selbstverständlich nicht immer strikt zu trennen. Schließlich ist es die Aufgabe der Diskursanalyse, die Argumentationsstrategien der untersuchten Tageszeitungen zu erkennen und diskursive Verschränkungen zu analysieren. Die untersuchten Artikel beziehungsweise Textpassagen sollen hier schließlich immer von den verschiedenen Standpunkten in der Annahme, der behandelte Diskurs gelte hier als „Hauptdiskurs“ und diverse Verknüpfungen behandeln lediglich diskursive Verschränkungen, betrachtet werden. Dafür sollen exemplarisch einige ausgewählte Artikel dienen, an denen schließlich eine Feinanalyse vorgenommen werden kann.

5.4.1. Die innenpolitische Diskussion über die Einwanderungsproblematik

Die innenpolitische Perspektive auf das behandelte Problem der Migrationsströme aus Nordafrika im Zuge des arabischen Frühlings stellt den Kernpunkt dieser Forschungsarbeit dar. Immerhin erfolgte, wie im vorigen Kapitel bereits ausführlich erläutert wurde, die Auswahl der Artikel auf Grund dieser Thematik. Somit zieht sich dieser hier behandelte „Diskursstrang“ durch alle untersuchten Artikel.

Für den innenpolitischen Diskurs werden an dieser Stelle ausgewählte diskursive Ereignisse betrachtet, die später vor allem in der Gegenüberstellung der beiden Tageszeitungen Unterschiede aufzeigen sollen. Hierbei ist weiters festzuhalten,

³² Anm.: Der Ausdruck „Region“ soll hier lediglich das betroffene Gebiet bezeichnen, da Lampedusa schließlich ein Teil der italienischen Region Sizilien ist.

dass diskursive Ereignisse nicht immer strikt in eine der gewählten diskursiven Rahmen einzuordnen sind und es somit zu Überschneidungen innerhalb dieser Abgrenzungen kommen kann.

5.4.1.1. „La Repubblica“

In der Berichterstattung von „La Repubblica“ ist der innenpolitische Diskurs durch häufige Diskurswechsel und eine komplexe Darstellung der Ereignisse durch die Nennung vieler unterschiedlicher Akteure geprägt. Auffällig ist hier besonders, dass Artikel, deren Schwerpunkt in der Betrachtung der innenpolitischen Konflikte liegt, in der ersten Monatshälfte deutlich überwiegen und der Konflikt mit der Europäischen Union, der dennoch von Beginn an präsent ist, schließlich in der zweiten Monatshälfte zunimmt.

Die Rolle der politischen Akteure:

Innerhalb des Diskursstranges der innenpolitischen Diskussion um die Migrationspolitik im behandelten Zeitraum soll das diskursive Ereignis der Diskussion rund um die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers in Lampedusa als Beispiel für die Darstellung des innenpolitischen Diskurses dienen, da es sehr deutlich die Rolle der politischen Akteure zeigt.

Diesem diskursiven Ereignis geht die Ernennung des Präfektes von Palermo, Guiseppe Caruso, als „commissario straordinario per l'emergenza“ einher, der die Diskussion um die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers ins Rollen bringt und die Begutachtung von möglichen Aufnahmezentren sowie eine mögliche Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers ankündigt.

“ [...] resta senza un perché il fatto che il centro di accoglienza da 800 posti di Lampedusa non sia utilizzato, lasciando molti esuli (quelli che non riescono a essere ospitati negli alberghi o trasferiti con un ponte aereo a Crotone), sui moli del porto.

L'opposizione, con il deputato pd Emanuele Fiano, attacca il governo “perché si è fatto trovare impreparato”, mentre Laura Boldrini, portavoce dell'Alto commissariato delle Nazioni Unite per i rifugiati (Unhcr), mostra ‘sorpresa’ e “meraviglia” per il fatto che “il centro di Lampedusa ampiamente collaudato sia chiuso”. (LR 13-02-11 IV)

Hier wird kritisiert, das Flüchtlingslager auf Lampedusa zu lange geschlossen zu halten, was mit „resta senza un perché“ angedeutet und durch den Satz „lasciando molti esuli (quelli che non riescono a essere ospitati negli alberghi o trasferiti con un ponte aereo a Crotone), sui moli del porto“ durch die gerundive Form „lasciando“ verstärkt wird. Dieser Kritik, die hier nicht konkret an politische Akteure gerichtet ist und sich neutral hält, folgt die Nennung der Opposition unter dem Abgeordneten des Partito Democratico (Pd), Emanuele Fiano, der die Regierung „attackiert“: Die Kritik wird schließlich durch das zu Wort kommen der Sprecherin der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen „Unhcr“, untermauert. Anschließend führt sie diese Anschuldigungen durch ein scheinbar positives Statement, das allerdings implizit eine Kritik beinhaltet, fort: „Una nota positiva in tutto questo però c'è e va detta - commenta Boldrini - ed è il fatto che il governo non abbia attuato i respingimenti degli immigrati, come fatto in passato, ma che abbia accettato di accoglierli“. Dieses positive Statement wird durch den Verweis auf die Vergangenheit, in der eben solche Abschiebungen vorgenommen wurden, entkräftet.

In „La Repubblica“ ist vor allem im innenpolitischen Diskurs die Wahl einer drastischen Ausdrucksweise zu erkennen (vgl. Lüger, 1995: 33). Diese wird vor allem in direkten Zitaten, aber sehr wohl auch im Fließtext deutlich, wie hier an den gelb markierten Textstellen zu erkennen ist. Auch der verneinende Ausdruck „per nulla in diminuzione“ wirkt hier genau wie der metaphorische Ausdruck, es handle sich um eine „impresa titanica“, verstärkend:

„Il bilancio della giornata di ieri parla di un flusso costante, **per nulla in diminuzione**: 22 gli sbarchi, più di 1500 i maghrebini riusciti ad approdare a Lampedusa, un centinaio di persone recuperate un attimo prima che il barcone affondasse. **Un'impresa titanica** per le poche decine di uomini delle forze dell'ordine. Per tutta la mattinata in migliaia sono rimasti **ammassati** nel campo sportivo mentre i volontari delle organizzazioni umanitarie e la gente dell'isola, insieme agli operatori del centro, si sbracciavano per distribuire acqua e panini. **Difficile anche garantire l'assistenza sanitaria ad un numero così imponente di persone, molte delle quali con addosso ancora i segni degli scontri di piazza in Tunisia. Il porto è totalmente occupato** dalle oltre 50 imbarcazioni arrivate e per qualche ora è stato bloccato anche **dalla protesta dei pescatori locali contro il caro gasolio**. Ieri solo un volo ha trasferito 40 persone sulla terraferma e i 20 sbarcati a Linosa sono stati portati via in nave. **Troppo pochi, a**

Lampedusa ci sono ancora più di 2500 immigrati ma i centri di accoglienza di tutta Italia sono ormai saturi.” (LR 14-02-11 VI)

Ein Exkurs findet im grün markierten Teil statt: hier wird über die „assistenza sanitaria“ gesprochen, deren Garantie für alle Flüchtlinge sehr schwierig zu gewährleisten sei. Auch der anschließende Bericht über die Blockade durch lokale Fischer gegen die hohen Preise des Dieselöls wird hier angedeutet. Anschließend kommt es durch die Bezeichnung „troppo pochi“ durch den Autor zur Beurteilung der Lage auf Lampedusa, es seien „zu wenige“ Schiffe in Richtung Festland unterwegs, um Flüchtlinge dorthin zu bringen.

Die Stellungnahme der politischen Vertreter Siziliens zur Problematik erfolgt in diesem im Regionalteil von Palermo erschienenen Artikel, durch den Präsidenten der Region, Raffaele Lombardo, und den Bürgermeister Raffadalis, Silvio Cuffaro:

„Ha parlato al telefono con il ministro degli Interni Renato Maroni e con il prefetto Giuseppe Caruso, nominato commissario per l'emergenza. E a entrambi rivolge espressioni di fiducia: 'Stanno facendo un ottimo lavoro. Ma la Sicilia non è in grado, da sola, di affrontare l'enorme onda umana che sta giungendo dall'altra parte del Mediterraneo. No, non possiamo accogliere tutti gli immigrati'. Raffaele Lombardo si dice preoccupato. Di più: 'Molto preoccupato. Per questi disperati ma anche per la nostra regione. Penso a Lampedusa, che l'anno scorso ha fatto registrare punte di crescita del turismo fino al 23 per cento e che ora fa i conti con le prime, corpose, disdette. Di qui a poco l'isola può diventare un inferno'.” (LR 15-02-11 IX)

Lombardo drückt klar aus, man könne keine Flüchtlinge mehr in „seiner Region“ Sizilien aufnehmen: dennoch zeigt er sich solidarisch mit Renato Maroni und Giuseppe Caruso. An dieser Stelle kommt es zu einer diskursiven Verschränkung: er verweist hier auf den Tourismus in Lampedusa, der im letzten Jahr um 23 Prozent angestiegen sei und durch die Flüchtlingsströme sofort wieder zu sinken droht. Cuffaro wird hier als positive Stimme dargestellt und verwendet den technischen Ausdruck der „soluzione tampone“, die man zur Sicherung der Lage zwischen Italien und Nordafrika anwenden müsse. Diese positiven Bemühungen werden auch vom Autor bewertet: „Non basterà questo sforzo, ovviamente“. Lombardo wird hier eindeutig als kritische Stimme

dargestellt: Sizilien könne die Lage nicht alleine bewältigen, es sei Unterstützung von der Regierung sowie der EU gefragt. Allerdings zeigt er sich positiv gegenüber den Bemühungen von Außenminister Frattini.

Zu einer Beurteilung der Lage in den Regionen kommt es auch durch die Opposition. Fiano übt hier Kritik an Caruso, der dessen Worte als „azzardate“ bezeichnet, da dieser die „capacità di accoglienza della sola regione Sicilia“ als ausreichend sehe. Zur Eröffnung eines Flüchtlingslagers in der sizilianischen Stadt Mineo äußert er sich in „La Repubblica“ allerdings nicht direkt. Er fordert schließlich die Regierung auf, „di venire in parlamento con urgenza a riferire sulla situazione“. Die Auseinandersetzung zur Rolle Siziliens wird durch das zu Wort kommen lassen einiger Vertreter der Region dargestellt: Giuseppe Castiglione, des Popolo della Libertà (Pdl), vertritt die Meinung, Sizilien müsse zu seiner Rolle und Lage im Herzen des Mittelmeerraumes stehen und diese auch erfüllen. Dem wird eine Aussage eines Vertreters der „Ars“³³ entgegengesetzt: „Forse qualcuno pensa - dice il presidente dell'Ars Francesco Cascio - che l'Isola non fa parte dell'Italia e dell'Europa“. Diese Diskussion zieht sich durch einen Großteil der Artikel und wird hier als „dibattito“ und „gara di solidarietà fra sindaci“ bezeichnet (vgl. LR 15-02-11 IX).

Die Aufforderung Raffaele Lombardos, die Region in Regierungsentscheidungen miteinzubeziehen, wird in folgendem Ausschnitt dargestellt:

„Sull'emergenza clandestini ieri è intervenuto anche il governatore della Sicilia Raffaele Lombardo, che chiede al governo nazionale un coinvolgimento della Regione. 'Prima di prendere qualsiasi decisione sulla realizzazione di centri di accoglienza nell'Isola, il governo nazionale apra un dialogo con la Regione e gli enti locali siciliani - dice Lombardo - Accogliendo il grido di dolore che proviene dalle migliaia di migranti, che in questi ultimi giorni sono giunti in Sicilia, la Regione non può restare a guardare inerte, proprio per questo chiede di essere coinvolta nelle scelte per trovare le soluzioni più idonee, a cominciare dall'ipotesi del centro di solidarietà a Mineo'." (LR 17-02-11 XVI)

Hier wird über das diskursive Ereignis der Eröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo, der sogenannten „Residenza degli Aranci“, die von den Regierungsvertretern „villaggio della solidarietà“ getauft wird, verwiesen. So hat

³³ Anm.: „Assemblea Regionale Siciliana“

Artikel LR 16-02-11 XIV dieses Ereignis zur Hauptthematik, wie bereits der Titel „Via libera da Berlusconi e Maroni a Mineo maxi-campo per i rifugiati“ zeigt. Auch dieser erschien im Regionalteil für Palermo und ist somit für den Diskurs über den Umgang der Regionen mit der Flüchtlings-Problematik von besonderer Bedeutung: Durch den Aufbau des Artikels wird eine scheinbare Kritik an dem Vorgehen der Regierung in Bezug auf dieses Ereignis geübt: Der einleitende Satz „Agli occhi del presidente del Consiglio e del ministro dell’Interno è apparso fin troppo bello per riempirlo di clandestini.“ bezieht sich auf dieses Flüchtlingslager. Hierbei handelt es sich um die Meinung des Autors, der hier implizit den Vorwurf an Innenminister Maroni richtet, dem die Meinung Carusos entgegengestellt wird. Dieser bezeichnet die Wiedereröffnung als „soluzione“, um die „invasione dei maghrebini“ zu bewerkstelligen. Sie würde außerdem eine Antwort auf „due direttive espresse da Maroni sin dal primo momento“ darstellen, wie sie Maroni seit Beginn der Flüchtlingswelle gefordert hatte. Er wollte die Flüchtlingsmassen, die in den letzten Tagen auf Lampedusa gelandet sind, in Sizilien behalten, weshalb es zu einer Schuldzuweisung des Autors an die Regierung, das Flüchtlingslager nur eröffnet zu haben, um dorthin Flüchtlinge „abzuschieben“, kommt: „se possibile, concentrati in un’unica località per gestirli più facilmente e per evitare troppi malumori di amministratori e popolazioni“. Der Autor sieht diese Motivation als Grund, wieso der hier als „visita-lampo“ bezeichnete Besuch von Berlusconi und Maroni in Mineo gereicht hätte, um die beiden zu überzeugen: „Ecco perché [...] è bastata a convincere il governo di aver trovato la soluzione giusta. Anche perché nel residence potrebbero trovare ospitalità settemila persone.“

Auch in der von Guiseppe Caruso angeordneten Besichtigung von ehemals militärischen Einrichtungen, die als Aufnahmezentren für die Flüchtlinge dienen könnten, ist Maroni der Hauptakteur: „Oggi Maroni si recherà con Berlusconi in provincia di Catania, a Mineo, a ispezionare case di proprietà degli Stati Uniti utilizzate dai familiari dei militari della base Usa di Sigonella.“ (LR 15-02-11 X)

Der folgende dargestellte Diskurswechsel ist bezeichnend für die Darstellung des Ministerpräsidenten in „La Repubblica“. Immerhin wird er in der Berichterstattung der untersuchten Zeitung sehr passiv dargestellt, was sich deutlich von jener von „Il Giornale“ unterscheidet. Er wird hier mit dem zu diesen Zeitpunkt

veröffentlichten Skandal im „Fall Ruby“ in Verbindung gebracht, der ihm national und international heftige Kritik einbrachte:

„Anche perché nel residence potrebbero trovare ospitalità settemila persone. Chi si aspettava uno show del presidente del Consiglio è rimasto deluso. Raggiunto dalla notizia del suo rinvio a giudizio appena sbarcato a Sigonella, Berlusconi ha effettuato una rapida ricognizione del residence degli americani, che ha subito ribattezzato il ‘villaggio della solidarietà’, ma ha evitato accuratamente di sottoporsi al prevedibile fuoco di fila di domande nella prevista conferenza stampa alla prefettura a Catania ed è andato via dopo poco più di mezzora, ripartendo alla volta di Roma senza dire una parola né concedersi a fotografie telecamere. Così è toccato al ministro Maroni fare il punto della situazione.” (LR 16-02-11 XIV)

Roberto Maronis Ankündigung, innerhalb der nächsten 48 Stunden eine „definitive Entscheidung in Bezug auf dessen Wiedereröffnung zu fällen, kommentiert der Autor: „Per rendere operativo il progetto di accoglienza varato dal governo ci vorrà più di qualche giorno“. Diese Beurteilung durch den Autor ist Maronis Aussage vorangestellt und somit wird auch hier zu Entscheidungen der Regierungen eine deutliche Distanz eingenommen. So auch in Bezug auf die Bewältigung der Massen an Flüchtlingen: „Con un’indicazione arrivata direttamente dal Viminale: prima dell’identificazione i migranti devono essere mantenuti in Sicilia evitando di spargerli per il territorio italiano così da limitare i pericoli di fuga.“ (LR 13-02-11 III)

Ein weiteres für den innenpolitischen Diskurs wichtiges Ereignis ist der Ministerrat vom 23. Februar, der bereits einleitend als „vertice d’urgenza“ bezeichnet wird. Er ist ausschlaggebend für die Berichterstattung der folgenden Tage, die sich nun stärker als zuvor einer drastischen Ausdrucksweise bedient:

„Un vertice d’urgenza a Palazzo Chigi per mettere a punto le misure per fronteggiare la crisi libica. [...] Da Palazzo Chigi vengono fatti filtrare numeri da brivido: potrebbero essere centinaia di migliaia. Si decide di formare un comitato permanente sulla crisi libica del quale faranno parte tutti i ministri presenti al vertice di ieri sera. Oggi Frattini riferisce a Camera e Senato. Un ministro di primo piano presente alla riunione di Palazzo Chigi confessa che ‘la crisi libica ci ha preso alla sprovvista, non ci aspettavamo che la situazione precipitasse così rapidamente’. Uscendo da summit il ministro della Difesa Ignazio La Russa conferma: ‘Siamo molto preoccupati, lo è anche Berlusconi, la riunione con i ministri è stata elevata ad una sorta di comitato permanente di regia degli interventi, bisogna

essere pronti ad ogni sviluppo della situazione che non si presenta tranquillizzante'. All'inizio del summit vengono esaminati diversi scenari, compreso il peggiore che mette in conto un esodo biblico: dalla Libia potrebbero arrivare fino a trecentomila immigrati ('una stima empirica', la definirà poi La Russa). Sarebbe una vera e propria catastrofe umanitaria con Lampedusa già al collasso per le poche migliaia di tunisini arrivati dopo il crollo del regime di Ben Ali (ieri sull'isola siciliana ne sono sbarcati altri 200). Il rischio è che un vuoto di potere a Tripoli trasformi la Libia in un enorme corridoio verso l'Europa, e l'Italia, nel quale si potrebbero infilare migranti provenienti da tutta l'Africa. Per non parlare dei 'due milioni e mezzo' (numero fornito da La Russa) di immigrati già presenti in Libia che potrebbero decidere di scappare dalla violenza."(LR 23-02-11 XIV)

Auch hier wird die Distanzierung des Autors gegenüber den Aussagen der Regierung durch die in Klammern gesetzten Anmerkungen, die hier auch unterstrichen markiert wurden, deutlich, die auch eine klare Zuordnung der Zitate zu den Ministern vornimmt. „La Repubblica“ hält diese Distanz auch in der eingangs genannten Gründung eines „comitato permanente sulla crisi libica“ durch die Verwendung des „si- impersonale“.

Der Regierungsgipfel verstärkt die Angst durch die Warnung, es könnten nun bis zu 300.000 Migranten aus Libyen nach Italien kommen. In diesem Zusammenhang wird erstmals Staatspräsident Giorgio Napolitano genannt, der zu einer Aussage Franco Frattinis in der Wirtschaftszeitung „Financial Times“ Stellung bezieht: Frattini hätte sich nach der deutschen Ausgabe der Zeitung „offen gegenüber einer neuen Regierung Gheddafis oder einem seiner Söhne“ ausgesprochen. Dieser beteuerte allerdings, vom Journalisten falsch verstanden worden zu sein. Napolitano warnt in diesem Zusammenhang außerdem vor „allarmismi“ in Bezug auf die Migrationsproblematik von Seiten der Regierung (vgl. LR 26-02-11 XXIX).

Die Situation in den betroffenen Regionen Sizilien und Lampedusa:

Dem journalistischen Diskurs über die Lage der Bewohner der betroffenen Regionen wird nur wenig Platz eingeräumt, es wird allerdings von „Spannungen“ zwischen den Bewohnern und Migranten berichtet:

„Solo allora verranno portati via da Lampedusa le migliaia di extracomunitari attualmente ospitati nel centro di prima accoglienza e che

cominciano a creare più di una tensione nell'isola dove camminano liberi passando il tempo nei bar. Per questo il sindaco De Rubeis ha emanato un'ordinanza per vietare la vendita di alcolici agli extracomunitari." (LR 16-02-11 XIV)

Auch in Artikel LR 18-02-11 XVIII wird von einer großen Spannung zwischen den Inselbewohnern und den „extracomunitari“ gesprochen. Dem wird der hier grün markierte Teil entgegengesetzt, der betont positiv von einer entspannten Lage innerhalb der Flüchtlingslager spricht, um anschließend wieder den Diskurs über die angespannte Lage außerhalb ebendieser aufzunehmen:

„Nonostante la calma apparente, sull'isola c'è molta tensione e si teme che da un momento all'altro qualcosa possa mettere in crisi i rapporti tra isolani ed extracomunitari. Al centro di accoglienza la situazione è tranquilla, si sfornano circa quattromila pasti al giorno e il clima quasi primaverile contribuisce a rendere più serena la situazione. Bar e supermercati dell'isola sono affollatissimi di immigrati.“(LR 17-02-11 XVI)

Es wird sogar über die Gefahr gesprochen, es könnten Terroristen unter den Flüchtlingen sein. Diese Aussage Maronis begründet er mit „evidenze“, die es dafür gäbe, jedoch wird diese Aussage später nicht weiter aufgegriffen (vgl. LR 10-02-11 I).

Wirtschaftliche Aspekte:

Zu wirtschaftlichen Aspekten werden hier Fragen der Finanzierung beziehungsweise des Budgets sowie wirtschaftliche Abkommen und die Nennung von Vertretern der Wirtschaft gezählt:

Lediglich Artikel LR 19-02-11 XX thematisiert das angekündigte Budget, das Berlusconi für die Notsituation bereitstellt. Allerdings kommt es hier kaum zu diskursiven Verschränkungen. Dieser Artikel wird trotz der innenpolitischen Thematik in der Rubrik „Politica Estera“ eingeordnet. Generell werden in „La Repubblica“ in Bezug auf den innenpolitischen Diskurs wenige Zahlen genannt sowohl auf wirtschaftliche Fördergelder bezogen als auch auf konkrete Anzahl von Flüchtlingen. Eines dieser wenigen Beispiele ist folgender Ausschnitt eines Artikels über den Einsatz des Militärs um die Sicherheit an den Küstengebieten der betroffenen Länder zu garantieren:

„Saranno disponibili anche i materiali usati per i vertici internazionali, **come il G8**. In più, un contingente di 200 militari vigilerà sulla sicurezza delle aree che ospitano i migranti, affiancato da una squadra di 10 persone dell'amministrazione dell' Interno.” (LR 19-02-11 XX)

5.4.1.2. „Il Giornale”

Die Berichterstattung von „Il Giornale“ über die innenpolitische Situation in Bezug auf die Flüchtlingsströme macht im Vergleich zu „La Repubblica“ einen kleineren Teil aus, da hier vor allem der Konflikt mit der Europäischen Union thematisiert sowie die Lage in den betroffenen nordafrikanischen Staaten beschrieben wird, die für diese Analyse allerdings nicht relevant ist.

Die Rolle der politischen Akteure:

In Bezug auf die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers auf Lampedusa wird in „Il Giornale“ explizit von der zuvor durchgeführten Schließung der Struktur gesprochen: „A Lampedusa, dopo la chiusura del Centro di accoglienza, i clandestini vengono trasferiti in altre strutture di accoglienza“. (IG 12-02-11 II) Es kommt zu der Beschuldigung, die Insel würde alleine gelassen und so sei es „inevitabile“, das Flüchtlingslager wiederzueröffnen (vgl. IG 14-02-11 IV). Weiters wird im Zusammenhang mit dem Einsatz des Croce Rossa Italia die Errichtung einer „tendopoli“ in der Gemeinde von Rosolini, in der Provinz Siracusa, gesprochen, die in „La Repubblica“ nicht erwähnt wird (vgl. IG 13-02-11 III).

Die Regierung wird in „Il Giornale“ generell als einzig dargestellt und ihre Initiativen werden oftmals durch verstärkende Wörter wie „infatti“ dargestellt, wie auch bei dem Einsatz des „Croce Rossa Italiana“ bei der Eröffnung der „tendopoli“ in der Gemeinde von Rosolini: „Inoltre da oggi sarà realizzata e gestita dalla Croce Rossa Italiana, una tendopoli nel comune di Rosolini, in provincia di Siracusa, per accogliere i migranti tunisini.“ (IG 13-02-11 III)

Die Rolle dieser beiden Hauptakteure in der Debatte rund um die Besichtigung von Strukturen, die als Aufnahmezentrum für Flüchtlinge dienen könnten, wird in diesem Artikel besonders deutlich:

„Il ministro dell’Interno Roberto Maroni ed il premier, Silvio Berlusconi, voleranno oggi in Sicilia, nel catanese, per visionare le strutture che dovranno accogliere i rifugiati nordafricani ammassati da giorni a Lampedusa. Mentre si fanno sempre più aspri i toni dello scontro fra il governo italiano e Bruxelles, accusata da Maroni di aver lasciata sola l’Italia di fronte ad una crisi internazionale, il Viminale mette a punto la strategia per fronteggiare quello che ha definito un vero e proprio esodo biblico dal Maghreb. Strategia che prevede anche l’invio di almeno 200 militari per il controllo delle strutture che accoglieranno gli immigrati. Berlusconi ha telefonato al presidente Herman Van Rompuy chiedendogli di convocare in tempi brevi il Consiglio europeo dei Capi di Stato.” (IG 15-92-11 V)

Der Autor beurteilt Maronis Aussage hier als „il Viminale mette a punto“ und der erwähnte Bericht über das Telefonat Berlusconis mit Herman Van Rompuy bleibt im journalistischen Diskurs von „La Repubblica“ gänzlich unerwähnt.

Stimmen gegen die Regierung werden im Bereich der Innenpolitik in der Berichterstattung von „Il Giornale“ fast gänzlich ausgelassen. Lediglich ein Artikel lässt Stimmen gegen die Regierung laut werden, wie bereits im Titel „Ancora sbarchi a Lampedusa. Ma per la Cgil non è emergenza“ zu erkennen ist. Diese Linie wird hier auch im Fließtext fortgeführt: in Artikel IG 18-02-11 X wird Kurosh Danesh, nationaler Koordinator der „Cgil Immigrati“³⁴, kritisiert: er würde die Situation herunterspielen und werfe Maroni vor, rein ideologisch bedingte Politik zu betreiben und durch das Verbreiten von Angst Stimmen zu erlangen. „Danesh ha anche negato che l’Europa non ci sostegna in questa emergenza: ‘Basta fare una domanda e i soldi, già stanziati per questi eventi, ci sono.’“ Hier geht durch die doppelte Verneinung, er hätte negiert, dass die Europäische Union Italien nicht unterstützen würde, eine Haltung gegen die EU hervor.

Die Kritik der „Unhcr“ in Bezug auf das langsame Vorgehen der Regierung wird in „Il Giornale“ im Zusammenhang mit der Stimme Lombardos gegen die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo gebracht. Hier kommt es also zu einer diskursiven Verschränkung, um diesen beiden Stimmen gegen die Regierung zu widersprechen.

³⁴ Anm.: Die „Confederazione Generale Italiana del Lavoro“ (CGIL) ist ein nationaler Gewerkschaftsbund und besitzt einen eigenen Zuständigkeitsbereich für die Unterstützung von Immigranten, die „CGIL Immigrati“.

Die Institution der „Unhcr“ ist durch keinen namentlich genannten Akteur vertreten und es kommt zu einer rhetorischen Frage durch den Autor wodurch deren Forderung in Frage gestellt wird: „L’alto commissariato Onu per i rifugiati (Unhcr) per ora si limita a chiedere che l’Italia ‚non respinga i rifugiati‘. Ma se saranno trecentomila?“ (IG 23-02-11 XIII) Anschuldigungen der Opposition werden auch pauschal als „accuse di inadeguatezza“ bezeichnet, worauf allerdings nicht näher eingegangen wird (vgl. IG 25-02-11 XIII).

Die Rolle der Vertreter in den betroffenen Regionen wird an diesem Beispiel dargestellt:

„Il Viminale ha incaricato il ministero della Difesa di trovare una serie di aree adatte. ‘Ne abbiamo già individuate tre – ha spiegato La Russa- aree della Difesa dismesse, con terreni e fabbricati’. L’impiego di militari potrebbe essere reso possibile per la ‘vigilanza di alcuni nuovi centri, come Mineo, nel catanese’. **Il governatore siciliano Raffaele Lombardo già si è impuntato contro questa soluzione.**” (IG 23-02-11 XIII)

Im Bericht über die Besichtigung von ehemals dem Militär zugehörigen Zonen wird hier die offensichtliche Meinung des Autors, deutlich: Raffaele Lombardo hätte sich „schon“ gegen die Idee, Flüchtlinge in ehemaligen Militärzonen unterzubringen, ausgesprochen.

Im Zusammenhang mit dem diskursiven Ereignis der Eröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo werden in „Il Giornale“ zwei kritische Stimmen, die gegen dessen Öffnung sprechen, erwähnt:

„Intanto in Sicilia si allestirà il primo ‘villaggio della solidarietà’, quello visitato ieri da Maroni e Berlusconi. [...] Preoccupato il sindaco di Mineo, Giuseppe Castania. ‘Siamo a disposizione ma l’idea che vengano ammassati qui migliaia di extracomunitari ci preoccupa - confessa Castania – Il residence potrebbe arrivare ad ospitare 7.000 persone, un impatto notevole per il nostro comune che ne conta 5.000’. Più esplicito il sindaco di Caltagirone, Francesco Pignataro, che teme il villaggio possa diventare una **‘bomba ad orologeria’**.” (IG 16-02-11 VII)

Durch diese hier angeführten Stimmen gegen die Wiedereröffnung könnte eine Rechtfertigung des langen Abwartens der Regierung, das durch Vertreter der Opposition immerhin scharf kritisiert wurde, vorliegen. Auch die Wiedergabe des scheinbar direkten Zitates durch den zweitgenannten Politiker, des

Bürgermeisters von Caltagirone, Francesco Pignataro, der befürchte, das Lager könnte so zu einer „bomba ad orologeria“ werden, verstärkt diese Annahme.

Auch das diskursive Ereignis des Regierungsgipfels vom 23. Februar ist wie im Diskurs von „La Repubblica“ geprägt von allarmierenden Ausdrücken, die durch Regierungsvertreter verbreitet wurden. Die Regierung wird als einig gezeigt und deren Linie als „precisa“ bezeichnet. Dem geht die Meldung, Berlusconi hätte am Vortag persönlich Muammar Gheddafi angerufen, voraus, um so die aktive Rolle der Regierung zu betonen. Hier wird auch die Bezeichnung der Italiener als „i nostri connazionali“ betont:

„Il comitato permanente permetterà di essere ‘pronti ad ogni tipo di situazione, che certamente non è tranquillizzante’. Berlusconi ieri ha chiamato personalmente Muammar Gheddafi, la linea del governo è precisa: “L’Italia è impegnata affinché cessino le violenze in Libia, **con una moral suasion**” e nella tutela massima “dei nostri connazionali”, ha chiarito La Russa in tarda serata, a conclusione del vertice.” (IG 23-02-11 XIII)

Die Situation in den betroffenen Regionen Sizilien und Lampedusa:

Die Bevölkerung von Lampedusa kommt in Artikel IG 26-02-11 XVIII direkt zu Wort: „Basta tunisini: sporcano tutto e chiedono l’elemosina“. Allerdings handelt es sich hierbei offensichtlich um einen sehr kritischen Artikel, wie bereits der Titel, ein direktes Zitat, zeigt, das offensichtlich von einem verärgerten Bürger stammt: In diesem Artikel wird dessen Meinung offensichtlich ungefiltert übernommen, wie bereits der erste Satz zeigt: „Lampedusa è stufa dei tunisini. A poche ore dagli sbarchi i tg li immortalavano nei bar dell’isola. Caffè, cappuccino e sigarette.“ Diese Meinung wird schließlich durch eine Aussage vom Bürgermeister von Lampedusa und Linosa, De Rubeis verstärkt: „Ci sono 700 persone che, essendo sempre in giro, espletano i propri bisogni fisiologici dove capita“. Dunque via libera all’ordinanza che, da lunedì, dovrebbe vietare agli immigrati di passeggiare per le strade di Lampedusa.“ Etwas neutraler ist dazu der Kommentar von Antonio Pappalardo, Mitglied im Stadtrat, der sich für die öffentliche Sicherheit verantwortlich sieht:

„[...] i tunisini sono ovunque e ovunque chiedono l'elemosina, suscitando un certo allarme tra la popolazione.' [...] Dunque l'ordinanza sembra necessaria. Il sindaco ha verificato la presenza di 700 immigrati in attesa di sistemazione, 'impegnati a farla per strada'. Maroni ha fatto sapere che saranno tutti trasferiti entro domenica. Rubeis, per prudenza, ha lanciato l'operazione 'no walk zone' che partirà lunedì per gli ospiti del Cpt." [*Centro di permanenza temporanea, Anm. d. Verf.*] (IG 26-02-11 XVIII)

Hier ist von einer sogenannten „no-walk-zone“ die Rede, die im Artikel kursiv markiert ist. Sie soll Immigranten den Aufenthalt außerhalb der Aufnahmezentren nur zu gewissen Uhrzeiten erlauben, da es sonst zu Spannungen mit der Bevölkerung kommen könnte. Diese hier angekündigte „operazione“ wird im Diskurs von „La Repubblica“ nicht erwähnt.

Die Befürchtung, es bestehe ein „rischio di infiltrazioni criminali e terroristiche“, wird als „sehr hoch“ beschrieben: „visto che sono evasi in migliaia dalla carceri prive di sorveglianza.“ Schließlich wird auch die Gefahr, Opfer von terroristischen Angriffen zu werden, erwähnt und in Zusammenhang mit der Organisation „Al Qaeda“ gebracht: könnte sie sich in Bengasi frei bewegen, würde die Gefahr, Opfer von Angriffen zu werden, exponentiell steigen (vgl. IG 14-02-11 IV ; IG 22-02-11 XII).

Wirtschaftliche Aspekte:

Der ökonomische Aspekt ist hier stärker präsent als in „La Repubblica“: Es werden konkrete Zahlen und Maßnahmen genannt, wie der Vorschlag von Außenminister Frattini, eine sogenannte „Detax“, mit der europäische Regierungen auf einen Teil der Mehrwertsteuer zu Gunsten eines Fonds an die bedürftigen Länder verzichten würden, einzuführen. Er verweist hier auch auf die nächste „Ecofin“, den „Rat für Wirtschaft und Finanzen“, eine Formation des Rates der Europäischen Union in der Zusammensetzung der Wirtschafts- und Finanzminister der EU-Mitgliedsstaaten. Allerdings lässt er „Econfin“ hier so stehen und es wird dabei Wissen der Leser vorausgesetzt (vgl. IG-16-02-11 VII). Der Artikel IG 25-02-11XVIII steht ganz im Zeichen der Berichterstattung über wirtschaftliche Aspekte der Migration aus Nordafrika: „Accogliere uno straniero che ha trovato rifugio politico in Italia è costato l'anno scorso alle città da un

minimo di 15,43 ad un massimo di 55 euro al giorno.” (IG 25-02-11 XVIII) Darin wird über die Kosten berichtet, die Immigranten in den Städten im letzten Jahr verursacht haben. Diese Zahlen werden so in Zusammenhang mit den Kosten der aktuellen Krise gebracht.

5.4.2. Die Reaktion der EU auf die Migrationsproblematik in Italien

Die Berichterstattung im Bezug auf die Flüchtlingsproblematik im Februar 2011 ist von gegenseitigen Beschuldigungen durch Vertreter der Europäischen Union sowie innenpolitischen Vertretern Italiens geprägt und zieht sich ebenfalls durch fast alle untersuchten Artikel. Auffällig ist hierbei die Zunahme der Berichterstattung über die Europäische Union im Laufe des untersuchten Monats.

5.4.2.1. „La Repubblica“

Im Diskurs über den Konflikt zwischen der Europäischen Union und Italien kann eindeutig Cecilia Malmström, EU- Kommissarin für Innere Angelegenheiten, als Hauptakteur im journalistischen Diskurs der „La Repubblica“ bezeichnet werden. In Artikel LR 13-02-11 II wird zum ersten Mal von einem europäischen Problem gesprochen: Hier lässt Cecilia Malmström über ihren Pressesprecher verkünden, dass sie sich so bald als möglich ein Bild über die Lage in Italien machen werde, um dann zu entscheiden, wie weiter vorzugehen sei. Sie verwendet hier einige verstärkende Ausdrücke, um diese Bemühungen zu betonen: Sie sei in „stretto contatto“ mit Italien und betont, die Angelegenheiten würden intensiv und von „sehr nahe“ verfolgt. Jedoch erklärt sie auch, dass die EU hier nicht autonom, sondern nur mit einem Mandat der Mitgliedsstaaten agieren könne. Dennoch wird diesbezüglich Optimismus gezeigt: „Un punto sul quale Bruxelles è ottimista, visto che l'emergenza Magreb spaventa anche Malta, Spagna, Francia e Grecia. Un numero di stati in grado di fare massa critica e ottenere l'immediata attivazione di 'Frontex'”.

Trotz des Optimismus wird an dieser Stelle allerdings bekräftigt, dass ohne eine erhoffte Zustimmung durch die EU-Mitgliedsstaaten die an die Europäische Union gerichteten Forderungen von dieser nur eingeschränkt erfüllt werden können: „Senza aspettare l’ok dei governi, invece, Bruxelles può aiutare l’Italia inviando pattuglie per aiutare nella gestione della situazione a terra [...] e pagando parte delle spese per le procedure d’asilo.“ Durch den Ausdruck „può aiutare“ wird vermittelt, dass die EU Mittel hätte, um trotzdem zu helfen, es wird aber nicht klar, ob sie das auch wirklich tut. Dadurch ist eine gewisse Skepsis gegenüber der Handlungswilligkeit der EU in dieser Aussage erhalten.

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Flüchtlingsproblematik in Italien wird durch Maroni scharf kritisiert, wie in Artikel LR-14-02-11VI deutlich wird:

„Che ieri mattina è tornato sui suoi passi puntando pesantemente l’indice contro la Ue. ‘Siamo soli, l’Europa non sta facendo nulla. Il Maghreb sta esplodendo. C’è un terremoto istituzionale e politico che rischia di avere un impatto devastante su tutta l’ Europa attraverso l’ Italia. Noi siamo come al solito lasciati soli. Stiamo gestendo l’ emergenza umanitaria con la protezione civile’.“

Durch den metaphorischen Ausdruck „puntare l’indice“ wird die Abwehrhaltung gegen die Europäische Union verstärkt. Die Anschuldigungen richten sich gegen die EU, was durch diese passive Darstellung Italiens, die sich im Kampf gegen die Migrationsflut alleine gelassen sieht, ausgedrückt wird. Hier wird auch die drastische Ausdrucksweise durch „emergenza umanitaria“ besonders im Kontext der Anschuldigungen an die EU deutlich. Passiv stellt sich die Regierung auch hier dar: „Abbiamo chiesto aiuto alla Commissione Europea, ma non ci ha ascoltato“, attacca Roberto Maroni, ministro dell’Interno.“ Im Konflikt mit der EU äußert er sich „enttäuscht“ gegenüber der Europäischen Union und dem „Benehmen“ der EU-Kommissarin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, „che sull’emergenza nordafricana non ha fatto sentire la propria voce“.

In Zusammenhang mit Malmströms Reaktion mit der anschließend scharf verurteilten Aussage, Italien hätte ihr Angebot zur Unterstützung verweigert, kommt es zu einer Beurteilung der Lage von Seiten des Autors, der die gesamte Diskussion als „polemica con Bruxelles“ bezeichnet (vgl. LR 15-02-11 X).

Schließlich stimmt Malmström dem von Maroni geforderten Einsatz der Agentur „Frontex“ zu, der schließlich durch ein persönliches Gespräch mit Barroso und Napolitano zugesichert wurde.

„Quest'ultima ha annunciato l'avvio di una missione dell'agenzia Frontex nell'area del Canale di Sicilia, con la partecipazione di 3050 esperti, alcune navi e un paio di aerei, oltre ai mezzi e al personale italiano. Misure che Barroso ha personalmente comunicato anche al presidente della Repubblica Giorgio Napolitano che lo aveva chiamato per sollecitare interventi.“ (LR 16-02-11 XII.)

Die Aufgabenbereiche der Agentur „Frontex“ werden in „La Repubblica“ nicht beschrieben, allerdings wird auf deren Einsatz im Süden Sardinien verwiesen: „[...] e che i pattugliamenti dell'agenzia europea Frontex al sud della Sardegna diventeranno più impegnativi.“ (LR 13-02-11 V)

Insgesamt sind es schließlich acht Anfragen der Regierung die Italien an europäische Autoritäten gerichtet haben soll, die hier von Maroni klar formuliert werden: „Cento milioni per fronteggiare l'emergenza immigrazione. La trasformazione di Frontex in struttura operativa. La gestione d'identificazioni e rimpatri nei Paesi d'origine. Il coinvolgimento di tutti i Paesi nel coordinamento.“ (LR 15-02-11 X) Die Entsendung von Funktionären der Agentur „Frontex“ wird schließlich als „Mission Hermes“ bezeichnet, die eine Unterstützung durch Flugzeuge und Schiffe, die zwischen Lampedusa und Afrika zu patrouillieren, garantiert (vgl. LR 21-02-11 XXII).

Ab dem 20. Februar wird die Mission schließlich offiziell entsandt, um den italienischen Autoritäten mit der Bewerkstelligung der Migrationsströme zu helfen. Malmström betont diesbezüglich die Solidarität Europas gegenüber Italien. Allerdings wird eine Aussage des Senatspräsidenten Renato Schifani, entgegengesetzt: somit soll auch hier nicht klar die Aussage Malmströms alleine stehenbleiben: „L'Europa sta cominciando a comprendere che il problema non è solo lampedusano o siciliano, ma è un tema europeo“, è stata la risposta del presidente del Senato Renato Schifani.“ Hier wird sein Kommentar, das scheinbar positiv ist, dennoch als Kritik der Aussage Malmströms entgegengesetzt.

In Bezug auf die Rolle Frankreichs in der Problematik um die Aufnahme der Flüchtlinge wird im journalistischen Diskurs von „La Repubblica“ lediglich erwähnt, dass das Land „nein“ zur „tolleranza dell’immigrazione clandestina“ sagen würde. (LR 15-02-11 X) Frankreich wird darin vorgeworfen, sich der Aufnahme von Flüchtlingen zu verweigern. „A proposito d’immigrati, l’80 per cento di tunisini vorrebbe trasferirsi in Francia ma Parigi ha fatto sapere che accoglierà solo quello col visto.“ (LR 17-02-11 XV) Die einzelnen Mitgliedsstaaten werden lediglich in Bezug auf vergangene Ereignisse erwähnt, ihnen kommt im Diskurs von „La Repubblica“ keine besondere Rolle zu. In Bezug auf deren Einstellung gegenüber der Migrationsströme kommt es zu einer Stellungnahme durch den Autor, der die Einstellung der Mitgliedsstaaten durch die Bezeichnung „questa posizione di chiusura“ verurteilt: „Naturalmente, se la situazione dovesse degenerare e la paventata invasione di profughi diventasse realtà, l’Europa sarebbe probabilmente costretta a rivedere questa posizione di chiusura.“(LR 23-02-11 XXV)

5.4.2.2. „Il Giornale“

Auffällig ist im journalistischen Diskurs von „Il Giornale“ vor allem die Abwehrhaltung gegenüber der Europäischen Union, wie sich bereits in der Analyse der Titel der Zeitungen gezeigt hat.

Hierbei kommt es zu direkten Anschuldigungen: der EU wird unter anderem vorgeworfen, viel zu lange auf eine Entscheidung in Bezug auf die Hilfe an Italien zu warten: „Insomma la Ue è disponibile a prendere in considerazione l’emergenza tra dieci giorni, ovvero quando Lampedusa potrebbe essere già affondata sotto il peso dei profughi.“ (IG 14-02-11 IV) Diese Abwehrhaltung von „Il Giornale“ manifestiert sich auch in folgendem Beispiel:

„E l’Europa? Ancora una volta fatica a trovare una risposta comune, un coordinamento fra stati. Di fronte alle accuse di Maroni il portavoce della commissaria Ue agli Affari interni Cecilia Malmstrom da sapere di aver ‘già’ attivato l’agenzia Frontex, ovvero l’agenzia europea per la gestione delle frontiere esterne.“ (IG 14-02-11 IV)

Die einleitende rhetorische Frage „E l'Europa?“, welche den Bericht über eine Meldung des Pressesprechers Cecilia Malmströms, der hier nicht namentlich genannt wird, einleitet, wirkt hier provozierend. Die Antwort darauf ist die Nachricht Malmströms, dass sie „bereits“ die Agentur „Frontex“ aktiviert hat. Hier wird durch die Anführungszeichen des Wortes „già“ der Vorwurf erhoben, zu spät reagiert zu haben. Diese Aussage wird schließlich auch vom Autor interpretiert und bewertet: „Il che tradotto in termini pratici significa che al momento non si fa nulla e che dovrà essere presa una decisione politica.“ Durch die rhetorische Frage „Quando“ wird die Aussage Malmströms Sprechers eingeleitet, der einen Ministerrat für den 24. Februar angekündigt hat. Jedoch wird diese Stellungnahme am Ende des Artikels kritisiert, indem Malmström vorgeworfen wird, sie würde mit ihrer Hilfe warten, bis Lampedusa am Gewicht der Flüchtlinge „versinken“ würde (vgl. IG 14-02-11 IV).

Generell wird die Existenz der Europäischen Union in Frage gestellt: „Questo significa che l'unificazione europea aveva questo scopo: con la distruzione degli Stati rendere più facile l'immigrazione di massa e l'annientamento dell'europeità.“ (IG 15-02-11 VI), wie auch an diesem Textausschnitt deutlich wird:

„La nostra patria comune. Bellissimo a che piace il genere, sentirselo ripetere. Patria comune, l'Europa, e dunque senza frontiere: ciascuno va dove vuole e addio a quella vestigia cartacea dell'imperialismo che è il passaporto. Lo sanno ancora meglio di noi le migliaia di tunisini che stanno sbarcando a Lampedusa.“ (IG 16-02-11 VIII)

Auch hier kommt es zu einer sehr provokanten Einleitung. Der Vorwurf richtet sich an die europäischen Mitgliedsstaaten die durch Frankreich und konkret Laurent Wauquiez, Mitglied der „Union pour un mouvement populaire“ (UMP) und seit Juni 2011 französischer Minister für Hochschulen und Wissenschaft, gerichtet ist. Er wird als Sprecher für Frankreich bezeichnet, und sagt, dass Frankreich nicht bereit dazu wäre, Immigranten aufzunehmen. In diesem Artikel wird der französische Ausdruck „[il ministro dell'Interno, Roberto Maroni, lancia un pesante] *j'accuse* a Bruxelles“ verwendet. So wird seine Aussage in „Il Giornale“ gedeutet und schließlich auch vom Autor des Artikels unterstützt, indem er schreibt, Europa wirke „impastoiata“ an der Bürokratie und unfähig auf Anfragen schnell zu Antworten und resolute Entscheidungen zu treffen. Diesen Anschuldigungen durch „Il Giornale“ gegenüber der EU folgt häufig, wie in

diesem Beispiel deutlich wird, ein direktes Zitat eines Politikers, in dem Fall Roberto Maroni.

Die harte Anti-EU-Linie wird auch durch ein Kommentar eines „profondo studioso di geopolitica“, Lucio Caracciolo, bestätigt, der die EU einen „bluff“ und eine Konstruktion, die lediglich auf der Karte existieren würde, nennt (vgl. IG 24-02-11 XV).

Den Konflikt zwischen Maroni und Malmström bezeichnet der Autor hier als „una giornata caldissima“ sowie „uno scambio, indiretto, di battute tutt’altro che diplomatiche tra Maroni e il commissario Ue agli Affari Interni, Cecilia Malmström.“ Die Aussagen Maronis werden als „durissimo“ bezeichnet, was sich auf den von ihm getätigten Vergleich mit der Lage nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 bezieht (vgl. IG 15-02-11 V).

Auch in der folgenden Darstellung wird die Wertung durch den Autor deutlich, der hier auch die Metapher „cadere dalle nuvole“ verwendet, die sarkastisch wirkt und die abwertende Haltung in Bezug auf Cecilia Malmstrom bestärkt:

„Accuse di fronte alle quali la Malmstrom cade dalle nuvole, ribattendo che l’aiuto era stato offerto ma sarebbe stato rifiutato dal governo italiano e anche con malagrazia. Da sottolineare che l’aiuto offerto da Bruxelles consiste nell’attivazione di Frontex, l’Agenzia per la gestione delle frontiere esterne Ue che ha sede a Varsavia e solitamente la velocità di reazione di un bradipo, perché prima di agire deve passare attraverso complicate procedure burocratiche. Non a caso da tempo alcuni paesi, fra cui l’Italia, hanno chiesto di rafforzarla e renderla più agile ed operativa. Nel frattempo, segnala il Viminale, da metà gennaio a Lampedusa sono sbarcati 5.278 immigrati.“(IG 15-02-11 VI)

Die darauf folgende Aussage Malmströms, Italien hätte ihre Hilfe abgelehnt, wird heftig kritisiert und als „del tutto incredibile“ bezeichnet: „[...] che l’Italia ha rifiutato l’aiuto offertole per far fronte all’ondata migratoria. Suvvia, gentile signora!“ (vgl. IG 15-02-11 VI).

Die Rolle der Agentur „Frontex“ wird explizit erläutert und ein kurzer geschichtlicher Überblick darüber gegeben (vgl. IG 15-02-11 V) und auch die Forderungen Roberto Maronis an die Europäische Union werden in „Il Giornale“

präzisiert: „100 milioni di euro per l'emergenza; un nuovo ruolo più operativo per Frontex; un sistema unico di asilo entro il 2012.“ (IG 15-02-11 V) Über den hier genannten Einsatz von drei Funktionären der EU wird polemisch berichtet: „L'Agenzia Frontex ha invece attivato un altro funzionario. Ora sono in quattro.“ (IG 26-02-11 XVIII) Zu diesen Zahlen werden keine Quellen angegeben und sie werden im Diskurs von „La Repubblica“ nicht erwähnt.

Auch die Funktion des europäischen Grenzüberwachungssystem „Eurosur“ wird erläutert. (IG 17-02-11 IX) Im Zuge dessen wird auch auf andere Mitgliedsstaaten verwiesen, wie im historischen Bezug auf den Einsatz des Kontrollsystems in Spanien. Dort konnten dadurch 371 Immigranten im Zuge der Migrationsflut aus Mauretanien und dem Senegal gestoppt werden: „I traffici in Spagna sono stoppati. La situazione è tornata sotto controllo. Radar, dispositivi tecnologici, muri hi-tech. E poi accordi e interventi di cooperazione.“ (IG 17-02-11 IX)

5.4.3. Bilaterale Beziehungen zwischen Italien und den nordafrikanischen Staaten

Die bilateralen Beziehungen zu den betroffenen nordafrikanischen Ländern sollen hier nur ansatzweise behandelt werden, da es sich um sehr komplexe Strukturen und Abkommen handelt und deren vollständige Darstellung außerhalb des Forschungsinteresses liegen würde und somit wird darauf nur im Rahmen der Berichterstattung der beiden Tageszeitungen darauf eingegangen.

Zu Beginn des untersuchten Zeitraumes wird fast ausschließlich über Tunesien berichtet, da die Revolte in Nordafrika dort ihren Anfang fand und sich schließlich über Ägypten nach Libyen und auf fast alle nordafrikanischen Staaten ausgedehnt hat.

Hier wird anfangs über das Treffen des Außenministers Frattini mit dem Premierminister der tunesischen Übergangsregierung Rachid-al Ghannouchi berichtet, was allerdings durch die Verweigerung Tunesiens, bei Grenzkontrollen mit italienischen Behörden zusammenzuarbeiten, ohne Resultate blieb. Die

größte Gefahr in Bezug auf Migrationsströme stellt allerdings im untersuchten Zeitraum die Drohung Ghedaffis an die Europäische Union dar. Er drohte darin, jegliche Kooperation zu beenden, sollte diese weiterhin die Rebellen unterstützen. Vor allem dieses diskursive Ereignis ist in der Darstellung des Diskursstranges von Bedeutung.

5.4.3.1. „La Repubblica“

Die Berichterstattung von „La Repubblica“ bezieht sich hauptsächlich auf bilaterale Abkommen mit Libyen und Tunesien. Die Problematik wird hier im gesamteuropäischen Kontext dargestellt, indem über die Wege der Migranten berichtet wird, die zu 90 Prozent über den Fluss Evros in Griechenland führen würden, obwohl die griechische Regierung ihre Grenzkontrollen wesentlich verstärkt hätte. Außerdem wird hier allgemein erstmals die Gefahr vor einer großen Migrationsflut im gesamteuropäischen Kontext genannt: „Il terremoto che ha spezzato via il regime Ben Alì, travolto Hosni Mubarak e che sta facendo tremare l'intero mondo arabo minaccia di cambiare la mappa dell'immigrazione.“ (LR 13-02-11 V), „[...] resta lo scenario da incubo con cui, da sempre, tiene in ostaggio le cancellerie occidentali.“ (LR 16-02-11 XIV) Weiters wird berichtet, Hosni Mubarak ließe den gesamten nordafrikanischen Kontinent erschüttern und würde somit die gesamte „mappa dell'immigrazione“ ändern (vgl. LR 13-02-11 V).

Grund für den zuvor genannten Besuch des Außenministers Frattini bei dem Premierminister der Übergangsregierung Tunesiens war diese als Anschuldigung aufgefasste Aussage Maronis: „lo stato tunisino è al collasso, siamo pronti a mandare vedette e poliziotti“: Er unterstellte damit der tunesischen Regierung, alleine die Problematik nicht bewältigen zu können. Die Reaktion darauf war die Bezeichnung Maronis als „un ministro della destra razzista“. (LR 15-02-11 VIII) Zur Schadensbegrenzung stattete Frattini dem Premierminister einen Besuch ab, bei dem er die Unterstützung der tunesischen Wirtschaft verspricht:

„[...] sostenere l'economia significa varare un pacchetto immediato di aiuti: sono 5 milioni di euro 'a dono' immediatamente disponibili. Poi per il

settore privato c'è la proposta di una linea di credito di 73 milioni di euro. Un altro programma di sostegno alla bilancia di pagamento tunisina per altri 85 milioni di euro." (LR 15-02-11 VIII)

Die Diskussion darüber, ob italienische Grenzsoldaten in die Küstengebiete Tunesiens geschickt werden sollten, wird auf den Erfolg dieser Aktion in Albanien 1992 bezogen (vgl. LR 15-02-11 X).

Allerdings sprechen sich tunesische Autoritäten schließlich gegen den Einsatz von italienischen Kräften vor Ort aus, was somit eine Zusammenarbeit in Bezug auf die Abschiebung von Flüchtlingen behindert: „E non è possibile respingerli, come si fa per quelli che partono dalle coste libiche, senza la collaborazione della Tunisia. Ecco perché è urgente convocare un Consiglio d'Europa." (vgl. LR 14-02-11 VI).

Im Zuge der Drohung des libyschen Machthabers Gheddafi, das Land würde jegliche Kooperation mit Europa beenden sollte die EU weiterhin die Rebellen unterstützen, nimmt ein Experte zu den Abkommen mit Libyen Stellung:

„Il terremoto politico del Nord Africa - sostiene Gian Carlo Blangiardo, docente di demografia alla Bicocca di Milano e collaboratore della fondazione Ismu - rischia di far saltare tutte le previsioni sui flussi migratori." (LR 15-02-11 XI)

5.4.3.2. „Il Giornale“

Generell ist festzustellen, dass „Il Giornale“ wesentlich mehr über die Lage in den betroffenen nordafrikanischen Ländern berichtet und auch die Beziehungen zu Libyen genauer erläutert. Außerdem ist auch hier der wirtschaftliche Faktor von großem Interesse, auf das hier allerdings nicht weiter eingegangen werden soll. Allerdings werden die Überlegungen der italienischen Regierung, ihre Exekutive an tunesischen Küsten einzusetzen, hier lediglich angedeutet: Berlusconi überlege, „forze italiane“ zu entsenden, allerdings käme darauf eine negative Antwort von Seiten Tunesiens (vgl. IG 14-02-11 IV).

In dem Diskurs über bilaterale Abkommen steht in der Berichterstattung des behandelten Zeitraumes von Februar 2011 eindeutig die Drohung Libyens, alle Zusammenarbeit mit der Europäischen Union in Bezug auf die Flüchtlingsströme zu unterlassen, sollten sie weiterhin die Rebellen unterstützen, im Vordergrund. Dort wird indirekt die Schuld, „il muro libico all’immigrazione clandestina“ geschadet zu haben, Catherine Ashton durch die Aussage „L’Ue fa ciò che è giusto“ zugeschrieben. Die Reise Ashtons nach Afrika zu Gesprächen mit den nordafrikanischen Machthabern wird hier als lächerlich“ bezeichnet:

„[...] e fa quasi ridere il viaggio in Africa del vaporoso ‘ministro degli esteri dell’Ue’, debole rappresentante di uno Stato che non esiste e che per giunta, essendo donna, è la persona meno adatta a farsi prendere sul serio da un governante musulmano che non le tocca la Mano per non contaminarsi e che la considera in base al Corano “di un grado inferiore”.

Die Bezeichnung als „la persona meno adatta“ wird hier durch die Erwähnung des Koran, demzufolge nach „Il Giornale“ eine Frau „di un grado inferiore“ sei, begründet. (IG 15-02-11 VI)

Allerdings wird in Bezug auf Libyens Drohungen auch die Hoffnung laut, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Italien und Libyen könnte das Verhalten Libyens gegenüber Italien mildern: „Il rapporto di amicizia che unisce Roma a Tripoli offre dunque chances per evitare di lasciare scoperto un altro fronte maghrebino.“ (IG 21-02-11 XI) Dazu äußert sich auch der Chef der Lega Nord, Umberto Bossi: er spricht davon, dass der „trattato di amicizia Italia-Libia“ nicht unbedingt unterbrochen werden müsse (vgl. IG 24-02-11 XV).

Es wird auch auf Abkommen mit Libyen in der Vergangenheit verwiesen, die als Erfolg angesehen werden und von „der Linken“, die damals von einer „vergogna internazionale“ sprachen, kritisiert wurden (vgl. IG 17-02-11 IX). Eben diese Abkommen werden auch als Grund für den Erfolg der Verkleinerung der Migrationsströme „im vergangenen Sommer“, also im Sommer 2010, gesehen (vgl. IG 17-02-11 IX).

5.5. Spezifische Argumentationsstrategien

Während im vorigen Kapitel die Darstellung der einzelnen Diskursstränge und einzelner diskursiver Ereignisse innerhalb der beiden untersuchten Tageszeitungen analysiert wurde, sollen in diesem Kapitel Strukturen, die sich im Laufe der Analyse herauskristallisiert haben und charakteristisch für die jeweilige Zeitung sind, dargestellt werden. Hierbei geht es darum, Besonderheiten der Berichterstattung der beiden Zeitungen wie die Struktur der Artikel, diskursive Wechsel und deren Übergänge sowie weitere sprachliche Besonderheiten, die auf Grund der inhaltlichen Darstellung im vorigen Kapitel vernachlässigt und nur angeschnitten wurden, hervorzuheben.

5.5.1. „La Repubblica“

Auf Grund der Analyse nach dem oben angeführten farblichen Schema kann festgestellt werden, dass die Wechsel zwischen den untersuchten Diskurssträngen in „La Repubblica“ häufig sehr verwoben sind und sie in der Darstellung ihrer Inhalte sehr komplex ist: Es kommt hier wesentlich häufiger zu Verschränkungen mit diskursiven Ereignissen, die in der Vergangenheit liegen und nicht weiter erläutert werden, wodurch beim Leser Vorwissen vorausgesetzt wird. In mehreren Artikeln wird beispielsweise auf die Migrationsströme aus dem vergangenen Jahr verwiesen, die als Kontrast zur aktuellen Situation dargestellt werden, obwohl diese in einem komplett unterschiedlichen Kontext stehen und keinen unmittelbaren Einfluss auf den Inhalt des Artikels haben. Diese diskursiven Verschränkungen anhand vergangener Ereignisse dienen oft dem Diskurswechsel.

Auch die Darstellung der Akteure ist in „La Repubblica“ breiter gefächert, da sowohl deutlich mehr Vertreter der Regierung als auch der Opposition zu Wort kommen und namentlich genannt werden.

Diskursive Verschränkungen wie hier in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der Europäischen Union werden oft neutral übergeleitet: „So che il ministro degli Esteri Frattini sta tentando un'importante azione diplomatica. Ognuno deve fare la propria parte”. Il dibattito è acceso. Ed è, come dire, trasversale ai partiti. Il pd prende posizione.” (LR 15-02-11 IX) Beim unterstrichenen Teil handelt es sich um die Stellungnahme des Autors, der den Bericht in eine andere Richtung lenkt und so zur Opposition überleitet. In einigen Fällen kommt es allerdings sehr wohl auch zu einer kritischen Stellungnahme durch den Autor, sowohl gegenüber der Regierung als auch der Europäischen Union, wie in diesem Beispiel deutlich wird: „Agli occhi del presidente del Consiglio e del ministro dell'Interno è apparso fin troppo bello per riempirlo di clandestini.“ Diese Aussage impliziert eine Kritik an den beiden Regierungsvertretern in Bezug auf das lange Abwarten der Eröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo (vgl. LR 16-02-11 XIV).

Die scheinbar bewusste Distanzierung zur Regierung kann oft auch als Kritik an ebendieser interpretiert werden: „Se ha ragione il nostro Servizio di controspionaggio (Aisi) e le informazioni di cui dispone sono attendibili, nel buio pesto della crisi Tunisia si agita un fantasma chiamato Libia.“ (LR 16-02-11 XIII)

Häufig werden im Diskurs der „La Repubblica“ metaphorische Ausdrücke wie beispielsweise „il pugno di ferro“ und „movimenti tellurici“ verwendet, die in diesem Fall verstärkend für die Darstellung der möglichen Gefahr eines Flüchtlingsstromes dienen (vgl. LR 13-02-11 V). Auch hier wird Vorwissen vom Leser vorausgesetzt. Ebenso in Artikel LR 13-02-11 III, in dem der Begriff „struttura tampone“ als Lösung in Bezug auf den anhaltenden Migrationsstrom nach Sizilien genannt und lediglich als „technischer Ausdruck“ bezeichnet wird.

Artikel LR 16-02-11 XIV, der über die Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers in Mineo berichtet, leitet durch den Satz „Chi si aspettava uno show del presidente del Consiglio è rimasto deluso...“ eine diskursive Verschränkung ein: es wird auf Silvio Berlusconi, der bei der Besichtigung des Flüchtlingslagers gemeinsam mit Roberto Maroni als Hauptakteur agiert, und den Prozess rund um seine Person im „Fall Ruby“ verwiesen, ohne diesen allerdings näher zu erläutern.

5.5.2. „Il Giornale“

Diskursive Verschränkungen finden sich in „Il Giornale“ nicht so häufig wie in „La Repubblica“ wieder: betrachtet man das Farb-Schema, sind hierbei einzelne farbliche Blöcke zu erkennen. Diskurse werden durch überleitende Wörter wie „infatti“, „mentre“ oder wie hier durch das Wort „intanto“ gewechselt: „Intanto un mare celeste e piatto come una tavola continua a traghettare migliaia di disperati che si riversano lungo le striminzite coste di Lampedusa. Ora dopo ora, inarrestabilmente.“ (IG 14-02-11 IV)

Auch die der Zeitungssprache typischen Floskeln wie „da sottolineare anche“ kommen hier häufig zum Einsatz. Weiters werden diskursive Wechsel durch rhetorische Fragen wie „Quando?“ oder „Che cosa sta facendo il governo?“ „E l'Europa?“ eingeleitet, die vor allem wie hier in Bezug auf die Europäische Union nicht selten provokant wirken (vgl. IG 15-02-11 V ; IG 14-02-11 IV).

Allerdings finden auch neutrale und nicht meinungsbeladene diskursive Wechsel durch rhetorische Fragen statt, wie dieses Beispiel zeigt: „Che cosa sta facendo il governo?“ (vgl. IG 14-02-11 IV). Durch diese Frage wird der Diskurs der Berichterstattung über Migranten in Richtung des Ereignisses des Treffens zwischen Außenminister Franco Frattini mit dem tunesischen Minister Mohammed Ghannouchi übergeleitet.

In der Berichterstattung der Zeitung kommt es häufig zu offensichtlichen Stellungnahmen durch Autoren wie zum Beispiel die Anmerkung „bene ha fatto“. Somit kommt es teilweise auch zu starken Anschuldigungen, die sich direkt an den Beschuldigten richten. Auch wertende Kommentare wie „non c'entra il racket, è un fenomeno diverso“ oder „detto questo però, veniamo alla realtà, una realtà gravissima e che dobbiamo affrontare senza illusioni“ finden sich häufig wieder (vgl. IG 15-02-11 V ; IG 15-02-11 VI).

Ein weiteres Phänomen im journalistischen Diskurs von „Il Giornale“ ist, dass viele Artikel mit einer Konklusion enden, die fast belehrend wirkt: „Meglio evitare un altro mosaico di imbarcazioni dirette in Italia anche dai porti libici. Altrimenti lo scenario disegnato nei giorni scorsi dal ministro Maroni, che aveva evocato la

possibilità di superare gli 80 mila arrivi soltanto dall'Egitto e dalla Tunisia, andrebbe aggiornato drammaticamente" (IG 21-02-11 XI). Dieser Satz wirkt wie ein abschließendes Plädoyer. Ein Phänomen, das sich teilweise auch in abgeschwächter Form als „Resümee“ am Ende eines Artikels wiederfindet: „Il vertice interministeriale è stato già operativo: ogni ministro si è presentato con una cartellina sotto il braccio. Sono state individuate le prime aree per l'accoglienza.“ (IG 23-02-11 XIII)

Auch Neologismen und Anglizismen kommen im Diskurs von „Il Giornale“ immer wieder vor, wie in Artikel IG 16-02-11 VIII: „europeisticamente parlando“. Auch die Verwendung des französischen Ausdrucks „[Robert Maroni, *Anm.*] lancia un pesante j'accuse“, der im Text kursiv markiert ist, bewirkt eine Hervorhebung (vgl. IG 14-02-11 IV).

In seinen Erläuterungen ist „Il Giornale“ sehr deutlich und Institutionen innerhalb der Artikel werden beschrieben, so wie jene der Europäischen Agentur für Grenzsicherheit „Frontex“ oder das europäische Grenzkontrollsystem „Eurosir“. Auch Fachausdrücke sollen nicht unerklärt bleiben, wie es in „La Repubblica“ teilweise der Fall ist.

Ein weiteres Charakteristikum der Zeitung ist die häufige Nennung von konkreten Zahlen, die sich oftmals auf die Anzahl der gelandeten Flüchtlinge bezieht. Auch betreffend der Anfragen Maronis in Bezug auf die Unterstützungsgelder der EU ist „Il Giornale“ wesentlich konkreter als „La Repubblica“: „100 milioni di euro per l'emergenza; un nuovo ruolo più operativo per Frontex; un sistema unico per asilo entro il 2012. Maroni poi smorza i toni e specifica che le sue accuse non sono mai state dirette alla persona della Malstrom.“ Auch im Zusammenhang mit der Errichtung des „villaggio della solidarietà“ in Mineo werden konkrete Zahlen der Aufnahmekapazitäten genannt: „Il residence potrebbe arrivare ad ospitare 7.000 persone, un impatto notevole per il nostro comune che ne conta 5.000“ (vgl. IG 15-02-11 V ; IG-16-02-11 VII).

6. Konklusion

Die beiden untersuchten Zeitungen unterscheiden sich in der Darstellung der Flüchtlingsproblematik innerhalb der italienischen Migrationspolitik grundlegend, wie durch die durchgeführte Analyse ausführlich dargestellt wurde. Vor allem die Forschungsfrage „Wie wird in den Tageszeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ über die durch den Beginn des arabischen Frühlings entstandenen Flüchtlingsströme Richtung Italien berichtet?“ stellte den Rahmen für die gesamte Forschungsarbeit dar und konnte durch die Analyse der beiden untersuchten Tageszeitungen hinreichend beantwortet werden. Wie bereits vorab angenommen wurde, weisen die beiden Tageszeitungen in der Darstellung der italienischen Migrationspolitik auf fast allen Analyseebenen Unterschiede auf, die sich bereits in der Analyse der Darstellung der Akteure zeigen:

Während „La Repubblica“ in der innenpolitischen Diskussion um die Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Nordafrika verschiedene nationale politische Akteure nennt und teilweise sogar namentlich erwähnt, legt „Il Giornale“ seinen Fokus auf die Berichterstattung über eine kleine Anzahl von Akteuren, die schließlich in der gesamten Berichterstattung immer wiederkehren. So sind dort, wie auf Grund des politischen Hintergrundes der Zeitung zu erwarten war, Mitglieder der Regierung deutlich häufiger vertreten und kommen in der Berichterstattung öfter direkt zu Wort, während der Opposition in „La Repubblica“ mehr Platz eingeräumt wird.

Gemeinsam haben die beiden Tageszeitungen, dass die Vertreter der Europäischen Union eher negativ dargestellt werden, was sich allerdings im Anti-EU-Kurs von „Il Giornale“ drastischer manifestiert, da hier explizit Kritik an der Europäischen Union und seinen Vertretern geübt wird. Diese starke Abgrenzung Italiens gegenüber der Europäischen Union zeigt sich weiters durch den Gebrauch der ersten Person Plural sowie die scheinbar bewusste Abgrenzung durch die Betonung auf italienische Institutionen. Obwohl dieses Phänomen öfter in der Berichterstattung von „Il Giornale“ zu finden ist, zeigt es sich sehr wohl

auch in „La Repubblica“, die sich hierbei allerdings von Äußerungen der Politiker distanziert und nicht direkt Stellung bezieht.

Auch hinsichtlich der Forschungsfrage, ob anhand ausgewählter Überschriften Argumentationsmuster erkannt werden, zeigen sich bereits in der Analyse der Titel ganz unterschiedliche Strukturen, die den gesamten Verlauf der Berichterstattung der Zeitungen charakterisieren: so kommt es in „La Repubblica“ zu einer deutlich komplexeren Darstellung diverser Auseinandersetzungen und reißerisch formulierte Argumentationen sind weniger häufig zu finden. Generell titelt die Zeitung nicht voreingenommen und Aussagen der Politiker sind klar als deren direkte Zitate abgegrenzt. Charakteristisch für die Titel der Zeitung ist deren Komplexität, da darin nicht bloß auf einen Aspekt des Artikels verwiesen wird.

Rhetorische Fragen, die oftmals provokant wirken und implizit Werturteile beinhalten, sind hingegen in „Il Giornale“ ein wesentliches Stilmittel in der Gestaltung der Titel und die Zeitung scheut sich nicht davor, bereits in der Schlagzeile voreingenommen zu argumentieren und scharfe Kritik zu üben. Lediglich in der quantitativen Darstellung der Nennung der Regierung oder ihrer Vertreter bestätigt sich das auf Grund der politischen Orientierung angenommene Argumentationsmuster in „Il Giornale“ nicht: sie erwähnt in ihren Titeln weniger oft die Regierung als „La Repubblica“.

Einen weiteren Unterschied weisen die beiden Zeitungen diesbezüglich in der Bezeichnung von Migranten auf: In „Il Giornale“ finden deutlich häufiger negativ konnotierte Ausdrücke ihre Anwendung, während sich „La Repubblica“ hierbei hauptsächlich neutral gehaltenen Bezeichnungen bedient. Gemeinsam haben die Zeitungen jedoch, dass besonders häufig die Europäische Union bereits in den Titeln direkt erwähnt wird, was vor allem in der zweiten Monatshälfte tendenziell zunimmt.

Die Forschungsfrage, inwieweit sich die Berichterstattung nach der politischen Orientierung der beiden Tageszeitungen richtet und wie sich diese manifestieren, kann dahingehend beantwortet werden, als dass die darin implizierte Hypothese, die Zeitungen würden sich sehr stark an deren politischen Ausrichtungen orientieren, sehr wohl bestätigt werden kann. Besonders konsequent ist „Il

Giornale“ in der Durchsetzung seiner politischen Linie, was sich vor allem an der scharfen Anti-EU-Linie und dem Fokus auf die Regierung und ihren Vertretern, die stets als handelnde Akteure genannt werden, manifestiert.

Dieses Argumentationsmuster zeigt sich unter anderem in der Darstellung diskursiver Ereignisse wie beispielsweise der Wiedereröffnung des Flüchtlingslagers auf Lampedusa, in dessen Darstellung es zu erheblichen Unterschieden kommt, die allesamt sehr wohl auf die politische Orientierung der Zeitungen zurückzuführen sind: Während im Zusammenhang mit diesem Ereignis in „La Repubblica“ die Regierung scharf verurteilt wird, werden in „Il Giornale“ Stimmen laut, die die lange Verweigerung der Wiedereröffnung begründen.

Generell geht „La Repubblica“ allerdings einen eher moderateren Weg ein: sehr wohl wird auch hier die Kritik der Regierungsvertreter an der EU aufgegriffen, jedoch sind die Artikel in der durchgeführten Analyse „bunter“ und es kommt häufig zu diskursiven Verschränkungen, wodurch das Gewicht nicht so stark auf die Thematisierung von Anschuldigungen beziehungsweise auf einzelne diskursive Ereignisse gelegt wird, was mitunter zu einer neutraler wirkenden Berichterstattung beiträgt. Auffällig ist, dass die farbliche Verteilung, die Diskurswechsel markiert, in „Il Giornale“ sehr klar strukturiert ist und es somit kaum zu „Verschränkungen“ kommt, sondern thematische Blöcke „aneinandergereiht“ sind.

Während es in fast jedem Artikel von „Il Giornale“ zu einer direkten Meinungsäußerung durch den Autor kommt, sind Kommentare des Autors in „La Repubblica“ selten zu finden. Wissen wird hier oftmals vorausgesetzt und Fachbegriffe bleiben ungeklärt, die in „Il Giornale“ stets erläutert werden. Hier kommt es zu einer plakativeren Darstellung diskursiver Ereignisse, die stets offensichtlich meinungsgefärbt sind und Werturteile enthalten.

Den Fokus der Analyse stellt die bereits teilweise beantwortete Forschungsfrage dar, welche expliziten Argumentationsmuster in der Berichterstattung der Tageszeitungen „La Repubblica“ und „Il Giornale“ zu erkennen sind, die den Diskurs in eine bestimmte Richtung drängen und Denkmuster antizipieren könnten.

Tendenziell berichtet „La Repubblica“ mehr über innen- aber auch außenpolitische Aspekte, während der Schwerpunkt von „Il Giornale“ eindeutig in der Berichterstattung über den Diskursstrang der Europäischen Union sowie über bilaterale Abkommen mit den afrikanischen Staaten liegt.

Gemeinsam haben die beiden Tageszeitungen, dass sie im Diskursstrang über die Europäische Union eine sehr passive Haltung einnehmen, die teilweise auch als „Opferrolle“ bezeichnet werden könnte.

In Bezug auf die Europäische Union wird die Abwehrhaltung von „Il Giornale“ auch durch die mehrmalige Erwähnung und Darstellung der Migrationspolitik der Mitgliedsländer verstärkt. Hier fungiert vor allem das Mitgliedsland Frankreich als „Sündenbock“ und es wird scharfe Kritik an dessen Migrationspolitik und verschlossener Haltung gegenüber der Hilfestellung von anderen betroffenen Ländern geübt und dient hier somit als Negativ-Beispiel der EU.

Auch „La Repubblica“ erwähnt einzelne Mitgliedsstaaten, allerdings kommt es zu keiner direkten Anschuldigung und der Diskurs ist neutraler gehalten, da der Fokus auf der EU als Institution liegt und häufig auf vergangene Ereignisse sowie auf Zahlen zur Migrationspolitik der vergangenen Jahre verwiesen wird.

In Bezug auf den Diskursstrang der bilateralen Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten ist interessant, dass sich „La Repubblica“ sehr stark auf Tunesien bezieht und die Drohungen von Seiten Libyens nicht so stark thematisiert werden wie in „Il Giornale“, die auch hier vor allem die wirtschaftliche Bedeutung der Abkommen betrachtet und die Drohung Libyens gegen die EU auch in mehreren Artikeln aufgreift, während die Lage in den arabischen Ländern in der Berichterstattung in „La Repubblica“ eher marginalisiert wird.

Die letzte Forschungsfrage „Inwieweit können auf Grund der Darstellung der Berichterstattung Tendenzen festgestellt werden die eine Prognose des weiteren Verlaufes der Berichterstattung zulassen?“ basiert schließlich auf der prognostischen Kraft des Analyseinstrumentes und kann dahingehend beantwortet werden, als dass eine starke Zunahme der Berichterstattung vor allem über den Diskursstrang der Europäischen Union im Laufe des Monats festzustellen ist und deren Handlungsspielraum durch angekündigte Gipfel im

März und mögliche Sanktionen der EU gegen Libyen immer größer wurde. Die internationale Bedeutung des arabischen Frühlings und seiner Einflüsse auf Europa hat somit vor allem durch das Entstehen der Problematik rund um Libyen und dessen Drohungen gegen die EU stark zugenommen.

Durch diese Analyse wird somit auch die Schwierigkeit von bilateralen Abkommen im Rahmen der Europäischen Union sowie die Rolle der einzelnen Mitgliedsstaaten, jedoch auch die Stärke der Europäischen Union als Institution im Vorgehen gegen menschenrechtswidriges Handeln, wie es hier innerhalb der arabischen Regime vorzufinden war, deutlich. Allerdings stellt sich hierbei die Frage, wie viel Macht und Stärke Italiens Regierung in Bezug auf diese Problematik im Rahmen der EU tatsächlich hat, vor allem da sich das Land im untersuchten Zeitraum eher als „Gegner“ der EU im Kampf gegen die Flüchtlingsproblematik gesehen hat und weniger als Teil davon.

Das Analyseinstrument der Kritischen Diskursanalyse hat in dieser Anwendung gezeigt, dass es stets wichtig ist, die mediale Berichterstattung unter einem kritischen Gesichtspunkt zu betrachten und zu hinterfragen. Schließlich ist die Wirkung der Politik auf die Medien nicht monokausal, sondern bedingt sich häufig in beide Richtungen. Schließlich hat die Medienberichterstattung einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung und demzufolge auch auf die Politik.

Generell bleibt zu hoffen, dass ganz im Sinne der diskurstheoretischen Ansätze aus vergangenen Ereignissen gelernt werden kann und in Zukunft die hier festgestellten „Überdramatisierungen“ in der innenpolitischen Diskussion zugunsten konstruktiver Debatten über Lösungsansätze weichen.

7. Riassunto

7.1. Introduzione

La primavera araba che ha avuto il suo inizio in Tunisia nel dicembre 2010 si è diffusa rapidamente su quasi tutta la parte nord del continente. Anche in Europa la rivoluzione africana ha avuto una grande influenza a causa degli enormi flussi migratori verso il continente. Per la sua posizione come ponte tra l'Europa e l'Africa, l'Italia è perciò uno dei Paesi europei più colpiti in modo diretto dai movimenti arabi: questi movimenti hanno portato dei problemi nella gestione dei flussi migratori che ha avuto come conseguenza una particolare attenzione mediatica sugli avvenimenti.

In questa tesi viene analizzato il modo di rapportarsi a questa problematica, da parte dei giornali italiani. Lo scopo di questa ricerca deve la sua rilevanza soprattutto al fatto che i giornali ovviamente non riescono mai a illustrare l'intera e oggettiva realtà perché vengono indirizzati da alcune scelte redazionali come il punto di vista e la posizione politica che si devono assumere al riguardo. In particolare, in questa tesi viene analizzato il modo in cui due giornali nel loro orientamento politico completamente diverso, si rapportano alla problematica dei flussi migratori e le strutture argomentative che contengono: sono analizzati „La Repubblica”, un giornale di sinistra e „Il Giornale” di centro-destra.

Per fare quest'analisi è usato il metodo dell'„Analisi del discorso” che ha lo scopo di scoprire delle strutture „nascoste”, oppure delle „strutture di potere” all'interno di un certo discorso tramite cui è anche possibile individuare certi „fili del discorso” all'interno di un testo.

Dopo queste considerazioni fondamentali si può individuare una domanda di ricerca iniziale che potrebbe rappresentare una „cornice” per l'intera tesi: „Come si rapportano i giornali „La Repubblica” e „Il Giornale” ai flussi migratori causati dall'inizio della rivoluzione araba?”

Dato che questa domanda è piuttosto generale, sono state fatte delle altre specificazioni:

- Quali strutture di argomentazione esplicite si possono individuare nei quotidiani „La Repubblica“ e „Il Giornale“ che potrebbero volontariamente portare il discorso in una certa direzione e così anticipare certi modi di pensare?”
- In che misura la corrispondenza giornalistica dei giornali analizzati si attiene al loro orientamento politico e come si manifesta tale struttura?
- Possono essere individuate delle strutture specifiche di argomentazione dentro le testate degli articoli?
- In che modo possono, a causa della rappresentazione della corrispondenza giornalistica, essere constatate delle tendenze che ammettono una prognosi sui procedimenti di tale corrispondenza?

Visto che si tratta di una tematica molto ampia oltre che molto attuale, l'arco di tempo analizzato è limitato al mese di febbraio 2011, che è il primo mese in cui la tematica è stata trattata dai media italiani.

Per avere delle risposte sulle domande di ricerca fatte, questa tesi è divisa in due parti principali: Prima verrà dato uno sguardo d'insieme agli avvenimenti nei Paesi arabi nel febbraio 2011 e al discorso giornalistico, a questo riguardo, in Italia nel periodo analizzato. Poi, per poter contestualizzare sia la teoria che l'analisi, verranno presentati i due giornali „La Repubblica“ e „Il Giornale“. Nella seconda parte sarà fatta l'analisi. Saranno analizzati i titoli, gli attori, i „filì del discorso“ e „le strategie discorsive“ per poi fare una conclusione in cui saranno date delle risposte alle domande di ricerca fatte inizialmente.

7.2. Sintesi degli avvenimenti nel mese di febbraio 2011³⁵

La rivoluzione araba ha avuto il suo inizio in Tunisia, dove il 17 dicembre del 2010 un venditore di verdure si dava fuoco in mezzo a una piazza principale per protestare contro le condizioni precarie sul mercato di lavoro. Questo è stato lo spunto per migliaia di persone per andare in piazza a manifestare contro il regime del presidente Zine El Abidine Ben Alì che come conseguenza si è dimesso il 14 gennaio. Così si è formato un governo provvisorio sotto il presidente Mohamed Ghannouchi, il quale si è dimesso a fine febbraio a causa delle accuse di una vicinanza al vecchio dittatore Ben Alì.

L'Egitto ha seguito l'esempio della Tunisia e il 25 gennaio, „il giorno della rabbia”, ci sono state delle manifestazioni di massa al Cairo. La rivoluzione si rivolgeva contro il regime del presidente Husni Mubarak. Anche qua il regime si è mostrato molto brutale contro i manifestanti e inoltre ha fatto chiudere tutti i Social Network al popolo per opprimere la comunicazione e l'organizzazione tra di loro. Mubarak si è dimesso l'11 febbraio e ha lasciato l'amministrazione all'esercito.

La Libia ha avuto forse il ruolo più importante nel discorso analizzato soprattutto a livello internazionale a causa della brutalità delle repressioni: Il dittatore libico Muammar Gheddafi ha cercato di contenere le manifestazioni sparando sulle folle. Questo procedimento ha avuto come conseguenza che l'Unione Europa ha sostenuto i ribelli il che ha prodotto una minaccia del dittatore contro l'UE ad abbandonare tutti i contratti bilaterali riguardo all'immigrazione. L'UE però ha proceduto con le negoziazioni attuando una serie di sanzioni sul Paese.

Anche l'Algeria, il Marocco, la Giordania, l'Iran, il Bahrain, lo Yemen e la Siria hanno seguito questi esempi e i loro popoli sono scesi in piazza.

Dopo questo sguardo iniziale sugli avvenimenti in Nordafrica, questi ultimi saranno collocati nel discorso giornalistico per la sua tematica analizzata nel mese preso in considerazione, cioè nel febbraio 2011. Visto che l'intera descrizione di tutti gli avvenimenti supererebbe l'ampiezza di questo riassunto,

³⁵ In questo capitolo vengono considerati solo gli avvenimenti dentro l'arco di tempo analizzato.

essi verranno inseriti implicitamente nel seguente riassunto dell'analisi fatta in questa tesi. Per poter contestualizzare l'analisi, verrà dato a questo punto uno sguardo al contesto politico e alla storia dei due giornali analizzati e successivamente uno sguardo d'insieme sul metodo „Analisi del discorso”.

7.3. „La Repubblica“ e „Il Giornale“: un ritratto

Il sistema politico degli anni Settanta era caratterizzato da tensioni e cambiamenti politici e la crisi dei canali di comunicazione tradizionali apriva ai giornali la possibilità di recitare una parte attiva nell'ambiente politico. In questo contesto nacquero i due giornali analizzati e anche se entrambi sono situati in ambienti politici completamente diversi, è proprio questo il punto che hanno in comune: una partecipazione attiva agli avvenimenti della politica.

„La Repubblica“ nacque il 14 gennaio del 1976 a Roma e fu fondato dal caporedattore del settimanale „l'Espresso”, Eugenio Scalfari con l'idea di fare un giornale per chi segue la politica, per chi è interessato alle storie di sfondo e per chi poteva rinunciare a una parte sportiva e a una di cronaca a favore di un'ampia rubrica di cultura e di critica. Fin dall'inizio era posizionata a „sinistra“ per quanto riguarda l'orientamento politico e i socialisti la definirono „un'asse tra la nuova destra degli imprenditori e il partito comunista”.

Durante gli anni Ottanta il giornale cambiò il suo orientamento e fu creato più spazio per la cronaca, lo sport, la necrologia e il meteo. Inoltre il numero delle pagine aumentò da 20 a 24 e nacquero supplementi come „Weekend“, „Venerdì“ e „Affari e Finanza“. Così nel 1986 „La Repubblica“ riuscì a raggiungere il primo posto tra i giornali nazionali.

Con questo giornale Scalfari portò un'innovazione nell'organizzazione giornalistica e nella filosofia dell'informazione con l'idea della cosiddetta „settimanalizzazione”, che significa prendere lo stile di cronaca dei settimanali, i quali hanno la tendenza a drammatizzare gli eventi. La fondazione de „La Repubblica“ rappresentava allora un primo passo verso la cosiddetta „informazione che diverte”. Così il giornale era caratterizzato da uno stile critico e

le colonne, come le lettere dei lettori, diventarono presto una delle caratteristiche più conosciute de „La Repubblica”.

Nel 1996 Scalfari si dimise a causa di certi cambiamenti politici e il nuovo direttore divenne l'ex-direttore del quotidiano „La Stampa” Ezio Mauro che ha tutt'ora questo ruolo. Oggi è il secondo giornale più venduto in Italia con una stampa intorno a 450.000 copie.

„Il Giornale“ fu fondato nel 1974 dal giornalista Indro Montanelli a Milano. Fino al 1983 si chiamava „Il Giornale Nuovo“, visto che all'epoca della sua fondazione a Varese esisteva già un giornale locale con il nome „Il Giornale”. La prima edizione fu pubblicata il 25 giugno del 1974 e sin dai suoi inizi il suo orientamento politico fu dichiarato di „centro-destra”: con una linea politica moderata, una formula tradizionale e un layout classico, „Il Giornale“ si rivolgeva alla borghesia a cui dava fastidio il significato alto del partito comunista e Montanelli invitò a votare la „Democrazia Cristiana” (Dc) „turandosi il naso”, un'espressione che è poi entrata nel linguaggio comune.

A causa di difficoltà finanziarie, nel 1977 Montanelli accettò aiuti economici da parte dell'imprenditore Silvio Berlusconi, che all'epoca ancora non era attivo nella politica. Con la sua entrata in politica Berlusconi cedette il giornale a suo fratello Paolo Berlusconi e, a causa di differenza sulla sua entrata in politica, Montanelli si dimette e nel 1994 Vittorio Feltri diventò direttore. Feltri fu responsabile di alcuni cambiamenti fondamentali per il giornale: cambiò la grafica, lo stile e anche la scrittura. I suoi articoli erano sempre di sfondo e provocatori con articoli scritti come perorazioni e con la sua linea molto critica verso la nuova sinistra. Così Feltri restituisce al quotidiano l'immagine di „giornale-partito” e di „giornale-militante” che nell'ultima gestione Montanelli s'era persa. Inoltre riuscì ad aumentare la vendita da 130.000 a 250.000 copie. Nel 1997 Mario Cervi occupò il posto di Feltri che poi nel 2009 tornò per un anno. Il direttore attuale è Alessandro Sallusti in carica dal 2010.

7.4. Il metodo: „Analisi critica del discorso“

„L'Analisi del discorso“ è un metodo d'analisi multifunzionale che è utilizzato in varie discipline scientifiche come per esempio gli studi del discorso, gli studi umanistici e le scienze sociali. Anche le sue fonti si basano sulle tesi di vari scienziati come Antonio Gramsci che insieme alla sua teoria dell'„egemonia“ ha anche compiuto tanti studi sulla lingua come strumento sociale. Fu principalmente il filosofo francese Michel Foucault che ha fornito un quadro su questo metodo d'analisi con i suoi pensieri sul discorso e il funzionamento dei discorsi come „strutture del sapere“. Foucault nel suo libro „L'archeologia del sapere“ esprime la sua idea che i discorsi si formano tramite la loro storia. Questi pensieri lasciano dedurre che analizzando un discorso si possono allora fare delle deduzioni sul procedimento e andamento nel futuro, che costituisce la sua funzione di previsione di questo strumento d'analisi. Michel Foucault, tuttavia, non ha mai parlato effettivamente di uno strumento di analisi, ma ha solo fornito le idee principali e fondamentali per il suo sviluppo.

Lo strumento „Analisi del discorso“, invece, si sviluppò solo dagli anni Settanta in poi: intorno a questo metodo si trovano tanti approcci e i suoi rappresentanti più conosciuti sono Teun van Dijk, Ruth Wodak e Norman Fairclough. Anche se ovviamente ognuno di loro ha un suo proprio orientamento e idee proprie riguardo a tale metodo, non è possibile individuarli e distinguerli chiaramente a causa delle loro collaborazioni. I rappresentanti nominati hanno sviluppato il metodo dell'„Analisi Critica del Discorso“ (CDA) che osserva la lingua come forma di pratica sociale e così dà ancora più significato multidisciplinare allo strumento. „L'Analisi Critica del Discorso“ è fondata sull'idea che c'è un accesso disuguale alle risorse linguistiche e sociali e segue l'idea che il discorso riproduce la disuguaglianza sociale e politica, alimentando l'abuso o la dominazione. È importante menzionare però che spesso le definizioni „Analisi del discorso“ e „CDA“ vengono usate come dei sinonimi perché è difficile anche in questo caso distinguere esattamente tra le due „correnti“.

Sigfried Jäger è il rappresentante tedesco della CDA più conosciuto ed il suo approccio è stato scelto per questa tesi a causa della sua praticabilità e struttura

chiara. Jäger si basa sui pensieri del filosofo russo A. N. Leontjew e sugli scritti di Michel Foucault: ha intrecciato quei suoi pensieri che ogni discorso ha una storia e che dietro ad ognuno si nascondono delle strutture di potere, le quali, però, non possono essere viste come potere nel senso di una gerarchia verticale, ma di un potere orizzontale su tutta la società. In altre parole, quello che pensa e intende una società in questo periodo, è nascosto dentro queste strutture, per cui è possibile solo individuare „fili del discorso” in una stessa cultura.

Per questa tesi in particolare significa che nell’analisi di un articolo di giornale dietro a ogni frase si potrebbe nascondere una struttura di potere che rappresenterebbe la linea politica seguita dal giornale oppure anche solo il pensiero degli autori, i quali però, come ammettiamo in questo caso, scrivono i loro articoli sempre sotto le convenzioni della redazione e perciò qui non vengono considerati (e contestualizzati a parte loro). Jäger afferma che dentro un „frammento di discorso” in questo caso gli articoli analizzati, ci sono dei „fili del discorso” e il lavoro dell’Analisi del discorso è proprio quello di individuarli e poi analizzarli per vedere le strutture di potere. Il suo sistema di analisi è molto strutturato, ma non può mai essere visto come „ricetta” concreta, perché l’Analisi del discorso non è mai statico e perciò serve solo come appoggio per l’analisi. Nell’analisi concreta trattata in questa tesi è stato individuato un proprio sistema orientato a quello di Jäger, che prevede fra l’altro un sistema di colori per marcare all’interno degli articoli delle particolarità importanti oppure dei „fili del discorso” rilevanti per lo scopo della ricerca, per poi poter riassumerli e analizzarli, mostrando degli esempi concreti tramite questa marcatura.

7.5. Analisi

A questo punto è importante menzionare che saranno sempre trattati solo gli avvenimenti trattati nei due giornali e tutti gli articoli analizzati sono stati pubblicati nelle edizioni stampate. Gli articoli sono stati scelti tramite delle parole chiave attraverso le quali è possibile cercarli sulle pagine web dei giornali. Queste parole sono „immigrazione“, „immigrato/i“, „migrazione/i“ e „rifugiato/i“. Così sono stati individuati 29 articoli de „La Repubblica” e 19 de „Il Giornale”, di cui però solo alcuni sono citati esplicitamente.

L'analisi è divisa in quattro parti principali: l'analisi degli attori³⁶ e della loro rappresentazione nel discorso giornalistico dei quotidiani, l'analisi dei titoli e del loro significato per le domande di ricerca poste all'inizio e la parte più importate per lo scopo di questa tesi, l'analisi dei „filì di discorso”. Poi seguirà una breve parte in cui sono riassunte le strategie discorsive che nelle analisi precedenti non sono state trattate sufficientemente riguardo certi aspetti, a causa della loro concentrazione sul contenuto stesso.

7.5.1. Gli attori

Nell'analisi del ruolo degli attori sono stati individuati tre gruppi principali: 1. l'Italia e i suoi rappresentanti politici, 2. l'Unione Europea con i suoi attori politici e 3. gli Stati del Nordafrica, che è però la parte più piccola di questa tesi, dato che qui il punto di vista della politica italiana è quello principale.

Mentre „La Repubblica” nel discorso sugli avvenimenti politici nazionali riguardo ai flussi migratori nomina vari attori nazionali in uno spettro ampio, „Il Giornale” si concentra su pochi attori che tornano di frequente nel discorso giornalistico. Essi sono molto spesso rappresentanti del governo, come ci si poteva già aspettare dallo schieramento politico del giornale, mentre nel discorso de „La Repubblica” viene concesso più spazio alla corrispondenza sugli attori dell'opposizione.

Anche nei termini con cui si fa riferimento agli attori si possono individuare delle differenze: „La Repubblica” si limita spesso a nominare la loro funzione, come per esempio „il Viminale” per il ministro dell'Interno Roberto Maroni, e in generale segue una strada abbastanza neutrale, mentre ne „Il Giornale” si trova molto più spesso l'uso del pronome „nostro” come per esempio „il nostro ministro dell'Interno Roberto Maroni” oppure „il nostro Presidente” per il Primo ministro Silvio Berlusconi. Soprattutto nel discorso sulle differenze con l'Unione Europea e i suoi rappresentanti si trovano delle particolarità, come nel discorso riguardo alle accuse fatte dall'Italia a Catherine Ashton, alto rappresentante per gli affari esteri e la politica di sicurezza dell'Unione Europea e a Cecilia Malmström, commissario europeo per gli affari interni: loro due venivano criticate a causa

³⁶ È importante sottolineare che gli attori politici in questa tesi sono nominati con la loro funzione del periodo analizzato, ovvero febbraio del 2011.

delle loro reazioni sulla problematica dei flussi migratori in Italia, che secondo il governo italiano sono arrivati troppo tardi. In questa discussione „Il Giornale” si dichiara molto più provocante nella sua terminologia, facendo apparire a volte i rappresentanti dell’UE sotto una luce ridicola, chiamando per esempio Catherine Ashton „la baronessa Ashton”. Nella discussione intorno all’UE vengono fuori delle strutture di demarcazione contro l’UE anche nel discorso di „La Repubblica” quando viene usata la prima persona del plurale „noi” proprio in una frase in cui è nominata anche l’UE per creare una certa distanza.

7.5.2. I titoli

Per quanto riguarda la domanda iniziale, se e in che modo può essere riconosciuto un certo sistema di argomentazione nei titoli, si possono individuare delle strutture completamente diverse: Mentre „La Repubblica” nei suoi titoli cerca di nominare un gran numero di attori di cui si parlerà nell’articolo, „Il Giornale” spesso si concentra su un certo avvenimento, cioè il tema principale dell’articolo, portando però l’argomentazione in una certa direzione già nel titolo, cioè s’intuisce subito una presa di posizione. Inoltre impiega la figura della domanda retorica anche nei titoli, usandola come strumento di provocazione. Solamente nella rappresentazione quantitativa della nomina del governo e i suoi membri „Il Giornale” nei titoli non soddisfa le supposizioni iniziali perché lo nomina meno frequentemente de „La Repubblica”. I due giornali mostrano un’altra divergenza riguardo al modo in cui si riferiscono ai migranti nei titoli: „Il Giornale” usa molto più spesso parole con una connotazione negativa, come per esempio „clandestini”, mentre „La Repubblica” si dimostra anche in questo caso più neutra nel suo stile.

7.5.3. I „fili del discorso“

Nella parte dei „fili del discorso” invece sono stati individuati tre „fili” principali dopo un’analisi profonda del materiale: 1. la discussione nella politica interna sulla problematica dei flussi migratori che contiene 1. gli attori politici italiani, 2. la

situazione nelle regioni³⁷ più colpite, Sicilia e Lampedusa e 3. aspetti economici. Il secondo „filo del discorso” analizzato è la reazione dell’Unione Europea alla problematica italiana e il terzo „filo” sono degli accordi bilaterali con gli stati arabi. In questa dimostrazione certe particolarità principali individuate tramite l’analisi degli attori vengono confermate: nel discorso della politica interna italiana, si trovano degli „eventi discorsivi” che lo formano e caratterizzano, come l’apertura del centro di accoglienza a Lampedusa, che per la prima metà del mese era rimasto chiuso nonostante il sovraffollamento di altri centri. Questo fatto è stato molto criticato, come anche oppure l’apertura di una vecchia base militare a Mineo, che è stata battezzata „villaggio della solidarietà” alla sua apertura verso la metà del mese.

All’interno di questi eventi è interessante osservare il ruolo degli attori locali e nazionali nella loro rappresentazione nei due giornali: mentre „Il Giornale” argomenta in modo esplicito a favore del governo, lasciando parlare delle voci che giustificano la non-apertura del centro d’accoglienza (di cui sarebbe stato responsabile il governo), „La Repubblica” critica quest’atteggiamento dando più voce all’opposizione.

La situazione nelle regioni Sicilia e Lampedusa viene tematizzata in maniera abbastanza simile in entrambi i giornali, ma anche qui si conferma il fatto che ne „La Repubblica” vengono nominati molti più attori, invece „Il Giornale” condanna le critiche da parte dei politici regionali che si lamentano dell’andamento lento degli interventi del governo a Roma. Anche per quanto riguarda il lato economico c’è una tendenza chiara secondo cui „Il Giornale” nomina molti fatti concreti come anche i numeri, in modo da risultare molto più chiaro e „organizzato”, mentre „La Repubblica” sotto questo aspetto fa semplicemente degli accenni su certi numeri, che sembrano servire solo a cambiare „i fili del discorso” o ad ampliare l’articolo. Il conflitto nazionale degli attori con l’UE è uno dei temi principali nella corrispondenza giornalistica analizzata: „Il Giornale” dedica interi articoli a queste discussioni e accuse, nelle quali dubita proprio dell’esistenza dell’istituzione „UE”. Spesso si riferisce anche ad altri Stati membri e alla loro politica delle migrazioni. In questo contesto nomina sia degli esempi positivi che negativi e soprattutto la

³⁷ Come regione qua viene considerato solo il territorio nominato, visto che Lampedusa fa parte della regione „Sicilia”.

Francia serve quasi come „capro espiatorio”. In entrambi i giornali vengono „criticati” i Paesi membri che non sostengono l’Italia accogliendo i suoi rifugiati. Mentre ne „Il Giornale” questa critica si riferisce direttamente alla Francia, „La Repubblica” la dirige ai Paesi membri in generale e lo fa in maniera molto implicita mantenendo sempre una certa distanza.

Il fatto che in questo discorso sull’UE entrambi i giornali prendano una posizione piuttosto passiva, che potremmo anche chiamare „un ruolo da vittima”, è molto interessante perché si manifesta anche in questo caso tramite l’uso di un „noi” e a volte anche tramite la descrizione dell’Italia come emarginata contro l’UE.

Per quanto riguarda il terzo „filo del discorso”, cioè gli accordi bilaterali con i Paesi nordafricani, è interessante constatare che „La Repubblica” si riferisce molto di più alla Tunisia, invece le minacce della Libia all’UE vengono tematizzate molto di più di ne „Il Giornale”, che anche qua si riferisce all’economia. Inoltre nomina molto più spesso un gruppo di attori che in quest’analisi è solo marginale, i migranti stessi: „Il Giornale” li nomina spesso, probabilmente per contrastare la loro situazione con quella dell’Italia, mentre ne „La Repubblica” questa tematica è piuttosto marginale.

7.5.4. Strategie discorsive

Guardando il sistema di colori sviluppato all’inizio, che dimostra bene „i fili del discorso” e perciò il modo di argomentazione, si vede la tendenza per la quale „La Repubblica” cambia molto più spesso tra i „fili”, vale a dire che gli articoli sono molto colorati. „La Repubblica” invece fa spesso dei riferimenti sugli avvenimenti situati nel passato per contrastare le situazioni passate con quella di oggi. Così facendo spesso richiede al lettore di avere già una conoscenza sul tema trattato. „Il Giornale” invece argomenta in maniera molto più „organizzata” e guardando il sistema di colore si possono individuare dei „blocchi” colorati, il che significa che i cambiamenti dei „fili di discorso” non sono così intrecciati come ne „La Repubblica”. Inoltre non lascia delle domande aperte al lettore, ma spiega certe iniziative o organizzazioni in maniera chiara.

Per quanto riguarda i commenti fatti dagli autori si poteva già capire tramite la sintesi fatta in precedenza che „Il Giornale” non si risparmia nel commentare esplicitamente e anche nel criticare e dare la propria opinione, mentre „La Repubblica” non fa quasi mai uscire l’opinione dell’autore in maniera esplicita.

7.6. Conclusione

In entrambi i giornali analizzati si possono individuare delle divergenze nella corrispondenza giornalistica nel contesto analizzato, come è stato presupposto già all’inizio a causa degli orientamenti politici dei giornali:

Alla domanda di ricerca, come la corrispondenza giornalistica sul discorso trattato, si orienta all’orientamento politico dei due giornali, può essere risposto che si manifestano delle strutture molto chiare riguardo alla linea politica: soprattutto „Il Giornale” in questo punto si dimostra molto coerente e radicale che si manifesta soprattutto nella linea forte contro l’Unione Europea e la focalizzazione sui rappresentanti del governo italiano.

Un punto fondamentale dell’analisi è la domanda se ci sono delle strutture di argomentazione esplicite nei due giornali che portano il discorso in una direzione particolare. Lì si dimostra la tendenza che „La Repubblica” riporta molto di più avvenimenti della politica interna ed esterna, mentre „Il Giornale” accentua il discorso sull’Unione Europea, sugli accordi bilaterali e sulla situazione nei Paesi del Nordafrica.

L’ultima domanda di ricerca, se tramite il rapporto della corrispondenza sul tema trattata possono essere fatte delle previsioni nel corso degli avvenimenti, si basa sulla forza prognostica dello strumento di analisi e può essere data una risposta solo parziale: soprattutto la quantità del rapporto sul „filo del discorso” sull’Unione Europea nel corso del mese analizzato cresce sempre di più e lo spazio di azione dell’UE si allarga per preavvisi di vertici e possibili sanzioni dell’UE contro la Libia.

Tramite quest'analisi viene dimostrata allora sia la difficoltà di rapporti bilaterali nella cornice dell'UE, che il ruolo dei singoli Paesi membri, ma anche la forza dell'istituzione „UE” nel procedimento contro gli atti contro i diritti umani come avvenivano nei regimi arabi. Da questo discorso nasce però anche la domanda, quanto potere ha l'Italia dentro l'UE, visto che appare nel discorso analizzato più come un „nemico” dell'Ue che una parte di essa.

Lo strumento dell'„Analisi del discorso” ha mostrato attraverso il suo utilizzo che è sempre importante criticare il rapporto giornalistico e richiederlo visto che la politica esercita una notevole influenza sulla stampa, perché questa ha un ruolo importante nella formazione dell'opinione pubblica.

Rimane da sperare che, proprio come hanno postulato i teoretici dell'Analisi del discorso, si potrà imparare dagli avvenimenti passati e che la tendenza a „drammatizzare” gli avvenimenti della politica interna si manifesterà più a favore di una discussione costruttiva.

8. Literaturverzeichnis

Beccaria, Gian Luigi [ed.]: Dizionario di linguistica e di filologia, metrica, retorica. Nuova ed. Torino: Einaudi, 2004

Burkart, Roland: Kommunikationswissenschaft. 4. Aufl. Wien [u.a.]: Böhlau UTB, 2002

Bußmann, Hadumod: Lexikon der Sprachwissenschaft. 2., neu bearb. Aufl. Stuttgart: Kröner, 1990

Bußmann, Hadumod: Lexikon der Sprachwissenschaft. 4., aktual. Aufl. Stuttgart: Kröner, 2008

Fairclough, Norman: Critical Discourse Analysis. London and New York: Longman, 1995

Fairclough, Norman: Discourse and Social Change. Cambridge [et. al.]: Polity Press, 1998

Farinelli, Giuseppe [ed.]: Storia del giornalismo italiano. Dalle origini a oggi. Nuova ed. Torino: UTET Libreria, 2004

Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses: Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Übers. v. Walter Seitter. München: Hanser, 1974

Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. Übers. v. Ulrich Köppen. 10. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002

Gramsci, Antonio: Notizen zur Sprache und Kultur. Leipzig; Weimar: Gustav Kiepauer Verlag, 1984

Jäger, Margarete: Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007
Jäger, Sigfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg: DISS, 1993

Jäger, Siegfried: Text- und Diskursanalyse: eine Anleitung zur Analyse politischer Texte. 5. Aufl. Duisburg: DISS, 1994

Keller, Reiner: Diskursforschung: eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004

Kerchner, Brigitte [Hrsg.]: Foucault: Diskursanalyse der Politik: eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006

Lüger, Heinz- Helmut: Pressesprache. Tübingen: Niemeyer, 1995

Murialdi, Paolo: Storia del giornalismo italiano. Bologna: Il Mulino, 2006

Paoletti, Emanuela: The migration of power and north-south inequalities: The case of Italy and Libya. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2011

Pointner, Dorothea: Die Repräsentation der Literaturnobelpreis-Trägerin 2004 in österreichischen Tageszeitungen: Diskursanalyse. Wien: Diplomarbeit, 2008

Quirico, Domenico: Primavera Araba. Le rivoluzioni dall'altra parte del mare. Bollati Boringhieri: Torino, 2011

Rizzi, Franco: Mediterraneo in rivolta. Alberto Castelvechi: Roma, 2011

Schafroth, Elmar [ed.]: Lingua e mass media in Italia: dati, analisi, suggerimenti didattici. Bonn: Romanist. Verl., 2006

Staglieno, Marcello: Montanelli. Novant'anni Controcorrente. Milano: Mondadori, 2001

Standhartinger, Bettina: Infotainment im journalistischen Diskurs der Tageszeitung „La Repubblica“. Wien: Diplomarbeit, 2005

Tanzmeister, Robert: Wort, Text, Diskurs. Kritische Diskursanalyse zum politischen Diskurs der Lega Nord. Wien, Univ., Habil.-Schr., 2000

Vass, Elisa: Diskursanalyse als interdisziplinäres Forschungsgebiet. Entwicklungen und Probleme zweier Fallbeispiele. Wien: Diplomarbeit, 1992

Violi, Patrizia/ Manetti, Giovanni: L'analisi del discorso. Milano: Espresso strumenti, 1979

Wodak, Ruth/ Chilton, Paul [ed.]: A new agenda in (critical) discourse analysis: theory, methodology and interdisciplinarity. Amsterdam [u.a.]: Benjamins, 2005

Wodak, Ruth/ Fairclough, Norman: Critical Discourse Analysis. In: van Dijk, Teun A. [ed.]: Discourse as social Interaction. A multidisciplinary introduction. Vol. 2. London: SAGE Publications, 1997, S. 258-285

Internetquellen:

Der Spiegel: „Auch Tiefschläge“, in: der Spiegel 43/1975, 20.10.1975:

URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41406448.html> [01.12.2011]

Diffusione dei quotidiani - Giugno 2010:

URL: <http://www.primaonline.it/2010/09/27/83984/diffusione-dei-quotidiani-giugno-2010/> [05.11.2011]

„Frontex- European Union Agency“: URL: <http://www.frontex.europa.eu/> [05.11.2011]

„Il Giornale“: URL: www.ilgiornale.it [14.01.2012]

„La Repubblica“: URL: www.larepubblica.it [14.01.2012]

Mauro, Ezio: „Un mondo nuovo da raccontare“: URL:

<http://www.repubblica.it/online/album/mauro/mauro/mauro.html> [28.09.2011]

Scalfari, Eugenio: „Giovani e donne partimmo da loro“: URL:

<http://www.repubblica.it/online/album/scalfari/scalfari/scalfari.html> [28.09.2011]

9. Anhang

9.1. Analysematerial

Das Erscheinungsdatum der Artikel ist in deren Nummerierung enthalten und wird somit nicht zusätzlich genannt. Die Autoren, das Ressort sowie die Seitenzahl werden jeweils am Ende der Artikel angeführt. Sämtliche Bezeichnungen werden hier so wie in den Zeitungen angeführt übernommen.

Artikel „La Repubblica“

LR 10-02-11 I.

Sbarchi di tunisini al sud Maroni: tra loro terroristi

C'è «fortissima pressione» sulle coste della Tunisia in rivolta, «non è ancora da allarme rosso, ma può diventarlo». Il ministro degli Interni Roberto Maroni è preoccupato» perché nelle ultime 24 ore sono oltre 200 i migranti arrivati a Lampedusa. Una nuova ondata di sbarchi, «iniziata un mese fa a causa dell' instabilità politica» a Tunisi, che desta l' ansia del Viminale non solo per i numeri: «Ci preoccupa molto la fuga di criminali dalle carceri della Tunisia, per il rischio di infiltrazioni terroristiche tra quanti vogliono venire in Europa sotto le spoglie di rifugiati politici». Un fenomeno di cui ci sarebbero «evidenze» e che ha spinto il ministero ad «aumentare la vigilanza sui collegamenti tra Tunisia ed Europa». Gli accordi in materia di contrasto dell'immigrazione clandestina con la Tunisia e con Il Cairo «funzionano se c' è un' autorità che li applica». Finché non si ripristina la stabilità in Tunisia, ha spiegato il ministro, «non potremo procedere ai rimpatri». – s.n., *Politica Estera*, pag.17

LR 13-02-11 II.

Ma Bruxelles per ora ha le mani legate

«Siamo in stretto contatto con il governo italiano, seguiamo molto da vicino l' emergenza immigrazione». Lo assicura la commissaria Ue agli Affari interni Cecilia Malmstrom tramite il portavoce Michele Cercone. Bruxelles è ben disposta a fare il possibile per aiutare Roma nella gestione degli sbarchi e in queste ore è impegnata a capire la reale evoluzione della situazione per decidere il da farsi. Ma i tempi non saranno brevi, visto che su immigrazione e frontiere la Commissione può agire solo dietro mandato degli Stati dell' Unione e non autonomamente (nonostante da un anno chiedi ai governi di vedersi attribuito questo potere). Nel concreto la Ue può aiutare l'Italia attivando Frontex, l' Agenzia europea per la gestione delle frontiere esterne. Una missione di pattugliamento al largo delle coste della Tunisia pagata con soldi comunitari. Le procedure per la sua attivazione partiranno mercoledì prossimo con una riunione degli ambasciatori dei 27. Poi toccherà ai ministri degli Interni il 23 febbraio. Sarà l' occasione per il ministro Roberto Maroni di fare pressione sui partner europei. Un punto sul quale Bruxelles è ottimista, visto che l' emergenza Magreb spaventa anche Malta, Spagna, Francia e Grecia. Un numero di stati in grado di fare massa critica e ottenere l' immediata attivazione di Frontex. A tal fine aiuta anche la dichiarazione del capogruppo del Ppe all' Europarlamento, Joseph Daul, che insieme al presidente dei deputati del Pdl Mario Mauro ha chiesto di «agire subito». Senza aspettare l' ok dei governi, invece, Bruxelles può aiutare l' Italia inviando pattuglie per aiutare nella gestione della situazione

a terra (programma Rabbit attivabile in una decina di giorni) e pagando parte delle spese per le procedure d' asilo. - *a.d'.a., Cronaca, pag.2*

LR 13-02-11 III.

Polizia italiana sulle coste tunisine il Viminale rispolvera il piano Albania

«Rischiare un esodo biblico». Nelle comunicazioni riservate tra Palazzo Chigi e il Viminale corre l' allarme per gli sbarchi a Lampedusa. Si lavora a una reazione immediata per fronteggiare la situazione con quella che i tecnici chiamano «struttura tampone». Per bloccare le partenze ci si prepara anche a mandare poliziotti italiani sulle coste tunisine e nostre navi nelle acque territoriali di Tunisi. Ma si studiano anche gli scenari futuri, guardando agli altri paesi nordafricani che, dopo la Tunisia, potrebbero iniziare a riversare immigrati sulle nostre coste. Se con i 4000 arrivati dalla Tunisia Lampedusa è in ginocchio, figurarsi se dovessero aprirsi le rotte con Egitto e Algeria. E ci si prepara, contemplando anche le ipotesi più catastrofiche. Il primo passo del governo è stato quello di dichiarare lo stato d' emergenza. Raccontano a Palazzo Chigi: «La situazione da fronteggiare è simile a quella dell' Abruzzo, dobbiamo usare gli stessi criteri perché è come se la Tunisia fosse stata colpita da un terremoto». Primo, allestire una tendopoli a Lampedusa. Secondo, riaprire il centro di accoglienza dell' isola. Terzo, organizzare un ponte aereo tra Lampedusa e la Sicilia. Quarto, aprire altre tendopoli in Sicilia dove smistare gli immigrati, identificarli, verificare se abbiano diritto all' asilo (e sistemarli nei Cara, i Centri d' accoglienza richiedenti asilo) o rimpatriarli in Tunisia. Con un' indicazione arrivata direttamente dal Viminale: prima dell' identificazione i migranti devono essere mantenuti in Sicilia evitando di spargerli per il territorio italiano così da limitare i pericoli di fuga. Oltre a questa prima fase di reazione il governo studia altre misure di medio termine. Ma per questo il muro contro il quale si rischia di sbattere è la totale assenza di autorità in Tunisia, Paese nel caos dopo la fuga del presidente Ben Ali. Senza un interlocutore governativo o a livello di forze dell' ordine agire sarà difficile. Dai provvedimenti più ordinari, come i rimpatri, a quelli straordinari che Palazzo Chigi sta preparando e che vorrebbe mettere in campo subito. Come quello di mandare poliziotti italiani in Tunisia per rimettere ordine sulle coste e cercare di bloccare le partenze di nuovi immigrati (quelli locali non si fanno vedere in giro per paura). O di spedire le nostre navi a pattugliare le acque tunisine (le 3 motovedette di Tunisi, anche se intercettano qualche barcone, non riescono a trattenerlo). Due misure già sperimentate con successo negli anni Novanta in Albania e che Palazzo Chigi vorrebbe attivare già la prossima settimana. Ma senza un' autorità a Tunisi in grado di dare l' ok tutto è destinato a rimanere fermo. Ci si muove sul fronte internazionale, anche se il governo è deluso dall' atteggiamento del ministro degli Esteri europeo, Lady Ashton, che sull' emergenza nordafricana non ha fatto sentire la propria voce. Il ministro degli Interni Maroni ha parlato con la commissaria europea Cecilia Malmstrom e con la presidenza dell' Ue per fissare una discussione al vertice dei ministri europei del 23 febbraio. Spera di riuscire ad attivare in tempi accettabili i pattugliamenti Ue. E se oltre alla Tunisia si dovesse aprire un flusso migratorio dall' Egitto o dall' Algeria, la situazione non sarebbe più gestibile. Ecco perché il governo chiederà all' Ue e all' Onu di attivare quello che Maroni chiama «un piano Marshall» per il Magreb. Un modo per prevenire nuovi esodi verso l' Italia. – *Alberto d'Argenio, Cronaca, pag. 3*

LR 13-02-11 IV.

Immigrati, Lampedusa allo stremo quattromila sbarchi in quattro giorni

Il Consiglio dei ministri ha decretato lo stato di emergenza umanitaria per far fronte all'arrivo negli ultimi quattro giorni di oltre quattromila maghrebini, a Lampedusa, a bordo di "carrette del mare" che salpano dalle coste tunisine. Il provvedimento del governo è stato un passaggio tecnico per attivare la Protezione civile di Franco Gabrielli e per nominare come "commissario straordinario" il prefetto di Palermo Giuseppe Caruso. Ma Palazzo Chigi teme che l'Italia da sola non ce la faccia a gestire «l'eccezionale afflusso di cittadini dal Nordafrica, più di mille solo nella notte fra venerdì e sabato», come ha

detto il ministro del Welfare Maurizio Sacconi. E l'Europa, al momento, non ha risposto in modo tempestivo e adeguato agli appelli lanciati dalle autorità italiane tanto che Sacconi la attacca senza mezzi termini: «Ci siamo attivati con la Ue- ha detto il ministro- ma mi sembra che finora abbia proceduto lento pede».

L'Europa stenta dunque ad attivare e finanziare con il sistema Frontex il pattugliamento delle coste tunisine richiesto dal ministro dell'Interno Roberto Maroni, incurante dell'allarme terrorismo lanciato dalla nostra intelligence visto che fra gli sbarcati ci sono anche evasioni dalle prigioni tunisine potenzialmente diretti in tutti i Paesi dell'area Schengen. Ma l'arrivo di immigrati è tutt'altro che terminato: almeno una decina di imbarcazioni sono state avvistate ieri notte e segnalate nel canale di Sicilia, dirette verso l'isola. Ieri pomeriggio, un barcone carico di clandestini è affondato nel golfo di Gabes, in Tunisia. Tragico il bilancio: un giovane è morto ed un altro è disperso, dieci persone sono state tratte in salvo.

Mentre Sacconi, Maroni e il ministro degli Esteri Frattini lanciano il loro sos all'Europa, resta senza un perché il fatto che il centro di accoglienza da 800 posti di Lampedusa non sia utilizzato, lasciando molti esuli (quelli che non riescono a essere ospitati negli alberghi o trasferiti con un ponte aereo a Crotone), sui moli del porto.

L'opposizione, con il deputato pd Emanuele Fiano, attacca il governo «perché si è fatto trovare impreparato», mentre Laura Boldrini, portavoce dell'Alto commissariato delle Nazioni Unite per i rifugiati (Unhcr), mostra «sorpresa» e «meraviglia» per il fatto che «il centro di Lampedusa ampiamente collaudato sia chiuso». «Una nota positiva in tutto questo però c'è e va detta - commenta Boldrini - ed è il fatto che il governo non abbia attuato i respingimenti degli immigrati, come fatto in passato, ma che abbia accettato di accoglierli».

La loro sistemazione è ora la vera emergenza: il commissario straordinario Caruso ha convocato per stamattina la riunione di tutti i prefetti della Sicilia per valutare quanti posti siano disponibili in Sicilia per ospitare i profughi. Domani sarà a Roma, al Viminale, per una riunione con il ministro Maroni (alla presenza del capo della Protezione civile Gabrielli), dal quale riceverà le direttive politiche da seguire che, al momento, ancora non sono state definite. – *Alberto Custodero, Cronaca, pag. 2*

LR 13-02-11 V.

La grande fuga dal Maghreb via da fame e persecuzioni a caccia di un futuro

Fuggono dalla guerra, dai rivolgimenti politici, dalle crisi. Oppure approfittano del momento particolare per partire con tutti i mezzi, stipati sulle carrette del mare ma anche travestiti da turisti, in tasca un visto la cui scadenza è destinata ad essere ignorata. Il terremoto che ha spazzato via il regime di Ben Ali, travolto Hosni Mubarak e che sta facendo tremare l'intero mondo arabo minaccia di cambiare la mappa dell'immigrazione. In Egitto come in Tunisia, gran parte della popolazione si rimbocca le maniche, ad andar via è solo una fetta del Paese. Ma se trema tutto il Maghreb, l'onda si trasmette su tutto il Mediterraneo. Tanto più che i regimi abbattuti facevano da gendarme per l'Occidente, arginando le masse dei diseredati prima che si affacciassero sul mare, con le buone o con le cattive. È presto per prevedere come cambieranno i flussi di immigrazione sul Mediterraneo, dicono all'Alto commissariato delle Nazioni Unite per i rifugiati. Ma basta fare il punto sugli ultimi mesi, per capire che al rumore delle armi segue la paura, e quindi l'esodo dei più deboli. «Nell'ultimo anno e mezzo abbiamo notato un'altissima percentuale di afgani fra i migranti», dice Federico Fossi, dell'Acnur, «e poi iracheni, eritrei, somali». Ora rischia di non bastare il pugno di ferro del governo libico, apparentemente immune dai movimenti tellurici, per fermare l'avanzata. Dopo la legge sui respingimenti in mare, l'arrivo dei migranti sulle coste italiane è diminuito in modo sostanziale: se nel 2008 erano stati 36 mila, l'anno dopo erano scesi a 9500, per arrivare a 4300 l'anno scorso. Arrivano dal Sudan, dalla Somalia, dall'Eritrea, sognando l'Europa. I migranti cambiano percorso, si inventano tragitti complicati, persino attraverso Israele. Cercando di evitare la polizia di Gheddafi cadono nelle mani dei predoni del Sinai, rischiano la morte senz'acqua nel Sahara, ma non si fermano. E

adesso la via della Tunisia o dell' Egitto sembra più aperta. Fino a ieri chi fuggiva dalla Somalia devastata dalla guerra civile pagava un passaggio sul Golfo di Aden per arrivare nello Yemen. Ora però, anche questa repubblica, che ospita oltre un milione di rifugiati somali, registra movimenti tellurici, le manifestazioni vanno avanti, la tensione sale. Il Marocco sembra più stabile, ma al di là di Gibilterra la Spagna è davvero troppo vicina perché i migranti rinuncino al sogno europeo, che sembra a portata di mano. Nemmeno la mano pesante esibita da Zapatero ha dissuaso i disperati, né basta l' accordo di riammissione con Rabat. Ma adesso si muove anche l' Algeria, dove sono alcuni fra i porti preferiti per la partenza verso la costa dell' Andalusia. Questo, come minimo, vuol dire che i controlli sulle coste di partenza saranno meno accurati. E che i pattugliamenti dell' agenzia europea Frontex al sud della Sardegna diventeranno più impegnativi. Negli ultimi anni la strada maestra è stata quella della Turchia e l' ingresso in Grecia attraverso il fiume Evros. Secondo alcune stime, è da qui che passa il 90 per cento dell' immigrazione clandestina verso l'Unione europea, nonostante il governo di Atene abbia rafforzato i controlli ed eretto sbarramenti. A Istanbul e Izmir interi quartieri sono abitati da migranti in attesa dell'opportunità di entrare in Europa. Chi riesce a toccare il suolo europeo ha una alternativa: la clandestinità, o la richiesta di asilo. Lo status di rifugiato politico è concesso solo a una percentuale modesta di richiedenti (in Italia il 10 per cento) e garantisce un permesso di soggiorno di cinque anni sulla base di motivazioni strettamente individuali ("fondato timore di persecuzione"). Ma più robusta è la quota di chi ottiene una protezione "umanitaria", quasi uno status "indebolito" (in Italia sono il 33 per cento), con un permesso di tre anni: basta dimostrare di essere in fuga dai pericoli della guerra. – *Giampaolo Cadalanu, Politica Estera, pag.4*

LR 14-02-11 VI.

Maroni: esodo biblico, Ue assente la Tunisia invia le truppe sulle coste

Ne hanno portati via appena 60 ma, solo ieri, ne sono arrivati oltre 1500. Il mare, ancora per un paio di giorni, sarà buono, le ricognizioni dei velivoli sul Canale di Sicilia e le notizie portate da quanti sbarcano stremati danno una indicazione univoca, che il ministro dell' Interno Roberto Maroni riassume in due parole: «Esodo biblico». In serata la notizia che l' esercito tunisino presidia il porto di Zarzis, principale punto di partenza delle decine di imbarcazioni giunta a Lampedusa, attenua solo in parte l' allarme lanciato dal responsabile del Viminale. «Se in Tunisia non succede nulla, se il governo non riprende a governare, sarà difficile prevedere una fine e potrebbero arrivare in decine di migliaia. Le persone che scappano da un Paese allo sbando hanno diritto alla protezione internazionale e per questo non possiamo certo rimandarli indietro». Lampedusa è ormai allo stremo, i centri di prima accoglienza sono prossimi alla saturazione e i ponti aerei e navali segnano già il passo. Per questo Maroni si è deciso ad accogliere la richiesta del prefetto di Palermo Giuseppe Caruso, nominato commissario per l'emergenza, e ha ordinato la riapertura del centro di identificazione di Lampedusa, una struttura moderna e attrezzata, inaugurata solo due anni fa, capace di ospitare un migliaio di persone, assolutamente operativa ma che era rimasta chiusa, nonostante le proteste, su disposizione del ministro. Che ieri mattina è tornato sui suoi passi puntando pesantemente l' indice contro la Ue. «Siamo soli, l' Europa non sta facendo nulla. Il Maghreb sta esplodendo. C' è un terremoto istituzionale e politico che rischia di avere un impatto devastante su tutta l' Europa attraverso l' Italia. Noi siamo come al solito lasciati soli. Stiamo gestendo l' emergenza umanitaria con la protezione civile». D' altra parte ieri sera da Tunisi è arrivata la bocciatura della proposta italiana di inviare agenti di polizia sulle coste africane per bloccare l' esodo. «Stiamo cercando di metterci in contatto con le forze di polizia tunisina, per vedere come gestire questa emergenza, ma ci troviamo senza interlocutori», aveva spiegato poco prima Maroni. Il bilancio della giornata di ieri parla di un flusso costante, per nulla in diminuzione: 22 gli sbarchi, più di 1500 i maghrebini riusciti ad approdare a Lampedusa, un centinaio di persone recuperate un attimo prima che il barcone affondasse. Un' impresa titanica per le poche decine di

uomini delle forze dell'ordine. Per tutta la mattinata in migliaia sono rimasti ammassati nel campo sportivo mentre i volontari delle organizzazioni umanitarie e la gente dell'isola, insieme agli operatori del centro, si sbracciavano per distribuire acqua e panini. Difficile anche garantire l'assistenza sanitaria ad un numero così imponente di persone, molte delle quali con addosso ancora i segni degli scontri di piazza in Tunisia. Il porto è totalmente occupato dalle oltre 50 imbarcazioni arrivate e per qualche ora è stato bloccato anche dalla protesta dei pescatori locali contro il carogasolio. Ieri solo un volo ha trasferito 40 persone sulla terraferma e i 20 sbarcati a Linosa sono stati portati via in nave. Troppo pochi, a Lampedusa ci sono ancora più di 2500 immigrati ma i centri di accoglienza di tutta Italia sono ormai saturi. Per questo il prefetto Caruso ha effettuato un monitoraggio per individuare delle strutture, scuole, palestre, che potrebbero essere utilizzate per ospitare i nuovi arrivi. Protezione civile e Croce rossa sono pronte anche ad allestire delle tendopoli. – *dal nostro inviato Alessandra Ziniti, Cronaca, pag.14*

LR 14-02-11 VII.

Ma quei clandestini non sono tutti rifugiati chi non ha diritto a restare deve essere respinto

«Eh no, andiamoci piano con questa storia dei rifugiati». Roberto Cota, governatore leghista del Piemonte, guarda con grande preoccupazione alla nuova ondata di sbarchi di clandestini a Lampedusa. E mette le mani avanti: «Non possiamo certo spacciare per rifugiati politici tutti quelli che arrivano, bisogna vedere caso per caso; chi non lo è, chi magari è appena uscito di galera, va respinto». Non negherà che ci troviamo di fronte a una situazione abbastanza nuova, rispetto al passato: gli sbarchi sono legati alla forte instabilità politica che sta caratterizzando tutto il Maghreb. «Certo. Sta succedendo qualcosa di sconvolgente. Il paragone con la caduta del Muro di Berlino regge benissimo. Ma di qui a dire che tutti gli immigrati in arrivo debbano godere dello status di rifugiati, e quindi di speciali protezioni, ce ne passa». L'ha detto Maroni, che queste garanzie vanno date. «Meno male che al Viminale c'è lui, è un ottimo motivo per stare abbastanza tranquilli. Ma è lo stesso ministro a richiamare l'attenzione sul fatto che occorra valutare bene il profilo di ogni immigrato che sbarca. Lo so che è difficile, che ci vuole tempo, però non vedo alternative». Nel frattempo che si fa? «Si fa quello che dice Maroni, impegnatissimo a trovare la strada di nuovi accordi con i paesi del Maghreb per bloccare sul nascere gli sbarchi». Modello Libia. «Ha funzionato, adesso si tratta di trovare interlocutori anche in Tunisia. Ma già allora il ministro dell'Interno aveva giustamente denunciato la condotta dell'Unione europea: a Bruxelles non facevano niente, e continuano a non farlo. Noi, fermando gli sbarchi, abbiamo aiutato anche i nostri partner europei. È ora che ci diano una mano loro, dal momento che siamo quelli che si sono spesi più di tutti per fermare l'invasione». Forse i venti di crisi che spirano sul governo non aiutano... «Guardi, sul contrasto all'immigrazione clandestina la coesione e l'operatività del governo sono assolute. Certo, sarebbe bello che su questo tema fosse evitata ogni strumentalizzazione». Con chi ce l'ha? «Ovviamente questo è un appello all'opposizione». È preoccupato anche come governatore del Piemonte? «Sarebbe strano se non lo fossi. Penso soprattutto a Torino dove i problemi legati all'immigrazione non sono certo semplici».

- *Rodolfo Sala, Cronaca, pag. 14*

LR 15-02-11 VIII.

Frattini vola a Tunisi e ricuce lo strappo Pronti a dare un sostegno economico

L'emergenza immigrazione costringe Franco Frattini a una tappa straordinaria a Tunisi. Per provare a spegnere quella piccola "tempesta perfetta" che è esplosa nel triangolo fra Roma, Tunisi e Bruxelles. Ma soprattutto per promettere aiuto al governo tunisino, e chiedere anche che esercito e polizia si schierino lungo la costa per fermare i nuovi profughi. Quando ieri sera il ministro è atterrato a Tunisi, lo stato del confronto fra Italia, Tunisia e Ue era ancora sottosopra. A Roberto Maroni che aveva detto apertamente «lo stato tunisino è al collasso, siamo pronti a mandare vedette e poliziotti», aveva risposto

irritato il portavoce del governo provvisorio tunisino: «Non accettiamo ingerenze da un ministro della destra razzista». Ma forse a questo punto il passato di questa crisi fra Maroni e la Ue è la parte meno attuale della storia. L'importante è capire cosa succederà nei prossimi giorni: Frattini ne ha parlato alle nove di sera con il primo ministro provvisorio Ghannouchi e poi in un' intervista alla "Nessma Tv", la tv tunisina del socio di Berlusconi Tarak Ben Ammar. Innanzitutto rassicurandolo: «Faremo solo pattugliamenti in alto mare, non invieremo poliziotti in Tunisia». E poi aggiungendo: «L' Italia innanzitutto si schiera col governo provvisorio tunisino a sostegno della ricostruzione delle istituzioni e della sua economia», dice Frattini in tv e al primo ministro. E sostenere l'economia significa varare un pacchetto immediato di aiuti: sono 5 milioni di euro "a dono" immediatamente disponibili. Poi per il settore privato c' è la proposta di una linea di credito di 73 milioni di euro. Un altro programma di sostegno alla bilancia di pagamento tunisina per altri 85 milioni di euro. Ma il patto è che in qualche modo che il flusso incontrollato di emigrati venga messo sotto controllo. Nelle sue segnalazioni alla Farnesina, l' ambasciatore d' Italia a Tunisi Benassi ha segnalato che le zone di Sfax, Zarzis e Gabes sono ancora fuori controllo; l'ambasciatore ha parlato col ministro della Difesa Zbidi, gli ha chiesto notizie sul momento in cui i militari torneranno in controllo delle coste. Ma la verità è che già ai tempi del regime di Ben Alì lo stato tunisino aveva ampie zone grigie nella sua capacità di controllo delle coste. Il problema di queste ore è che la "rivoluzione dei gelsomini" rimane ancora senza leader, senza capi: "C' è un pilota nell' aereo?" titolava ieri "Realites", il primo settimanale del paese. L' impressione è che una guida sicura non ci sia ancora, «e questo tra l' altro spiega la reazione irritata alla proposta di Maroni», dice un diplomatico. – *dal nostro inviato Vincenzo Nigro, Cronaca, pag. 2*

LR 15-02-11 IX.

Lombardo 'Non possiamo accoglierli tutti'

HA PARLATO al telefono con il ministro degli Interni Renato Maroni e con il prefetto Giuseppe Caruso, nominato commissario per l' emergenza. E a entrambi rivolge espressioni di fiducia: «Stanno facendo un ottimo lavoro. Ma la Sicilia non è in grado, da sola, di affrontare l' enorme onda umana che sta giungendo dall' altra parte del Mediterraneo. No, non possiamo accogliere tutti gli immigrati». Raffaele Lombardo si dice preoccupato. Di più: «Molto preoccupato. Per questi disperati ma anche per la nostra regione. Penso a Lampedusa, che l' anno scorso ha fatto registrare punte di crescita del turismo fino al 23 per cento e che ora fa i conti con le prime, corpose, disdette. Di qui a poco l' isola può diventare un inferno». Va bene l' integrazione. E la tradizionale ospitalità della Sicilia che ha portato ieri il sindaco di Raffadali, Silvio Cuffaro, ad offrire una «soluzione tampone» per almeno quattrocento migranti: «Noi apriamo le nostre porte». «E siamo pronti - prosegue Silvio Cuffaro - ad accogliere questi sfortunati che fuggono dalla loro terra di origine alle prese con guerra e miseria». Non basterà questo sforzo, ovviamente. E non è che sia scattata, ieri, una gara di solidarietà fra sindaci. Gli amministratori sono divisi fra lo spirito di solidarietà e il timore di disagi per le comunità. Lombardo fa i conti: «Io non so quanti migranti sbarcheranno. Certo, non saranno duemila ma molti di più. Decine di migliaia, provenienti dalla Tunisia e - vedrete - dall' Egitto e dalla Libia. Non avranno capienza sufficiente neppure tutti i centri d' accoglienza sparsi per la Penisola. Insomma, davanti a un' emergenza di queste dimensioni - afferma il governatore non si può pensare che solo la Sicilia debba faccia un sacrificio. L' Europa e il governo nazionale sono chiamati a intervenire per limitare i viaggi della speranza. So che il ministro degli Esteri Frattini sta tentando un' importante azione diplomatica. Ognuno deve fare la propria parte». Il dibattito è acceso. Ed è, come dire, trasversale ai partiti. Il Pd prende posizione. Ecco il segretario Giuseppe Lupo: «Come si fa a dire che gli immigrati devono restare tutti in Sicilia senza sapere neppure quanti ne arriveranno? L' immigrazione richiede l'impegno dello Stato e di tutto il Paese, non solo dell' Isola che pure è chiamata a fare la sua parte». Emanuele Fiano, presidente forum Sicurezza del Pd, è sicuro che «l'emergenza continuerà, sarà lunga e

le persone che arriveranno saranno migliaia: non sappiamo a quali altri Paesi mediterranei potrebbe estendersi il vento di rivolta che ha per adesso toccato Algeria, Tunisia ed Egitto». E secondo Fiano sono «azzardate le parole del prefetto Caruso che ritiene sufficiente la capacità di accoglienza della sola regione Sicilia. L' Italia si faccia promotrice di una conferenza regionale mediterranea tra tutti i Paesi del bacino. Il Pd rinnova al ministro Maroni e al governo la richiesta di venire in Parlamento con urgenza a riferire sulla situazione». Giuseppe Castiglione, coordinatore regionale del Pdl, dice che la Sicilia non deve tirarsi indietro: «L'integrazione è un dovere: siamo in una posizione cruciale, nel cuore del Mediterraneo, e non possiamo pensare di respingere l' immigrazione. Anche sei processi, in questo momento delicato, vanno governati». Non tutti, nel partito di Castiglione, la pensano allo stesso modo: «Fermare tutti gli immigrati in Sicilia? Forse qualcuno pensa - dice il presidente dell' Ars Francesco Cascio- che l' Isola non fa parte dell' Italia e dell' Europa». – *Emanuele Lauria, Palermo, pag. 1*

LR 15-02-11 X.

Immigrati, allarme di Maroni In arrivo 80mila persone e sugli sbarchi scontro Ue-Italia

«Abbiamo chiesto aiuto alla Commissione Europea, ma non ci ha ascoltati», attacca Roberto Maroni, ministro dell' Interno. «Abbiamo offerto il nostro aiuto all' Italia, ma ci hanno risposto "no grazie"», replica Cecilia Malmstroem, commissaria Ue responsabile per le questioni di immigrazione. E Frontex, l' Agenzia europea per il controllo congiunto delle frontiere, precisa di non aver «ricevuto alcuna richiesta formale di assistenza dal governo italiano». È scontro tra Viminale e Europa sugli aiuti per far fronte all' emergenza immigrazione. Berlusconi ha telefonato ieri al presidente del Consiglio europeo, Herman Van Rompuy, che ha convenuto sull' opportunità che «al più presto» sia convocato un vertice dei capi di Stato e di Governo dei 22. Nelle prossime ore contatterà anche il presidente della Commissione europea, José Manuel Durão Barroso. Ma le previsioni di Maroni sono «da nuovo ' 89, da caduta del muro di Berlino del Maghreb». «In un mese - dice il ministro leghista - sono sbarcati più di 5 mila immigrati, di questi, molti sono intenzionati a raggiungere la Francia, pochissimi presentano la richiesta per ottenere lo status di migranti. Se si va avanti così, ne arriveranno 80 mila. E non è possibile "respingarli", come si fa per quelli che partono dalle coste libiche, senza la collaborazione della Tunisia. Ecco perché è urgente convocare un Consiglio d' Europa». Il segretario del Pd, Pierluigi Bersani, appoggerà «questa richiesta di maggiore condivisione europea di fronte all' emergenza in Nord Africa». Maroni offre le nostre motovedette alla Tunisia per pattugliare le coste, la Francia dice "no" alla «tolleranza dell' immigrazione clandestina». Ma l' Ue, incalza Angela Maraventano, senatrice del Carroccio e vicesindaco di Lampedusa, «ha fatto orecchie da mercante, fingendo di non ascoltare l' allarme che l' Italia ha lanciato il 15 gennaio, un mese fa». Il Viminale ha convocato ieri una riunione tecnica "per l'emergenza umanitaria" e il "comitato per l' ordine e la sicurezza per le misure di contrasto e di controllo degli sbarchi". Ma per affrontare «lo scenario nuovo che si sta profilando- dice Maroni- ci vuole una strategia a livello di capi di Stato e di governo dei Ventisette». E così la polemica con Bruxelles continua: «Le nostre richieste - ribatte il titolare del Viminale - l' Ue le conosce già dal 2008. Chiedono una lettera formale? Bene: la lettera è pronta ed è già partita con l' elenco di ciò di cui abbiamo bisogno. Cento milioni per fronteggiare l' emergenza immigrazione. La trasformazione di Frontex in struttura operativa. La gestione di identificazioni e rimpatri nei Paesi d' origine. Il coinvolgimento di tutti i Paesi nel coordinamento. La realizzazione entro il 2012 di un sistema di asilo europeo. Il coinvolgimento di Europol per prevenire le infiltrazioni del terrorismo e della criminalità». Oggi Maroni si recherà con Berlusconi in provincia di Catania, a Mineo, a ispezionare case di proprietà degli Stati Uniti utilizzate dai familiari dei militari della base Usa di Sigonella, ora in disuso, che potrebbe aiutare a risolvere i problemi di ospitalità dei migranti. Quindi il titolare del Viminale, rilanciando l'emergenza terrorismo a causa della presenza di evasioni dalle prigioni tunisine fra gli sbarcati, ha chiesto l' impiego di altri 200

militari per il pattugliamento delle strutture nelle quali sono ospitati i 5 mila migranti. Il ministro della Difesa La Russa s'è detto favorevole, ma la decisione finale spetterà al Consiglio dei ministri. Sul nuovo "89" del Maghreb, per dirla con Maroni, è intervenuta anche la Chiesa. Per il quotidiano vaticano Osservatore Romano, «l'emergenza a volte diventa tragedia», mentre Avvenire invita «a farei conti con questo pezzo di storia contemporanea con realismo e senso di umanità». – *Alberto Custodero, Cronaca, pag. 2*

LR 15-02-11 XI.

Miliardi a Gheddafi e Ue esclusa così il piano italiano ha fatto flop

È la tempesta perfetta. L'onda migratoria è pronta ad abbattersi sulle coste italiane. Gli ingredienti? Disoccupazione crescente, popolazioni giovani, crisi politiche. Il risultato? Oltre un milione di nordafricani guardano oggi al di là del mare. E «l'esodo biblico», di cui parla il ministro dell'Interno Roberto Maroni, rischia di affondare per sempre le politiche migratorie del governo. «L'idea di puntare tutto sull'accordo con la Libia si è rivelata miope - attacca Christopher Hein, direttore del Consiglio italiano per i rifugiati - ci si è limitati a tappare il buco del Mediterraneo centrale, senza badare agli altri buchi che si andavano aprendo: primo, quello via terra, sulla direttrice Turchia-Grecia; secondo, quello ora in partenza dalla Tunisia. È prevedibile che i rifugiati provenienti dal Corno d'Africa e dall'Africa subsahariana usino adesso la breccia aperta in Tunisia per raggiungere l'Italia. Il governo ha sottovalutato il problema, che era già prevedibile nel mese di gennaio, quando gli sbarchi dei tunisini sono cominciati ad aumentare. Non solo. Ha anche tardato ad aprire il centro d'accoglienza di Lampedusa e a coinvolgere l'Europa». Il Trattato con la Libia, che prevede tra l'altro la cessione di 6 unità navali della Guardia di Finanza alle autorità libiche, è molto oneroso. Ed è strettamente legato all'accordo per la chiusura del contenzioso coloniale, che prevede investimenti da parte dell'Italia in infrastrutture per circa 3,4 miliardi di euro. «Il terremoto politico del Nord Africa - sostiene Gian Carlo Blangiardo, docente di demografia alla Bicocca di Milano e collaboratore della fondazione Ismu - rischia di far saltare tutte le previsioni sui flussi migratori». La fondazione Ismu ha, infatti, stimato che da qui al 2030, anche in assenza di particolari crisi politiche nei Paesi d'origine, circa 900mila nuovi immigrati arriveranno in Italia, provenendo da cinque Stati africani. Quali? Marocco (444.642 nuovi residenti), Egitto (123.569), Senegal (122.780), Nigeria (108.614), Tunisia (71.897). Già oggi questi cinque Paesi incidono sui residenti africani totali in Italia per ben il 79,3%. «Tutti i fattori sociologici, economici e politici che spingono a emigrare restano forti - conferma Lorenzo Coslovi, ricercatore del Cespri (Centro studi politica internazionale) - il rafforzamento dei controlli, compresa la discutibile politica dei respingimenti in mare, ha finora frenato i flussi». E oggi? «Se saltano i controlli alle frontiere tutto può succedere, ma attenti agli allarmismi: i viaggi restano cari e rischiosi, non tutti sono disposti a imbarcarsi». «Quanto sta succedendo in Nord Africa - afferma Massimo Livi Bacci, senatore Pd, professore di demografia a Firenze, tra i promotori del sito neodemos.it - ha colto il mondo di sorpresa. Il nostro Paese è certamente impreparato di fronte all'eventuale tensione politica che potrebbe diffondersi in tutto il Nord Africa. Basta pensare a cosa accadrebbe se saltasse il "tappo" della Libia. Credo, però - aggiunge Livi Bacci - che i nuovi flussi migratori dalla Tunisia siano solo una conseguenza acuta e transitoria dello shock dovuto alla crisi politica. La Tunisia, infatti, non straborda dal punto di vista demografico e inizia ad avere un modesto benessere economico». E qual è il giro d'affari legato a questa nuova ondata migratoria? Dalle indicazioni dell'intelligence emerge una sorta di "tariffario" per il trasferimento illegale di migranti. L'Aisi (ex Sisde) ha segnalato che «per la direttrice nordafricana il corrispettivo preteso dai trafficanti oscillerebbe tra un minimo di 1000/1200 dollari a un massimo di 4000/5000, con la possibilità di frazionare l'importo versando ai gestori delle diverse fasi del percorso le provvigioni per le rispettive tratte». – *Vladimiro Polchi, Politica Estera, pag. 4*

LR 16-02-11 XII.

Immigrati, Ue in soccorso dell'Italia la Finanza spara sugli scafisti in fuga

Un minisbarco di sei clandestini a Pantelleria, i primi quattro respingimenti in mare con l'ausilio delle motovedette tunisine e un'imbarcazione di profughi egiziani intercettata, sparando, al largo della costa di Pozzallo. Da 48 ore a Lampedusa non arriva più nessuno ma l'improvviso stop all'esodo biblico che ha portato in Italia più di 5000 clandestini in cinque giorni non tranquillizza più di tanto il ministro dell'Interno Maroni che ieri ha formalizzato la sua richiesta di aiuto alla Ue con una prima quantificazione degli aiuti: 100 milioni di euro.

«Serviranno per affrontare l'emergenza nei prossimi tre mesi», dice a Catania dove è volato insieme al premier Berlusconi per visionare il Residence degli Aranci di Mineo, il bellissimo villaggio finora abitato dalle famiglie degli ufficiali americani a Sigonella dove ora il governo pensa di trasferire i richiedenti asilo, nuclei familiari, donne, bambini, sparsi nei centri di mezza Italia, liberando così i posti nei centri di accoglienza per i clandestini sbarcati in Sicilia.

«Non sono in grado di affermare che l'emergenza è cessata solo perché gli sbarchi sono diminuiti. Se in Egitto dovesse verificarsi la stessa dinamica tunisina, la rotta passa per l'Italia: la nuova ondata migratoria potrebbe arrivare da lì».

Il villaggio di Mineo, dove nelle prossime settimane dovrebbero essere trasferiti fino a 7000 rifugiati, lo hanno già definito "villaggio della solidarietà". L'espressione l'ha coniata Berlusconi nella mezz'ora passata a visionare il residence lasciando insolitamente fuori giornalisti e telecamere subito dopo aver saputo del suo rinvio a giudizio da parte del gip di Milano. Poi la decisione di disertare la conferenza stampa congiunta con Maroni nel corso della quale il premier avrebbe certamente dato conto della sua telefonata con il presidente della Commissione europea Barroso per ringraziarlo dell'intervento della Ue formalizzato ieri dal commissario Malstrom.

Quest'ultima ha annunciato l'avvio di una missione dell'agenzia Frontex nell'area del Canale di Sicilia, con la partecipazione di 3050 esperti, alcune navi e un paio di aerei, oltre ai mezzi e al personale italiani. Misure che Barroso ha personalmente comunicato anche al presidente della Repubblica Giorgio Napolitano che lo aveva chiamato per sollecitare interventi.

In attesa che arrivino gli aiuti dall'Europa, il Viminale mette a punto la strategia di contrasto e l'accoglienza degli immigrati fin qui arrivati. L'ultimo sbarco, avvenuto all'alba di ieri sulle coste del ragusano, è stato intercettato da una motovedetta della Guardia di finanza che ha usato le armi per fermare il comandante del peschereccio dal quale stavano trasbordando una trentina di profughi egiziani, i primi arrivati sulle nostre coste. L'uomo è rimasto leggermente ferito: non ha risposto alle richieste dei militari che gli intimavano l'alt e ha ripetutamente tentato di speronare la motovedetta provocando la reazione dei finanzieri. A Lampedusa, intanto, la tensione resta alta e c'è anche chi saccheggia i quasi 50 barconi sotto sequestro in porto da cui ogni notte spariscono timoni, eliche, gps, gasolio. Fuggiti invece dalla tendopoli di Rosolini 200 immigrati che erano appena stati trasferiti da Lampedusa. – *dal nostro inviato Alessandra Ziniti, Cronaca, pag. 14*

LR 16-02-11 XIII.

La Libia non rispetta i patti così ha provocato la nuova crisi la denuncia dei servizi segreti

Se ha ragione il nostro Servizio di controspionaggio (Aisi) e le informazioni di cui dispone sono attendibili, nel buio pesto della crisi tunisina si agita un fantasma chiamato Libia. Il "nostro" gendarme sull'altra sponda del Mediterraneo, conquistato all'amicizia di Roma con accordi bilaterali di investimento per quattro miliardi di euro, torna a mostrare le sue doppiezze. Ha taciuto nelle scorse settimane informazioni cruciali su flussi migratori diretti dal deserto libico verso il confine tunisino. E mai come in queste settimane le decisioni del regime di Tripoli appaiono governate da un'unica bussola: mettersi al riparo dal contagio delle piazze di Tunisi e del Cairo. Lunedì sera, al Viminale, durante la

riunione del Comitato nazionale per l'ordine e la sicurezza pubblica, il direttore dell'Aisi, Giorgio Piccirillo, non ha usato né perifrasi né particolari diplomazie. E - per quanto ne riferiscono fonti qualificate presenti all'incontro - il documento di analisi che ha illustrato al ministro dell'Interno Roberto Maroni ha indicato proprio nelle mosse e nel futuro del regime di Muammar Gheddafi il possibile punto di avvitamento e non ritorno della nuova crisi dei migranti. «Le informazioni che abbiamo raccolto - è stato l'incipit di Piccirillo - ci dicono che il movimento di immigrazione clandestina dalla Tunisia è cominciato in modo spontaneo e polverizzato». Un flusso disordinato - e tutto sommato non macroscopico nei numeri - verso il porto di Zarzis. Poi, qualcosa è cambiato. E quel qualcosa, non appare neutro. La gestione del contrabbando di carne umana «è passata nella mani di organizzazioni di trafficanti, particolarmente competitive perché legate a filiere logistiche marocchine, nigeriane e libiche». E la «finestra tunisina» è apparsa «un'opportunità politica per il regime di Tripoli», anche e soprattutto in chiave di «regolatore sociale ad uso interno». Secondo le informazioni del nostro controspionaggio, il confine libico-tunisino è stato infatti attraversato da «flussi migratori provenienti dalla Libia, costituiti in parte da evasioni dalle carceri locali». Una circostanza «taciuta» a Roma dal regime di Muammar Gheddafi. Insomma, come in passato, il Rais di Tripoli torna ad alzare e abbassare la diga del Maghreb in ragione di un pressante interesse nazionale. Ieri, quello di mettere pressione al nostro Paese e convincerlo a pagare profumatamente la quiete del Mediterraneo. Oggi, per svuotare rapidamente la Jamairiha da masse di diseredati e oppositori capaci di veicolare e moltiplicare il contagio tunisino ed egiziano. Del resto, le poche informazioni che arrivano da Tripoli attraverso la rete e il sistema dei social-network (informazioni per altro ritenute attendibili dall'Aisi), raccontano di una pressione interna per la prima volta "visibile". Di rivolte scoppiate il 15 gennaio scorso a Wani Balid, 180 chilometri a sud-est della capitale, con centinaia di disperati che hanno dato l'assalto ad abitazioni popolari ancora da assegnare. Di generici focolai di insurrezione nelle zone orientali del Paese (Twitter). E ancora: di «epurazioni» dei quadri ufficiali dell'Esercito (ne ha dato notizia il "Fronte nazionale per la salvezza della Libia"). Mentre il 5 febbraio, un appello on-line, firmato ancora da gruppi di opposizione clandestina, ha indicato nel 17 di questo mese, domani, la "Giornata della Collera libica". La risposta di Gheddafi, almeno quella pubblica, è stato l'annuncio al Paese di un piano edilizio da 27 milioni di dollari da completare entro il 2014 e nella mossa - osservano ancora gli analisti del nostro Servizio interno - va letto «un timore, pure sempre pubblicamente negato, che l'ondata rivoluzionaria maghrebina possa coinvolgere la classe media e la popolazione dei giovani libici». Anche se la vera forza del Rais (oltre ad un controllo molto saldo sull'esercito) resta lo scenario da incubo con cui, da sempre, tiene in ostaggio le cancellerie occidentali. E che, lunedì sera, non a caso, il direttore dell'Aisi è tornato ad evocare nel corso della riunione del Comitato nazionale per la sicurezza: «Un improvviso cedimento libico, concentrando tutti i flussi migratori interetnici del Corno e del centro-Africa, determinerebbe un esodo di proporzioni difficilmente sostenibili». —Carlo Bonini, *Cronaca*, pag. 15

LR 16-02-11 XIV.

Via libera da Berlusconi e Maroni a Mineo maxi-campo per i rifugiati

Agli occhi del presidente del Consiglio e del ministro dell'Interno è apparso fin troppo bello per riempirlo di clandestini. E però la soluzione prospettata dal commissario per l'emergenza Giuseppe Caruso promette, in un sol colpo, di far fronte all'invasione dei maghrebini e di rispondere alle due direttive espresse da Maroni sin dal primo momento: le migliaia di extracomunitari sbarcati a Lampedusa nell'ultima settimana devono rimanere in Sicilia e, se possibile, concentrati in un'unica località per gestirli più facilmente e per evitare troppi malumori di amministratori e popolazioni. Ecco perché la visita-lampo di ieri mattina di Berlusconi e Maroni al residence degli Aranci di Mineo, uno splendido villaggio totalmente autosufficiente che i familiari degli ufficiali americani in servizio a Sigonella stanno pian piano liberando, è bastata a convincere il governo di aver trovato la soluzione giusta. Anche perché nel residence potrebbero trovare

ospitalità settemila persone. Chi si aspettava uno show del presidente del Consiglio è rimasto deluso. Raggiunto dalla notizia del suo rinvio a giudizio appena sbarcato a Sigonella, Berlusconi ha effettuato una rapida ricognizione del residence degli americani, che ha subito ribattezzato il "villaggio della solidarietà", ma ha evitato accuratamente di sottoporsi al prevedibile fuoco di fila di domande nella prevista conferenza stampa alla prefettura a Catania ed è andato via dopo poco più di mezzora, ripartendo alla volta di Roma senza dire una parola né concedersi a fotografie telecamere. Così è toccato al ministro Maroni fare il punto della situazione: «Se i numeri dell' emergenza rimarranno questi - ha detto poco dopo il ministro Maroni nella conferenza stampa in prefettura a Catania disertata dal premier dopo aver saputo del suo rinvio a giudizio per il caso Ruby - con questa struttura siamo in grado di ospitare più che degnamente quanti sono arrivati in Italia in questi giorni. Ma proprio per le caratteristiche di questo villaggio, che abbiamo ribattezzato il "villaggio della solidarietà", l' orientamento del governo è di ospitare qui soltanto i richiedenti asilo al momento sparsi nei Cara (i centri accoglienza richiedenti asilo) di tutta Italia, persone perseguitate nei loro paesi, soprattutto nuclei familiari, donne e minori, persone che vanno protette e aidate), trasferendo invece nei posti da loro lasciati liberi i clandestini in attesa di espulsione». Per rendere operativo il progetto di accoglienza varato dal governo ci vorrà più di qualche giorno. Maroni ha annunciato che, nel giro di 48 ore, dopo la verifica della totale fattibilità dell' operazione, verrà presa la decisione definitiva. Poi bisognerà dare il via al censimento di tutti i richiedenti asilo al momento ospitati nei vari centri d' Italia e al loro spostamento in Sicilia. Solo allora verranno portati via da Lampedusa le migliaia di extracomunitari attualmente ospitati nel centro di prima accoglienza e che cominciano a creare più di una tensione nell' isola dove camminano liberi passando il tempo nei bar. Per questo il sindaco De Rubeis ha emanato un' ordinanza per vietare la vendita di alcolici agli extracomunitari. Residence degli aranci a parte, i prefetti dell' isola continuano la ricognizione di altre strutture che potrebbero essere potenzialmente disponibili nel caso in cui gli sbarchi dovessero riprendere facendo aumentare a dismisura il numero degli ospiti. Ieri è stata fatta una ricognizione a Comiso e la protezione civile ha già pronte diverse tendopoli. - *dal nostro inviato Alessandra Ziniti, Palermo, pag. 2*

LR 17-02-11 XV.

Lampedusa, barcone disperso: si teme una strage

Niente sbarchi, per il terzo giorno consecutivo, a Lampedusa dove però restano 1500 degli oltre cinquemila tunisini giunti nei giorni scorsi. Sono stipati nel centro di accoglienza nato per ospitarne la metà, mentre sei di loro l' altra notte hanno invaso la casa del cantante Claudio Baglioni senza fare danni ma approfittando delle scorte alimentari e della cantina. Il sindaco di Lampedusa denuncia che l' isola «è ormai al collasso», e si dice seriamente preoccupato che la situazione sino ad ora pacifica possa degenerare. Oggi incontrerà a Roma il ministro dell' Interno Maroni che ieri, al question time alla Camera, ha ribadito le critiche già mosse nei giorni scorsi verso l' Unione europea: «È incredibile che di fronte a questa crisi le istituzioni europee siano rimaste a guardare». Salvo poi esprimere apprezzamento per il commissario europeo agli Affari interni, Cecilia Malmstrom («Nessuna polemica contro di lei che anzi è stata un esempio di collaborazione») e prendere atto che, dopo le forti pressioni dell' Italia, il tema dell' immigrazione è stato inserito nell' agenda del vertice Ue del 24-25 marzo prossimi. Il mare in tempesta rende comunque difficili gli sbarchi in queste ore mentre restano frammentate e confuse le informazioni dalla Tunisia. Così cresce la preoccupazione per un barcone di 45 metri che sarebbe partito martedì dall' Africa e poi improvvisamente scomparso. Sono partite le ricerche della grossa imbarcazione che sarebbe stata avvistata per l' ultima volta a 80 miglia dall' isola. Si teme una nuova tragedia, ma si spera che, viste le condizioni del mare, sia tornata nel porto di partenza anche perché non ne è stata trovata traccia: un velivolo ha perlustrato per tutto il giorno inutilmente il canale di Sicilia. E su quelle imbarcazioni di fortuna, e soprattutto contro i predoni di Lampedusa che hanno rubato eliche, timoni e benzina dalle barche attraccate, la

procura di Agrigento ha aperto un'inchiesta. I magistrati hanno acquisito agli atti il video di Repubblica che denuncia e mostra il cimitero delle carrette del mare con le quali i migranti arrivano in Sicilia. Imbarcazioni solo teoricamente sotto sequestro perché oggetto di indagine e invece spogliate di ogni pezzo usato poi come souvenir nelle case degli isolani o rivenduto al miglior offerente. Sono otto, ha ricordato ieri Maroni, le richieste che il nostro governo ha presentato alle autorità europee: dal coinvolgimento dell'agenzia Frontex al pattugliamento congiunto delle coste tunisine all'introduzione del principio della suddivisione tra i paesi degli oneri per rifugiati e richiedenti asilo e immigrati. A proposito di immigrati, l'80 per cento dei tunisini vorrebbe trasferirsi in Francia ma Parigi ha fatto sapere che accoglierà solo quelli col visto. —*Caterina Pasolini, Cronaca, pag. 17*

LR 17-02-11 XVI.

Conventi, tendopoli e stadi il piano per accogliere gli immigrati

C'è la Fiera del Mediterraneo di Palermo, ma ci sono anche conventi, monasteri ed ex Opere pie, fino agli stadi che verranno utilizzati se l'emergenza immigrazione dovesse precipitare ancora. La Protezione civile si è messa a caccia di strutture in tutta la Sicilia per fronteggiare l'emergenza sbarchi e ha rintracciato oltre quattromila posti in cui sistemare i clandestini approdati sulle coste siciliane. Fino ad oggi sono arrivati in 5.462, ma il ministro Maroni ha parlato di ben altre cifre. L'ondata migratoria, stando al ministro, potrebbe portare circa 80 mila immigrati sulle nostre coste nel caso in cui si dovesse attivare anche il flusso dall'Egitto. La mappa stilata dalla Protezione civile, al netto dei settemila posti del villaggio degli aranci di Mineo, comprende tutta la Sicilia. La ricognizione è stata frenetica ed è stata completata in meno di due giorni, dopo che il commissario straordinario per l'emergenza clandestini, il prefetto di Palermo Giuseppe Caruso, ha convocato gli altri otto prefetti dell'Isola, il dipartimento di sanità regionale e la Croce Rossa. Un lavoro che è ancora alle prime battute. Il prossimo passo sarà determinato dall'ordinanza della presidenza del Consiglio che fisserà compiti, ruoli e costi dell'operazione. Le direttive del commissario straordinario Caruso, intanto, sono chiare. Le prime strutture che saranno utilizzate dopo i centri già attivi che si occupano di accoglienza per i richiedenti asilo e quelli per l'identificazione e l'espulsione, i Cie e i Cara, saranno gli edifici con alloggi nei centri delle province. Lontano dalle città. Strutture come la Fiera del Mediterraneo saranno attivate solo in un secondo momento, perché proprio da questi siti è più facile, per i clandestini, poter evadere e far perdere le tracce. Per mettere in moto la macchina dell'accoglienza, assicurano dalla Protezione civile, servono meno di quindici giorni. Alcune strutture necessitano di piccoli ritocchi di manutenzione per entrare in funzione. In altri casi, come per la sede di una cooperativa di Erice, bastano quattro giorni per portare l'edificio da una capienza di 60 posti al doppio. Il terzo livello della mappa è quello che mira all'utilizzo delle tendopoli. Le aree segnalate dalla Protezione civile sono quattro in tutta la Sicilia, con tendopoli che potrebbero ospitare circa 800 immigrati. Poco favorevole alle tendopoli è il ministro dell'Interno Roberto Maroni. «Non voglio fare tendopoli - ha detto ai giornalisti alla Camera ieri - Sarebbe stato facile allestirle per ospitare i migranti arrivati, ma sono clandestini e devono stare in luoghi controllabili». Ad annunciare l'individuazione delle strutture era stato lo stesso commissario straordinario per l'emergenza Caruso. «L'emergenza umanitaria - aveva detto due giorni fa - va fronteggiata con soluzioni di emergenza. La verifica, voglio che sia chiara, viene fatta in tutta Italia e non solo in Sicilia». Sull'emergenza clandestini ieri è intervenuto anche il governatore della Sicilia Raffaele Lombardo, che chiede al governo nazionale un coinvolgimento della Regione. «Prima di prendere qualsiasi decisione sulla realizzazione di centri di accoglienza nell'Isola, il governo nazionale apra un dialogo con la Regione e gli enti locali siciliani - dice Lombardo - Accogliendo il grido di dolore che proviene dalle migliaia di migranti, che in questi ultimi giorni sono giunti in Sicilia, la Regione non può restare a guardare inerte, proprio per questo chiede di essere coinvolta nelle scelte per trovare le soluzioni più

idonee, a cominciare dall' ipotesi del centro di solidarietà a Mineo». *Romina Marceca, Palermo, pag. 2*

LR 17-02-11 XVII.

Immigrati, cosa chiedere all'Ue

Da tre giorni non ci sono più sbarchi di disperati sull' isola di Lampedusa. Secondo il ministro Maroni il flusso è comunque in aumento ed è destinato a portare in poco tempo sulle nostre coste 80.000 persone in cerca di asilo. Sono persone provenienti dai paesi del Nord Africa in rivolta contro i regimi totalitari. Non è dato sapere come il Ministro sia arrivato a questa stima. È tuttavia significativo che si tratti più o meno dello stesso numero di rifugiati evacuati dalla Macedonia e trasportati in Germania, Norvegia e Turchia dopo la guerra in Kosovo in quella che è stata sin qui la più grande operazione di "burden sharing", condivisione dell' onere umanitario fra paesi, di fronte ad un' emergenza umanitaria. Oggi il governo italiano, proprio in nome del burden sharing, chiede all' Europa di farsi carico del problema degli sbarchi a Lampedusa, non solo contribuendo ai costi del pattugliamento delle nostre frontiere, come sta già facendo con Frontex, ma anche offrendo ospitalità almeno a una parte dei rifugiati arrivati sulle nostre coste. Abbiamo chiesto all' Ungheria, presidente di turno dell' Unione, di convocare un vertice straordinario per stabilire i termini e le modalità di questa ripartizione degli oneri legati all' accoglienza dei rifugiati e all' accettazione delle domande di asilo. Si noti che molti rifugiati sembrano comunque intenzionati a lasciare il nostro paese. Lo si evince dalle dichiarazioni raccolte sul campo dagli inviati dei giornali e soprattutto dal fatto che normalmente i rifugiati politici, come gli altri immigrati, tendono a concentrarsi nelle aree in cui risiedono già molte persone che parlano la stessa lingua e hanno la stessa nazionalità. Oggi le più forti concentrazioni di tunisini e cittadini del Nord Africa si trovano altrove, principalmente in Francia e Spagna. È giusto chiedere l' intervento dell' Europa, ma bisogna farlo in modo coerente e guardando al di là dell' emergenza. La richiesta italiana difficilmente troverà ascolto nell' opinione pubblica di grandi paesi, come la Germania, abituati ad accogliere più di 10 volte i rifugiati politici che sono oggi da noi. Lo troverà ancor di meno in piccoli paesi, come la Norvegia, l' Olanda e la Svezia che hanno ricevuto negli ultimi vent' anni flussi di persone in cerca d' asilo fino a 15 volte superiori ai nostri in rapporto alla popolazione residente. Bisogna soprattutto sapere cosa chiedere all'Europa. Oggi non c' è traccia di questa consapevolezza nelle prese di posizione del nostro esecutivo: c' è solo una generica ed estemporanea richiesta di aiuto. Anche nell'ipotesi in cui venisse raccolta, servirà a poco. L' Europa può infatti fronteggiare in modo efficace crisi di questo tipo solo se di da per tempo strumenti adeguati per gestire le politiche di asilo, integrandole più strettamente con le politiche di immigrazione. Cosa chiedere dunque all' Europa? Innanzitutto una serie riforma delle politiche d' asilo. Non si può più gestire il problema dei rifugiati politici come se fosse un problema a se stante, di natura diplomatica, nettamente separato dall' immigrazione di chi cerca un lavoro. I confini fra i due tipi di flussi sono spesso molto labili e l'andamento delle domande di asilo sembra rispondere di più a fattori di natura economica (come la disoccupazione o il reddito pro-capite nel paese di destinazione), che alla presenza di guerre o regimi dittatoriali nel paese d' origine. Inoltre un errore molto grave delle politiche d' asilo seguite sin qui in Europa è stato quello di impedire ai rifugiati politici di lavorare e di scegliere dove risiedere all' interno di un paese. La ratio di queste misure è che si vuole scoraggiare un eccessivo numero di domande d' asilo. Ma i risultati sono del tutto controproducenti. Diverse ricerche documentano come restrizioni di questo tipo non contribuiscano affatto a scoraggiare gli abusi. Al contrario, impedendo di lavorare a chi si è visto accettata la domanda d' asilo si ritarda l' integrazione economica degli immigrati, aumentando al contempo il peso fiscale dell' immigrazione sulla popolazione autoctona. Studi recenti condotti da Francesco Fasani e da alcuni economisti inglesi mostrano come i rifugiati politici, costretti a vivere di modesti trasferimenti statali, impossibilitati a lavorare e obbligati a risiedere in aree prestabilite, non scelte da loro, tendano a essere

più facilmente coinvolti nella micro-criminalità degli altri cittadini, inclusi gli immigrati che non hanno statuto di rifugiato. È una lezione importante di cui dovremo comunque tenere conto. Volenti o nolenti, ci troveremo nei prossimi anni a gestire una popolazione di rifugiati politici superiore alle 55.000 persone che si sono viste sin qui riconoscere l' asilo in Italia. È una lezione importante anche per le nostre politiche di immigrazione più in generale. Se "lasciati liberi di lavorare", gli immigrati sono una grande risorsa, quando invece si vuole rendere la loro vita insensatamente difficile (con restrizioni all' ingresso, alla durata della loro permanenza, al rinnovo dei permessi di soggiorno, al cambiamento di lavoro, etc.) si corre il rischio di convincere almeno parte di loro, che la microcriminalità può essere più allettante di un inserimento lavorativo regolare reso troppo complicato dalla legislazione vigente. Il coordinamento delle politiche di asilo e di quelle migratorie dovrebbe, inoltre, basarsi su criteri trasparenti e condivisi. Oggi diversi paesi europei si avviano ad introdurre sistemi a punti in grado di stabilire priorità ben definite nel concedere permessi di soggiorno e di lavoro. Questi sistemi vengono spesso utilizzati per favorire l' immigrazione qualificata, di persone maggiormente istruite e in grado di integrarsi più facilmente nel paese che li accoglie. Nulla vieta di introdurre in questo ambito anche considerazioni di natura umanitaria garantendo accesso prioritario a cittadini di paesi coinvolti in guerre civili o comunque provenienti da paesi in cui la popolazione civile è stata vittima di ripetuti episodi di brutalità, tortura e incarcerazione arbitraria. Controllo comune delle frontiere, politiche di asilo integrate con quelle dell' immigrazione economica e basate su principi trasparenti, come nei sistemi a punti, possono diventare i cardini di una politica europea dell' immigrazione. Il nostro governo dovrebbe attivamente contribuire a questo processo di riforma e, allo stesso tempo, di coordinamento tra paesi perché, essendo paese di frontiera, ne possiamo beneficiare più degli altri. Se lo facesse allontanerebbe anche il sospetto che stia agitando lo spettro degli sbarchi in massa a Lampedusa per raccogliere consensi in vista delle prossime elezioni. – *Tito Boeri, Prima Pagina*

LR 18-02-11 XVIII.

Tra i duemila immigrati prigionieri di Lampedusa Fateci andare via da qui

Nonostante il mare grosso che in questi giorni ha bloccato l' arrivo di imbarcazioni di migranti dal Nord Africa, ieri sera a Lampedusa una barca di circa 10 metri con a bordo 26 maghrebini è arrivata sull' isola dopo essere stata soccorsa da due motovedette della Guardia costiera. È il primo arrivo dopo quattro giorni di tregua. Ed è anche la conferma che dall' altra parte del mare, sulle coste tunisine, ci sono ancora migliaia di disperati pronti a salpare per raggiungere l' Italia. L' isola di Lampedusa continua ad essere invasa da oltre 1.800 tunisini giunti lo scorso fine settimana. Una massa di immigrati che ha messo in crisi il sistema di accoglienza fino a quando il vecchio centro di accoglienza è stato riaperto e sull' isola sono giunti centinaia di poliziotti, carabinieri, finanzieri e marinai. Ieri, mentre la piccola imbarcazione approdava sul molo di Lampedusa, dall' aeroporto decollavano due aerei con circa 180 tunisini diretti nei centri di accoglienza della Puglia. In mattinata con la nave di linea che collega l' isola a Porto Empedocle erano partiti un centinaio tra donne e bambini tunisini. Il sindaco di Lampedusa, Bernardino De Rubeis, ha avuto rassicurazioni dal ministro degli Interni Roberto Maroni che lo ha ricevuto al Viminale: entro dieci giorni gli extracomunitari che si trovano ancora a Lampedusa saranno tutti trasferiti altrove. A Maroni De Rubeis ha suggerito di riaprire la vecchia base Loran che si trova dalla parte opposta al centro dell' isola: la struttura, che sorge su 300mila metri quadrati di terreno, potrebbe ospitare eventuali nuovi arrivi per evitare che, con l' avvicinarsi della stagione estiva, i clandestini possano circolare per le strade di Lampedusa come avviene in questi giorni. Nonostante la calma apparente, sull' isola c' è molta tensione e si teme che da un momento all' altro qualcosa possa mettere in crisi i rapporti tra isolani ed extracomunitari. Al centro di accoglienza la situazione è tranquilla, si sfornano circa quattromila pasti al giorno e il clima quasi primaverile contribuisce a rendere più serena la situazione. Bar e supermercati dell' isola sono affollatissimi di immigrati. Molti alberghi hanno riaperto per ospitare i poliziotti e i

militari che continuano ad arrivare a Lampedusa per tenere sotto controllo la situazione. Non è soltanto Lampedusa ad essere sotto pressione. Anche la procura di Agrigento è intasata dalle centinaia di denunce per immigrazione clandestina e mancata esibizione dei documenti. «Abbiamo già iscritto nel registro degli indagati oltre 300 persone e altre migliaia se ne aggiungeranno nei prossimi giorni - dice il procuratore aggiunto Ignazio Fonzo - Questo comporta un lavoro massacrante per magistrati e forze dell'ordine perché secondo la nuova legge, una volta identificati, i clandestini dovranno tutti comparire davanti ai giudici. Si tratta di migliaia di processi la cui pena massima prevede un'ammenda di 5 mila euro di multa che nessuno di questi disperati pagherà mai». Proprio per questo nei mesi scorsi la procura aveva sollevato questione di legittimità alla Corte Costituzionale che, però, non si è ancora pronunciata. Per il momento, quindi, si vive nel paradosso: i tribunali delle province dove sbarcano gli immigrati sono completamente intasati. Di più. Quando comincerà il processo, gli extracomunitari dovranno lasciare i centri di accoglienza dove nel frattempo saranno stati trasferiti per presentarsi davanti al giudice nel luogo del primo attracco. Nei giorni scorsi sette extracomunitari che alcuni mesi fa erano sbarcati a Pantelleria e che poi erano stati trasferiti in un centro di accoglienza di Milano, sono tornati sull'isola accompagnati dai carabinieri: c'era l'udienza dal giudice di pace. -*Francesco Viviano, Cronaca, pag. 19*

LR 19-02-11 XIX.

Immigrati, stato di emergenza il governo: „Andranno a Mineo”

Il governo Berlusconi ha deciso: saranno ospitati nel "Residence degli aranci" di Mineo, nel Catanese, gli immigrati richiedenti asilo politico che sono arrivati in massa negli ultimi giorni a Lampedusa. Ieri pomeriggio un'ordinanza di protezione civile firmata dal presidente del Consiglio ha stanziato un milione di euro per «l'avvio dei primi interventi» nella struttura che ha ospitato finora le famiglie dei militari americani della base di Sigonella. Con la stessa ordinanza, il prefetto di Palermo, Giuseppe Caruso, viene nominato commissario straordinario per l'emergenza immigrazione.

«La situazione nel Canale di Sicilia presenta il rischio di un ulteriore aggravamento»: l'ordinanza della presidenza del Consiglio parla di «un clima di instabilità politica che interessa gran parte dei Paesi del Nord Africa».

Poi viene sottolineata «l'insufficienza delle attuali strutture destinate all'accoglienza o al trattenimento dei migranti rispetto all'eccezionalità del flusso migratorio registrato negli ultimi giorni», con particolare riferimento a quelle situate in Sicilia, mentre nel centro di accoglienza di Lampedusa ci sono 1.600 persone in attesa di trasferimento. Per far fronte alla situazione, Caruso potrà contare su un contingente di duecento militari delle forze armate e su una task force formata al massimo da dieci persone dell'amministrazione dell'Interno: i militari saranno impiegati per la vigilanza e la sicurezza delle aree nonché delle strutture da destinare alla gestione dell'emergenza. L'impiego del contingente di militari è autorizzato fino al 30 giugno prossimo. È previsto anche il via libera a un'ulteriore spesa di 340 mila euro, che graverà sul bilancio di previsione del ministero delle Infrastrutture, nel capitolo Capitanerie di porto: fra i progetti del governo c'è anche la creazione di un vero e proprio "cimitero" dei barconi utilizzati dai migranti. Per far fronte all'emergenza, potranno essere utilizzati anche i materiali resi disponibili in occasione di vertici internazionali, come il G8 dell'Aquila del 2009. A Lampedusa la situazione sembra tornata tranquilla: negli ultimi cinque giorni non si sono registrati nuovi sbarchi, ad eccezione di quello di giovedì sera. Ventisei tunisini sono arrivati dall'isola di Djerba con una piccola imbarcazione.

Le cattive condizioni meteo, con mare forza 5-6 e forti raffiche di vento, dovrebbero scoraggiare la partenza di altri barconi dalla Tunisia. La pioggia caduta nelle ultime ore ha reso però difficili le condizioni all'interno del centro di accoglienza, che in questo momento ha un numero di presenze doppio rispetto alla capienza di 850 posti letto.

Ieri c'è stato un avvicendamento, nello stretto di Sicilia, fra due navi della Marina militare impegnate nell'attività di vigilanza sulla pesca e di controllo dei flussi migratori: la corvetta "Fenice" è salpata dalla base navale di Augusta per sostituire la nave "Driade".

La "Fenice" ha un equipaggio di 123 militari e affiancherà la corvetta "Chimera", già presente nell'area da giorni. Per la Commissione episcopale per le migrazioni, gli impegni del governo non bastano: «Occorre valutare la possibilità - dicono i vescovi - di un decreto flussi straordinario per offrire regolarmente un lavoro agli immigrati» - *s.n.*, *Palermo*, pag. 5

LR 19-02-11 XX.

Emergenza sbarchi Berlusconi stanziava un milione di euro

L'emergenza dettata dalle migliaia di migranti dal Nord Africa rischia di aggravarsi, in particolare se il regime di Gheddafi in Libia dovesse vacillare. Per questo il presidente del Consiglio Berlusconi ieri ha firmato un' ordinanza di protezione civile, in cui segnala «l' insufficienza delle attuali strutture destinate all' accoglienza» dei nordafricani, «rispetto all' eccezionalità del flusso migratorio». Il governo ha nominato Giuseppe Caruso, prefetto di Palermo, commissario straordinario; e stanziato un milione di euro per «l' avvio dei primi interventi», fra cui la trasformazione del villaggio degli aranci a Mineo (Catania), per ospitare chi chiede asilo. Saranno disponibili anche i materiali usati per i vertici internazionali, come il G8. In più, un contingente di 200 militari vigilerà sulla sicurezza delle aree che ospitano i migranti, affiancato da una squadra di 10 persone dell' amministrazione dell' Interno. Dal canto suo la Commissione episcopale per le migrazioni (Cemi) della Cei propone «un decreto flussi straordinario per offrire regolarmente un lavoro agli immigrati». Questo, tenuto conto dei 200 mila immigrati provenienti da Tunisia, Egitto e Algeria, e residenti in Italia.

- *s.n.*, *Politica Estera*, pag. 17

LR 20-02-11 XXI.

Allarme immigrazione, al via la missione europea

«A partire da domenica 20 febbraio, la missione Frontex sarà ufficialmente dispiegata per aiutare le autorità italiane a gestire i flussi di migranti provenienti dal Nordafrica, e in particolare gli arrivi dalla Tunisia sull' isola di Lampedusa». Così il commissario Ue agli Affari interni, Cecilia Malmstroem, ha annunciato per oggi il lancio della missione dell' Agenzia di controllo delle frontiere europee per aiutare le autorità italiane a far fronte all' emergenza immigrati dal Nordafrica, dopo la recente esplosione delle rivolte arabe e le successive dure accuse del ministro dell' Interno Maroni all' Europa per la sua «immobilità» nel fronteggiare i nuovi flussi migratori: «Il nostro è un chiaro segnale della solidarietà europea all' Italia», ha aggiunto Malmstroem. «L' Europa sta cominciando a comprendere che il problema non è solo lampedusano o siciliano, ma è un tema europeo», è stata la risposta del presidente del Senato Renato Schifani. «Siamo di fronte a un evento straordinario - ha aggiunto -. Sono fiducioso che l'approccio a questo argomento d' ora in avanti sarà multilaterale e non solo da parte del nostro governo». - *s.n.*, *Politica Estera*, pag. 15

LR 21-02-11 XXII.

Stop collaborazione sull'immigrazione se l' Unione europea sostiene i ribelli

«Se l' Unione europea non cesserà di sostenere le rivolte in corso in Libia, Tripoli cesserà ogni cooperazione con la Ue in materia di gestione dei flussi migratori»: è la minaccia del regime di Gheddafi, consegnata all' Ungheria, presidente di turno dell' Unione europea. Se si rompe l' argine libico, decine di migliaia di extracomunitari, che da mesi sono "prigionieri" in Libia dove lavorano come schiavi oppure rinchiusi in centri di accoglienza, sarà un esodo biblico. L' allarme era stato lanciato nei giorni scorsi anche dall' intelligence, e viene amplificato dall' ultima disperata mossa del Raïs per salvare la sua leadership. A rendere nota la minaccia libica è stata l' ambasciata a Tripoli dell' Ungheria. Il portavoce, Gergely Polner, ha rivelato che «l' ambasciatore ungherese in Libia è stato convocato giovedì scorso per una nota di protesta. «Se l' Ue non smetterà di sostenere i manifestanti - è stata la minaccia - la Libia interromperà gli accordi di cooperazione sull' immigrazione illegale». L' Unione Europea respinge quello che chiama

«un vero e proprio ricatto». E chiede al regime di Gheddafi di far cessare tutte le violenze contro i manifestanti. «Noi - ha replicato Catherine Ashton, rappresentante della politica Estera dell' Ue- facciamo solo ciò che è giusto, chiediamo moderazione, ed esortiamo a mettere fine subito alla repressione per dar spazio al dialogo con chi chiede più libertà». La minaccia libica è molto concreta. Da settimane i trafficanti di esseri umani, spesso in società con militari e poliziotti che in cambio di denaro chiudono un occhio per far partire dalle coste libiche migliaia di nigeriani, somali, eritrei e di altri paesi del Corno d' Africa, si starebbero organizzando per far imbarcare migliaia e migliaia di disperati. Il nostro ministro degli Esteri non nasconde l'allarme. «L' Italia - dice Franco Frattini, che ha avuto un colloquio con il segretario di Stato Usa, Hillary Clinton anche su Egitto e Tunisia - sta seguendo molto da vicino tutte le situazioni nel nord Africa, ed è preoccupata per le ripercussioni sui flussi migratori nel Mediterraneo». E a Lampedusa, aumenta la tensione: ieri sono arrivati nell' isola poco meno di un centinaio di extracomunitari con barche partite dalla Tunisia, ma altre carrette cariche di immigrati sono state avvistate ieri sera da un aereo della guardia costiera a circa 15 miglia dall' isola. L' arrivo in porto è previsto in nottata. Intanto, sono giunti sull' isola i primi esperti di Frontex, dopo le richieste di aiuto lanciate da Roma alle istituzioni europee. La missione, chiamata Hermes, prevede l' impiego di mezzi aerei e navali aggiuntivi di Italia e Malta per pattugliare le acque tra l' Africa e Lampedusa. Nei giorni seguenti partirà la seconda fase dell' operazione con l' invio di una ventina di esperti: loro compito sarà quello di accertare la nazionalità dei nordafricani sbarcati sull' isola e di prevenire possibili attività criminali. E giovedì prossimo il tema della massiccia ripresa dei flussi migratori dall' Africa sarà all' ordine del giorno della riunione del Consiglio Giustizia e Affari interni (Gai) dei 27 in programma a Bruxelles. – *Francesco Viviano, Politica Estera, pag. 3*

LR 22-02-11 XXIII.

Immigrazione, l' Europa è preoccupata oggi vertice di governo a Palazzo Chigi

La grande paura è il crollo della diga libica: «Se salta il tappo, l' onda rischia di allagare le nostre coste». I tecnici del Viminale non nascondono la preoccupazione: quanti immigrati potrebbero passare da una breccia in Libia? «Almeno 40mila, come nel 2008». E la situazione «preoccupa» anche la Commissione europea, che è «pronta a mettere a disposizione altri mezzi». Sulla crisi libica - e sugli sbarchi dalla Tunisia che sono ripresi nella giornata di ieri - si tiene oggi un vertice a palazzo Chigi, chiesto dal ministro dell' Interno in vista della riunione di giovedì del Consiglio europeo Giustizia e Affari interni. A preoccupare è soprattutto la tenuta del trattato Italia-Libia, che impegna i due Paesi a collaborare nella «prevenzione dell' immigrazione clandestina». Il trattato ha chiuso temporaneamente una falla, ma ne ha aperte altre: Laurent Jolles, delegato per l' Europa del Sud dell' Unhcr, fa notare che «i flussi si sono spostati dalla Sicilia, che nel 2010 ha registrato un calo del 84,7% degli sbarchi, verso Calabria e Puglia, con aumenti rispettivamente del 174% e del 467%». Un invito alla cautela arriva però da Christopher Hein, direttore del Consiglio italiano per i rifugiati: «In Libia ci sono oltre 20 centri di detenzione e non sappiamo quanti siano i migranti oggi trattenuti, ma una cosa è certa: i libici hanno tutto l' interesse a ingigantire l' allarme sbarchi». - *Vladimiro Polchi, Politica Estera, pag. 6*

LR 23-02-11 XIV.

L' allarme-immigrati del governo Dal Maghreb arrivano in 300 mila

Un vertice d'urgenza a Palazzo Chigi per mettere a punto le misure per fronteggiare la crisi libica. Con Silvio Berlusconi - rientrato solo ieri a Roma e per tutto il pomeriggio impegnato a Palazzo Grazioli sulla giustizia - in serata si riunisce mezzo governo. Oltre a Gianni Letta ci sono Maroni, Frattini, La Russa, Romani, Matteoli, Alfano, Tremonti e Sacconi. Le prime decisioni da prendere sono sul rimpatrio degli italiani ancora bloccati in Libia. Dopo una giornata di esitazioni in serata arriva l' annuncio che verranno fatte salpare verso le acque libiche tre navi della marina, pronte a intervenire per il recupero dei 160 italiani ancora bloccati in varie città teatro degli scontri tra rivoluzionarie

fedelissimi al regime. Ma ci si deve preparare alla probabile ondata di immigrati provenienti da tutta l' Africa che potrebbero riversarsi sulle nostre coste sfruttando l'apertura del corridoio libico. Da Palazzo Chigi vengono fatti filtrare numeri da brivido: potrebbero essere centinaia di migliaia. Si decide di formare un comitato permanente sulla crisi libica del quale faranno parte tutti i ministri presenti al vertice di ieri sera. Oggi Frattini riferisce a Camera e Senato. Un ministro di primo piano presente alla riunione di Palazzo Chigi confessa che «la crisi libica ci ha preso alla sprovvista, non ci aspettavamo che la situazione precipitasse così rapidamente». Uscendo da summit il ministro della Difesa Ignazio La Russa conferma: «Siamo molto preoccupati, lo è anche Berlusconi, la riunione con i ministri è stata elevata ad una sorta di comitato permanente di regia degli interventi, bisogna essere pronti ad ogni sviluppo della situazione che non si presenta tranquillizzante». All' inizio del summit vengono esaminati diversi scenari, compreso il peggiore che mette in conto un esodo biblico: dalla Libia potrebbero arrivare fino a trecentomila immigrati («una stima empirica», la definirà poi La Russa). Sarebbe una vera e propria catastrofe umanitaria con Lampedusa già al collasso per le poche migliaia di tunisini arrivati dopo il crollo del regime di Ben Ali (ieri sull' isola siciliana ne sono sbarcati altri 200). Il rischio è che un vuoto di potere a Tripoli trasformi la Libia in un enorme corridoio verso l' Europa, e l'Italia, nel quale si potrebbero infilare migranti provenienti da tutta l' Africa. Per non parlare dei «due milioni e mezzo» (numero fornito da La Russa) di immigrati già presenti in Libia che potrebbero decidere di scappare dalla violenza. Il Viminale ha avviato una «ricognizione» di tutte le strutture sparse sul territorio italiano in grado di ospitarli. Il ministero della Difesa ha individuato «tre aree militari dismesse con terreni e fabbricati» tutte nel centro-sud. La Russa non ha escluso che «potranno essere impiegati anche militari per la vigilanza delle strutture, come il villaggio di Mineo nel catanese». Individuate le strutture, il problema sarà identificare gli immigrati e decidere cosa farne. Il governo è irritato per il rifiuto della Ue di farsi carico di parte dei profughi, ma chiederà comunque a Bruxelles aiuti finanziari per gestire l' eventuale emergenza. «Non può essere solo un problema italiano, maltese o greco, è un problema europeo per questo la Ue deve intervenire, gestire questa emergenza da soli è inimmaginabile», afferma La Russa. Un altro ministro afferma che «l' Italia potrebbe accettare sanzioni a carico della Libia ma dovrebbero essere accompagnate da un contributo nella gestione della crisi immigrati». Un altro problema da affrontare è come comportarsi nel caso di richiesta di asilo da parte dei libici: concederlo, ragionano alla Farnesina, vorrebbe dire ammettere la legittimità della rivolta e scaricare Gheddafi. Si fanno i piani anche per il pattugliamento di fronte alle acque libiche. Ma anche qui, come nel caso della crisi tunisina, i problemi non sono pochi. Il rimpatrio degli stranieri già sbarcati sulle nostre coste o il respingimento dei barconi in alto mare richiede la presenza di un' autorità statale che si prenda carico degli immigrati. Ma questo potrebbe non essere possibile nel caso di tracollo della Jamahiriya libica. –*Alberto d'Argenio, Politica Interna, pag. 6*

LR 23-02-11 XXV.

I profughi in Germania e Francia ma la Ue chiude la porta a Bossi

I profughi? «Intanto non sono arrivati, e speriamo che non arrivino. Ma se arriveranno li manderemo in Francia e Germania». Così Umberto Bossi commentava ieri il precipitare della crisi libica e l' esodo di rifugiati paventato da Maroni e da Frattini. Il capo della Lega riconosce che quella di Berlusconi, che aveva detto di non aver telefonato prima di ieri a Gheddafi «per non disturbarlo», «è stata una pessima uscita». Quanto alla tragedia libica, Bossi la spiega con il nervosismo di Gheddafi: «La sua mi sembra la reazione di uno che si è spaventato. Ha visto la gente in piazza e invece di star tranquillo ha perso la calma». Secondo il ministro leghista delle Riforme, «l' Occidente ha tollerato ed accettato i dittatori pur di mantenere un equilibrio in quei Paesi. Ora qualcuno pensa che, via loro, arriverà la democrazia. Ma lì non è come nei Paesi dell' Est dove è successo questo. Lì, via i dittatori, arrivano i Fratelli mussulmani...». Sulla questione dei profughi, però, l' ottimismo del leader leghista si scontra con una doccia fredda che arriva da Bruxelles.

ieri, alla riunione dei diplomatici che deve preparare il Consiglio dei ministri degli Interni di domani, è emerso chiaramente che per ora non c'è nessuna disponibilità da parte degli altri Paesi europei ad accogliere i richiedenti asilo sbarcati a Lampedusa. Francia, Germania, Olanda, Malta e Spagna hanno finora messo a disposizione quattro aerei e un paio di elicotteri per la sorveglianza del Canale di Sicilia. Altri Paesi europei hanno fornito una trentina di specialisti per la missione di Frontex, che si occupa dello smistamento dei profughi a Lampedusa. I partner europei sono disponibili a inviare ulteriori mezzi e personale, se l'Italia dovesse farne richiesta e se la situazione dovesse aggravarsi. Ma per il momento non intendono prendere impegni sulla distribuzione dei rifugiati. Il ragionamento fatto dalla Francia e dalla Germania, dove Bossi vorrebbe spedire i profughi approdati a Lampedusa, è che l'obbligo di ospitare i rifugiati si applica solo a quanti hanno effettivamente diritto di asilo. Tutti gli altri, che sono la stragrande maggioranza, sono immigrati clandestini e devono essere rimandati nei Paesi di provenienza, eventualmente anche con l'aiuto e l'appoggio degli altri Paesi della Ue. Per quanto riguarda i richiedenti asilo, non esiste a livello europeo nessun obbligo di «burden sharing», cioè di ripartizione dell'onere. Tedeschi e austriaci ricordano di essere stati lasciati soli davanti all'invasione dei trecentomila rifugiati in fuga dalle guerre balcaniche. E i diplomatici dei Paesi del Nord Europa fanno osservare che l'Italia, nell'ultimo anno, è stata tra i Paesi che ha ricevuto il minor numero di richieste di asilo: 30 richiedenti per milione di abitanti, contro i 610 del Belgio, i 915 della Svezia, i 720 di Cipro, i 370 del Lussemburgo e dell'Austria e una media europea di 130. Un Paese di sessanta milioni di abitanti, secondo quanto hanno dichiarato i diplomatici comunitari a Bruxelles, deve poter far fronte a qualche migliaia di richiedenti asilo. Naturalmente, se la situazione dovesse degenerare e la paventata invasione di profughi diventasse realtà, l'Europa sarebbe probabilmente costretta a rivedere questa posizione di chiusura. Anche sulla questione se riconoscere ai profughi dal Nord Africa la clausola di protezione temporanea, nessuna decisione a livello comunitario è stata presa «perché tali arrivi non si sono ancora verificati», ha spiegato il portavoce della commissaria Malmstrom, responsabile europea per gli Affari Interni. – *Andrea Bonanni, Politica Interna, pag. 10*

LR 24-02-11 XXVI.

Profughi, gli alleati frenano Maroni "non possono stare tutti"

Il centrodestra siciliano avverte il governo: «Il problema degli immigrati non può essere fronteggiato solo dall'Isola».

Davanti ai numeri da tregenda circolati in questi giorni e confermati dal ministro La Russa («Dal Maghreb in arrivo trecentomila profughi»), cadono le logiche di appartenenza politica. Nessuna critica diretta al ministro Maroni ma un no netto all'idea che la Sicilia possa divenire il terminale dell'enorme flusso migratorio dal Nord Africa. Il presidente dell'Ars, Francesco Cascio (Pdl), ha cercato a lungo, ieri pomeriggio, Maroni: «Vogliamo invitarlo alla seduta straordinaria dell'Assemblea che si svolgerà lunedì o martedì. È evidente che quello dell'immigrazione è un problema italiano ed europeo, non può riguardare la Sicilia solo perché è la regione più vicina all'Africa. E questo senza nulla togliere all'ipotesi di accogliere i rifugiati a Mineo, verso la quale non comprendo le proteste del territorio». La maggioranza composta dal Pd e dal Terzo polo ieri l'altro ha approvato un documento in cui si condanna l'ipotesi che la Sicilia diventi «un mega centro d'accoglienza». Cascio dice che «è auspicabile una posizione comune dell'Ars sul tema immigrazione: a patto che non venga proposto al Pdl e all'opposizione una sfiducia al governo nazionale». Carlo Vizzini, presidente della commissione Affari costituzionali del Senato, dice che «davanti a quello che potrebbe essere un esodo biblico la risposta deve essere unitaria, dell'Europa prima ancora che dell'Italia. È chiaro che la Sicilia non va lasciata sola, che una soluzione possibile al problema debba essere spalmata anche nel resto del Paese. Non credo che Maroni - dice Vizzini - voglia tenere lontani i clandestini dal Nord per ragioni di partito. Da condannare è invece il comportamento dei governatori schierati a difesa del proprio territorio. Ripeto, il problema è di tutti». E anche

Saverio Romano, segretario del Pid, eleva l'asticella: «Guai a lasciare la Sicilia sola ad affrontare questa battaglia. A intervenire deve essere soprattutto l'Europa». Dichiarazioni rilasciate nel giorno in cui Raffaele Lombardo, in attesa di una trattativa con il governo nazionale, ribadisce la sua posizione: «Ci sono altre regioni in cui l'integrazione è più semplice. Se arrivassero 300 mila persone non basterebbero né il campo di Mineo né la tendopoli di Porto Empedocle». È Mineo il simbolo della risposta italiana all'emergenza. Davanti al residence degli Aranci, il villaggio scelto per accogliere gli immigrati, si svolgerà domani una seduta del consiglio comunale aperta ad altri sindaci della zona. Il primo cittadino di Mineo, Giuseppe Castania, si dice soddisfatto dell'incontro avuto al Viminale: «Ho assolto ai compiti che mi erano stati assegnati: il governo è stato indotto a una pausa di riflessione e ora sappiamo che in ogni caso i richiedenti asilo non saranno più di duemila, protetti da un cordone sanitario, e potrebbero esserci anche ricadute positive per il territorio. Sta a noi decidere se governare questo processo o respingerlo». Quali ricadute positive? «Maroni - spiega Castania - ha parlato di "molte risorse" per attività di formazione professionale da svolgere dentro il villaggio, affidate ovviamente ai nostri concittadini». Ma il fronte dei 15 sindaci della Piana di Catania sembra già dividersi. Francesco Pignataro (Caltagirone, Pd) continua ad affermare «forte contrarietà al progetto Mineo». «Non possiamo svendere il nostro territorio», dice. In risposta anche a Lombardo che aveva chiesto «risarcimenti» in cambio dell'accoglienza degli immigrati.

- Emanuele Lauria, Palermo, pag. 2

LR 24-02-11 XXVII.

Palazzo Chigi e l'onda degli immigrati

È la primavera del 2009. Allora come oggi il Canale di Sicilia è in pieno allarme immigrati. Affondano i barconi, Lampedusa è al collasso e la comunità internazionale guarda con preoccupazione all'Italia di Bossi e Berlusconi, quella della linea dura contro i clandestini.

Che nell'incapacità di gestire la crisi mette in scena il grande bluff. Da un lato il Cavaliere e gli alleati leghisti montano una campagna mediatica contro gli immigrati, incolpati di mettere a repentaglio la sicurezza nazionale. Dall'altro puntano il dito contro i migranti che arrivano via mare sulle coste dell'Italia meridionale. Ma è tutta una messa in scena - scrivono dall'ambasciata Usa di Roma al dipartimento di Stato di Washington - perché i boat people costituiscono una parte minima degli irregolari che arrivano in Italia, perché il tasso di criminalità è in discesa e perché la sbandierata linea dura del governo Berlusconi fa acqua da tutte le parti. Dunque una messa in scena per nascondere una fragilità del sistema che nei prossimi giorni - se l'atteso allarme immigrazione dovesse concretizzarsi - potrebbe drammaticamente venire a galla. E per giustificare quel Trattato di amicizia con la Libia di Gheddafi tanto criticato anche per l'assenza di garanzie sui diritti umani nel capitolo immigrazione-respingimenti. Due anni fa, mentre l'Italia vive un altro allarme immigrati, l'ambasciata di Via Veneto si mobilita. Contatta decine di funzionari ed esperti, batte la Penisola per farsi un'idea della situazione. Quindi compila un dossier di 30 pagine diviso in tre capitoli che si spinge al di là degli slogan del governo Berlusconi. Viene classificato e spedito a Washington con un cablogramma poi ottenuto da WikiLeaks e che L'Espresso pubblica in esclusiva italiana, con l'anticipazione di Repubblica. L'autore del file segreto è il numero due dell'ambasciata Usa Elizabeth L. Dibble, la diplomatica che Berlusconi dopo le prime rivelazioni di WikiLeaks ha definito «una funzionaria di terzo grado» ma che in realtà oggi è alla guida la sezione European and Eurasian Affairs del Dipartimento di Stato. Il passaggio chiave del suo cable parla chiaro: «Benché i funzionari del ministero degli Interni abbiano detto all'ambasciata di credere che vi sia una bassa minaccia terroristica legata all'immigrazione irregolare e benché le statistiche del governo rivelino un calo della criminalità complessiva in tutte le principali città italiane, il primo ministro Berlusconi, il ministro degli Interni Maroni, funzionari di alto grado e la stampa italiana (la maggioranza della quale è soggetta al controllo di Berlusconi) pubblicizzano di continuo in modo esagerato e fuorviante il rapporto tra criminalità, terrorismo e immigrazione irregolare». Un atteggiamento che

spinge la diplomazia Usa a parlare di «una sensazione di pericolo» instillata nell'opinione pubblica che crea un allarme «xenofobia» tra la popolazione e per «i provvedimenti ispirati dalla Lega, come il censimento dei rom» e le altre norme antiimmigrati scritte dal governo di centrodestra. Una campagna che gli Usa stigmatizzano. I dati che Dibble ottiene dai ministeri interessati dimostrano che «la drammatica piaga dei boat people nasconde il fatto che essi costituiscono meno del 15% degli arrivi complessivi dei migranti irregolari».

Insomma, un numero consistente ma non in grado di giustificare gli allarmismi del governo, evidentemente preoccupato di nascondere altro. Ovvero che, scrive ancora la Dibble, «la maggior parte degli irregolari presenti in Italia arriva via terra, via aerea o via mare». Ma in nave, non sui barconi dei disperati. Il capo della Polizia di frontiera ha raccontato ai diplomatici a stelle e strisce che «il 57% degli immigrati che entrano in Italia con un visto si trattiene oltre la sua scadenza. La maggior parte arriva via terra dai confini del Nordest, ma anche via mare nei porti». Un altro alto funzionario della Polizia ha affermato «che la polizia alle frontiere conduce controlli solo sporadici e casuali su chi non arriva dall'Ue».

Vengono da Marocco, Albania, Cina, Ucraina e Filippine. Entrano in Italia «con visti turistici» e poi «si trattengono oltre la loro scadenza incoraggiati dai permeabili confini italiana e dalle procedure di regolarizzazione dell'immigrazione clandestina più volte attuate». Insomma, è il sistema che andrebbe raddrizzato, ma per farlo ci vorrebbe una politica sull'immigrazione a trecentosessanta gradi.

E ci vorrebbero anche soldi e strutture adeguate. Benché si sia avviata una massiccia campagna di espulsione, testimonia la diplomazia Usa, «la maggior parte dei provvedimenti non è eseguita a causa di mancanza di risorse: l'Italia ha meno di tremila posti letto disponibili per la loro detenzione» e quindi i clandestini non possono essere controllati: «Su 70.645 immigrati illegali rintracciati, solamente 24.234 sono stati realmente rimpatriati», nota la diplomazia americana. C'è poi il problema degli immigrati che arrivano dai Paesi Ue dell'Europa dell'est, che sono in grado di spostarsi liberamente entro i confini dell'Unione. Insomma, riassume la Dibble e con un giudizio che non lascia dubbi, «una energica attività diplomatica, nuovi e più severi accordi bilaterali di rimpatrio con i paesi d'origine un periodo prolungato di detenzione degli immigrati irregolari e una rigida legge sulla sicurezza hanno fallito e non sono riusciti a fermare i flussi dell'immigrazione clandestina».

Allora come oggi, uno dei capri espiatori individuati dal governo di fronte al proprio fallimento diventa l'Unione europea. «Frustrate dall'incessante flusso dei migranti verso l'Italia e attraverso di essa, le autorità del governo si sono lamentate in via riservata della complicità della Libia nel traffico di rifugiati e per il mancato aiuto da parte dell'Ue per fare di più nell'aiutare i paesi dell'area meridionale.

Hanno dunque organizzato un'aggressiva campagna diplomatica insieme agli altri stati coinvolti per ottenere la cooperazione necessaria». Ma il governo Berlusconi evidentemente non ha avuto il peso necessario per far accettare agli altri capi di Stato e di governo dell'Unione una ripartizione degli oneri e dei costi sui flussi migratori.

- *Alberto d'Argenio, Politica Interna, pag. 11*

LR 25-02-11 XXVIII.

Profughi libici, mille arrivi in città

Mille posti letto per i disperati in fuga dalla Libia. Roma si prepara a ricevere la massa di profughi che sta per lasciare le coste libiche dopo la guerra civile, ma anche la Tunisia e l'Egitto, dove l'onda della rivolta è già passata. Il prefetto Giuseppe Pecoraro ha verificato la disponibilità di mille posti presso associazioni cattoliche e laiche, per attivare i quali la capitale chiederà contributi finanziari dall'Europa. Se l'emergenza dovesse prolungarsi la prefettura dovrebbe battere cassa al Viminale per sostenere l'immane sforzo finanziario. Coinvolto anche l'ufficio immigrazione del vicequestore Maurizio Improta. -*Massimo Lugli, Roma, pag. 1*

LR 26-02-11 XXIX.

Profughi, Napolitano frena il governo Niente allarmismi sugli sbarchi

L' emergenza c' è. Ma, avverte Giorgio Napolitano, «lo sbarco immigrati dalla Libia va affrontato senza allarmismi, senza vittimismo». Alla fine di due giorni di visita di Stato in Germania, il Presidente della Repubblica lancia il suo appello a valutare «freddamente» il dramma-Libia. «Il problema non è solo dell' Italia, è un problema dell' Europa intera. Solo così, e solo con una politica comune che regoli la questione dell'asilo, il problema può essere affrontato». Una visita che, nel suo giorno, è stata «turbata» da un incidente scoppiato dopo l' intervista del ministro degli Esteri Frattini al Financial Times. Secondo l' edizione tedesca del quotidiano il nostro ministro si sarebbe detto disponibile «ad un nuovo governo guidato da Gheddafi o da uno dei suoi figli». Affermando anche che va valutata con molta prudenza l' uscita di scena del raïs. Parole che il ministro Frattini ha poi seccamente smentito, affermando che il quotidiano aveva completamente travisato il suo pensiero, forse anche a causa di una cattiva «comunicazione» con l' intervistatore («a tutti i costi il giornalista tedesco - ha detto Frattini - ha voluto far l' intervista in italiano, e questo è il risultato»). Frattini ha chiarito l' incidente anche con Napolitano. Il ministro ha detto di riconoscersi pienamente nella linea esposta dal Presidente Napolitano, e in particolare sulla questione delle sanzioni contro Gheddafi affrontata già dal Capo dello Stato con il presidente tedesco Wulff. Napolitano, infatti, ha chiaramente spiegato che l' Italia è pronta, eventualmente, a dire di sì a provvedimenti «restrittivi», «l' Italia non ha mai posto veti o rifiutato l' ipotesi di sanzioni» ha detto. Napolitano invece non ha nascosto un certo fastidio per alcune ricostruzioni giornalistiche dei suoi colloqui in Germania, prima con la Merkel e poi appunto con il presidente Wulff. «Quando ho letto qualche commento che fa riferimento ad un mio appello caduto nel vuoto, ad una porta trovata chiusa - ha detto il Capo dello Stato - non capisco da cosa si desuma». Insomma, contrariamente ad alcune «letture» degli incontri, Napolitano spiega di aver trovato piena accoglienza a Berlino rispetto all' ipotesi di coinvolgere l' Europa intera nell' emergenza Libia, e di non lasciare il compito ai paesi logisticamente più esposti, come appunto l' Italia. «Noi abbiamo la grossa questione di garantire la sicurezza degli italiani e degli stranieri residenti in Libia, come evacuarli in caso di necessità - ha sempre spiegato Napolitano - e come ottenere la cessazione di violenze inaccettabili». Ma, ha insistito, attenzione a farsi prendere dal panico per l' emergenza sbarchi. «Bisogna tenere certo alta la guardia, ma niente vittimismo». Da Roma si è sentito chiamato in causa il ministro Maroni che ha lanciato il suo allarme per l' Europa che non starebbe collaborando con l' Italia a fermare quella che può essere, a giudizio del ministro degli Interni, una catastrofe umanitaria. «L' agenzia Frontex parla di un milione e mezzo di profughi e io naturalmente mi preoccupo, non voglio fare però l' allarmista». - *dal nostro inviato Umberto Rosso, Politica Estera, pag. 11*

Artikel „Il Giornale”

IG 11-02-11 I.

Profughi tunisini in Sicilia. E si teme l'ondata egiziana

È l'onda lunga delle rivolte del Maghreb. All'inizio era la Tunisia. È da gennaio che gli uomini della guardia costiera vigilano senza sosta. I clandestini arrivano da sud. La fuga degli immigrati è l'altro lato della rivoluzione. Si scappa dalla terra d'origine, si approfitta del caos. L'Italia è lì, appena 150 chilometri e ci sei. Lampedusa, Agrigento, Marsala, Pantelleria. Basta allungare la mano. E allora i barconi in fila pronti per salpare per l'Italia aumentano. A gennaio fuggivano dalla Tunisia in fiamme, Ben Alì era appena scappato con la moglie e i chili di oro caricati sull'aereo. Loro erano diretti a Dubai. I disperati invece approdano sulle coste siciliane. Da gennaio a oggi il flusso non si è interrotto. Ieri un barcone con oltre 113 immigrati è stato intercettato da due motovedette della Guardia Costiera a circa 15 miglia a sud di Lampedusa. L'imbarcazione è stata scortata verso il porto dell'isola, dove in giornata erano già approdati altri 182 extracomunitari in tre sbarchi consecutivi. Ma quello che preoccupa davvero sono le segnalazioni continue di altre «carrette» in arrivo, con centinaia di migranti a bordo. Tra mercoledì notte e giovedì a Lampedusa sono sbarcati 221 magrebini che si sono aggiunti ai 208 clandestini già arrivati a Lampedusa tra martedì e mercoledì. Si è riaperta «l'autostrada del mare» nel Canale di Sicilia. A solcarla sono stati decine di barconi di migranti verso le coste siciliane. E per fronteggiare la nuova emergenza il ministro degli Esteri, Franco Frattini, invoca un «Piano Marshall dell'Europa per il Mediterraneo». Ma ora è il Cairo a far paura. L'Egitto non è la Tunisia. Lo dicono i numeri, 80 milioni di egiziani: lo Stato più popoloso del Medio Oriente, contro i 10 milioni di tunisini. E lo scenario da golpe che si è aperto nel Paese non fa certo ben sperare. Si scappa dall'Egitto sconvolti anche dall'incertezza politica. L'esodo, questa volta rischia di essere molto più che un'emergenza. E viene subito in mente l'Albania degli anni Novanta. Gli sbarchi in massa sono iniziati proprio da lì. In questo momento di transizione chi può approfittare del caos per defilarsi, per fuggire. A far tremare è anche l'economia: l'ombra della crisi, della povertà, della fame. I ricavi per il canale di Suez sono calati dell'1,6 per cento dal mese di dicembre. E la banca centrale egiziana ha immesso sul mercato «una grossa somma in dollari » per bloccare la speculazione. La paura dell'esodo non è solo italiana. La Francia guarda atterrita verso il Maghreb. C'è il timore delle autorità per l'inasprirsi dei flussi verso l'Europa. Sono migliaia gli immigrati che potrebbero arrivare, e l'effetto domino non è ancora risolto. In Sicilia intanto cresce il malcontento, il ministro Maroni ha ribadito che il centro d'accoglienza per immigrati a Lampedusa resterà chiuso, ma l'assalto all'isola è iniziato. - *Manila Alfano, Esteri, pag. 12*

IG 12-02-11 II.

Fuga verso l'Italia: in 48 ore sbarcano in duemila. Maroni e Frattini chiedono riunione urgente all'Ue

«Come temevo la grande crisi sociale e politica, del Maghreb, in particolare Tunisia ed Egitto, sta portando una fuga di massa dalla Tunisia verso l'Italia. C'è il rischio di una vera e propria emergenza umanitaria –ha proseguito Maroni - perché stanno arrivando centinaia di persone sulle coste italiane, in fuga da quei Paesi». Roberto Maroni lancia all'allarme immigrazione: la latitanza delle istituzioni in Tunisia gioca a favore dei mercanti internazionali di uomini e il caos in Egitto rischia di dare il via a una nuova ondata migratoria a diretta verso il nostro Paese. Maroni ha firmato ieri, insieme con il collega degli Esteri Franco Frattini, la lettera con la quale si chiede alla presidenza dell'Unione Europea la convocazione urgente di una riunione a livello politico del Consiglio Giustizia e affari Interni Ue per affrontare l'emergenza immigrazione alla luce

degli eventi in Tunisia e nel Mediterraneo. Gli sbarchi a Lampedusa sono in aumento, denuncia il ministro degli Interni: l'isola delle Pelagie in questi giorni ritorna a essere il punto d'arrivo per i disperati che a bordo di vecchi barconi partono dalle coste del Nord Africa per raggiungere l'Italia. I Numeri parlano di due mila nuovi arrivi solo nelle ultime 48 ore, via mare, a Lampedusa, quasi tutti in arrivo dalla Tunisia. Maroni ha sottolineato il rischio che a Lampedusa sbarchino anche terroristi e criminali evasi dalle carceri tunisine nelle scorse settimane. A Lampedusa, dopo la chiusura del Centro di accoglienza, gli immigrati clandestini vengo trasferiti in altre strutture di accoglienza. Se gli arrivi aumenteranno si potrebbe porre la questione della riapertura del centro, che contava oltre mille posti. – s.n., *Esteri*, pag. 14

IG 13-02-11 III.

Sbarchi senza sosta E il governo decreta lo stato di emergenza

In 4 giorni 4mila immigrati a Lampedusa. Un barcone affonda al largo della Tunisia

È ormai emergenza umanitaria a Lampedusa dove sono proseguiti senza sosta per l'intera giornata gli arrivi di barconi dalla Tunisia carichi di profughi. Le carrette del mare continuano a partire dalle coste africane e altre dieci imbarcazioni hanno toccato le coste dell'isola per un numero complessivo di quattromila sbarchi in quattro giorni. In mare, al largo dell'isola stazionano una nave della Marina Militare e un pattugliatore della Guardia Costiera, mentre sono diversi i velivoli, delle Capitanerie di Porto e della Guardia di Finanza, che perlustrano continuamente il tratto di mare tra le coste africane e la Sicilia. Il pericolo di incidenti resta altissimo. Un barcone sovraccarico di migranti si è spezzato in due ed è affondato nelle acque antistanti la città di Girgis: nell'incidente un giovane è morto, uno è disperso e 10 persone sono state tratte in salvo. L'enorme flusso di clandestini dalla Tunisia verso l'Italia è dovuto, in particolare per quanto riguarda il porto di Zarzis, alla pressoché assoluta mancanza di vigilanza negli scali marittimi. Nella città si sono riversate migliaia di persone e il mercato dei «posti barca» è fiorente e si svolge in assoluta tranquillità. Nonostante la nuova ondata di sbarchi a Lampedusa, il Centro di permanenza temporanea dell'isola resta chiuso. Sarà il comitato per l'ordine e la sicurezza convocato per giovedì al Viminale a decidere sulla riapertura del centro, mentre il ministro Maroni ha deciso di nominare commissario straordinario per l'emergenza immigrazione il prefetto di Palermo Giuseppe Caruso. Per il momento gli immigrati vengono sistemati in strutture provvisori e come i locali della riserva naturale dell'Isola dei Conigli o la Casa della fratellanza messa a disposizione del parroco dell'isola. Per consentire il trasferimento dei migranti continua il ponte aereo verso i Cpt italiani e anche il traghetto di linea della Siremar resta attivo. Inoltre da oggi sarà realizzata e gestita dalla Croce Rossa Italiana, una tendopoli nel comune di Rosolini, in provincia di Siracusa, per accogliere i migranti tunisini. Nel frattempo è scattata la prima contromossa dell'esecutivo. Un Consiglio dei ministri straordinario convocato ieri mattina ha infatti decretato lo «stato di emergenza umanitaria». Tale delibera consentirà l'immediata adozione, con ordinanza di Protezione civile, delle misure necessarie per controllare il fenomeno e assistere i cittadini in fuga dai Paesi nordafricani ». L'Italia ha anche ufficialmente sollecitato l'Unione Europea sull'emergenza immigrati. «Ci siamo attivati con la Ue- dice il ministro del Welfare, Maurizio Sacconi- che mi sembra abbia finora proceduto lento pede». Mentre il capo del Dipartimento della Protezione civile, Franco Gabrielli, ha convocato l'unità di crisi per fare il punto della situazione e trovare le soluzioni più idonee ad affrontare l'emergenza, in stretto contatto con Palazzo Chigi. Sul fronte europeo, per ora, ci si limita a monitorare e a osservare gli eventi. La Commissione Ue «sta seguendo da molto vicino» l'emergenza dice Michele Cercone, portavoce della commissaria agli affari interni, Cecilia Malmstroem. Nella missiva inviata venerdì dai nostri ministri degli Esteri e degli Interni si chiede una convocazione urgente del Consiglio dei ministri europei degli affari interni e l'intervento immediato di Frontex (l'Agenzia europea per la gestione delle frontiere esterne) per le attività di pattugliamento e intercettazione nell'area al largo delle coste della Tunisia. La presidenza Ue ha fatto sapere che le richieste italiane saranno vagliate mercoledì nel corso della riunione dei 27

ambasciatori presso la Ue. L'obiettivo è quello di inserire l'emergenza immigrazione nell'agenda del Consiglio Giustizia e affari interni del 23e 24 febbraio. Si muove anche il Partito popolare europeo che, con il presidente del gruppo Joseph Daul e il capodelegazione Pdl al Parlamento europeo, Mario Mauro, fa risuonare il suo grido d'allarme. «Se non si agisce subito il rischio di una crisi umanitaria è alto» dice Daul. «L'Europa deve sviluppare una politica comune di immigrazione. Quello che succede in Italia, altrimenti, succederà anche in altri Paesi». - *Fabrizio de Feo, Esteri, pag. 12*

IG 14-02-11 IV.

«È un esodo biblico» Maroni all'attacco: l'Europa ci lascia soli

Il ministro: «Potrebbero arrivare a decine di migliaia» Lampedusa al collasso. Da Bruxelles per ora solo parole

«Un esodo biblico come non si era mai visto, potrebbero arrivare decine di migliaia di persone e l'Europa sta zitta ». Il ministro dell'Interno, Roberto Maroni, lancia un pesante j'accuse a Bruxelles che di fronte all'emergenza umanitaria appare impastoiata nella burocrazia, incapace di rispondere in modo rapido e di fare scelte risolutive. Intanto un mare celeste e piatto come una tavola continua a traghettare migliaia di disperati che si riversano lungo le striminzite coste di Lampedusa. Ora dopo ora, in arrestabilmente. E la piccola isola ancora una volta paga da sola le prevedibili conseguenze di una crisi internazionale. Inevitabile dunque la riapertura del centro di identificazione in grado di accogliere quasi 2.000 persone. Troppo poche di fronte ad un'ondata destinata a crescere. «È uno scenario apocalittico sbotta il ministro dell'Interno, Roberto Maroni -. Il Maghreb esplode, l'Europa sta a guardare e ancora una volta siamo soli a fronteggiare una drammatica emergenza umanitaria». Maroni avverte: la situazione rischia di divenire incontrollabile, ci sono stati quattromila sbarchi in quattro giorni e tutti gli accordi con i paesi di provenienza sono saltati perché non ci sono interlocutori. «Se in Tunisia non accadrà qualcosa di nuovo, se il governo non riprenderà io temo che sarà difficile prevedere la fine di questo esodo: potrebbero arrivare decine di migliaia di persone - prosegue il ministro -. Noi ci siamo attivati subito mentre l'Europa sta zitta». Che cosa sta facendo il governo? Intanto oggi il ministro degli Esteri, Franco Frattini, incontrerà il primo ministro Mohammed Ghannouchi a Tunisi. Frattini ha parlato della sua missione, che lo porterà in Siria e Giordania, anche con il segretario di Stato americano, Hillary Clinton, che si è detta molto preoccupata per il fenomeno migratorio che sta interessando il Nordafrica. Per fronteggiare l'emergenza Maroni pensa di inviare forze italiane sul posto, carabinieri e polizia, per cooperare con le forze locali e bloccare le partenze. Ma dalle autorità tunisine è arrivata una risposta negativa al piano del nostro governo. Comunque ,è stato anticipato a oggi il Comitato nazionale per l'ordine e la sicurezza pubblica poiché è saltato il previsto incontro tra Maroni e il ministro degli Esteri tunisino che ieri si è dimesso. Due le preoccupazioni del ministro: fronteggiare l'emergenza umanitaria, bloccare criminali e terroristi infiltrati tra i profughi. Il rischio è altissimo visto che sono evasi in migliaia dalle carceri prive di sorveglianza. «Per capire chi viene per ragioni umanitarie e chi invece scappa di galera o Viene a fare danni occorre tempo - dice Maroni - Le persone in fuga da un paese allo sbando hanno diritto alla protezione internazionale, non possiamo rimandarle indietro ».E intanto il prefetto di Palermo, Giuseppe Caruso, nominato commissario straordinario per l'emergenza, annuncia la possibilità che nei prossimi giorni vengano aperte delle tendopoli sul territorio siciliano con il supporto della Protezione civile. E l'Europa? Ancora una volta fatica a trovare una risposta comune, un coordinamento fra stati. Di fronte alle accuse di Maroni il portavoce della commissaria Ue agli Affari interni Cecilia Malmstrom fa sapere di aver «già» attivato l'agenzia Frontex, ovvero l'agenzia europea per la gestione delle frontiere esterne. Il che tradotto in termini pratici significa che al momento non si fa nulla e che dovrà essere presa una decisione politica. Quando? Il portavoce della Malmstrom spiega che la commissaria «è favorevole ad una discussione sulla situazione italiana nell'ambito del Consiglio dei ministri degli affari interni della Ue in programma il prossimo 24 febbraio ».Insomma la Ue è disponibile a prendere in considerazione

l'emergenza tra dieci giorni, ovvero quando Lampedusa potrebbe essere già affondata sotto il peso dei profughi. - *Francesca Angeli, Esteri, pag. 13*

IG 15-02-11 V.

Maroni: 200 soldati in Sicilia. E oggi arriva Berlusconi

Pronti i militari per presidiare le strutture d'accoglienza. Scontro tra il ministro dell'Interno e Bruxelles. E il premier chiede un Consiglio europeo straordinario

Il ministro dell'Interno Roberto Maroni ed il premier, Silvio Berlusconi, voleranno oggi in Sicilia, nel catanese, per visionare le strutture che dovranno accogliere i rifugiati nordafricani ammassati da giorni a Lampedusa. Mentre si fanno sempre più aspri i toni dello scontro fra il governo italiano e Bruxelles, accusata da Maroni di aver lasciata sola l'Italia di fronte ad una crisi internazionale, il Viminale mette a punto la strategia per fronteggiare quello che ha definito un vero e proprio esodo biblico dal Maghreb. Strategia che prevede anche l'invio di almeno 200 militari per il controllo delle strutture che accoglieranno gli immigrati. Berlusconi ha telefonato al presidente Herman Van Rompuy chiedendogli di convocare in tempi brevi il Consiglio europeo dei Capi di Stato. «È un'emergenza che riguarda l'Europa», ha detto il premier e Van Rompuy si è detto d'accordo. Una giornata caldissima quella di ieri scandita da uno scambio, indiretto, di battute tutt'altro che diplomatiche tra Maroni e il commissario Ue agli Affari Interni, Cecilia Malmstrom. Durissimo Maroni. «Siamo di fronte ad un nuovo '89, è come il crollo del muro di Berlino- attacca il ministro- Chiediamo da tempo che l'Europa si faccia carico di una situazione esplosiva che stiamo fronteggiando da soli perchè non abbiamo ancora avuto risposte». Accuse di fronte alle quali la Malmstrom cade dalle nuvole, ribattendo che l'aiuto era stato offerto ma sarebbe stato rifiutato dal governo italiano e anche con malagrazia. Da sottolineare che l'aiuto offerto da Bruxelles consiste nell'attivazione di Frontex, l'Agenzia per la gestione delle frontiere esterne Ue che ha sede a Varsavia e solitamente la velocità di reazione di un bradipo, perché prima di agire deve passare attraverso complicate procedure burocratiche. Non a caso da tempo alcuni paesi, fra cui l'Italia, hanno chiesto di rafforzarla e renderla più agile ed operativa. Nel frattempo, segnala il Viminale, da metà gennaio a Lampedusa sono sbarcati 5.278 immigrati. Comunque, visto che Bruxelles ha offerto la propria disponibilità alla collaborazione e oggi si discuterà la questione nella seduta plenaria dell'Europarlamento, il ministro Maroni ha messo nero su bianco una serie di richieste inviate per lettera alla Commissione europea: 100 milioni di euro per l'emergenza; un nuovo ruolo più operativo per Frontex; un sistema unico di asilo entro il 2012. Maroni poi smorza i toni e specifica che le sue accuse non sono mai state dirette alla persona della Malmstrom «l'unica che si sia data da fare ». La critica del Viminale è rivolta «all'istituzione Ue nel suo insieme perchè fino ad ora non ha detto una parola forte». Insomma, prosegue Maroni, la crisi del nordafrica ha aperto uno scenario di crisi dalle proporzioni ancora non valutabili. «Siamo di fronte ad un grande fenomeno sociale dalle conseguenze imprevedibili di fronte al quale l'Europa deve far sentire la sua voce -insiste Maroni- La questione non può essere risolta con i respingimenti. E non soltanto perchè non esiste un accordo di collaborazione con il paese d'origine, la Tunisia. Non c'entra il racket è un fenomeno diverso. E resta alto il rischio di infiltrazioni criminali e terroristiche». – *Francesca Angeli, Interni, pag. 8*

IG 15-02-11 VI.

Ci lasciano soli contro i clandestini

L'Europa snobba l'ondata di immigrati africani. È ora che l'Italia si difenda con le sue leggi

Quale lingua adoperano quando parlano fra loro la Commissaria Ue Cecilia Malmstrom e il ministro Maroni? Fra le 27 lingue riconosciute nell'Unione europea c'è una grande scelta, ma evidentemente il nostro ministro non riesce a farsi comprendere visto che la signora Malmstrom afferma una cosa del tutto incredibile: che l'Italia ha rifiutato l'aiuto offertole per far fronte all'ondata immigratoria. Suvvia, gentile signora! L'Italia ha

sicuramente chiesto almeno quello. Contro gli sbarchi difendiamoci da soli. L'Italia deve ripristinare confini e dogane: tutelare la vita e i beni dei suoi cittadini è il primo dovere (...) tenuta a fare subito senza alcuna richiesta visto che i confini dell'Italia sono anche i confini dell'Unione. Ma si tratta con tutta evidenza di un'Europa che esiste soltanto sulla carta e nei trattati; e fa quasi ridere il viaggio in Africa del vaporoso «ministro degli esteri» dell'Ue, debole rappresentante di uno Stato che non esiste e che per giunta, essendo donna, è la persona meno adatta a farsi prendere sul serio da un governante musulmano che non le tocca la mano per non contaminarsi e che la considera in base al Corano «di un grado inferiore». Detto questo, però, veniamo alla realtà, una realtà gravissima e che dobbiamo affrontare senza illusioni. Il progetto di inclusione nell'Europa dei cosiddetti «Paesi mediterranei» è saltato prima ancora che si fosse cominciato a realizzarlo perché era, come tutti i progetti dell'Unione, un sogno di potenza fatto sulla carta, in omaggio a quella geopolitica che ha dimostrato, fino dai tempi di Hitler, di condurre soltanto al fallimento. Alla geopolitica, e di conseguenza ai progetti dell'Unione europea, mancano i popoli. Che siano Paesi «bagnati dal Mediterraneo» non cambia nulla al fatto che i popoli non ci somigliano per niente perché sono africani, musulmani, organizzati in forma tribale, sempre in guerra tanto fra loro quanto con i propri pseudo governi. L'Italia deve quindi per prima cosa abbandonare l'atteggiamento inclusivo e protettivo dell'Ue e ripristinare immediatamente i propri confini e le dogane con relativo severissimo controllo, sospendendolo sciagurato trattato di Schengen, un trattato che un Paese come l'Italia, aperto a tutti gli approdi, non avrebbe mai dovuto firmare. Naturalmente i confini vanno protetti adeguatamente sul mare con pattugliamenti e navi apposite, nella nostra area e quindi senza bisogno di consenso della Tunisia o di qualsiasi altro Paese, visto che questi hanno già dichiarato che non accettano interferenze nella loro zona. Sembra evidente che non ha senso lasciare che la Tunisia proclami l'orgoglio del proprio territorio e l'Italia non faccia altrettanto. A questo punto si alzeranno come al solito le mille voci che reclamano la solidarietà con i «poveracci», con i «disperati» che scappano, il dovere di accogliere i rifugiati e tutta la sequela di norme che l'Europa si è data per affermarsi come la più perfetta e la più generosa delle democrazie. Il governo italiano non deve ascoltarle in base al suo primo dovere: proteggere, salvaguardare la vita e i beni degli italiani. Cosa che, anche mettendo in atto il massimo rigore, sarà difficilissimo fare. Detto questo, però, bisogna anche prospettare la situazione nei suoi veri termini: quello che succede in Africa, nell'Est europeo, in Medio Oriente, solo apparentemente è dovuto a ribellioni contingenti, a moti terroristici, a faide tribali a lotte di potere militari. La vera causa si trova dietro a questi fatti, anche se nessuno raccoglie le analisi degli storici, le denunce di economisti, di politici, di giornalisti che da anni provano questa realtà. I sommovimenti che si sono susseguiti ininterrottamente nell'ex Jugoslavia, in Albania, in Romania, in Grecia, in Somalia, in Tunisia, in Algeria fino a quello odierno in Egitto, il più drammatico perché in un certo senso segna una specie di crisi finale, sono stati preparati e fatti scoppiare di proposito affinché l'Europa venisse invasa, sconvolta e infine distrutta nella sua realtà culturale e politica. Questo significa che l'unificazione europea aveva questo scopo: con la distruzione degli Stati rendere più facile l'immigrazione di massa e l'annientamento dell'europeità. - *Ida Magli, Prima Pagina/ Interni, pag. 9*

IG 16-02-11 VII.

E Bruxelles si sveglia: «Aiuti a Italia e Tunisia»

Il ministro Maroni ha chiesto 100 milioni per i prossimi tre mesi. Dall'Ue segnali positivi: «Pronti a un'assistenza eccezionale»

«Temiamo che arrivino nuovi e ingenti flussi anche dall'Egitto, attraversato da un terremoto istituzionale». Il ministro dell'Interno, Roberto Maroni da Catania (dove si trovava ieri per definire con le autorità locali l'accoglienza delle migliaia di immigrati giunti a Lampedusa) confessa le sue preoccupazioni di fronte alla crisi del Nordafrica. Qualche barcone è arrivato anche in Calabria, dove il centro di Crotone è già al collasso. Dall'inizio dell'anno sono stati 5.526 gli sbarchi di migranti sulle nostre coste italiane

contro i 52 dello scorso anno. Nelle ultime ore comunque grazie ai primi interventi da parte del governo tunisino nei porti di partenza gli arrivi sono scemati. Intanto l'Europa pare essersi risvegliata dal torpore e risponde alla richiesta di aiuto dell'Italia. Un aiuto che non potrà essere soltanto economico, insiste il Viminale, perché l'Europa si trova di fronte ad una crisi politica che rischia di provocare un esodo simile a quello che interessò i paesi dell'est dopo la caduta del Muro di Berlino. È il premier, Silvio Berlusconi, a rendere noto che l'impegno della Ue nei confronti del governo italiano gli è stato confermato dal presidente della Commissione europea, José Manuel Barroso. Quest'ultimo ieri mattina ha avuto pure un colloquio con il Capo dello Stato, Giorgio Napolitano. Il presidente della Repubblica ha sollecitato l'intervento della Ue e di tutti i governi nazionali «dinanzi alla grave emergenza». Insomma l'Europa non può più restare a guardare. Cecilia Malmström da Strasburgo annuncia che la Commissione Europea «è pronta a fornire la sua assistenza sia all'Italia sia alla Tunisia» in termini economici ed organizzativi. Il Viminale ha chiesto 100 milioni di euro necessari, spiega Maroni, «per affrontare l'emergenza nei prossimi tre mesi». La Ue non precisa le cifre ma risponde sì. «Siamo pronti a mobilitare un'assistenza eccezionale sotto il Fondo europeo per i rifugiati per il 2011, in più rispetto ai fondi già stanziati per l'Italia», dice la Malmström. Soldi che serviranno a pagare «strutture di accoglienza, aiuti materiali e assistenza medica, assistenza sociale, consulenze per le procedure giudiziarie, amministrative e di asilo, aiuto legale e assistenza linguistica», precisa il commissario Ue agli Affari interni. Per superare la crisi però non è sufficiente offrire assistenza ai profughi. Come ha ribadito il ministro degli Esteri, Franco Frattini, la Ue deve essere in grado di «delineare una visione a medio e lungo termine con un ventaglio di iniziative che riguardi il futuro, lo sviluppo, la crescita, il rilancio sociale ed economico dei paesi della riva sud». E la Malmström riconosce che è necessario

«un intervento più strutturale» da parte della Ue che «ad esempio promuova progetti a favore dell'occupazione, soprattutto nel sud della Tunisia». Sul fronte degli interventi economici il ministro dell'Economia, Giulio Tremonti, propone «la detax, con la quale i governi rinunciano ad una parte di Iva destinandola ai paesi che ne hanno bisogno». Di crisi nordafricana, annuncia poi Tremonti, si parlerà nel prossimo Ecofin. Intanto in Sicilia si allestirà il primo «villaggio della solidarietà», quello visitato ieri da Maroni e Berlusconi. Si tratta del Residence degli Aranci a Mineo (Catania), che ospitava fino a poco tempo fa i militari americani distanziati a Sigonella. Un complesso residenziale con 404 villette. Preoccupato il sindaco di Mineo, Giuseppe Castania. «Siamo a disposizione ma l'idea che vengano ammassati qui migliaia di extracomunitari ci preoccupa - confessa Castania - Il residence potrebbe arrivare ad ospitare 7.000 persone, un impatto notevole per il nostro comune che ne conta 5.000». Più esplicito il sindaco di Caltagirone, Francesco Pignataro, che teme il villaggio possa diventare una «bomba ad orologeria». Il prefetto di Palermo, Giuseppe Caruso, rassicura i sindaci e sottolinea che sono molti i siti individuati in Sicilia per accogliere i rifugiati. - *Francesca Angeli, Interni, pag. 10*

IG 16-02-11 VIII.

Alla Ue piacciono i clandestini? Accompagniamoli in Francia

La nostra patria comune. Bellissimo, a chi piace il genere, sentirselo ripetere. Patria comune, l'Europa, e dunque senza frontiere: ciascuno va dove vuole e addio a quella vestigia cartacea dell'imperialismo che è il passaporto. Lo sanno ancor meglio di noi le migliaia di tunisini che stanno sbarcando a Lampedusa. Non un'isola, non il primo lembo all'orizzonte di terra italiana. Ma portone d'ingresso dell'Europa. Sbarcati a Lampedusa, sbarcati nella patria comune. Ciò che oggi, con l'emigrazione di massa e il serio rischio che s'ingrossi sempre più a seguito delle vittorie (...) Portiamo i clandestini in Francia. L'Europa è «patria comune» solo finché fa comodo. Poi arrivano migliaia di immigrati che vorrebbero andare Oltralpe. Ma lì fanno gli gnorri. Aiutiamoli a raggiungere la meta (...) delle piazze nordafricane, crea qualche problema, e non solo logistico. Per le anime candide, o semplicemente ipocrite, che si battono per una più generosa politica dell'accoglienza - nessun respingimento, nessun rimpatrio forzoso, ma braccia aperte a

chiunque raggiunge il paese di Bengodi – il problema è di coscienza. Questo perché l'arrembaggio tunisino sia portato non da povera, poverissima e disgraziata gente, secondo il cliché del dolente migrante. Ma da uomini (donne, pochissime) bene in salute e non certo cenciosi, i quali non vengono da noi in cerca di carità, ma più che altro desiderosi di cambiar aria. Avendo scoperto che se sotto la tirannide si stava male in democrazia si può stare anche peggio, càpita, rimediano trasferendosi oltremare. Scegliendo le vie spicce dell'«emergenza umanitaria». Risulta poi che la maggioranza di loro, già di lingua francese e con almeno mezza tribù di parenti residenti in Francia, non intenda sostare in un centro d'accoglienza, ma proseguire per Modaneo Ventimiglia, varcare impunemente l'ex frontiera abolita con gli accordi di Schengen e sciamare nell'Exagone. Tagliati dunque fuori dai giochi i nostri solidaristi e multiculturalisti in servizio permanente effettivo, cui viene meno la leva della pietas, la patata bollente passa dunque nelle mani dei ben più pragmatici francesi. I quali fanno sapere, per bocca del ministro degli Affari europei, monsieur Laurent Wauquiez, che la Francia non intende accogliere i tunisini - salvo che in casi «molto marginali», una mezza dozzina, forse – perché «non occorrono premi all'immigrazione illegale ». Giusto, anzi: giustissimo. Però non ci siamo. Non ci siamo per via della patria comune, di Schengen, degli Ideali, dei Valori e dei Principi europei. Europeisticamente parlando la Francia non c'è più, la Francia comincia a Lampedusa e finisce a Riga. Non essendoci più non spetterebbe nemmeno a Parigi dare una lezione all'immigrazione clandestina, spetta all'Unione, fornita per altro di un capintesta, Herman van Rompuy, e di un ministro degli Esteri (e della Sicurezza!), la baronessina Catherine Ashton. Gli arrembanti di Lampedusa dimostrano, infatti, che il problema è dell'Europa che se si è voluta senza frontiere interne, non può far finta che non ne esistano di esterne, perimetrali, le quali vanno difese, sempre nell'interesse comunitario, dalla pressione dell'immigrazione clandestina. Trattando con decisione con i governi delle nazioni che più alimentano il flusso per costringerli, con le buone o con le cattive, a ostacolare le partenze. E montando la guardia per impedire fisicamente gli arrivi. Non si chiede, nel nostro caso, l'invio di una task force (mandata però al largo della Somalia per proteggere il naviglio mercantile dai pirati), basta la nostra di marina, purché una direttiva comunitaria - e quindi santa - l'autorizzi a fare sul serio: agganciare barche, barconi e barchini per ricondurli all'istante al porto d'origine. Malauguratamente l'Europa seguita a fare lo gnorri menando a più non posso il can per l'aia. Non ci resta quindi che sbrigarcela da soli. E il modo migliore, anzi, l'unico, è di acconsentire, con un gesto umanitario ad alta valenza etica e civile, ai desideri, alle aspettative di quei poveri emigranti nostri fratelli. Predisponendo subito dei convogli per instradare i tunisini sulla via della Francia, cosa che è nel nostro pieno diritto, che non viola - e vorrei vedere – nessuna norma internazionale e comunitaria, nessun articolo della convenzione sui diritti dell'uomo. Una volta che vi abbiano messo la punta del piede, in Francia, vedremo come se la caverà monsieur Wauquiez. Probabile che chieda l'intervento dell'Europa e anche in questo caso staremo a vedere cosa risponderà, la patria comune.- *Paolo Granzotto, Prima Pagina/ Interni, pag. 11*

IG 17-02-11 IX.

Radar, muri e pattuglie. Così l'Europa frena la marea dei clandestini

Da Atene a Madrid, alla base ci sono accordi diplomatici con i Paesi d'origine. E poi tecnologie e respingimenti

Si alzano le barriere, si inventano tecnologie. Gli Stati dell'Unione Europea hanno una parola d'ordine che li accomuna: tenere il ponte levatoio alzato. E respingere gli immigrati clandestini. Non possono entrare in Spagna, in Italia, in Grecia, a Malta. Non si scandalizzi quindi quella parte di Europa buonista, che abita su, al Nord. Giù al sud, la linea comune è difendersi dalle incursioni. È così che è nato Eurosur, un sofisticatissimo sistema di rilevamento satellitare voluto dall'Unione Europea. Fuori il mar Mediterraneo. Le zattere dei disperati senza terra e senza documenti arrivano da lì. Occorre prevenire e respingere. Il segnale corre lungo tutta l'autostrada verso Gibilterra. Le voci in arabo dei programmi radiofonici si moltiplicano. Il Marocco è a un passo. Uno stretto separa la

Spagna dalle coste africane. La traversata è facile, come per arrivare a Lampedusa. Per questo ai trafficanti è sempre venuto naturale scegliere Tenerife o la Sicilia. Eppure i traffici in Spagna si sono stoppati. La situazione è tornata sotto controllo. Radar, dispositivi tecnologici, muri hi-tech. E poi accordi e interventi d'operazione. È la risposta anticlandestino di Zapatero. È la sua tolleranza zero che si concretizza, che dà risultati, che sostiene la stessa linea americana, quella che ha deciso di costruire un muro lungo 1200 chilometri per separare dal Messico, da dove arrivano gli immigrati, quella del governo maltese che all'arrivo di carrette del mare inviano guardie costiere per allontanare ospiti indesiderati. Zapatero, il leader progressista, il socialista, quello laico, che difende e appoggia le minoranze, è diventato il nemico più grande, che tra i primi ha detto no ai flussi di immigrati incontrollabili. È dal 2006 che la Spagna mette a segno respingimenti su respingimenti. Nel 2007 la Guardia civile spagnola ha diretto l'operazione Indalo. Nella missione c'erano uomini e mezzi italiani, portoghesi, francesi, maltesi, tedeschi, ciprioti e rumeni. Anni prima però - era il 1994 - nasce Frontex, l'agenzia per prevenire l'immigrazione clandestina lungo le frontiere. C'era Frontex anche nel 2006, quando la Guardia civile spagnola si era spinta fino alle coste della Mauritania e del Senegal per intercettare e bloccare 371 immigrati. Sono ormai cinque anni che il Paese è tra i più attivi in fatto di prevenire l'immigrazione clandestina. I risultati sono arrivati subito. In gran parte si devono al Sive, il Servizio Integrato di Vigilanza Esterna, un muro elettronico unico al mondo fatto installare dall'ex premier popolare Aznar nel 2002 che grazie a radar e telecamere a raggi infrarossi e sensori termici blindava le Canarie, lo stretto di Gibilterra e la costa mediterranea. Ma dietro ai successi anche gli accordi con i paesi d'origine. Come ha fatto l'Italia con la Libia. Per questo il nostro Paese durante l'ultima estate ha potuto tirare un sospiro di sollievo. Sono bastate tre settimane di respingimenti per non vedere più i duecento, trecento clandestini riversati ogni giorno sulle coste, stremati, affamati e assetati raccattati, carrette ferme tra Malta e l'Italia, corpi gettati in mare. Disperazione contrabbandata. Ma dietro al successo c'erano questa volta soprattutto gli accordi diplomatici. La sinistra gridava alla «vergogna internazionale». Sempre la stessa la risposta di Maroni: «I respingimenti continueranno, sono in linea con le norme internazionali». Oggi a tremare è la Grecia, dove i flussi sono aumentati del 70 per cento. È Atene la meta più ambita dagli illegali, complice l'inerzia della Turchia, con una rotta che parte dall'Afghanistan per attraversare l'Irak e tutto il Caucaso. Per questo la soluzione sembra essere una barriera lungo 12,5 chilometri del confine con la Turchia. Creare un muro lungo il corso del fiume Evros che segna il confine tra i due Paesi. Un altro ponte levatoio che si alza. – *Manila Alfano, Esteri, pag. 12*

IG 18-02-11 X.

Ancora sbarchi a Lampedusa. Ma per la Cgil non è emergenza

«Sono solo 5300 persone, Maroni semina paura». Però non dice che sono arrivati in poche ore: l'anno scorso furono 50 in tre mesi

Dopo tre giorni senza sbarchi, un altro barcone carico di magrebini è arrivato ieri sera a Lampedusa: a bordo c'erano circa venti persone, tutte in buona salute. Nell'isola il sovraffollamento provocato dall'arrivo di migliaia di immigrati sta creando problemi che il governo sta cercando di risolvere. A mezzogiorno di ieri è partito un traghetto diretto in Sicilia con a bordo 76 tunisini, di cui trenta minorenni. Alle 16 e alle 22 sono partiti due aerei diretti a Bari con a bordo cento persone ciascuno. È la ripresa di un ponte aereo che dovrebbe consentire da qui a dieci giorni, come ha detto il sindaco di Lampedusa, Bernardino De Rubeis, al termine dell'incontro al Viminale con il ministro dell'Interno Roberto Maroni, di trasferire sulla terra ferma i circa duemila tunisini sbarcati in queste difficili giornate. Entro mercoledì, inoltre, Maroni ha promesso che sarà operativo il Villaggio della solidarietà a Mineo (provincia di Catania), che ospiterà i richiedenti asilo: disporrà di settemila posti. E mentre da Bruxelles arrivano rassicurazioni sull'imminente avvio della missione Frontex (l'agenzia europea per il controllo delle frontiere esterne) al massimo entro qualche settimana, c'è chi si incarica di accusare il governo italiano di cattiva gestione dell'emergenza. Kurosh Danesh, coordinatore nazionale di Cgil

Immigrati ha minimizzato il problema affermando che «stiamo parlando di 5300 persone in tutto, che per un Paese come l'Italia non si può considerare un'emergenza». Si tratta però di un'ondata arrivata in pochi giorni, mentre l'anno scorso erano stati 50 in tre mesi. Secondo l'esponente Cgil, l'atteggiamento del governo è ambiguo: «Qualcuno ha tentato di bollare i tunisini sbarcati a Lampedusa come dei criminali, ma per fortuna il tentativo non è riuscito. Ora c'è un atteggiamento che sembra di accoglienza, ma per esperienza dico che di solito non è così. Il ministro Maroni fa politiche puramente ideologiche su queste cose, fatte solo per raccattare qualche voto inculcando paura». Danesh ha anche negato che l'Europa non ci sostenga in questa emergenza: «Basta fare una domanda e i soldi, già stanziati per questi eventi, ci sono.» - s.n., Esteri, pag. 13

IG 21-02-11 XI.

La Libia all'Ue: vi inondiamo di clandestini

L'ultima minaccia di Gheddafi: se l'Unione Europea continua ad appoggiare la rivolta verrà sospesa la cooperazione per impedire le partenze dei migranti. E la Farnesina si prepara a fronteggiare l'esodo

Dal Viminale alla Farnesina si cerca di scongiurare un solo scenario: l'invasione, considerata possibile dopo l'annuncio dato ieri dalla presidenza di turno dell'Unione europea. La Libia ha infatti comunicato che la cooperazione sulla gestione dei flussi sarà «totalmente congelata», se non cesserà immediatamente il sostegno alle rivolte espresso dall'Unione europea. A Tripoli già non è piaciuta la dichiarazione dell'Alto rappresentante per la Politica estera del Vecchio Continente, Catherine Ashton. Mercoledì aveva invitato la Libia ad ascoltare la voce del popolo. E, soprattutto, ad evitare ogni forma di violenza nel fronteggiare le manifestazioni anti Gheddafi. Ieri ha rincarato la dose: «L'Ue fa ciò che è giusto». Parole che hanno incrinato il muro libico all'immigrazione clandestina. Dopo l'ondata egiziana e quella tunisina, il rischio grava soprattutto sull'Italia. Il Viminale ricorda bene i 15 mila sbarchi affrontati prima degli accordi del 2009, con cui gli ingressi sono stati azzerati del 90 per cento. Proprio grazie alle motovedette in campo libico che oggi potrebbero essere bloccate. Tripoli, finora, ha provveduto al controllo delle spiagge e, in soli tre mesi dall'applicazione del trattato, i risultati sono stati evidenti. Solo poche decine le partenze verso l'Europa e quasi nessun approdo in territorio italiano; anche grazie ai respingimenti, a cui sono state abbinate immediate procedure di rimpatrio, tutto ha funzionato. Almeno finora. Perché la minaccia di interrompere la collaborazione con l'Europa ha allertato più che mai il governo italiano. Il ministro degli Esteri, Franco Frattini, è «estremamente preoccupato». La Farnesina non è però impreparata, anzi è stata informata per tempo sul da farsi per uscire dal pantano. La Libia pone precise condizioni. Giovedì scorso il segretario del Ministero degli Esteri di Tripoli ha convocato l'ambasciatore italiano in separata sede, insieme ai colleghi di altri cinque paesi, spiegando quali sono le direttive da rispettare per continuare a collaborare; almeno con sei paesi che la Libia considera «più che amici, fratelli». Italia, Spagna, Portogallo, Malta, Grecia, Cipro, per cui si potrebbe fare «un'eccezione alle misure di ritorsione» paventate contro l'Europa (e la Ashton). In primis, il silenzio su ciò che sta accadendo in Libia. Il rapporto di amicizia che unisce Roma a Tripoli offre dunque chances per evitare di lasciare scoperto un altro fronte maghrebino. Tutto purché la collaborazione con l'unica fetta di Nordafrica ancora sorvegliata non salti: secondo le ultime analisi dell'intelligence, dalla Libia potrebbero partire decine di migliaia di clandestini, mutando ulteriormente lo scenario, già definito «biblico» dal ministro Maroni. L'annuncio di ieri, che ha reso la minaccia ufficiale, rende tutto più difficile. Chiese al Ministero dell'Interno l'analisi dei rischi è più preoccupante del già grave bilancio espresso da Maroni, alla Farnesina si cerca di parlare il meno possibile. Per non irritare Tripoli. Perché l'Italia rischia. Ma è anche in una posizione diplomatica privilegiata rispetto ad altri paesi. Sei pattugliamenti libici saltassero, sarebbe letale per la gestione dell'emergenza sbarchi, ieri ripresi anche a Lampedusa: dopo una pausa dovuta al maltempo è partita da Sfax, in Tunisia, un'imbarcazione con 13 persone. Poi un barcone con a bordo una cinquantina di migranti. La causa dell'assenza di referenti tra le autorità

tunisine in grado di governare le coste dopo le rivolte sta generando questi risultati. Meglio evitare un altro mosaico di imbarcazioni dirette in Italia anche dai porti libici. Altrimenti lo scenario disegnato nei giorni scorsi dal ministro Maroni, che aveva evocato la possibilità di superare gli 80mila arrivi soltanto dall'Egitto e dalla Tunisia, andrebbe aggiornato drammaticamente. - *Francesco De Remigis, Esteri, pag. 11*

IG 22-02-11 XII.

Tre emergenze per l'Europa. Ma ora gli Usa non ci salvano

L'America «valuta misure appropriate». E stavolta non possiamo delegare. Berlusconi: «Violenze inaccettabili, però va evitato che il Paese si spacchi»

Di fronte al precipitare della situazione in Libia, gli Stati Uniti «stanno studiando tutte le azioni appropriate» e chiedono perentoriamente «chiarimenti» agli esponenti del regime, lasciando intendere che potrebbero intervenire. L'Unione Europea, invece, per ora si limita a condannare l'uso della forza. Quanto all'Italia, visti gli stretti rapporti che intrattiene ora, e che dovrà intrattenere anche domani in caso di successo della rivoluzione con la ex Quarta sponda, esorta la Ue a non cercare di imporre la propria forma di democrazia e a lasciare i libici liberi di scegliere la propria strada. Chi ha ragione? È il caso di pensare a un intervento, considerato che perfino Saif el- Islam, il figlio «liberal» di Gheddafi che la notte scorsa si è rivolto alla popolazione via Tv, ha fatto balenare ai suoi connazionali la possibilità di una iniziativa di tipo coloniale se i ribelli non accetteranno di trattare e precipiteranno il Paese nel caos? Oppure, come è stato fatto in tante altre occasioni, è meglio attenersi alle deplorazioni e a sterili inviti a porre fine agli scontri? Difficile dirlo. È comunque abbastanza paradossale che ad essere, per così dire, in prima linea sia l'America, che in questo momento è certo più preoccupata per gli sviluppi a Bahrein e nel Golfo, invece che l'Europa, per cui il successo della rivoluzione in Libia avrebbe conseguenze immediate, dirette e molto pesanti. Ma una spiegazione c'è: di fronte a una emergenza nel Mediterraneo, è difficile mettere d'accordo i Paesi che vi si affacciano con quelli del Nord per una azione incisiva e, alla faccia del Trattato di Lisbona, l'Alto rappresentante per la politica estera non può che dire banalità. Bene ha fatto ieri il nostro premier a prendere posizione attraverso una nota ufficiale di Palazzo Chigi. Il premier «è allarmato per l'aggravarsi degli scontri e condanna le inaccettabili violenze sulla popolazione civile». Ma non c'è solo il lato umanitario, il presidente del Consiglio ha anche sostenuto che «impedire che la crisi degeneri in una guerra civile dalle conseguenze difficilmente prevedibili e favorire una soluzione pacifica che tuteli l'integrità del Paese». A parte l'orrore per le stragi che le forze di sicurezza stanno compiendo, tre sono le emergenze cui dovremo fare fronte. La prima è l'inevitabile ripresa dell'immigrazione clandestina, non appena le centinaia di migliaia di africani che sono stati finora bloccati in Libia grazie al Trattato del 2009 si renderanno conto che l'apparato di sicurezza che impediva loro di prendere il mare si sta sgretolando; è una emergenza soprattutto italiana, perché i barconi di disperati si dirigeranno quasi tutti verso il nostro Paese. Per fortuna, dopo l'ondata di arrivi dalla Tunisia, la Ue si è resa conto che il problema riguardava anche altri Paesi e ha deciso di fare la sua parte: in che cosa consisterà, e se Bruxelles arriverà ad autorizzare eventualmente i respingimenti rimane tuttavia da vedere. La seconda emergenza riguarda il petrolio, i cui prezzi stanno schizzando rapidamente in alto. La Libia è, con Nigeria e Angola, uno dei tre grandi produttori africani di idrocarburi e per noi un fornitore non facilmente sostituibile. Per adesso, sembra che il flusso continui, ma una delle tribù che controllano le zone di produzione ha già detto che è pronta a interromperlo e comunque qualche problema ci sarà di sicuro. Tra l'altro non solo l'Eni, ma anche le compagnie anglosassoni hanno iniziato il ritiro dei rispettivi personali. Sul medio e lungo termine, comunque, le forniture dovrebbero essere mantenute, perché chiunque vada al potere avrà un disperato bisogno dei petrodollari. La terza emergenza è forse la più grave, ma anche la meno immediata. È la possibilità, evocata sia da Saif, sia da Frattini, che la Libia si spacchi in due e che in Cirenaica, dove la tradizione lo favorisce, nasca un «emirato islamico». Il nostro ministro degli Esteri ha già specificato che considera una simile eventualità

pericolosa per la nostra sicurezza, perché se Bengasi diventasse una città in cui Al Qaeda si può muovere liberamente, le possibilità di attacchi terroristici all'Italia aumenterebbero in maniera esponenziale. - *Livio Caputo, Esteri, pag. 10*

IG 23-02-11 XIII.

La carica dei 300mila pronti a invadere le nostre spiagge

Il governo si prepara a contrastare un esodo biblico. La Russa: «Un comitato permanente di emergenza»

Il più grande esodo via mare degli ultimi vent'anni potrebbe scattare a brevissimo e far sbarcare in Italia dalle coste nordafricane fino a 300mila immigrati. È lo scenario estremo delineato nel vertice sull'emergenza Libia convocato ieri sera da Silvio Berlusconi a palazzo Chigi con i ministri dell'Interno Maroni, degli esteri Frattini e della Difesa La Russa. E' questa adesso la prima emergenza, anche se si lavora su altri due fronti: forniture di petrolio a rischio e piano di evacuazione per i connazionali, in particolare dalla regione meno accessibile della Cirenaica. Da ieri è costituito presso il governo un comitato permanente sulla crisi, che si occuperà soprattutto del controllo dei flussi di immigrati. «Siamo molto preoccupati. Il presidente del Consiglio è molto preoccupato. Il comitato permanente permetterà di essere «pronti ad ogni tipo di situazione, che certamente non è tranquillizzante ». Berlusconi ieri ha chiamato personalmente Muammar Gheddafi, la linea del governo è precisa: «L'Italia è impegnata affinché cessino le violenze in Libia, con una moralsuasion » e nella tutela massima «dei nostri connazionali», ha chiarito La Russa in tarda serata, a conclusione del vertice. Tutti i ministeri a Roma devono comunque lavorare adesso sull'emergenza, al di là dell'impegno della diplomazia: la stima fatta ieri parla di possibili sbarchi nel numero di «200-300mila persone ».Non è un caso se La Russa e Frattini, in arrivo il primo da una visita ufficiale negli Emirati Arabi, il secondo dal Cairo, non abbiano avuto nemmeno tempo di rispondere a un'opposizione concentrata sulle accuse di «inadeguatezza». Dall'unità di crisi della Farnesina parlano di un lavoro «molto difficile». In un Paese senza più regole né autorità, si teme che i moltissimi stranieri che alloggiano nei precari centri per clandestini delle coste libiche possano partire alla volta dell'Italia. Cifre ufficio se parlano di oltre un milione di potenziali profughi, tra libici e innesti dall'Africa subsahariana. Il vertice interministeriale è stato già operativo: ogni ministro si è presentato con una cartellina sotto il braccio. Sono state individuate le prime aree per l'accoglienza. Ma la situazione non è sostenibile dalla sola Italia, e già da oggi Maroni presiederà una riunione a sei, a Roma, con i ministri omologhi di Cipro, Francia, Grecia, Malta e Spagna. «Se arrivano li mandiamo in Francia e in Europa», ha chiarito il leader della Lega Umberto Bossi. Comunque «aspettiamo ordini dall'Unione Europea», ha aggiunto. La vera partita infatti si giocherà adesso a Bruxelles. L'esodo potrebbe scatenare un'apocalisse umanitaria, oltre che risultare insostenibile da gestire nelle sole strutture italiane. Il Viminale ha incaricato il ministero della Difesa di trovare una serie di aree adatte. «Ne abbiamo già individuate tre – ha spiegato La Russa- aree della Difesa dismesse, con terreni e fabbricati». L'impiego di militari potrebbe essere reso possibile per la «vigilanza di alcuni nuovi centri, come Mineo, nel catanese». Il governatore siciliano Raffaele Lombardo già si è impuntato contro questa soluzione. L'alto commissariato Onu per i rifugiati (Unhcr) per ora si limita a chiedere che l'Italia «non respinga i rifugiati». Ma se saranno trecentomila? Nella giornata di ieri è salpato da Taranto il cacciatorpediniere Mimbelli in direzione dell'area sud del Mediterraneo con un equipaggio di quattrocento uomini. Sarà la piattaforma area a presidio delle acque internazionali. - *Emanuela Fontana, Il Fatto, pag. 2*

IG 25-02-11 XIV.

Ecco gli aiuti Ue contro gli sbarchi: 3 funzionari

Dopo il diverbio con Maroni, Bruxelles si vantò di aver attivato in tre giorni navi ed elicotteri del Frontex. Ma è tutto sulla carta: a Lampedusa ci sono solo tre inviati. E chi ospiterà i profughi? Risposta: «Teneteli voi»

Tre anime in pena mandate da Bruxelles a Lampedusa. Si aggirano per l'isola e chiedono: «Va tutto bene con i riconoscimenti degli immigrati?». Sono i funzionari dell'Agenzia Frontex, inviati dopo le pressioni di Maroni e il rimprovero fatto all'Italia dal commissario europeo Cecilia Malmstroem, che accusava il nostro Paese di non aver avanzato richieste per l'emergenza sbarchi, «in caso contrario, la Commissione avrebbe attivato una missione europea, che in poche ore avrebbe portato a Lampedusa uomini e mezzi ». Ma l'Ue, sul piano operativo, sta sfiorando il ridicolo. Sono arrivati solo tre funzionari. Lunedì. Senza mezzi, né propositi. Tanto che a mettere a punto un piano di intervento è il Viminale, che cura i contatti con i responsabili Affari Internazionali di Bruxelles. Ancora ieri il portavoce della Malmstroem spiegava che la missione «Hermes» si basa su 30 esperti provenienti da mezza Europa, 4 aerei e 2 elicotteri per il pattugliamento. Ma dove sono? Sulla carta. Perché l'attivazione della missione europea, lanciata due giorni fa dall'Agenzia Frontex, fa registrare alla Capitaneria di porto «nessun mezzo inviato per le ricognizioni marittime». Intanto dalla Guardia Costiera fanno sapere che neppure i tre si sono visti, dunque «la missione non è affatto iniziata come dicono». Un'amara constatazione che compatta gli operatori italiani a Lampedusa, impegnati invece al massimo. E che trova conferme anche allo Stato Maggiore della Difesa, dove si ironizza: «A meno che l'invio non sia imminente senza averci informato...». Non esiste dunque alcun piano "europeo" d'intervento, capace di muoversi subito; come comunicato con stizza dalla Commissione. Ieri un'altra voce tutt'altro che solidale. Secondo una fonte diplomatica, i governi del Nord Europa sarebbero pronti a sostenere che il rimpatrio degli illegali, e la valutazione delle domande d'asilo, spetta solo al Paese in cui approdano. Dunque: «l'Italia non conti sullo smistamento in Europa». Ma su tre funzionari. Appiedati. Che al momento rappresentano i potenti mezzi dell'Ue. L'Italia si trova dunque a fronteggiare l'emergenza da sola. Lo ha chiarito ieri il portavoce della Malmstroem, dicendo che la missione Hermes «è ancora in corso di definizione». In mare ci sono solo mezzi italiani. Guardia Costiera, Marina, Finanza, aerei. Da Bruxelles un annuncio. Fumoso. Tutt'altro che in grado di frenare l'ondata libica pronosticata. Il governo chiede assistenza soprattutto per le frontiere. Mezzi e denaro da impiegare in operazione. Finora in acqua c'è solo l'Italia. E il supporto comunitario sembra ridimensionarsi sempre più. Ieri il centro di Lampedusa ospitava 1.001 migranti, quando potrebbe accogliere solo 700. E i tre funzionari Frontex non si sono neppure visti. La miopia europea non fa previsioni. Non ascolta gli allarmi dell'intelligence girati a Bruxelles. Eseda 48 ore la rottura del confine libico dove sono saltati i collegamenti con le autorità referenti è già una realtà, risponde con uno stand by. Perché alla Commissione «non risultano arrivi dalla Libia». Gli sbarchi complessivi sono stati circa 5.400. Sulle spiagge tunisine sono tornati i carri armati e le reti per impedire le partenze. Ma sulle coste libiche non ci sono più controlli. La Finanza parla di mancanza di interlocutori e la Croce Rossa in Sicilia si prepara al peggio. Il suo Nucleo di Valutazione esamina le necessità di assistere i migranti del Residence degli Aranci di Mineo, nel Catanese. Dove potrebbero giungere centinaia di persone. Tutti gli attori concordano con il ministro Maroni: da soli non siamo in grado di fronteggiare l'emergenza umanitaria libica. Dal confine del sud, Niger- Ciad-Sudan, in migliaia premono per raggiungere il Vecchio Continente. Maroni ha chiesto all'Europa 100 milioni. Cifra per cui si cerca almeno il sostegno di Spagna, Francia, Grecia, Cipro e Malta in una riunione prevista per oggi a Villa Doria Pamphili. Per convincere Bruxelles con le armi della politica, viste le prese di posizione di Germania e Finlandia, tutt'altro che solidali. - Francesco De Remigis, *Il Fatto*, pag. 3

IG 24-02-11 XV.

Emergenza sbarchi. Maroni trova alleati contro gli euroegoisti

Il ministro fa fronte comune coi colleghi di sei nazioni del sud Europa per ottenere sostegno da Bruxelles

L'Italia chiede con forza la «fine di ogni violenza» sui manifestanti in Libia. Si schiera a sostegno del «vento di democrazia » come lo ha chiamato ieri il premier Berlusconi,

dei «giovani che vogliono essere liberi», armati di «coraggio e di Internet», con un'attenzione, però, «al dopo», al rischio di un utilizzo estremista del «vento» di libertà. «Siamo tutti molto preoccupati», ha detto il presidente commentando la crisi libica: «C'è attenzione affinché non ci siano violenze ingiustificate e derive che recepiscano » spinte «antioccidentali del fondamentalismo islamico ». Il governo osserva l'evolversi della situazione in coordinamento con Europa e Stati Uniti: «Tutta la notte abbiamo continuato a restare in contatto con gli altri leader europei e americani». La direzione della rivoluzione libica non è prevedibile, come la dimensione del possibile esodo verso le coste italiane. Per questo l'Italia ora chiama ufficialmente in causa l'Europa. E non lo fa da sola. Oggi a Bruxelles si riunisce il consiglio dei ministri dell'Interno europei. Ma ieri Maroni ha convocato nella Capitale gli omologhi di Francia, Spagna, Grecia, Cipro e Malta. I sei Paesi del Mediterraneo hanno trovato un accordo sorprendente, da portare insieme a Bruxelles: in un documento comune lanciano l'allarme sulla grande fuga dei 300mila profughi potenziali secondo le stime non solo italiane, ma della Lega Araba. E chiedono «un fondo speciale per l'emergenza » e «una nuova legislazione», una solidarietà di tutti e 27 i Paesi, in materia di asilo. La posizione dell'Italia sarà quindi una proposta compatta a sei voci. La gestione dei rifugiati deve essere europea. Una riunione «imprescindibile», hanno definito i sei ospiti di Maroni il vertice di ieri. Nessuna differenza politica, un'unica visione dell'emergenza. Così si sono mostrati tutti in conferenza stampa nell'elegante villa secentesca al centro del parco romano. Era stato questo, per coincidenza, il luogo dove Gheddafi aveva montato la sua tenda nell'ultimo soggiorno a Roma. «Prima di tutto esprimiamo solidarietà all'Italia, che ha una situazione difficile in questo momento- ha dichiarato il ministro dell'Interno spagnolo Alfredo Perez Rubalcaba - Vogliamo che questa espressione di solidarietà vada al di là della retorica politica ». L'Europa, hanno scritto i sei nel comunicato congiunto, «non può permettersi di restare priva di iniziativa di fronte alla crisi di una regione vitale per il suo futuro». Dalla riunione è emersa la comune richiesta –ha spiegato Maroni- di realizzare in spirito di solidarietà un sistema europeo di asilo comune e sostenibile», da attuare anche attraverso la «condivisione degli oneri derivanti dall'accoglienza» di una possibile «ondata gigantesca di profughi ». Il gelo della Ue. Il presidente della commissione europea, José Manuel Barroso, ha aperto agli aiuti: «Dobbiamo risolvere il problema in modo europeo. Possiamo mobilitare risorse d'urgenza». Ma il problema non sono solo i soldi, quanto la distribuzione delle decine di migliaia di profughi diretti in Europa e in prima battuta in Italia. Da Bruxelles è arrivato un commento che non lascia presagire nulla di buono: le norme europee, ha precisato Michele Cercone, il portavoce di Cecilia Malmström, commissaria per gli Affari interni, non prevedono un «meccanismo di redistribuzione » tra gli Stati membri dei migranti che chiedono asilo: «la solidarietà è solo su base volontaria ». Da Roma il ministro dell'Interno cipriota, Neoklis Sylikiotis, ha precisato che a ottobre la Ue condusse uno studio proprio sui profughi, e si ipotizzò una distribuzione dei richiedenti asilo. La base legislativa, insomma, «esiste già». Allertate tutte le regioni italiane. Sono circa 2 milioni e mezzo i cittadini africani che si trovano, spesso illegalmente, in Libia, e si calcola che «almeno il 10- 15%-ha illustrato il titolare del Viminale – potrebbe approfittare della situazione per immigrare clandestinamente in Europa». L'Italia si sta attrezzando per «l'emergenza », il «primo soccorso», ma oltre non può andare: «nessuno Stato ce la farebbe». Torna in campo la Protezione Civile, allertata con un'«ordinanza di emergenza umanitaria»: «Ho fatto fare una ricognizione in tutte le regioni ai prefetti, per cercare strutture idonee all'ospitalità ». Da edifici dismessi fino a alberghi e caserme. Meno diplomatico il leader leghista Umberto Bossi. Per il Senaturo il trattato di amicizia Italia- Libia non deve essere rescisso per forza, «non esageriamo », ha fatto sapere. L'Europa a suo parere «interverrà, interverrà ». E se la Ue non dovesse aiutare l'Italia, «poi non si lamentino se gli immigrati poi vanno da tutte le parti in Europa... ». 6300 tunisini sbarcati in questi giorni. Sono tutti di nazionalità tunisina i clandestini sbarcati a Lampedusa. Molti sono «evasi da carceri tunisine - ha informato Maroni - li abbiamo tutti identificati». Solo in cento hanno chiesto asilo. Gli altri 6200 «saranno rimpatriati ». Per accelerare le procedure, si sta progettando la

rinegoziazione dell'accordo con la Tunisia. Italiani rimpatriati vi amare. Sono ancora un migliaio gli italiani in territorio libico. Il ministro Franco Frattini ha chiarito in un'audizione al Senato che «la situazione più delicata è quella nelle regioni orientali del Paese». A Bengasi l'aeroporto è chiuso, come quello di Misurata. Lì ci sono «circa 180 italiani in attesa di partire». Per questo la Difesa ha inviato una nave, oltre ad attrezzare il primo C 130. Si sta organizzando il rientro di un gruppo di 50 turisti dal deserto. Da domenica sono stati riportati in Italia 650 connazionali, più 150 impiegati Eni. Ricordando come il trattato di amicizia Italia- Libia sia stato firmato da Maroni ma discusso prima di lui dal governo Prodi, Frattini ha invocato la fine delle critiche inutili: «Dinanzi a una situazione così drammatica l'unità del Paese è necessaria». - *Emanuela Fontana, Il Fatto, pag. 6*

IG 24-02-11 XVI.

I diplomatici dell'Ue? Licenziamoli tutti

«L'Europa è codarda» dice il ministro Frattini di fronte alla risposta: «Arrangiatevi» data all'Italia per il tragico esodo dall'Africa che ci attende inesorabilmente. C'è un errore di fondo, però, nell'affermazione del ministro: non si può accusare l'Europa perché, come ha detto più volte il prof. Lucio Caracciolo, profondo studioso di geopolitica, l'Europa non esiste, o meglio: «L'Europa è un bluff». È una costruzione di carta, una costruzione a tavolino, in cui sono state messe a punto tutte le forme istituzionali di un immenso Stato, prive di qualsiasi rispondenza con la realtà. L'unica istituzione reale è quella che ci ha tolto la sovranità monetaria, la Banca centrale europea; tutte le altre sono pure forme che fingono di esistere succhiandoci una montagna di quattrini. L'ultima a nascere di queste finte istituzioni è stata quella dell'Alto Rappresentante degli esteri, impersonato sul palcoscenico mondiale dalla baronessa britannica Catherine- Ashton. Convinta di fare sul serio, l'ineffabile baronessa ha impiegato tutto il tempo trascorso dalla nomina a edificare un mastodontico Servizio diplomatico con uno staff in via di completamento di 8000 funzionari, di fronte al quale alcuni parlamentari europei hanno dichiarato soddisfatti, che l'Europa ha adesso un servizio diplomatico ampio, ambizioso e comunitario. Sull'«ampio e ambizioso» non vi sono dubbi, ma per il resto si è visto chiaramente alla prima prova del fuoco, che il servizio diplomatico europeo sarebbe stato meglio che non esistesse affatto dato che la gentile signora Ashton non ha la minima idea di quale politica estera seguire né all'interno dell'Ue, dove non ha preparato nessun accordo per cui è immediatamente scattato il vecchio istinto di difesa dell'«ognuno per sé», né all'esterno dove ha rimediato, come in Egitto, soltanto porte in faccia. Le critiche nei suoi confronti si sprecano. Per quanto sia giusto riconoscere che una situazione come quella che si è prospettata con la rivolta del Nord Africa apparirebbe difficilissima anche a persone più esperte della signora Ashton, è certo però che il primo compito al quale avrebbe dovuto dedicarsi sarebbe stato quello di studiare le basi di una politica estera europea con ognuno dei Paesi membri piuttosto che impegnare più di un anno a edificare con i nostri soldi il mastodontico monumento a se stessa di delegazioni ed uffici anche nelle più sperdute isole del Pacifico. Detto questo, però, sembra chiaro che il vero, catastrofico errore è stato compiuto quando si è voluto «gettarsi in avanti», al momento del Trattato di Lisbona, inserendovi l'istituzione del Rappresentante per la politica estera, carica che ovviamente può soltanto seguire ad un chiaro accordo sulla linea della politica estera da parte di tutti gli Stati membri, cosa che non c'è mai stata in Europa durante i lunghi secoli di storia che abbiamo alle spalle e che tutti i politici sapevano impossibile da realizzare anche oggi. Affidare un onere del genere a una persona chiaramente priva di ogni sia pur minima qualità ed esperienza per l'incarico più importante e più difficile nel mondo odierno non è stato un errore, ma la prova che l'Unione europea non voleva e non doveva avere una politica estera comune perché era l'Inghilterra e non la baronessa Ashton a doverla attuare. Il Primo ministro Cameron è già andato in Egitto a parlare con gli interessati del futuro governo, infischandosene bellamente dell'Alto Rappresentante europeo. Non risulta che l'Egitto gli abbia sbattuto la porta in faccia. Così stanno le cose, caro ministro Frattini, e dunque l'Italia decida in proprio senza aspettarsi nulla dall'Ue. Quello che possiamo fare noi per

intanto, è chiudere i confini sospendendo Schengen e cercare gentilmente, data la sua evidente inutilità, di non pagare il Servizio diplomatico europeo.- *Ida Magli, Prima Pagina/ Il Fatto, pag. 6*

IG 25-02-11 XVII.

I rifugiati ci costeranno 500 milioni al mese

Il Viminale: 55 euro di spesa giornaliera per ogni clandestino. E ne sono in arrivo 300mila.

Il ministero dell'Interno fa i conti: l'invasione di immigrati dalla Libia in fiamme sarebbe un disastro anche economico. E Maroni lancia l'allarme: «Non c'è più alcun controllo alle frontiere né pattugliamento della costa». Dall'Unione Europea per ora nessun aiuto: giallo sui 25 milioni promessi. Nel frattempo il Paese nordafricano è sempre più nel caos e Gheddafi punta il dito contro Bin Laden: «Sono i terroristi a fomentare la rivolta». E anche i nostri servizi segreti confermano le infiltrazioni di qaidisti pronti a vendere armi agli insorti, che ora controllano i pozzi di petrolio. Tensione anti italiana: picchiato un giornalista del «Corriere». – *Alfano, Biloslavo, Campo, Fontana e Micalessin, Prima Pagina*

IG 25-02-11 XVIII.

L'onda dei profughi dall'Africa ci costerà 500 milioni al mese

Il solo Viminale ha speso 170 milioni in otto anni per i richiedenti asilo. Ma ora gli arrivi sono destinati a moltiplicarsi. E la spesa a esplodere

I controlli sulle coste libiche contro l'immigrazione clandestina «sono azzerati». Il ministro dell'Interno Roberto Maroni lancia l'allarme da Bruxelles dopo che non aveva esitato a definire «un'ondata di proporzioni catastrofiche» quella che rischia di travolgere l'Italia. Quantificata in 2-300mila sbarchi. Emergenza umanitaria che rischia di crearne una anche economica per l'Italia. Accogliere uno straniero che ha trovato rifugio politico in Italia è costato l'anno scorso alle città da un minimo di 15,43 ad un massimo di 55 euro al giorno. Le cifre più alte a Milano e Roma, e prendendo la peggiore ipotesi di doversi far carico della protezione di 300 mila rifugiati, in un mese il Paese rischia di dover fare i conti con 495 milioni di euro di aiuti. Già dal 2001 al 2009 solo il Viminale ha investito sul sistema di protezione degli extracomunitari, rifugiati o richiedenti asilo (il cosiddetto Sprar) un pacchetto di oltre 170 milioni e 782 mila euro, il bilancio solo dell'anno scorso si è chiuso con 29 milioni di spesa per i 3 mila posti letto sparsi tra i 123 comuni e province che aderiscono al piano. A rotazione, hanno trovato un tetto 7.685 rifugiati, in arrivo principalmente da Somalia (15%), Eritrea (14%), Afghanistan (13%), Nigeria (10%), Costa d'Avorio (5%). Il caso Milano. Il Comune come la Capitale ha firmato nel 2007 un progetto ad hoc (accordo Corcone), sempre il Viminale deve rifondere i costi, e nel 2010 il capoluogo lombardo ha dovuto investire 8,8 milioni di euro per offrire protezione e accoglienza a 817 stranieri tra rifugiati e richiedenti asilo (l'83,5 per cento arrivavano dall'Africa, quasi la metà avevano tra i 25 e 34 anni di età). I posti a disposizione sono solo 444 sparsi tra otto strutture (mentre in città stimano una presenza di 7.500 persone con diritto a un posto letto). Spesa pro capite giornaliera: 55 euro. Dopo la crisi in Libia ieri il sindaco del capoluogo Letizia Moratti ha fatto sapere che chiederà all'Anci di promuovere in Europa «la richiesta di una maggior attenzione per quelle città che hanno un'esposizione maggiore, secondo il principio di una ripartizione dei flussi che possono diventare veramente ingestibili». Perché «noi sindaci italiani già lo facciamo nei confronti delle città siciliane - ha ribadito - è un principio di solidarietà che esiste e che chiediamo all'Europa». Sono altri i conti che aggiunge l'eurodeputato della Lega Matteo Salvini: l'Italia dall'adesione all'Ue ad oggi «ha pagato circa 60 miliardi di euro in più di quanto ha ricevuto, è insensato che di fronte all'emergenza sbarchi lesini sulle risorse». Pretende dalla Commissione che per il 2011 «le imposte che il nostro Paese dovrebbe consacrare al meccanismo iniquo della correzione britannica, cioè circa 635 milioni di euro, restino sul nostro territorio e vengano usate per fronteggiare quello che è un problema di tutta l'Europa». Dalla Libia in fiamme c'è il rischio che arrivi «un

vero e proprio esodo biblico» ha ammesso ieri il ministro alla Difesa Ignazio La Russa. Su tutto il territorio sono già partite ricognizioni di caserme dove potrebbero essere ospitati i profughi in arrivo dall'Africa. Ha già fatto discutere l'ipotesi di usare i 400 alloggi del «Residence degli aranci», nella siciliana Mineo, in cui hanno vissuto 1.400 militari e amministrativi della base di Sigonella in un mega centro di accoglienza. Il prefetto di Palermo che potrebbe fare i conti dalle prossime ore con un'ondata di sbarchi a Lampedusa potrà già contare su un contingente di duecento soldati. Anche se dai bilanci dello Sprar emerge che il bilancio del 2008 si chiude con una spesa nazionale di 20 milioni di euro per l'accoglienza dei rifugiati. La metà (10,4 milioni) ripartita nei comuni del Nord. Una conferma alla preoccupazione di quegli amministratori del nord che hanno lanciato un Sos per fronteggiare l'emergenza. - *Chiara Campo, Esteri, pag. 14*

IG 26-02-11 XIII.

«Basta tunisini: sporcano tutto e chiedono l'elemosina»

Lampedusa è stufa dei tunisini. A poche ore dagli sbarchi i tg li immortalavano nei bar dell'isola. Caffè, cappuccino e sigarette. Uno scenario rassicurante che ha resistito meno di una settimana, quando è iniziato il secondo tempo del film. Elemosina per le strade e angoli del centro maleodoranti. Come spiega il sindaco Bernardino De Rubeis, «ci sono 700 persone che, essendo sempre in giro, espletano i propri bisogni fisiologici dove capita». Dunque via libera all'ordinanza che, da lunedì, dovrebbe vietare agli immigrati di passeggiare per le strade di Lampedusa. Alcuni operatori l'hanno già ribattezzata «no walk zone». In realtà il Comune sta studiando il provvedimento con la Prefettura. Per ragioni di ordine pubblico, ma soprattutto per motivi igienico-sanitari. Antonio Pappalardo, assessore alla Pubblica sicurezza, racconta che «i tunisini sono ovunque e ovunque chiedono l'elemosina, suscitando un certo allarme tra la popolazione». E un comitato di protesta ha bussato al Comune. Se infatti Viminale ha provveduto in tempi record ai primi trasferimenti, i tunisini rimasti sull'isola sono liberi di uscire dal Ciedalle 8 alle 20. Dunque quell'ordinanza sembra necessaria. Il sindaco ha verificato la presenza di 700 immigrati in attesa di sistemazione, «impegnati a farla per strada». Maroni ha fatto sapere che saranno tutti trasferiti entro domenica. Rubeis, per prudenza, ha lanciato l'operazione «no walk zone» che partirà lunedì per gli ospiti del Cpt. L'Agenzia Frontex ha invece attivato un altro funzionario. Ora sono in quattro. – *s.n., Esteri, pag. 15*

IG 26-02-11 XIX.

Quando l'Ue prometteva: «Ci divideremo i profughi»

Belle parole al vento. Parole non dette ma scritte, in un documento ufficiale della Ue, della commissione Affari Interni per la precisione: «Call for proposals "Community actions" 2010», s'intitola l'ultimo rapporto su profughi e asilo. In questi giorni la Commissione europea non si sbilancia: nessuna parola a favore di una possibile distribuzione tra tutti i Paesi membri dell'ondata di profughi che nelle prossime settimane potrebbe raggiungere le coste italiane dalla Libia e dal Nordafrica. La legislazione in vigore prevede aiuti dagli Stati europei solo su base volontaria, e due giorni fa la richiesta di solidarietà e condivisione portata da Italia, Francia, Spagna, Grecia, Cipro e Malta è stata respinta da molte Nazioni del nord Europa. Ma è stata proprio l'Europa a scrivere, nel documento ufficiale del 2010 sui fondi da destinare ai rifugiati, che sarebbe necessario supportare di più quei Paesi comunitari che si trovano a sostenere il peso maggiore di questa emergenza. Non solo, uno studio del luglio del 2010, divulgato sempre dalla Commissione Affari Interni, propone un nuovo meccanismo di legge, con la «distribuzione dei richiedenti asilo». Nello studio si parla di una «divisione irregolare del fardello» a discapito di alcune Nazioni. Il punto 2.3 del documento «Invito a fare proposte» all'interno del piano economico per i rifugiati 2008-2013, aggiornato a dicembre 2010, invita dunque a «rinforzare i meccanismi di solidarietà e in particolare» ad «assistere quegli Stati membri che sono esposti a particolari pressioni nei loro sistemi nazionali di asilo». E si raccomandano meccanismi più fluidi nella «distribuzione in tra Ue, su base

volontaria» di coloro che hanno diritto all'asilo tra «uno Stato membro e un altro Stato membro in caso di particolare pressione», ossia in momenti di picco di richieste «di asilo». Sembra l'anticipazione di quello che potrebbe avvenire nelle prossime settimane come conseguenza della rivolta in Libia. Eppure a Bruxelles nessuno sembra ricordarsene. Nello studio tecnico svolto a luglio dalla commissione guidata da Cecilia Malmstrom, si è iniziato addirittura a mettere in discussione il meccanismo di solidarietà volontaria. Si ipotizza la creazione di un elenco di «Nazioni idonee » a una eventuale «ricollocazione» dei richiedenti asilo. Si propone quindi una «base legislativa» per pensare a una distribuzione dei profughi in Europa, anche se si sottolinea come alcuni Stati preferirebbero la via di una maggiore «assistenza finanziaria». Mai fondi, che tra l'altro in questo momento sono ancora incerti, non bastano. C'è un problema di strutture, di luoghi dove accogliere decine di migliaia di persone (300 mila secondo le stime della Lega Araba). Il Viminale sta continuando la ricognizione di aree o edifici idonee all'accoglienza in tutte le regioni italiane. Ieri anche il presidente della Repubblica Giorgio Napolitano ha rivolto un appello a Bruxelles: serve «un intervento più ampio», ha detto, di fronte all'emergenza. L'Italia si associa «alla condanna più netta nei confronti dell'operato del leader libico ». Si può quindi «ben discutere insieme senza alcun veto le sanzioni da adottare». Ma nello stesso tempo «vogliamo però» un «intervento più ampio dell'Unione Europea per fronteggiare l'emergenza profughi e per aprire una prospettiva nuova di cooperazione allo sviluppo della Libia » e «del Nord Africa». Il rimpatrio degli italiani in Libia è difficilissimo. Le navi Mimbelli e San Giorgio hanno avvicinato il porto di Misurata, e in serata 245 italiani sono stati imbarcati. Riportare a casa i connazionali, ha spiegato il ministro Ignazio La Russa, è «la prima preoccupazione del governo e della Difesa». Un C-130 è decollato da Sabha. Le «maggiori preoccupazioni sono per gli italiani nella zona di Hamal»: senza viveri, sarebbero stati anche derubati. Sugli aerei italiani «vengono imbarcati anche cittadini di altri Paesi» tanto che «l'Italia viene considerata come un punto di riferimento». - *Emanuela Fontana, Esteri, pag. 15*

9.2. Zusammenfassung

Die arabische Revolution, die im Dezember 2010 ihre Anfänge fand und sich schließlich über fast den gesamten nördlichen Kontinent ausbreitete, hatte auf Grund der starken Flüchtlingsströme Richtung Europa vor allem auf Italien, das für viele Flüchtlinge die Pforte nach Europa darstellt, starke Auswirkungen.

Diese Forschungsarbeit hat das Ziel, die mediale Darstellung der Flüchtlingsproblematik in Italien im Kontext der arabischen Revolution zu analysieren und dabei Divergenzen festzustellen sowie Argumentationsmuster zu erkennen, die bestimmte Denkmuster antizipieren könnten. Schließlich kommt es in der Berichterstattung über jedes mediale Ereignis zu unterschiedlichen Darstellungsweisen, da auf Grund der Unmöglichkeit, die gesamte Realität darzustellen, Perspektiven eingenommen werden müssen.

Um in der Analyse des journalistischen Diskurses über die Flüchtlingsproblematik aussagekräftige Differenzen feststellen zu können, wurden für diese Arbeit die linksliberale Tageszeitung „La Repubblica“ und die rechts-konservative „Il Giornale“ herangezogen. Hierbei wurde die Berichterstattung des Monats Februar 2011 analysiert, da die untersuchte Problematik in diesem Zeitraum erstmals medial thematisiert wurde.

Die für diese Analyse herangezogene Methode der „Kritischen Diskursanalyse“ ermöglichte es, eben diese Strukturen, die von Diskurstheoretikern als „Machtstrukturen“ bezeichnet werden, innerhalb des journalistischen Diskurses zu erkennen. Grundgedanke der Methode ist, dass durch die Diskursanalyse des Verlaufes vergangener Ereignisse und den Strukturen, die sich darin manifestieren, auf zukünftige Ereignisse geschlossen werden kann, was ihre prognostische Stärke begründet.

In der diskursanalytischen Untersuchung wurde die Rolle der politischen Akteure im Diskurs der Zeitungen sowie deren Titel analysiert und einzelne Diskursstränge dargestellt.

Dabei lässt sich die Tendenz feststellen, dass „Il Giornale“ besonders konsequent in der Durchsetzung seiner politischen Linie ist, was sich vor allem an der Anti-EU-Linie und dem Fokus auf die Regierung und ihren Vertretern, die stets als handelnde Akteure genannt werden, manifestiert.

Generell geht „La Repubblica“ hier einen moderateren Weg ein: Sie berichtet tendenziell mehr über innen- aber auch außenpolitische Aspekte und der Opposition wird sichtlich mehr Raum gegeben und Ereignisse werden oftmals keinen konkreten Akteuren zuordnet und somit eher neutral dargestellt.

Gemeinsam haben die beiden Tageszeitungen, dass die Europäische Union und ihre Vertreter eher negativ dargestellt werden, was sich allerdings im scharfen Anti-EU-Kurs von „Il Giornale“ drastischer manifestiert, da hier explizit Kritik an der Institution geübt wird.

In weiterer Folge lassen sich durch die Analyse der Diskursstränge bestimmte Argumentationsstrukturen feststellen: So sind in „Il Giornale“ häufiger direkte Kommentare durch den Autor zu finden, die explizit Kritik beinhalten und so Diskurse scheinbar bewusst in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. In „La Repubblica“ hingegen ist eher die Bemühung zu erkennen, Diskurse neutral zu halten, obwohl auch hier implizit Tendenzen zu erkennen sind, die sich entweder gegen die Regierung oder auch gegen die EU richten.

Ergebnis dieser Forschungsarbeit ist somit einerseits eine umfangreiche Darstellung der medialen Berichterstattung über die Flüchtlingsströme aus Nordafrika Richtung Italien im Februar 2011 und andererseits die Erkenntnis, dass anhand einer kritischen Auseinandersetzung mit dem journalistischen Diskurs der beiden Zeitungen sehr wohl Tendenzen zu erkennen sind, die den Diskurs in eine bestimmte Richtung lenken und somit Denkmuster antizipieren könnten. Diese Erkenntnis zeigt den hohen Bedarf, mediale Berichterstattung stets im Kontext des jeweiligen Mediums zu betrachten und kritisch zu hinterfragen.

9.3. Abstract

Der arabische Frühling hat seit seinem Beginn im Januar 2011 auch in Europa hohe Wellen geschlagen: vor allem Italien hat auf Grund seiner geographischen Lage seit seinem Beginn mit starken Migrationsströmen aus Nordafrika zu kämpfen. Aber wie wird diese Problematik in den Medien thematisiert? Diese Frage wird in dieser Arbeit anhand einer umfangreichen Analyse zweier in ihrer politischen Ausrichtung sehr unterschiedlichen Tageszeitungen beantwortet, nämlich der linksliberalen „La Repubblica“ und der rechts-konservativen „Il Giornale“. Als Zeitraum wurde hierfür der gesamte Monat Februar 2011 gewählt, da es hier erstmals zu Berichten kommt, die für das Forschungsinteresse relevant sind. In dieser Forschungsarbeit konnten so anhand des Analyseinstruments der Kritischen Diskursanalyse Divergenzen innerhalb der Berichterstattung der beiden Zeitungen aufgedeckt und kritisch betrachtet werden sowie eine ausführliche Darstellung der Auswirkungen des arabischen Frühlings auf die italienische Migrationspolitik gegeben werden.

Der erste Teil dieser Arbeit gibt hierfür einen Überblick über die Ereignisse im politischen Diskurs im untersuchten Zeitraum und stellt die beiden untersuchten Tageszeitungen vor. Anschließend wird das angewandte Analyseinstrument in seinen historischen Wurzeln sowie Grundannahmen vorgestellt und seine Anwendbarkeit für das vorliegende Forschungsinteresse begründet.

Der empirische Teil beinhaltet schließlich die Analyse der Akteure, der Titel sowie der Diskursstränge, durch die schließlich Argumentationsstrategien sowie Muster, die den Diskurs in eine bestimmte Richtung drängen, festgestellt werden konnten.

9.4. Lebenslauf



Klara Anna Hammerschmied

Geburtsdatum: 21. Februar 1988

Geburtsort: Wien

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

- *September 2010 bis Juni 2011:*

Erasmus- Aufenthalt in Rom

- *Seit September 2008:*

Zweitstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien

- *Seit Februar 2008:*

Diplomstudium Romanistik- Italienisch an der Universität Wien

- *September 2007 bis Dezember 2007:*

Auslandsaufenthalt in Italien (Modena), Au- Pair

- *September 2006 bis Juni 2007:*

Jusstudium an der Universität Wien

- *Juni 2006:*

Matura mit ausgezeichnetem Erfolg

- *1998 - 2006:*

Gymnasium Ödenburgerstraße, 1210 Wien

- *1994 - 1998:*

Volksschule Dr. Skala – Straße, 1210 Wien

Berufserfahrung

- *August 2011:*
Praktikum bei „Oracle“, 1220 Wien
- *November 2010 bis Februar 2011:*
Volontariat im Obdachlosenheim der Caritas, Rom
- *Juli 2010:*
Praktikum bei „Econgas Italien“, Mailand
- *September 2009:*
Praktikum bei der Tageszeitung „Die Presse“, 1030 Wien
- *August 2005:*
Praktikum in der Rechtsanwaltskanzlei „Thiery& Ortenburger“,
1010 Wien
- *Juli 2003:*
Praktikum in der „Firma Hammerschmied GmbH“, 2115
Ernstbrunn

Qualifikationen

Sprachkenntnisse:

Deutsch:	Muttersprache
Italienisch:	fließend
Englisch:	ausgezeichnet in Wort und Schrift
Französisch:	gute Kenntnisse in Wort und Schrift
Latein:	passive Kenntnisse
Spanisch:	Grundkenntnisse

Sprachzertifikate: Französisch (DELF)

Zahlreiche Auslandsaufenthalte mit Sprachkursen in England, Frankreich und Italien